Zeitschrift: Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern

Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern

Band: - (1893)

Rubrik: Zusammentritt des Grossen Rats : Dezember

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tagblatt

Großen Nates des Kantons Bern.

Kreisschreiben

an die

Mitglieder des Großen Rates.

Bern, ben 4. November 1893.

herr Grograt,

Der Unterzeichnete hat im Einverständnis mit bem Regierungsrate den Zusammentritt des Großen Rates auf Montag den 27. November 1893 festgesetzt. Sie werden demnach eingeladen, sich am genannten Tage, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathause in Bern einzufinden.

Die zur Behandlung kommenden Gegenstände find folgende:

Gesekesentwurf

Bur ersten Beratung.

Gesetz über die Einführung der obligatorischen amt= lichen Inventarisation bei allen Todesfällen. (Ernennung einer Rommiffion.)

Dekretsentwürfe

- 1. Dekret betreffend die Organisation der Gewerbegerichte (Conseils de Prud'hommes) und das Berfahren vor denselben. (Rommissionspräsident: Herr Wyg, Bern.)
- 2. Defret betreffend die Feststellung des Repräsentations= perhältniffes der kantonalen Wahlkreise. (Kommis= fionspräsident: herr Brunner, Bern.) Tagblatt bes Großen Rates. — Bulletin du Grand Conseil. — 1893.

- 3. Dekret betreffend die Einteilung des Staatsgebietes in Abstimmungstreise. (Kommissionspräsident: Herr Brunner, Bern.)
- 4. Defret betreffend Organisation der Bezirksbehörden bes Amtes Bern. (Ernennung einer Kommiffion.)

Porträge.

Des Regierungspräfidiums.

- 1. Erfatwahl in den Großen Rat.
- 2. Ergebnis der kantonalen Bolksabstimmung vom 20. August 1893.
- 3. Staatsverwaltungsbericht pro 1892.

Der Juftigdirettion.

- 1. Expropriationen.
- 2. Beschwerde des Friedrich Rernen von Reutigen gegen den Regierungsrat, betreffend Baffation einer Bormundschaftsrechnung.

Der Boligeidirettion.

- 1. Naturalifationen.
- 2. Strafnachlaßgesuche.

Der Finange und Domanendirettion.

- 1. Räufe und Berkaufe von Domanen.
- 2. Staatsrechnung pro 1892.
- 3. Budget pro 1894.

Der Baudirettion.

- 1. Strafen= und andere Bauten.
- 2. Enklaven Neuligen und Schwendi; Rekurs der Gemeinde Eriswyl. — (Präfident der Kommiffion: Herr Leuch.)
- 3. Grenzbereinigung mit Neuenburg.

Der Forfidirettion.

Waldkäufe und =Verkäufe.

Wahlen:

1. zweier Ständeräte für das Jahr 1894.

2. des Rantonstriegstommiffars.

Anzüge und Anfragen:

1. des herrn Jenni vom 25. Mai 1893 betreffend Siftierung ber Ginforderung der Amortifationsbeträge auf den durch landwirtschaftliche Grundstücke versicherten Schuldposten bei der Sypothekarkasse in Fällen von andauernden Notständen der Landwirt= schaft;

2. des herrn Jenni vom 25. Mai 1893 betreffend die Revision der gesetlichen Bestimmungen über das Hypothekarwesen, insbesondere über die Höhe des Zinssußes und die Verpslichtung des Gläubigers zum Nachlaß am Kapitalzins bei außerordentlichen Unglücksfällen.

Für den ersten Tag werden die Vorträge des Regie= rungspräfidiums und ber Direktionen ber Juftig und ber Finanzen auf die Tagesordnung gesett.

Außer obigen Traktanden liegen dem Großen Rate noch folgende Geschäfte zur Behandlung vor:

1. Das Gefet über den Primarunterricht im Ranton

Bern; zur zweiten Beratung. 2. Das Gefet über Aufstellung von Alignementsplanen und von baupolizeilichen Vorschriften durch die Gemeinden; zur erften Beratung.

3. Das Geset über bas Wirtschaftsmefen und ben Sandel mit geiftigen Getranten; jur erften Be-

4. Das Gefet über die Schutpodenimpfung; zur erften

Beratung.

5. Das Gefet über die öffentlich=rechtlichen Folgen (Chrenfolgen) des Konkurses und der fruchtlosen Pfandung; jur erften Beratung.

Wenn diese Vorlagen zur Beratung in dieser Session nicht direkt in Aussicht genommen worden find, so geschah es in der Annahme, daß die Session nicht länger als 8 Tage dauern und durch die Behandlung der dringenden Geschäfte, wie Staatsverwaltungsbericht, Staatsrechnung, Budget, und die zahlreichen laufenden Geschäfte in Unspruch genommen werden durfte. Sollte dies nicht der Fall sein, oder der Große Rat beschließen, länger als 8 Tage ju figen, fteht der Behandlung weiterer Geschäfte nichts im Wege. Der Regierungsrat beabsichtigt übrigens, zu dem Ende eine neue Seffion bald nach dem Neujahr zu beantragen.

Mit Hochschätzung!

Der Großrats=Brafident E. ZINB.

Erste Sikung.

Montag den 27. November 1893, nachmittags 2 Uhr.

Vorfigender: Präfident Wyg.

Der Namensaufruf verzeigt 191 anwesende Mit= glieder. Abwesend find 76 Mitglieder, wovon mit Ent= schuldigung die Herren: Aebi, Borter, Bourquin, Brunner, Bühlmann, Burger, Choffat, Comte, Friedli, Hadorn, Hari (Abelboden), Heß, Horn, Lehmann, Marcuard, Mérat, Weber (Biel), Zürcher; ohne Entschuldigung abwesend find die herren: Aeberfold, v. Allmen, Anken, Beng, Bircher, Boillat, Boß, Brand (Tavannes), Charmillot, Choquard, Choulat, Clemençon, Coullery, Dähler, Daucourt, Etter (Maikirch), Fahrnh, Fleury, Frutiger, Gerber (Steffisburg), Gerber (Unterlangenegg), Glaus, Gouvernon, Guénat, Hennemann, Hiltbrunner, Hunziker, Huffon, Jacot, Johin, Kaifer, Kisling, Kloßner, Kohli, Kunz, Marolf, Markey, Marolf, Marfchall, Meier (Laufen), Nägeli, Naine, Beteut, Rag, Dr. Reber, Renfer, Robert, Kolli, Kosselet, Sahli, Scherrer, Scheidegger, Spring, Stämpsli (Bern), Sterchi, Streit, Tschanen, Zingg (Dießbach), Zingg (In8), Zhro.

Der Präsident erklärt die Seffion als eröffnet.

Eine Beschwerde eines gewissen Tschabold in Burg= dorf geht an den Regierungsrat zum Zwecke der Unter= fuchung und Berichterstattung.

Cagesordnung:

Portrag betreffend eine seit der letten Session stattgehabte Erfahmahl in den Großen Rat.

Laut diesem Bortrage wurde am 29. Oktober im Wahlkreise Tavannes an Plat bes ausgetretenen herrn Romy zum Mitglied des Großen Rates gewählt Berr August Brahier, Maire in La Jour.

Da gegen diese Ersagwahl innerhalb der gesetlichen Frift feine Ginfprachen eingelangt find, auch tein Grund vorliegt, diefelbe von Amtes wegen zu beanftanden, fo beantragt der Regierungsrat deren Genehmigung.

Die Erfatwahl wird stillschweigend validiert, worauf Berr Brahier den verfaffungsmäßigen Eid leiftet.

Präsident. Seit unferer letzten Seffion haben wir ben Tod zweier Kollegen zu beflagen gehabt. Es find verftorben die herren Eggimann und Biedermann. herr Eggimann gehörte dem Großen Rate an seit 1881, herr Biedermann seit 1884, beide ununterbrochen. Sie werden wissen, was diese Manner in ihren engern Kreifen, in ihren Familien und ihrer Gemeinde geleistet haben und wie fie von ihrer Umgebung hochgeschätt worden find. Sie werden ben verftorbenen Rollegen ein freundliches Andenken bewahren. Ich ersuche Sie, zum Andenken an die heimgegangenen Rollegen fich von Ihren Sigen erheben zu wollen. — (Geschieht.)

Bereinigung des Traktandenverzeichniffes.

Präsident. Bevor wir auf die einzelnen Geschäfte eintreten, möge es mir erlaubt fein, Ihnen mitzuteilen, daß ich ursprünglich den Wunsch hatte, für diesen Monat eine langere Seffion in Aussicht zu nehmen, um die feit einiger Zeit hängigen Geschäfte wenn möglich zu erledigen. Es war dies aber deshalb nicht möglich, weil gewiffe Arbeiten, die für diese Seffion gemacht werden mußten, noch nicht genügend weit gediehen waren, so daß bis heute gewartet werden mußte. Ich erlaube mir aber, mit Rückficht darauf, daß die gegenwärtige Seffion nicht wohl länger als acht Tage wird andauern können, die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß wir anfangs ober spätestens Mitte Januar des nächsten Jahres werden ju einer längeren Seffion zusammentreten können, in der alle wichtigen Geschäfte, die der Erledigung harren, behandelt werden. Man fann fich nicht verhehlen, daß biefes hinausschieben, wie es den Berhaltniffen, nicht blog bem Willen Einzelner entsprungen ift, auf die Länge teinen guten Gindruck macht.

Ich füge ferner bei, daß mir sowohl von der Regie= rung als der betreffenden Kommission die Mitteilung gemacht wurde, daß es außerordentlich wünscheswert wäre, daß in der Januarsession mit der Beratung des Wirt= schaftsgesetes begonnen werden könnte, da entschieden Gefahr im Berzuge liege, namentlich mit Rückficht auf die neuen Patente, welche jest auszustellen find. Ich nehme daher in Aussicht, dieses Traktandum als erftes

auf die Lifte zu feten.

Was nun die diesmalige Traktandenliste betrifft, so

werden wir heute die Vorträge der einzelnen Direktionen behandeln können. In den folgenden Sitzungen kämen zur Behandlung der Staatsverwaltungsbericht, die Staats rechnung und das Budget. Rach Erledigung diefer Trattanden könnten wir dann übergehen zur Behandlung der Detrete und eventuell auch der Anzüge. Die Wahlen werden auf Mittwoch angesett.

Was die Anzüge anbetrifft, so will ich gerade beifügen, daß herr Großrat Burkhardt ein Poftulat eingereicht hat, das ich Ihnen sofort vorlesen werde, nicht daß ich glaube, daß es den Charafter einer Motion hat, die die betreffende Frist auf dem Kanzleitisch aufliegen muß, sondern den Charafter eines Postulates, das nach dem Reglement in Verbindung mit dem Staatsverwaltungsbericht behandelt werden darf. Ich gebe aber dem Großen Rate schon jetzt davon Kenntnis, damit sich eventuell eine gegenteilige Auffaffung geltend machen tann. Das Postulat lautet:

"Bur Abteilung Armenwesen. Bis zum Er= lag eines neuen Gefetes über die Armenpflege follen bie Staatsausgaben für das Armenwesen 30 % der Staats= steuer betragen. In den Voranschlag für das Jahr 1894 soll der Gesamtausgabeposten für das Armenwesen auf Fr. 1,170,000 erhöht und eingeset merden.

Burkhardt, Großrat."

Grenzbereinigung mit Reuenburg.

Marti, Regierungspräfident. Diefes Geschäft tann nicht behandelt werden, indem der Große Rat des Kantons Neuenburg ben Bertrag nicht genehmigte, fondern an eine Kommiffion wies. Es würde fich beshalb nicht empfehlen, von uns aus den Vertrag zu behandeln, sondern ich stelle den Antrag, diese Angelegenheit an eine Kommission von drei Mitgliedern zu weisen.

Einverstanden. Das Bureau erhält Auftrag, die Mit= glieder der Dreierkommission zu ernennen.

Im übrigen gibt das Traktandenverzeichnis zu keinen Bemerkungen Unlaß.

Portrag über das Ergebnis der Polksabstimmung über das Abanderungsgeset jum Gelet über die Dermögensfleuer.

Diefer Vortrag lautet folgendermaßen:

herr Präsident,

Berren Großräte!

Die Zusammenstellung der Protokolle der einzelnen politischen Versammlungen über die kantonale Bolks= abstimmung vom 20. August 1893 weist folgendes Ergebnis auf:

Das Abänderungsgesetzum Gesetz über die Vermögens= steuer vom 15. März 1856 wurde mit 31,853 gegen 13,744 Stimmen, also mit einem Mehr von 18,109 Stimmen angenommen.

Die Zahl der ungültigen und leeren Stimmzettel

beträgt 2855.

Der Ranton Bern gahlt gegenwätig 114,288 Stimmberechtigte.

Bern, den 6. September 1893.

Im Namen ber Staatstanglei, der Staatsschreiber Riftler.

Gemäß der obigem Vortrag beigefügten Zusammen= stellung gestaltet fich das Ergebnis der Abstimmung in den einzelnen Umtsbezirken wie folgt:

Amtsbezirke.	Stimm. berechtigte.	Ans nehmende.	Per: werfende.	ungültig und leer.
Aarberg	3,362	1,278	320	92
Aarwangen	5,3 98	1,582	1,291	186
Bern	16,584	4,108	1,296	323
Biel	3,576	980	375	98
Büren	2,013	689	234	57
Burgdorf	5,840	1,918	730	346
Courtelary	5,216	1,170	346	113
Delsberg	3,441	923	540	40
Erlach	1,308	477	87	16
Fraubrunnen	2,825	1,116	337	8 9
Freibergen	2,183	482	406	23
Frutigen	2,169	441	156	10
Interlaken	5,6 31	1,982	1 ,22 8	360
Konolfingen : .	5,74 0	2,057	657	152
Laufen	1,385	644	256	7 1
Laupen	1,910	734	185	4 3
Münster	3,383	66 6	43 8	45
Neuenstadt	883	183	86	11
Nidau	2,908	907	30 2	64
Oberhasle	1,439	269	75	18
Pruntrut	6,248	1,341	1,019	59
Saanen	1,097	197	55	10
Schwarzenburg .	2,156	451	189	25
Seftigen	3,818	1,070	3 35	4 9
Signau	5,089	914	452	139
Obersimmenthal .	1,549	302	132	20
Niedersimmenthal .	2,183	383	26 6	25
Thun	6,30 9	1,38 6	685	99
Trachselwald	5,127	1,269	734	146
Wangen	3,518	1,699	441	92
Militär	_	235	91	34
Rufammen	114 288	31 853	13 744	2.855

Zusammen 114,288 31.853 13.744 2.855

Staatsbeitrag an die Sensekorrektion.

Der Regierungsrat beantragt, an die Korrektion der Sense von der Riedburgfluh bis zur Gifenbahnbrucke zu Thörishaus auf Rubrik X B einen Staatsbeitrag von höchstens Fr. 20,700 zu bewilligen unter den üblichen Bedingungen.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungs= rates. Schon im Juni 1891 ift von verschiedenen Grundbesitzern an der Sense in der Gemeinde Bumpliz ein Gesuch eingelangt, worin barauf aufmerksam gemacht wurde, daß ihr Grundbesitz durch Hochwasser der Sense in hohem Mage bedroht fei und daß fie glauben, ver= langen zu dürfen, daß ihnen der Staat zur Korrektion ber Senfe und zum Schutze ihres Eigentums feine Silfe angedeihen laffe. Die Sache wurde von den technischen Beamten der Baudirettion geprüft, und es ergab fich, daß wirklich an der betreffenden Stelle ganz trostlose Zustände bestehen. Das Grundeigentum, das fich in einer Breite von ungefähr 50 Meter dem Ufer nach zieht, bröckelt ab, es erfolgen Uferbrüche, und da die Eigentümer arme Leute sind, so ist vorauszusehen, daß ihr Eigentum in absehbarer Zeit total verschlungen wurde. Auch ift ficher, daß fich diese Zustände dann auch weiter hinauf erstrecken würden, wenn nicht eine durchgreifende Korrektion der Sense eintritt. Zur Ausführung der dringendsten Arbeiten hat der Regierungsrat innerhalb feiner Kompetenz einen Beitrag oder vielmehr einen Borschuß von Fr. 10,000 bewilligt, in der Meinung, es solle ein Korrektionsprojekt aufgestellt und der Bund zur Mit= subvention in Mitleidenschaft gezogen werden. Mit diesem Vorschuß ift nun das Nötigste ausgeführt worden. Mittler= weile ift ein Projekt aufgenommen worden und es hat fich gezeigt, daß auf eine Länge von ungefähr 2300 Meter eine burchgreifende Korrettion stattfinden muß, die Fr. 63,000 toften murbe. Wir haben nun an den Bund ein ein= dringliches Gesuch gerichtet, er möchte eine möglichst hohe Subvention gewähren, und es hat denn auch der Bundes= rat unterm 27. Oktober dieses Jahres unter den üblichen Bedingungen eine Summe von Fr. 31,500, d. h. 50 % der Gefamtkoften, bewilligt. Der Regierungsrat hat fich sofort ebenfalls mit der Angelegenheit befaßt und ist zum Schlusse gekommen, es solle der Staat an die Kosten (nach Abzug des bereits genannten Beitrags von Fr. 10,000) einen Drittel, im Maximum Fr. 17,700, beitragen. Es ist ferner dafür geforgt worden, daß die Ausgaben das jährliche Budget nicht zu sehr belasten. Da der Bund în Aussicht nimmt, seine Subvention in Jahresraten von je Fr. 6000 zu bezahlen, was eine Dauer der Arbeiten von 5—6 Jahren voraussett, so wird auch hierseits an= genommen, es konne die Subvention von Fr. 17,700 (respektiv Fr. 20,700, wenn man die bereits vorausgabte Summe einrechnet) auf 5-6 Jahre verteilt werden. Der Regierungsrat beantragt Ihnen deshalb, das vorliegende Projekt für die Korrektion der Sense zu genehmigen und hiefür unter den üblichen Bedingungen einen Staatsbeitrag von höchstens Fr. 17,700, respektive Fr. 20,700, zu bewilligen.

3ch glaube, es bedürfe diese Angelegenheit keiner weitern Rechtfertigung. Ich füge nur noch bei, daß wenn diese Arbeiten einmal ausgeführt sein werden, man diefelben weiter oben wird fortseten muffen. Dort stößt dann aber auf dem linken Ufer der Kanton Freiburg an, während am vorliegenden Korrektionsprojekt nur Bern beteiligt ist; wir werden uns daher dann mit dem Ranton Freiburg verständigen und ein gemeinschaftliches Sub= ventionsgesuch an den Bund richten muffen.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirt= schaftstommiffion. Die Staatswirtschaftstommiffion hat dieses Geschäft untersucht und geht mit der Baudirektion vollständig einig, und es ift nicht nötig, große Erläute= rungen zu geben. Die Korreftion umfaßt eine Strede von 2300 Meter. Die Gesamttoften betragen Fr. 63,000, und es hat der Bund an diese Korrektion die höchste Subvention gesprochen, welche, so viel mir bekannt ift, bis jett bewilligt wurde. Der Bund übernimmt Fr. 31,500. Der Kanton würde nach Antrag der Regierung Fr. 20,700 bezahlen; mithin wurde den Beteiligten nur eine Summe von Fr. 10,800 auffallen. Ich bemerke, daß die wohlsgemessene Subvention des Bundes wohl hauptsächlich baher rührt, daß das Ueberschwemmungsgebiet ein sehr kleines ift, fo daß die Rosten also auf ein kleines Gebiet verteilt werben muffen. Die Ueberschwemmungsgefahr ift sehr groß, und es sind diese Bauten absolut nötig. Die Staatswirtschaftskommission empfiehlt Ihnen den Antrag des Regierungsrates einstimmig zur Genehmigung.

Genehmigt.

Bekurs der Gemeinde Eriswyl betreffend Aufhebung der Enklaven Meuligen und Schwendi.

(Siehe Nr. 40 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1893.)

Der Regierungsrat unterbreitet dem Großen Rate

folgende Anträge:

1. Der erftinftangliche Entscheid des Regierungsrates betreffend Aufhebung der gegenwärtig der Gemeinde Whß= achengraben gehörenden Enklaven Neuligen und Schwendi und Zuteilung berfelben an die Gemeinde Eriswyl wird unter nachstehenden Bedingungen genehmigt:

a) Das der Gemeinde Wygachengraben gehörende Schulhaus zu Neuligen samt Umschwung wird von dieser Gemeinde der Gemeinde Erismyl jum Eigen=

tum abgetreten.

b) Die Bezahlung der Vermeffungskoften der beiden Enklaven Neuligen und Schwendi fällt zu Lasten

der Gemeinde Wngachengraben.

c) Die Entschädigungssumme, welche die Gemeinde Wyfachengraben überdies ber Gemeinde Eriswyl für die Uebernahme der beiden Enklaven Neuligen und Schwendi zu zahlen hat, wird auf Fr. 18,000 festgesett.

d) Dieje Entschädigungssumme foll bem Schulgut ber Gemeinde Eriswyl mit der Bestimmung einverleibt werden, daß der Zinsertrag berfelben hauptfächlich zur Beftreitung der Schulbedürfniffe von Reuligen

und Schwendi verwendet werden foll.

e) Die Aufhebung der Enklaven Reuligen und Schwendi und Zuteilung derselben an die Gemeinde Eriswyl tritt auf 1. Januar 1894 in Rraft. Bon biefem Termin an ist die Entschädigungssumme bis zu ihrer völligen Bezahlung zu 4 % zu verzinsen. 2. Im übrigen wird der Returs der Gemeinde Eris=

myl abgewiesen.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungs= rats. Das ift ein fehr altes Geschäft, das nun endlich zum Abschluß kommen wird und zwar, wie ich glaube, ohne große Zuckungen, indem es der Großratskommission gelungen ift, mit den betreffenden Gemeinden ein Abkommen zu treffen, wonach die Differenzen nur noch ganz unbedeutend find und daher durch einen fouveranen Beschluß des Großen Rates leicht beseitigt werden können.

Das Dekret vom 11. September 1878 betreffend Bereinigung der Gemeindegrenzen fagt in Art. 1, daß En-klaven womöglich abgetrennt und derjenigen Gemeinde zugeschieden werden sollen, zu der fie naturgemäß ge-hören. Infolgedessen wird bei Anlaß der Katastervermeffungen von Seite des Bermeffungsbureaus barauf gehalten, daß eine folche Grenzbereinigung überall ftatt= findet, wo es möglich ift. Kann man die betreffenden Gemeinden unter einen hut bringen, so nimmt man an, die Sache liege in der Kompetenz des Regierungsrates. Nur da wo die Gemeinden fich nicht einigen können und auch durch regierungsrätlichen Entscheid nicht geeinigt werden können, bleibt ihnen das Recht des Rekurses an ben Großen Rat. Mit einem folden Returs haben wir es hier zu thun.

Ich will ganz kurz sein und es dem Herrn Kommis= fionspräfidenten überlaffen, der fich in diefer Ungelegen= heit fehr viele Mühe gab und dem es zu verdanken ift, daß schließlich keine große Differenz mehr besteht, die Sache weitläufiger und gestütt auf den Augenschein und

perfönliche Unterhandlungen auseinanderzusetzen. Es handelt sich um die beiden Enklaven Neuligen und Schwendi, die zur Gemeinde Wyfachengraben gehören, wie Sie aus einem Ihnen ausgeteilten Kartchen ersehen haben werben. Es haben nun langere Unterhandlungen ftattgefunden, um die beiden Enklaven der Gemeinde Eriswyl zuzuteilen; man ist aber bei der Gemeinde Eriswyl nicht auf großes Entgegenkommen ge-ftogen, sondern es hat dieselbe erklärt, diese Enklaven passen, wenigstens die eine derselben, besser zu Huttwyl. Das ift aber nicht die Anficht der Behorde; denn wenn schon von Neuligen eine gute Straße in der Richtung nach huttwhl führt, so find doch die Beziehungen mit ber Gemeinde Eriswyl intimere. Es werden nun im Falle der Uebernahme einer folchen Enklave die Mehr= laften, welche einer Gemeinde zu Gunften der andern erwachsen, rechnungsmäßig ausgemittelt. Dieselben können fich beziehen fowohl auf einen bestehenden Burgernuten als namentlich auf die Laften für das Schulwesen. Was den Burgernuten betrifft, so beziehen die Ginwohner der Enklaven Reuligen und Schwendi keinen folchen. Es handelt sich also nur darum, die Lasten für das Schulwesen auszumit= teln, die die eine Gemeinde gegenüber der andern übernehmen muß. Man hat nun ausgemittelt, daß die Mehrlaften für das Schulwefen, welche Eriswyl zu übernehmen hatte, fich auf Fr. 937. 35 belaufen, was, kapitalifiert, einer Summe von Fr. 23,433. 75 entspricht. Daber hat auch der Regierungsrat beschloffen, es habe die Gemeinde Wyfachengraben der Gemeinde Eriswyl eine Summe von Fr. 23,433 zu verguten. Gine fernere Differenz lag barin, baß die Ratafterkoften von der Gemeinde Eriswhl übernommen werden sollten. Auch dessen hat fie fich geweigert, indem fie fagte, fie habe ihr Bermeffungswert abgeschlossen und finde sich nicht veranlaßt, nachträglich die Bermeffungetoften der beiden Enklaven ju übernehmen.

Dies sind die beiden Hauptdifferenzen. Nun hat die Gemeinde Eriswyl zwar immer baran festgehalten, man folle fie mit der Zuteilung verschonen, doch weigert fie

sich nicht absolut, eine Zuteilung anzuerkennen, wenn man fie beffer entschädige. Sie verlangte eine Summe von Fr. 32,934, welche fie auf Fr. 29,430 reduzieren zu wollen erklärte, wenn man ihr das Schulhaus zu Reuligen unentgeltlich abtrete. Das betreffende Schulhaus ift für Fr. 6000 brandversichert und muß von der Gemeinde Eriswhl, wenigstens einstweilen, jum Schulbesuch benutt werden. Die Regierung glaubte anfänglich, man könne dieses Schulhaus nicht ohne weiters der Gemeinde Eriswyl zuteilen, namentlich nicht unentgeltlich. Damit aber barüber nicht wieder ein Rechnungsftreit entstehe, jo hat die Regierung beschlossen, Eriswyl solle das Schulhaus unentgeltlich benutzen können; wenn aber vielleicht später die Schulkinder von Reuligen die Schule in Eriswhl besuchen muffen, so solle das Schulhaus wieder als Privatbesit an die Gemeinde Wyfachengraben zurückfallen. Die Differenz war also doch noch eine ziemlich große. In einer Privatbesprechung zwischen der Großratstom= mission, dem Rantonsgeometer und den Gemeindeabge-ordneten hat sich nun gezeigt, daß einerseits Eriswyl seine Entschädigungsforberung etwas ermäßigen, anberfeits Bygachengraben seine Offerte etwas erhöhen würde. Die Großratskommission hat auch gefunden, es sei zwedmäßig, wenn der Gemeinde Erismyl das Schulhaus zu Reuligen unentgeltlich zum Eigentum überlaffen werbe, indem ba= durch eine viel klarere Situation geschaffen wird. Und in Bezug auf die Bermeffungskoften fand fie, daß diefelben der Gemeinde Wygachengraben auffallen follen. So wird benn folgender Antrag geftellt, der bei den betreffenden Gemeinden voraussichtlich auf feine weitere Opposition stogen wird : (Redner verliest den eingangs abgedruckten Antrag.) — Ich empfehle Ihnen biefen Antrag zur Annahme.

Leuch, Berichterstatter ber Kommission. Ich habe den Ausführungen des Herrn Baudirektors nicht viel beizufügen. Aus den Verhandlungen, welche die Kommission mit den Abgeordneten von Eriswyl und Wyfachengraben gepflogen hat, will ich nur bemerken, daß Wyfachengraben Fr. 16,000 offerierte, während Eriswhl Fr. 20,000 verlangte. Bas die Vermefffungstoften betrifft, so betonte die Gemeinde Eriswyl ausdrücklich, fie bezahle dieselben nicht, und wir fanden, es sei diefes Begehren begründet. Eriswhl hat seine Gemeindevermeffung vollständig durchgeführt und bezahlt; Reuligen und Schwendi find auch vermessen und fie haben ihren Beitrag nach Wyfachengraben bezahlt, nicht nach Eriswyl. Die Bermeffungskoften von Neuligen und Schwendi betragen rund Fr. 1900. Da nun eine Entschädigung von Fr. 20,000, wie Eriswhl verlangte, nach unferm Dafürhalten etwas zu hoch gewesen wäre, so haben wir die Bermeffungskoften davon in Abzug gebracht und find auf diese Art zu dem Antrage gelangt, der Ihnen mitgeteilt worden ift.

Ich glaubte, es werde dem Großen Rate der mit einem Kartchen versehene ausführliche Bericht des Regierungrates ausgeteilt werden, und ich wollte mich in meinen Ausführungen auf diese gedruckte Borlage beziehen. Bu meinem Erstaunen habe ich gesehen, daß dieser Bericht nicht ausgeteilt worden ift. Ich kann mich daher nicht auf denfelben beziehen und halte mich turg an das, mas

ber herr Baudirektor bereits mitgeteilt hat. Wir fanden, auf die von uns vorgeschlagene Art könne der Konflikt zwischen den Gemeinden Eriswyl und Wyfachengraben am beften gelöst werden. Der Grund,

weshalb wir fanden, die Entschädigungssumme solle ins Schulgut fallen, ift ber, daß die Entschädigung ihren Grund hauptfächlich in der Bermehrung der Schullaften hat, und da wir wünschen, daß die Bewohner von Neuligen und Schwendi in ihren Schulverhältniffen nicht verfürzt werden, wird ferner gesagt, daß der Zinsertrag hauptsächlich zur Bestreitung der Schulbedürfnisse von Keuligen und Schwendi verwendet werden solle. Ich empfehle Ihnen die Untrage, wie fie vom Berrn Baudirektor verlefen worden find, jur Unnahme.

Angenommen.

Das Präsidium teilt mit, daß die Kommission betreffend Grenzbereinigung mit Reuenburg vom Bureau bestellt worden fei aus den Berren :

Großrat Probst (Emil), Prafident.

Meier (Biel).

Imer.

Expropriationsrechtserteilung au die Einwohnergemeinde Bern.

Der Regierungsrat beantragt, es sei der Einwohner= gemeinde Bern, behufs Erwerbung desjenigen Stückes des Philosophenweges, welches fich zwischen Ziegler- und Belpstraße befindet, sowie der an dieses Stud anftogenden Hälfte des Philosophenbaches, das Expropriationsrecht zu erteilen.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Die Gemeinde Bern hat vor einiger Zeit für das Terrain, das fie zur Erstellung der Zieglerstraße im Mattenhof nötig hatte, das Expropriationsrecht er= halten. Nach Bollendung der Zieglerstraße hat fich das Bedürfnis ergeben, zwischen ihr und der Belpftrage eine Berbindung herzustellen. Auf dem betreffenden furzen Stück besteht schon jetzt ein Berbindungsweg. Aber das Land, auf dem er sich befindet, ist Privateigentum. Von den beiden Eigentümern hat der eine erklärt, er trete feinen Teil der Gemeinde unentgeltlich ab, während der andere ziemlich hohe, jedenfalls nicht angemeffene Unsprüche stellt. Das betreffende Landstücklein kann ihm zu nichts anderem, weder als Bauplat noch zur Rultur dienen, und er hatte es deshalb ber Bemeinde zu einem anftan= digen Preis überlaffen durfen. Die Gemeinde fucht nun um Erteilung des Expropriationsrechtes nach, um durch Schätzer die Ansprüche auf den richtigen Betrag zurückführen zu laffen. Der betreffende Eigentümer widersett fich der Expropriation grundsätlich nicht. Er sagt, es sei ihm nur um die Entschädigung zu thun; er habe das betreffende Stud auch bezahlen muffen und wolle daher für dasselbe entschädigt sein. Immerhin hat sich für die vorberatenden Behörden die Frage erhoben, ob das Geschäft nicht bennoch zurückzuweisen, beziehungsweise bas Begehren abzuweisen fei, da die Gemeinde Bern neben

bem in Frage fallenden Stück eigenes Terrain befitt, über das der Verbindungsweg auch geführt werden könnte. Allein bei näherer Prüfung hat sich gezeigt, daß man neben dem neu zu erstellenden Weg ein Stücklein Land, das schon jetzt als Weg dient und nur dafür verwendet werden kann, in Privatbesitz belassen und vom Terrain der Gemeinde ein Stück wegnehmen müßte, wodurch dasselbe für andere Zwecke ungeeigneter würde. Man fand deshalb, wenn die Gemeinde sich auf den Voden stelle, es bestehe ein öffentliches Interesse, daß der Verbindungsweg über das Terrain des Herrn Kamseher geleitet werde, so sei dieser Standpunkt gutzuheißen. Ich empfehle Ihnen daher, das Expropriationsrecht zu erteilen.

Genehmigt.

Befchwerde des Friedrich Kernen in Rentigen.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Friedrich Kernen, Schuhmacher in Reutigen, ber dem Großen Rat von verschiedenen frühern Beschwer= ben her bestens bekannt ift, wie auch dem Regierungsrat und dem Obergericht und allen Behörden, welche irgend= wie mit ihm in Berührung kommen können — biefer Friedrich Kernen stand unter Bormundschaft und zwar war nur eine kleine Bagatellfache zu verwalten, wie der Bezug des Burgernutens. Die ganze Bogtsrechnung, wegen welcher er bis vor Ihr Forum gelangt, weift einen einzigen Poften auf von Fr. 14. 25. Die Bogtsrechnung wurde nach deren Prüfung durch den Gemeinderat dem Kernen zur Anbringung von Bemerkungen unterbreitet, und er hat von seinem Rechte reichlich Gebrauch gemacht. Ginzelnen Bemerkungen hat ber Regierungs= statthalter Rechnung getragen, andern nicht. Nun hat aber der Regierungestatthalter den Lapfus begangen, daß er ben Kernen, ber bereits Gelegenheit genug gehabt hatte, fich über die Rechnung zu äußern, nicht zur Pafsatte, stad abet bet beetghang zu angeen, stad zur sation eingeladen hat. Kernen benutzt nun diesen Umstand, um Aufhebung der Passation zu verlangen; er hat aber seine Beschwerde dem Kegierungsrat zu spät eingereicht, nämlich nach Ablauf der 30tägigen Frift, welche das Gesetz vom Jahre 1860 vorsieht. Der Regierungsrat ift deshalb darauf nicht eingetreten, und gegen diesen Entscheid richtet sich nun die heutige Beschwerde. Da der Regierungsrat in dieser Sache gesetzliche Kompetenz hat und das Verhalten des Kernen auch materiell ungerechtfertigt ift, so wird beantragt, auf die Beschwerde nicht einzutreten. Ich habe nur noch beizufügen, daß die 30tägige Frist von dem Datum an berechnet wird, wo der Gemeindeschreiber dem Rernen von der Rechnungs= paffation Kenntnis geben wollte. Kernen hat fich geweigert, davon Kenntnis zu nehmen; er hat dem Gemeindeschreiber "wüft" gesagt und über den Regierungsstatthalter geschimpft, derselbe sei ein Lumpenhund (Heiterkeit) 2c., und so erhielt er von der Passation nicht Kenntnis. Er hat das aber sich selber zuzuschreiben und kann nicht behaupten, es habe keine Eröffnung ftattgefunden. Wer eine Eröff= nung zurudweift, wird so behandelt, wie wenn die Er= öffnung stattgefunden hätte.

Scherz, Berichterstatter der Bittschriftenkommission. Die Bittschriftenkommission hat die Akten eingehend geprüft und ist aus den bereits angesührten Gründen zu dem nämlichen Schlusse gekommen, wie die Regierung. Kernen ist ein alter bekannter Klient des Großen Rates, was uns aber nicht hinderte, der Sache die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Wir halten aber dafür, daß die Regierung kompetent war, endgültig zu entscheiden, weshalb nach unserer Ansicht der Große Rat über diese Beschwerde zur Tagesordnung schreiten soll.

Der Antrag, über die Beschwerde des Kernen zur Tagesordnung zu schreiten, wird stillschweigend zum Beschluß erhoben.

Abtretungsvertrag mit der Kirchgemeinde Bolligen.

Der Regierungsrat beantragt, dem Abtretungsvertrag, wonach die Kirchgemeinde Bolligen das gesamte dortige Pfrundgut gegen eine Entschädigung von Fr. 3000 seitens des Staates zum Unterhalt übernimmt, die Genehmigung zu erteilen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Kegierungsrats. Es handelt sich hier um die Abtretung des gesamten Pfrundgutes, wie ähnliche Bertäge schon mit verschiedenen Kirchgemeinden zu stande gekommen sind. Durch den Bertrag wird der Kirchgemeinde abgetreten: Das Pfarrhaus, das Osenhaus, die Pfrundschune, der Pfrundbrunnen, die umliegende Hofstatt mit Hausplat und ein Stück Mattland, alles im Halt von 3 Hetzaren, 72 Aren, 97 Quadratmeter. Die Brandversicherungssichatung beträgt Fr. 25,900, die gesamte Grundsteuersichatung Fr. 29,660, wobei allerdings die eigentlichen abträglichen Liegenschaften nur Fr. 12,600 ausmachen. Der Berkauf wurde zu den nämlichen Bedingungen abgeschlossen, wie derzenige mit andern Kirchgemeinden, nachdem der Große Kat vor circa 2 Jahren in dem Abtretungsvertrag mit der Kirchgemeinde Thierachern einen Mustervertrag genehmigt hat, der bei solchen Abtretungen zur Anwendung kommen soll.

Im vorliegenden Falle erfolgt die Abtretung nicht, wie an den meisten andern Orten, unentgeltlich, in der Weise, daß sich die Kirchgemeinde mit der Abtretung der Domäne gegen Nebernahme der damit verbundenen Pflichten gegenüber dem Pfarrer begnügt, sondern es mußte der Kirchgemeinde noch eine Barentschädigung im Betrage von Fr. 3000 zugesichert werden. Es mußte dies geschehen, weil das Pfarrhaus in einem schlechtern Zustand sich besindet, als dies im allgemeinen der Fall ist. Es datiert nicht, wie die meisten Pfarrhäuser, aus dem vorigen Jahrhundert, sondern ist mehrere hundert Jahre alt. Es hat infolgedessen auch alte Einrichtungen, ist verhältnismäßig sehr klein und sehr reparaturbedürstig. Während einer langen Reihe von Jahren wurde keine eigentliche, bedeutendere Reparatur durchgeführt, weil der frühere

Pfarrer, ein sehr alter Herr, aus begreislichen Gründen nicht wünschte, durch umfassende Reparaturen gestört zu werden und während Wochen und Monaten die Bauerei im Hause zu haben. Es ist deshalb hier außnahmsweise der Fall, daß der Staat außer der Abtretung der ganzen Pfrunddomäne noch eine Entschädigung von Fr. 3000 hinzulegt. Der Regierungsrat glaubt, daß die Kirchgemeinde Bolligen damit nicht bevorzugt sei, sondern daß nur den speziellen Berhältnissen Rechnung getragen werde. Da der Staat kein Interesse daran haben kann, bei einem solchen Uebergehen von Pfrundgütern an die Kirchgemeinden diese letztern zu kurz zu halten, ihnen die Mittel nicht an die Hand zu geben, welche sie in den Stand stellen, für alle Zukunst teinen Anstand, im vorliegenden Falle der Kirchgemeinde eine Barentschädigung zuzussichern. Der Regierungsrat beantragt, es möchte dieser Abtretungsvertrag genehmigt werden.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtschaftstommission. Die Staatswirtschaftskommission stimmt dem Antrag des Regierungsrates bei, obgleich Bolligen hier unbedingt kein schlechtes Geschenk übernimmt. Die Grundsteuerschaßung der abzutretenden Objekte beläuft sich auf Fr. 29,660, wovon Fr. 12,660 auf gutes Land entfallen. Der Staat übergibt also im ganzen der Kirchgemeinde Bolligen eine Summe von rund Fr. 16,000, um in Zukunft das Pfarrhaus zu unterhalten. Man kann deshalb unbedingt behaupten, daß diese Abtretung für Bolligen eine sehr günstige ist. Gleichwohl empsiehlt die Staatswirtschaftskommission deren Genehmigung mit Rücksicht darauf, daß sich das Pfarrhaus in einem sehr schlechten baulichen Zustand besindet. Die Grundsteuerschahung desselben beträgt nur Fr. 9000, während es für Fr. 15,200 brandversichert ist, so daß die Gemeinde möglicherweise bei einem Brande ein ganz gutes Geschäft machen würde. (Heiterkeit.) — Ich empsehle Ihnen den Vertrag zur Genehmigung.

Genehmigt.

Abtretungsvertrag mit der Kirchgemeinde Sigriswyl.

Der Regierungsrat beantragt, dem mit der Kirchsgemeinde Sigriswhl abgeschlossenen Abtretungsvertrage, wonach dieselbe das gesammte dortige Pfrundgut nebst Kirchenchor zum Eigentum und Unterhalt übernimmt und dem Staate eine Entschädigung von Fr. 3000 ausrichtet, die Genehmigung zu erteilen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Dieses Geschäft unterscheidet sich von dem soeben behandelten nur dadurch, daß es sich dabei auch um eine Summe von Fr. 3000 handelt, aber im umgekehrten Sinne, indem nämlich die Kirchgemeinde dem Staate Fr. 3000 herausdezahlt. Es wird Grundeigentum im Gesamtschahungswert von Fr. 54,570 abgetreten, während im vorhin behandelten Fall die Grundsteuerschahung sich nur auf Fr. 29,660 belief. Das eigentliche Kulturland ist geschätzt auf Fr. 16,620 und hält 4 ha. 42 a. 15 m². Dasselbe ist teilweise sehr gutes Land, teilweise ist es weniger wert, besindet sich aber in pracht-

voller Lage, so daß es jedenfalls einen Zukunftswert besitzt. Wenn sich Sigriswyl, was sehr wahrscheinlich ist, zu einem Kurort entwickelt, so ist gerade dieses Terrain dasjenige, auf dem Keubauten erstellt werden könnten, in welchem Falle es einen bedeutend größern Wert erhielte. Ein anderer Unterschied betrifft den Zustand des Pfarrhauses. Während dasjenige in Volligen eine Schatzung von Fr. 9000 ausweist, die dem Objekt mit Kücksicht auf seine Beschaffenheit durchaus angemessen erscheint, hat dasjenige von Sigriswyl eine Schatzung von Fr. 23,000, es ist neuer, weniger reparaturbedürstig und namentlich enthält es auch vielmehr Platz. Beide Parteien haben deshalb gesunden, der Wert der Grundstücke, welche der Staat der Kirchgemeinde abtrete, übersteige die Leistungen und Pslichten, welche Sigriswyl zu übernehmen hat. Die Kirchgemeinde hat sich denn auch nicht geweigert, eine Entschädigung zu bezahlen und zwar einigte man sich auf eine solche von Fr. 3000. Im übrigen sind die Bestimmungen des Vertrags die gleichen, wie in allen andern solchen Verträgen. Auch im vorliegenden Falle wird Genehmigung beantragt.

Schmid (Andreas), Berichterstatter ber Staatswirt= schaftskommission. Auch diesen Abtretungsvertrag em-pfiehlt Ihnen die Staatswirtschaftskommission zur An-nahme. Außer dem Pfrundgut wird auch das Kirchenchor abgetreten, das bei Bolligen schon früher abgetreten worden war. Die gange Schatzung beträgt Fr. 54,570. Sier haben wir nun ein Pfarrhaus vor uns, das in fehr gutem baulichem Zuftande sein muß. Die Grundsteuersichatzung beträgt Fr. 23,000, die Brandassekuranzsumme dagegen nur Fr. 17,800. Aus den beiden Beispielen von Bolligen und Sigriswhl ergiebt sich, welche Differenzen amischen Grundsteuer= und Brandaffekurangichatung vor= kommen. Es find das Schatzungen, die einem wirklich fehr ftugig machen, was da fur ein Schatzungsfuftem eingeführt fein muß, wenn am einen Ort die Brandver= ficherungsschatzung bedeutend über der Grundsteuerschatzung fteht, während fie an einem andern Ort kaum die Hälfte derfelben erreicht. Das nur beiläufig! Diejenigen Bestandteile, welche der Kirchgemeinde in Form fruchtbaren Landes abgetreten werden, gewiffermaßen als Raufpreis, haben eine Grundsteuerschatzung von Fr. 16,600. Aller= dings muß die Rirchgemeinde noch Fr. 3000 herausbebezahlen. Es bleiben also noch Fr. 13,600, während im Falle Bolligen der Wert des abgetretenen Kulturlandes Fr. 12,600 beträgt. Die Differenz von Fr. 1000 läßt fich dadurch rechtfertigen, daß im vorliegendem Falle auch das Kirchenchor zur Unterhaltung an die Kirchgemeinde abgetreten wird. - Ramens der Staatswirtschaftstom= miffion empfehle ich Ihnen auch diefem Abtretungsver= trag zur Genehmigung.

Genehmigt.

Das Bureau wird beauftragt, Kommiffionen zu wählen zur Vorberatung:

1. des Gesetzes über die Einführung der obligatorischen amtlichen Inventarisation bei allen Todesfällen (9 Mitglieder);

2. des Detrets betreffend Organisation der Begirtsbehörden des Amtes Bern (5 Mitglieder).

Zweite Sitzung.

Das Präsidium teilt mit, daß eine Petition des Kantonalvorstandes der bernischen Erütlivereine eingelangt sei, welche mit dem Begehren schließe: "Derselbe (der Große Rat) wolle in das neue Wirtschaftsgesetz Bestimmungen aufnehmen dahingehend, daß die Zahl der Tanzgelegenheiten im Verhältnis zum bisherigen Zustande wenigstens um die Hälfte vermindert und die Taxen für Tanzbewilligungen mindestens verdoppelt werden."

Die Petition wird ber Direktion bes Innern übermittelt, um bei Behandlung des Wirtschaftsgesetzes entsprechende Berücksichtigung zu finden.

Präsibent. Es ist mir der Wunsch ausgesprochen worden, es möchte in dieser Session auch das Ehrensfolgengesetz behandelt werden. Um Mißverständnissen vorzubeugen, will ich mitteilen, daß nach Erledigung der drei Haupttraktanden, Staatsverwaltungsbericht, Staatsrechnung und Budget, der Anlaß gegeben sein wird, sich über diesen Punkt auszusprechen.

herr Großrat L. v. Wattenwyl in Richigen erklärt den Austritt aus dem Großen Kate.

Schluß ber Sitzung um 38/4 Uhr.

Der Redaktor: Kud. Schwarz. Diensting den 28. Navember 1893,

vormittags 9 Uhr.

Vorfitender: Prafident Wy B.

Der Namensaufruf verzeigt 225 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 42, wovon mit Entschuldigung die Herren: Aebi, Bourquin, Burger, Chossat, Choquard, Friedli, Höberli (Narberg), Hari (Abelboden), Heß, Horn, Lehmann, Mérat, Schlatter, Jürcher; ohne Entschuldigung abwesend sind die Herren: Bircher, Boß, Charmillot, Daucourt, Gerber (Stefsisburg), Gerber (Unterlangenegg), Glaus, Grandjean, Grieb, Hunziter, Husson, Jacot, Meher (Laufen), Morgenthaler (Leimiswyl), Moser (Viel), Nägeli, Naine, Räh, Dr. Reber, Renser, Sahli, Dr. Schenk, Schneeberger (Schoren), Stämpsti (Vern), Sterchi, Walther (Oberburg), Wüthrich, Jingg (Dießbach).

Das Protokoll der gestrigen Sigung wird abgelesen und genehmigt.

Das Prafibium teilt mit, daß das Bureau die nachgenannten Kommissionen wie folgt bestellt habe:

Kommiffion für das Gesetz betreffend Einführung der obligatorischen amtlichen Inventarisation bei allen Todesfällen:

herr Grograt Schmib (Rarl), Prafident.

- " " Heller. " " Wälchli. " " Burtharbt.
- " " Or. Michel. " " Marschall. " " Schlatter.
- " " Marschand.
- " " Stucki (Niederhünigen).

Rommission für das Dekret betreffend Organisation der Bezirksbehörden des Umtes Bern:

herr Großrat Müller (Cb., Bern), Präfident.

, " Lenz.

" "Will.

" " Etter (Jegikofen).

" " Moschard.

Prafident. Es ift folgendes

Postulat

eingelangt:

"Unterzeichneter beantragt, das Dekret betreffend Herabsehung des Salzpreises vom 23. Dezember 1891 in dem Sinne abzuändern, daß speziell für denaturiertes Kochsalz für gewerbliche Zwecke der Preis auf 7 Kp. pro Kilo anzusesen sei.

Rurt Demme, Grograt."

Herr Demme wünscht, daß dieses Postulat mit dem Büdget behandelt werde. Ich teile Ihnen den Wortlaut jest schon mit und lege das Postulat auf den Kanzleitisch, damit es als Motion oder als Postulat behandelt werden kann, wie es dem Großen Rate besser behagt.

Präsident. Der Bericht der Staatswirtschaftskommission betreffend den Staatsverwaltungsbericht enthält im Abschnitt "Obergericht und Generalprokurator" eine Bemerkung, die sich auf den Berlauf der Untersuchung betreffend die Arbeiterunruhen in Bern bezieht. Es hat sich nun die Anklagekammer des Kantons Bern veranlaßt gesehen, gegenüber dieser Bemerkung folgendes Schreiben an den Großen Rat zu richten:

herr Prafident, herren Großräte!

Der Bericht ber Staatswirtschaftskommission vom Rovember dieses Jahres, der uns erst heute zu Gesichte kommt, bemerkt unter dem Abschnitts "Obergericht und Generalprokurator" folgendes: "Die untersuchung betressend die Arbeiterunruhen in Bern zieht sich so sehr in die Länge, daß, wie man vernimmt, die mündlichen Berhandlungen vor den Assisten wordenstichtlich ins künftige Jahr fallen werden. Wenn wir auch zugeben müssen, daß an diesem schleppenden Geschäftsgange die bezüglichen Bestimmungen unseres Strafprozesversahrens die Hauptschuld tragen, halten wir doch dafür, daß eine raschere Abwicklung dieser Angelegenheit nicht nur sehr wünschensewert, sondern anch möglich gewesen wäre."

wert, sondern anch möglich gewesen ware."
Wir halten den in diesem Passus enthaltenen Vorwurf, sowohl was uns, als auch den Generalprofurator und den außerordenlichen Untersuchungsrichter anbetrifft, für durchaus unbegründet und weisen denselben mit aller Entschiedenheit von der Hand. Da nach eingezogenen Ertundigungen die Beratung des Staatsverwaltungberichtes

pro 1892 schon Morgen beginnt, so beschränken wir uns für heute darauf, der Staatswirtschaftskommission zu bestreiten, daß die von ihr geübte Kritik auf Sachkenntnis beruhe. Denn einerseits haben ihr die Akten nicht vorgelegen, anderseits hat sie von uns keinerlei Aufschluß über den Gang und Verlauf der Untersuchung verlangt.

Bei dieser Sachlage ersuchen wir Sie, herr Präsident, Herren Großräte, dem Abschnitt "Obergericht und Generalspröturator" des Berichts der Staatswirtschaftskommission in seiner jezigen Fassung die Genehmigung auf so lange zu verweigern, dis die Angelegenheit gründlich unterstucht worden ist.

Wir scheuen, falls sie der Große Kat für nötig erachten sollte, eine solche Untersuchung durchaus nicht; sie

tonnte uns gegenteils nur ermunicht fein.

Mit Hochachtung! Namens der Unklagekammer des Kantons Bern,

> der Präfident Teuscher, der Setretär Stalder, Notar.

Ich übermittle bicfes Schreiben dem Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission über den betreffenden Abschnitt des Staatsverwaltungsberichts, Herrn Müller.

Präsident. Ich habe Ihnen ferner mitzuteilen, daß Herr Hirter, Präsident der Kommission für das Ehrenfolgengesetz, mir den Wunsch ausgedrückt hat, es möckte der Große Kat schon jett definitiv beschließen, es solle dieses Gesetz noch in dieser Session zur Veratung gelangen. Ich erteile Herrn Hirter das Wort, um seinen Wunsch zu begründen.

Hirter. Ich habe diesen Wunsch gedußert im Auftrage der Kommission. Das Gesetz hat bereits mehrsache Berschiedungen erlitten, und es wird von verschiedenen Seiten energisch darauf gedrungen, daß wenigstens die erste Beratung stattsinde, damit genug Zeit bleibe, um zwischen der ersten und zweiten Beratung in denjenigen Kreisen, welche sich dafür interessieren, die nötigen Besprechungen veranstalten zu können. Auch wird gewünscht, das Gesetz möchte in einem Zeitpunkt behandelt werden, wo der Große Kat noch möglichst vollzählig versammelt ist, damit nicht, wie das letzte Mal, die Beratung wegen mangelnden Besuchs der Sitzung nochmals verschoben werden muß.

Präsident. Ich möchte nur beifügen, daß die Sache unter allen Umständen den Sinn hat, daß zuerst die drei Haupttraktanden Staatsverwaltungsbericht, Staatsrechnung und Budget abgewickelt werden müssen. Sollten Sie die Behandlung des Ehrenfolgengesetzes beschließen, so würde ich dasselbe dann unmittelbar nach den genannten drei Haupttraktanden auf die Tagesordnung setzen.

Der Antrag des Herrn Hirter, in dem vom Präsidium ausgeführten Sinne, wird stillschweigend zum Beschluß erhoben.

Tagesordnung:

Staatsverwaltungsbericht für das Jahr 1892.

(Siehe den Bericht der Staatswirtschaftskommission betreffend den Staatsverwaltungsbericht und die Staatsrechnung pro 1892 unter Nr. 41 der Beilagen des Tagblattes des Großen Rates.)

Präsibent. Die Staatswirtschaftskommission stellt am Schlusse ihres Berichts drei Postulate auf, die nach ihrem Inhalt nicht alle zum Staatsverwaltungsbericht passen. Ich möchte vorschlagen, das erste Postulat mit der Staatsvechnung, die beiden andern bei den betreffenden Abschitten des Staatsverwaltungsberichts zu behandeln.

Einverstanden.

Präfidialbericht.

Matti, Regierungspräsident. Ich habe zu biesem Abschnitt nichts zu bemerken. Nur muß ich mit einem Wort auf die Bemerkungen zu sprechen kommen, welche die Staatswirtschaftskommiffion zu diesem Abschnitt gemacht hat. Dieselben find in erfter Linie allgemeiner Natur. Es wird vom Regierungsrat Bericht gewärtigt über verschiedene Motionen. Es find jedoch die Motionen nicht genannt, über die man fpeziell Bericht wünscht. Ich muß daher gewärtigen, daß die Staatswirtschaftsfommiffion diejenigen bezeichne, über die fie weitere Auskunft munscht. Im allgemeinen aber kann ich barauf hinweisen, daß über die Motionen, die im Jahre 1892 geftellt worden find, ber Bericht auf pag. 2 und 3 bes Staatsverwaltungsberichtes erteilt ift. Run find allerbings noch frühere Motionen hängig — es hört ja nie auf mit den Motionen — und in Bezug auf diese habe ich nur darauf aufmerksam zu machen, daß im Staatsver-waltungsbericht von 1891 eine Gesamtübersicht dieser rückständigen Motionen vorhanden ift. Run find aber alle diese Motionen regelmäßig behandelt worden. Sie wurden vom Regierungsrat an die betreffenden Direttionen gewiesen, und es wird der Große Rat in den Be-richten der resp. Direktionen auf diese Motionen eine Antwort finden. Sollte eine Lücke sein — einzelne Motionen fonnten noch nicht an die Sand genommen werden jo wird die Regierung, wenn ihr die betreffenden Motionen bezeichnet werden, schon Antwort geben können.

Eine bestimmte Anfrage ist gestellt, wie es stehe mit dem Bericht über Erweiterung oder Verlegung des Staatsarchivs. In dieser Beziehung ist folgendes zu bemerken. Die betreffende Motion wurde bei Anlaß der Behandlung des Staatsverwaltungsberichts pro 1890, am 10. November 1891, erheblich erklärt und lautet wie solgt: "Der Regierungsrat wird eingeladen: a) die nötigen Vorlagen zu einer vollständigen Neuorganisation des Staatsarchivs unter selbständiger Leitung und im

Sinne der Einführung periodischer Ablieferungen des Aktenmaterials der Direktionen nach bestimmten Regeln zu machen; d) bei Anlaß der Erstellung eines neuen Justizgebäudes für die Schaffung der nötigen Käumlickteiten für eine zweckmäßige und praktische Unterbringung des Archivs besorgt zu sein." Wie aus diesem Wortlaut hervorgeht, wurde die Reorganisation des Staatsarchivs mit dem Bau eines Justizgebäudes in enge Verbindung gebracht, und es kann allerdings, bevor diese Frage gelöft ist, von einer Reorganisation des Staatsarchivs nicht wohl die Rede sein; denn die gegenwärtigen Lokalitäten sind so beschränkt, daß neue Räumlichkeiten nicht geschaffen werden können, bevor die Justiz, die gegenwärtig im Rathause untergebracht ist, ein anderes Gebäude dezieht. Bei diesem Anlasse wird man dann die nötigen Räume für das Staatsarchiv schaffen können; denn ich benke, es werde nicht in der Absicht der Staatswirtschaftsstommission liegen, daß der Kanton Bern ein neues, selbständiges Archivgebäude baue, sondern ich denke, er wird es so meinen, daß das Archiv da, wo es sich jetzt

befindet, zwedmäßig eingerichtet werden foll.

Was nun aber das neue Juftizgebäude betrifft, fo muß ich bemerken, daß ein folches noch in fehr weitem Gelbe liegt. Zwar wurde von der Regierung die Sache sofort an die hand genommen, in dem Sinne, daß man ju diefem 3wede den Umbau ber Strafanftalt in Ausficht nahm. Vom Rantonsbauamt wurden 3, 4 verschie= dene Projekte ausgearbeitet, welche aber nicht befriedigten. Hierauf murde eine große Expertentommiffion niedergeset, welche ihrerseits — ich glaube durch Herrn Tieche ebenfalls ein Projekt ausarbeitete, das aber wieder nicht befriedigte. Gegenwärtig ift ein sechstes Projekt in Arbeit. Schon aus diefen Ergebniffen der technischen Untersuchung geht hervor, daß die Frage eine außerordentlich schwierige ift, durch Umbau des Zuchthauses ein neues Justizgebäude innert dem Rahmen, den unfere Finangen borschreiben, und in welchem die verschiedenen Zwecke ver-einigt werden können, zu schaffen. Man geht von dem Gedanken aus, es solle in dem Gebäude nicht nur das Obergericht und die Affisen untergebracht werden, sonbern auch die ganze Bezirksverwaltung — Gerichtspräfibent, Untersuchungsrichter, Regierungsftatthalter 2c. sowie sogar die regierungsrätlichen Direktionen der Polizei und der Juftiz. Ferner muß am gleichen Orte das Unter-fuchungsgefängnis bleiben, wo es ift. Man nimmt an, man habe Raum nötig für 150 Untersuchungsgefangene und man werde den Käfichturm für die Unterbringung folcher Gefangener nicht mehr lange benüten konnen. Endlich befindet sich im alten Zuchthaus noch die Ar-beitkanstalt für Weiber, die auch ungefähr 100—150 Häftlinge umfaßt. Ich fürchte deshalb, daß eine Kombination für alle diefe verschiedenen Zwecke und Bedürfniffe wahrscheinlich an den technischen Schwierigkeiten und jedenfalls an den finanziellen Schwierigkeiten fcheitern wird. Der betreffende Plat wird von den Experten auf nahezu eine Million geschätzt; ein befriedigender Um-bau des Zuchthauses wird wenigstens 1½ Millionen tosten, und unsere Mittel gestatten uns wohl nicht, für ein Justizgebäude 2½ Millionen auszuwerfen. So sind wir da angelangt, daß wir Zweifel haben, ob in diefer Richtung eine richtige Lösung gefunden werden konne und ob wir nicht beffer thun, das Terrain zu verkaufen und aus dem Erlos ein beicheibenes Juftigebaube ju bauen, das allen Anforderungen entsprechen tann, ohne daß die Staatsfinangen übermäßig in Unspruch genommen werden. Wenn ich Ihnen das fage, fo beruht das nicht auf einem Befchluß der Regierung oder einem definitiven Abschluß der Boruntersuchung; ich kann nur fagen, daß fich die Baudirektion — wenigstens feit ich berselben vorstehe — unausgesett mit dieser Frage befaßt, fie aber noch nicht einmal in technischer, geschweige denn in finanzieller Beziehung zum Abschluß gebracht hat. Es wird deshalb diese Motion betreffend das Staatsarchiv bis zu dem Momente zurückgelegt werden muffen, wo die Frage der Erstellung eines Juftizgebäudes in richtiger Form zur Lösung vorgelegt werden kann. Damit glaube ich die Bemerkungen ber Staatswirt=

schaftskommission zum Präsidialbericht beantwortet zu

haben.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirt= schaftskommission. Ich möchte vor allem aus noch einige allgemeine Bemerkungen anbringen. Borerft habe ich mitzuteilen, daß es herrn Buhlmann, als Mitglied ber nationalrätlichen Budgetkommission, nicht möglich war, an den Berhandlungen ber Staatswirtschaftstommiffion über den Staatsverwaltungsbericht und das Budget teilzunehmen; er hatte fogar die Absicht, um sich frei bewegen zu können, die Entlaffung als Mitglied der Staats= wirtschaftskommission einzugeben. Die Staatswirtschafts-kommission ersuchte ihn, davon abzustehen, was er auch that unter der Bedingung, daß wir ihn für dies Jahr von der Mitwirkung bei Beratung des Staatsverwaltungs= berichts und des Budgets entlaften. Ich habe geglaubt, dies hier turg mitteilen zu follen.

Ferner habe ich ben Auftrag, bei diesem Anlaß Sie darauf aufmerksam zu machen, daß vor eirea 10 Tagen in der "Lagwacht" über die Verhandlungen der Staats= wirtschaftstommission eine Notiz erschienen ift, worin gefagt murbe, die Staatswirtschaftstommission habe ben Beschluß gefaßt, es sollen Schritte gethan werden, damit die Inhaftierten bom Berner Rramall fofort entlaffen werden. Ich bin überzeugt, daß alle von Ihnen, welche das gelefen haben, sofort gefunden haben, daß kein wahres Wort daran sein könne. Die Staatswirtschaftskommission hat sich mit dieser Frage nicht besaßt — es lag das nicht in ihrer Aufgabe — sie hat sich nur insoweit mit ber Sache befaßt, als fie beim Bericht bes Obergerichts und des Generalprofurators die Bemerkung anbrachte, gegen welche der Prasident der Anklagekammer Protest erhebt. Man mag also machen, was man will, so wird von jeder Seite Protest erhoben. Wie gesagt, die Notiz der "Tagwacht" ist vom ersten bis zum letzten Wort eine erfundene.

Was den Staatsverwaltungsbericht als solchen betrifft, so bemerken Sie, daß Sie einen furchtbar dicken Folioband vor fich haben und daß es ungemein schwer hält, sich darin zu orientieren, weil unterlassen wurde, ben Bericht fortlaufend zu paginieren, wie es bisher immer der Fall war. Das große Volumen rührt aller= bings hauptfächlich bavon ber, daß am Schluß eine große Bugabe beigedruckt wurde, wie folche gewöhnlich nicht aufgenommen werden. Allein der Bericht ift badurch fo unhandlich geworden, daß die Staatswirtschaftstommis= fion fand, es mare munichenswert, daß der Bericht nicht mehr fo voluminos murbe.

Was nun den Präfidialbericht anbelangt, fo hat aller= dings die Staatswirtschaftskommiffion zwei kurze Bemerkungen gemacht, aber nicht gang in bem Sinne, wie fie vom herrn Regierungsprafibenten aufgefaßt worben find. Sie finden auf Seite 2 die im Laufe des Jahres 1892 gestellten Motionen und darunter mehrere, die noch nicht erledigt find, fo g. B. die erfte Motion : "Der Regierungerat wird eingeladen, baldmöglichst über die zur Wahrung der eifenbahnpolitischen Intereffen des Rantons Bern zu treffenden Magnahmen Bericht zu er= statten." Es wird dazu bemerkt, der Bericht über die Ausführung dieser Motion werde im Bericht ber Finangdirektion zu finden sein; ich habe dort nachgesehen, aber nichts gefunden. Ferner haben Sie die Motion Leuch und Affolter betreffend Erlaß eines Flurgesetzes, die Motion hirter betreffend Stellung der Spartaffen 2c. unter ftaatliche Aufficht, die Motion Reymond und Genoffen betreffend obligatorische Mobiliarversicherung. Ueber alle diese Motionen habe ich in den betreffenden Verwaltungs= berichten nichts gefunden, und Borlagen barüber find bem Großen Rate nicht gemacht worden. Es wird deshalb beiläufig in dem Bericht der Staatswirtschaftstommiffion bemerkt, daß man über die unerledigten Motionen feiner= zeit ben Bericht der betreffenden Behorden, denen fie

zugewiesen wurden, erwarte.

Was das Staatsarchiv anbelangt, so gab der Bericht selbst Beranlaffung, in dieser Beziehung eine turze Mahnung einfließen zu lassen. Sie finden auf Seite 4 den Passus: "Die Militärdirektion lieferte am 24. August ihre fämtlichen bis zum Jahre 1880 reichenden Akten ab. Dieselben waren in einem feuchten Keller des Zeughauses untergebracht und hatten bort so gelitten, daß manches ganz oder zum Teil verfault war und weggeschafft werden mußte. Aus Mangel an andern Lokalitäten mußte dieses noch fehr umfangreiche Militärarchiv in einem wenig geeigneten Raume neben der Tribune bes Großratsfaales aufgeftellt werden." Es wird also im Staatsverwaltungsbericht felbst barauf aufmertsam gemacht, daß die Räume des Archivs absolut ungenügend seien. Ich glaube beshalb, die Staatswirtschaftstommiffion habe mit Grund an das Postulat von 1890 er-innert, wonach die Behörden eingeladen wurden, sie möchten Bericht erstatten, wie das Staatsarchiv verbessert werden könnte. Allerdings fah man damals vor, daß dasfelbe im neuen Gerichtsgebäude untergebracht werben tonne. Wenn aber die Erstellung eines folchen so ver= schoben werden muß, so ist es unbedingt nötig, daß man schon vorher für die Sicherstellung des Archivs Sorge trägt.

Zum Schluffe hat die Staatswirtschaftskommission hier noch eine turze Bemerkung einfließen laffen, die beim Bericht des Regierungspräsidenten eingereiht wurde, weil in demselben auch die Verhandlungen des Großen Rates berührt werden. Es ist Ihnen bekannt, daß schon vor zwei Jahren die Motion erheblich erklärt wurde, es solle ein neues Großratsreglement entworfen und vor= gelegt werden. Die hiefur bestellte Kommission fand bann aber, es sei zweckmäßig, die Berfassungsrevision abzuwarten, da vielleicht verschiedene Aenderungen in Der Berfaffung auch ein anderes Großratsreglement, beziehungs= weise Menderungen des bestehenden Reglements munichens= wert und nötig machen. Rachdem nun die Berfassungs-revision unter Dach ist, hat die Staatswirtschaftskommission geglaubt, es wäre wünschenswert, daß die Kommission ihre Arbeit an die hand nehmen wurde, um das Großratsreglement wenn möglich vor der nächsten Gefamt=

erneuerung des Großen Rates definitiv feststellen zu können. Besonders mit Rücksicht auf die Reduktion der Mitgliederzahl des Großen Rates wäre es wünschenswert, wenn das neue Reglement mit der neuen Amtsperiode des Großen Rates in Kraft treten könnte. Es ist dies ein Wunsch, mit dem auch der Herr Präsident der Kommission einverstanden ist. Derselbe hat die Absicht, im Januar die Kommission einzuberufen, um die Arbeit an die Hand zu nehmen.

Marti, Regierungspräfibent. Ich habe nur in Bezug auf die Form des Staatsverwaltungsberichts ein Wort zu erwidern. Ich anerkenne, daß der Bericht allerdings nicht handlich und überfichtlich ift. Der Grund für diefen Uebelstand ift darin zu suchen, daß die Staatswirtschaftstommis= fion feinerzeit verlangt hat, daß die Berichte der einzelnen Direktionen in ber Reihenfolge erscheinen, wie es hier ber Fall ift. Allein bei der Regierung laufen die Direttionsberichte nicht in diefer Reihenfolge ein, fondern in einer ganz andern, indem einzelne Direktionen, namentlich die Finanz= und die Militardirektion, genötigt find, auf viele Abschlüffe zu warten, bis fie ihre Berichte einsichiden können. Es kann aber mit dem Druck der ein= zelnen Berichte nicht gewartet werden, und es giebt jede Direktion ihren Bericht, sobald er fertig gestellt ist, in Druck, damit der Regierungerat denselben durchberaten tann. Dabei werben die einzelnen Berichte für fich paginiert, eine durchgehende Baginierung dagegen kann nicht abgewartet werden, weil die Druckerei erklärt, fie könne ben Sat ber erften Direktion nicht stehen laffen, bis auch der Bericht der letten Direktion erschienen fei. Wir wollen prüfen, wie fich die Sache andern läßt; es wird faum anders gehen, als daß man den Staatsverwaltungs= bericht in der Reihenfolge druckt, wie die Berichte von den Direktionen eingeschickt werden.

Benehmigt.

Bericht der Direktion des Junern.

Meier (Biel), Berichterstatter der Staatswirtschafts= Die Staatswirtschaftskommission hat zu diesem Bericht keine besondern Bemerkungen zu machen. Die Prüfung durch die Delegierten hat ergeben, daß die Berwaltung eine geordnete ift und alle Geschäfte, bis auf einige wenige, erledigt worden find. Dagegen hat fich die Staatswirtschaftstommiffion veranlagt gefehen, eine Bemerkung zu machen über die Gesundheitspslege, speziell im Jura. In der Sitzung der Staatswirtschaftstommission wurde von Seite der Herren Offiziere, welche letten herbst den Truppenzusammenzug im Jura mitmachten, bemerkt, es laffe der Jura punkto Gefundheits= pflege an vielen Orten viel zu wünschen übrig; es sei bies auch der Grund gewesen, weshalb circa 75 bis 80 Militars an Typhus erfrankten. Es fei ferner kon= ftatiert worden, daß in vielen Gemeinden der Typhus regiert habe und infolgedeffen auf die Militars über= tragen worden fei. Die Bemerkungen, welche gemacht wurden, gingen namentlich dabin, es feien die Cifternen,

bie Sodbrunnen, nicht gehörig unterhalten, fie liegen jum Teil nahe bei den Dungerhaufen und Jauchetaften, so daß dazwischen eine Cirkulation stattfinde, wodurch das Waffer verdorben werde. Man mußte allerdings fagen, die Sache fei desmegen einigermaßen entschuldbar, weil der lette Sommer ein fehr trockener war und der Jura so wie so ein wasserarmer Landesteil sei. Nichts= destoweniger fand sich die Staatswirtschaftskommission veranlaßt, dem Großen Rate den Untrag zu ftellen, man möchte auf die Gesundheitspflege im Jura und, wo es nötig ift, auch im übrigen Kanton ein größeres Augen= mert richten, und wenn die gegenwärtigen Borschriften punkto Magnahmen gegen Thphus und ähnliche Krankheiten nicht genügen, so möchte der Regierungsrat ein= geladen werden, sachbezügliche Gesetzsvorschriften aufzu-stellen. Im übrigen stellt die Staatswirtschaftskommission den Antrag, es sei der Bericht der Direktion des Innern — sowohl Abteilung Bolkswirtschaft, als Abteilung Gefundheitswefen - ju genehmigen.

v. Steiger, Direktor des Innern. Ich glaube, es sei angezeigt, auf die Anregung der Staatswirtschaftstommission hin, daß ich über die vom herrn Berichterstatter berührten Verhältniffe einige Auskunft gebe.

Beranlaffung zu den Bemerkungen der Staatswirtschaftstommission haben die Erfahrungen gegeben, die anläßlich des letten Truppenzusammenzuges gemacht wurden. Die Direktion des Innern wurde in den ersten Tagen der Manover, noch bevor die Divisionsmanover begannen, davon in Renntnis gefett, der Chefarzt bes 2. Armeekorps habe durch einen aargauischen Arzt er= fahren, daß sich in Delsberg zwei Typhuskranke aus dem Kanton Margau befunden haben und in einem dortigen Gafthaus untergebracht gewesen seien, daß von diesem Umstande weder der kantonalen Behörde, noch den Militärbehörden Kenntnis gegeben worden fei, daß über= haupt furze Beit bor bem Truppenzusammenzug in ber Umgebung von Delsberg mehrere Falle von Thphus vorgekommen seien. Die Direktion des Innern war von biefen Mitteilungen nicht angenehm berührt, indem fie konstatieren mußte, daß von keinem Arzte der bortigen Gegend an fie eine Mitteilung gelangt war, fo daß da jedenfalls eine Unterlassungsfünde vorlag, welche jahraus jahrein hie und da vorkommt, die aber gerade bei Anlaß der Anfammlung größerer Truppenmaffen um fo befremdender war und um fo mehr bemühen mußte, da die Befürchtung nahelag, daß infolge der Berheimlichung, wenn auch nur weniger Falle, die Gefundheit einer großen Bahl von Militars gefährdet werden konne. Bei diefem Unlasse hat der eidgenöffische Oberfeldarzt eine genauere Unterfuchung der fanitarischen Berhältniffe von Delsberg vorgenommen und uns über das Refultat ebenfalls ver= ständigt. Er hat sich beklagt, einzelne Abteilungen des Militärs feien in gang widerwärtigen und ungefunden Lokalen untergebracht worden. Er spricht von einem Falle, daß er eine Abteilung kantonniert fand im Souterrain der Mühle in einem dunklen Keller, "deffen Seitenwände von dem daneben herablaufenden Kloakenbach von Abtrittjauche völlig imprägniert und naß waren," so daß er genötigt war, sofort die Dislozierung dieser Mannschaft anzu-befehlen. Des sernern hat sich der Armeekorpsarzt, Dr. Bircher, über die allgemeinen Reinlichkeitszustände in Delsberg ausgesprochen. Er fagt u. a., nachdem er über die Desinfektion in dem erwähnten Gafthof und in an-

dern häufern berichtet hat, folgendes: "Bei der besonders merkwürdigen Anlage der Abtritte hat fich dieses Berfahren (ber Desinfektion) als ungenügend erwiesen. Es stellte sich nämlich bei genauerer Nachforschung heraus, daß die wenigsten häuser der Altstadt eigene Abtritt= gruben besitzen, sondern ein System von sogenannten "Gaffen" und Kanälen besteht, in welche die hölzernen Fallrohre der Abtritte frei, zum Teil sogar in erheblichem Bohenabstande, einmunden. - Die Bauart ber Säufer ift nämlich berart, daß die Hinterhäuser zwischen sich eine circa 1 Meter breite Gasse belassen, in welche sämtliche Abtritte, aber auch Tenfter von Küchen und Wohnräumen munden. Diefe Gaffen, deren Boben auf gleicher Sobe mit dem Parterre der Saufer fich befindet, find teils cementiert, teils fließt in ihrer Mitte eine kleine Waffer= rinne, teils stellen sie auch Wege aus Macadam vor; in ihnen fammelt fich der Rot vom Abtritt und das Ablaufwaffer der Küche zc. Bei der trockenen Witterung diefes Jahres bleibt nun die erwünschte Wegschwemmung diefes Kotes durch Regenwasser und Brunnenabläufe fast ganz aus; kunftliche Schwemmung und Räumung findet aber, wie mir Anwohner versichern, nur alle zwei Monate ein= mal statt. Der Gestank in diesen Gassen ist den Ber= haltnissen entsprechend." Es erklärt sich, daß infolge Es erklärt fich, daß infolge Diefer Entdeckungen bei den oberften militarischen Behorden ein außerft icharfer Unwille über biefe Buftande und Vorgange fich kundgegeben hat, und namentlich hat man es schwer empfunden, daß die vorgekommenen Typhus= fälle ben militarischen Behörden verheimlicht murden.

Die Direktion bes Innern hat nicht unterlaffen, Die erhaltenen Berichte in der Weise zu verwerten, daß wir dem Gemeinderat von Delsberg von allen Aussetzungen Renntnis gaben, unfere eigene Bermunderung nicht verschweigend sowohl gegenüber dem Stillschweigen der Aerzte, von denen keiner uns benachrichtigte, als auch gegenüber bem Berhalten der Ortspolizeibehorbe. Bor wenigen Tagen hat nun der Gemeinderat von Delsberg eine Antwort eingefandt, worin er die Berechtigung der meiften Borwurfe bestreitet und gegen die verschiedenen Bulagen, bie ihm von Seite ber Militärarzte gemacht worden find, protestiert. Er protestiert dagegen, im Auftrag der dels= bergischen Aerzte, daß eine absichtliche Berheimlichung ber Typhusfälle ftattfand. Es will teiner ber Merzte biefe Fälle behandelt haben, was allerdings merkwürdig ist; benn daß fie nicht behandelt wurden, ist doch schwer zu glauben. Ferner wird gesagt, daß der Typhus in Dels= berg nicht epidemisch sei, wie der Oberfeldarzt behaupte, fondern Delsberg im gangen fich fehr gefunder Berhalt= niffe erfreue. Der Gemeinderat bestreitet die Unreinlichkeit, ohne zwar widerlegen zu konnen, daß die Einrichtungen so seien, wie behauptet wird, und sagt, es sei in den letten Jahren viel gethan worden, es sei im ganzen eine Summe von Fr. 50,000 gur Berbefferung der fanitarischen Berhältniffe ausgegeben worden. So viel ich weiß, war letteres namentlich der Fall hinfichtlich der

Beschaffung von Wasser.
Dies sind die Zustände, auf die wir aufmerksam gemacht worden sind, und was nun die Folgen betrifft, die aus dem Truppenzusammenzug in sanitarischer Hintst sich ergeben haben, so scheint es allerdings Thatsache zu sein, daß 60—70 Erkraukungen, teils in den letzen Tagen des Truppenzusammenzuges, teils kurz nachher, aufgetreten sind und daß sogar mehrere Todesfälle vortamen. Woher alle diese Erkrankungen kamen, darüber

waltet die Untersuchung noch fort. Es find burchaus nicht alle auf Delsberg zurudzuführen. Es weist im Gegenteil die größere Zahl der Fälle auf andere Gemeinden hin: Reconvillier, Bery zc. Es ift auch nicht zu übersehen, baß wir unrecht thaten, zu behaupten, bas Auftreten von Typhus in diefer oder jener Gemeinde fei ausschließlich den öffentlichen sanitarischen Ginrichtungen der Gemeinde jur Laft zu legen. Wenn man weiß, wie unvorsichtig vielfach die Militars fich mahrend der Uebungszeiten benehmen, wie es trot allem Abmahnen immer folche giebt, die aus jeder Pfütze ihren Durft zu löschen suchen, und daß es gerade in jenen Gegenden allerdings fehr viel unreinliches und ungefundes Waffer giebt, fo wird man fagen muffen: bei einem folchen Berhalten ber Militars würden auch bei beffern Einrichtungen in den Gemeinden Typhusfälle vorkommen. Ich erwähne dies, damit wir nicht ungerecht feien und nicht alles den juraffischen Ge-

meinden zur Laft legen. Aber wir acceptieren gleichwohl den Antrag der Staats= wirtschaftskommiffion, die Regierung möchte darüber beraten, wie in Butunft folden Bortommniffen vorzubeugen fei. Es ift mahr, daß wir in unferer Gesetzgebung eigentlich wenig Bestimmungen besitzen, die in gewöhnlichen Zeiten ber Regierung Kompetenz geben, ben Gemeinden gewiffe Maßregeln vorzuschreiben, sondern daß wir nur in Zeiten besonderer, momentaner Gefahr das thun können. So fagt z. B. Art. 39 der Berfaffung, der bem Art. 40, wenn ich nicht irre, der alten Berfaffung nachgebildet ift: "Bur Abwendung von dringender Gefahr tann er (der Regierungsrat) die vorläufigen militarischen Sicher= heitsmaßregeln ergreifen oder die nötigen Gebote und Berbote mit Strafandrohung erlaffen." Auf diesen Sat hat man fich jeweilen geftutt, wenn in Beiten von Gpidemien mehr oder weniger strenge Borschriften aufgestellt und erlaffen werden mußten. Wir haben ferner Rompetengen auf Grund des Bundesgefeges betreffend Maßnahmen gegen gemeingefährliche Epidemien, fofern es fich um Pocken, afiatische Cholera, Fleckfieber (Kriegs-, Hunger-typhus 2c.) oder Pest handelt. Der gewöhnliche Typhus ift biefem Bundesgesetze nicht unterstellt. Das ermähnte Bundesgeset verlangt, daß bei Berannahen der Cholera eine Reihe von Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, und fo hat der Bundesrat jedes Jahr beim Berannahen der Cholera ein Kreisschreiben erlassen, worin er bestimmte Maßregeln zur Durchführung empfohlen hat. Es ergingen in ben letten Jahren jeweilen sofort an alle Gemeindebehörden in ihrer Eigenschaft als Ortspolizeibehörden diesbezügliche Weisungen. Unter denselben befindet fich auch eine folche betreffend die Reinigung der Strafen, die Einrichtung der Abwasserleitungen, der Abtritte 2c. Bang speziell murde in dem Rreisschreiben des Bundes= rates empfohlen, ben Abtrittgruben große Aufmertfamteit zu schenken und alle Ableitungen, die nicht genügen, in ftand zu ftellen. Run machen wir leider die Erfahrung, daß eine fehr große Bahl von Gemeindebehörden folchen Mahnungen gegenüber sich ziemlich gleichgültig verhalten; man ist gewöhnt, zu denken: zu uns kommt die Cholera ja doch nicht, und man beurteilt die Borfichtsmagregeln ber eibgenöffischen und kantonalen Behörden vielfach als von übertriebener Angst eingegeben. Es ift auch leider zu konstatieren, daß wir nicht überall an den Regierungs= statthaltern diejenige Sulfe finden, welche in solchen Dingen unbedingt munichbar mare; denn dem Regierungs= statthalter läge es am nächsten, die öffentlichen samitarischen

Berhältnisse in den Gemeinden zu kennen und da, wo Gefahr vorhanden ist, rechtzeitig auf Abhülfe zu dringen. Der Regierungsstatthalter, der am betreffenden Orte wohnt und mit den Leuten verkehrt, wird viel mehr erreichen, als wenn man alle paar Monate von Bern aus ein Kreisschreiben erläßt, das man liest und nachher auf die Seite legt oder vielleicht auch nicht liest.

Ich habe geglaubt, Ihnen diese Auskunft erteilen zu sollen, um Ihnen einen Einblick zu verschaffen in die schwierige Lage, in der sich die obern Behörden befinden, indem wir, von momentanen Gesahren abgesehen, eigentlich keine Kompetenz haben, den Gemeinden etwas vorzuschreiben, sondern uns darauf beschränken müssen, lebelstände aufzudecken und den Gemeinden die Abhülfe zu empsehlen, an ihren gesunden Berstand zu appellieren. Wir werden nicht unterlassen, auch in Zukunft unserer Pflicht nachzukommen, und wir werden auch auf Mittel und Wege sinnen, um es gegenüber solchen Gemeindebehörden, die nicht von selbst ihre Pflicht einsehen, in nachdrücklicherer Weise thun zu können, als es bisher an Hand der bestehenden Bestimmungen der Fall war.

Hirter. Seit Einreichung meiner Motion betreffend die Sparkaffen find wieder zwei Fälle vorgekommen, welche uns in diefer Sache jum Auffehen mahnen: Der Fall der Caisse d'épargne in St. Immer und in Luzern der Fall der Kasse a epargue in Sumarkt. Ich glaube, es liegt darin Begründung genug, daß wir dieser Sache alle Aufmerksamkeit schenken sollen. Ich will nicht wiederholen, was ich bei der Begründung meiner Motion fagte, sondern nur den Wunfch aussprechen, es mochte bald ein Geset vorgelegt werden, das die Entgegennahme von Spargelbern ungefähr an folgende Bedingungen knupfen wurde: 1. Deffent= liche Auflage der Rechnung nach einheitlichem Schema, woraus leicht ersichtlich ist, was für Verpstichtungen die Kasse hat und über welche Mittel sie verfügt. 2. Genaue Angabe der Garantie auf allen Empfang= und Spar= scheinen. Wir haben im Kanton Bern und in der gangen Schweiz eine Anzahl Raffen, welche Firmen führen, die auf Garantien schließen laffen, die fie gar nicht bieten. Es giebt sogenannte Amtsersparnistaffen, wo nur ein Refervefonds vorhanden ift. Es ift nicht gefagt, daß biefe Raffen nicht folid feien; aber es ift am Plat, daß derjenige, welcher Geld einlegt, weiß, welche Garantie er hat. 3. Eine Borfchrift betreffend die Unlage der Spar= gelder. Ich würde vorschreiben, es sollen 65% in Hypothekartiteln und 35 % in leicht verwertbaren Staats= papieren angelegt werden. 4. Ginführung einer Inspektion. Damit fie nicht den Charafter befame, als konnten durch fie Indistretionen begangen, oder als konnte fie gu Steuerzwecken ausgenutt werden, konnte die Wahl bes Inspektors den Kaffen überlaffen werden, unter Borbehalt des Bestätigungsrechts des Regierungsrates. 5. Ber-bot der Spekulation der Beamten. Nicht, daß ich glaube, es werde bann tein Beamter mehr fpekulieren; aber die Bankhäuser würden fich mehr hüten, mit ihnen in Ber-tehr zu treten, weil fie nachher nicht auf den guten Glauben Unfpruch machen könnten.

Sollte es nicht belieben, ein folches Gesetz zu erlassen, so möchte ich die Direktion des Innern einladen, den Bersuch zu machen, unter den bestehenden Sparinstituten einen Berband zu gründen, ein Konkordat abzuschließen, wie ein solches seinerzeit unter den Emissionsbanken bestanden hat und wie ein solches gegenwärtig in Sachsen besteht, wo es mit gutem Ersolge arbeitet.

Präsibent. Ich möchte herrn hirter nur barauf aufmerksam machen, daß seine Motion der Finanzdirektion überwiesen wurde und daß es daher meines Erachtens logischer ist, diesen Punkt bei der Finanzdirektion zu behandeln.

Marti, Regierungspräsibent. Herr hitre hat wahrscheinlich übersehen, daß im Staatsverwaltungsbericht gesagt ist, seine Motion sei der Finanzdirektion überwiesen worden, sonst würde er seine Bemerkungen nicht hier vorgebracht haben. Der Herr Finanzdirektor ist nun zwar nicht anwesend, aber ich glaube gleichwohl, es sei nicht nötig, bei dem Berichte der Finanzdirektion die Sache nochmals zu behandeln. Was Herr hirter sagte, erscheint ja in den Großratsverhandlungen; der Herr Finanzdirektor wird davon Notiz nehmen und sich in seiner Vorlage, die bevorsteht, darüber aussprechen.

v. Steiger, Direktor des Innern. Indem ich das eben Gesagte bestätige, erkläre ich, daß wahrscheinlich die Direktion des Innern auch zur Mitwirkung Anlaß haben wird. Wir werden gerne von den Borschlägen des Herrn Hirter, in Gewärtigung eines später vielleicht zu erlassenden Gesetzes, Kenntnis nehmen, ebenso von dem Vorschlag, daß man, wenn der Erlaß eines Gesetzes nicht möglich erscheinen sollte, eine Art Konkordat unter den Sparinstituten herbeizusühren suchen sollte. Soweit es die Direktion des Innern betrifft, werde ich bereitwillig auf diese Anregung eintreten.

Birter. Ich bin befriedigt.

Dr. Schwab. Lettes Jahr wurde in den Poftulaten ber Staatswirtschaftskommiffion die Revifion des Beschlusses über die Berwendung des Alkoholzehntels ver-langt. Es wurde über dieses Postulat nicht abgestimmt, fondern man hat fich mit ben Erklärungen gufrieben gegeben, die von einzelnen Direktionen - Direktion des Armenwesens und Direktion des Innern — gemacht worden find. Man hat von ihnen vernommen, daß man bald zur Revifion bes Befchluffes ichreiten werde, daß man aber borber noch einzelne Erfahrungen machen möchte. Seither ift ein Jahr verstrichen und seit Fassung bes Beichluffes im Großen Rate find brei Jahre vorüber= gegangen. Man hat alfo in unferm Ranton und in ber gangen Schweiz Erfahrungen machen konnen. Der Bundesrat hat fich schon wiederholt über diese Materie ausge= sprochen und ich habe diefen Morgen seine lette bezüg-liche Botschaft gelesen, eine sehr interessante Botschaft, in welcher viel von den Verhaltnissen im Kanton Bern die Rede ift und zwar in einer Beife, die mich fehr gefreut hat. Die Aufklärungen, welche gegeben werden, find gang trefflich. Aber wenn wir aus einem Befclug ein Detret machen wollen, fo muffen wir die Sache an bie Hand nehmen. Ich gebe zu, daß es vor einem ober zwei Jahren noch schwer gewesen ware, ein Dekret auszuarbeiten; aber jetzt sollte es möglich sein. Ich stelle deshalb den Untrag, der Regierungsrat werde eingeladen, beförderlichst den Beschluß des Großen Rates vom 8. April 1891 über die Berwendung des Alfoholzehntels einer Revision zu unterwerfen und ein definitives Detret über diesen Gegenstand vorzubereiten.

Ich denke, daß die Direktionen, welche sich mit der Berteilung des Alkoholzehntels zu beschäftigen haben, nichts dagegen haben werden. Die nötige Zeit werden

fie haben muffen; aber etwas muß gehen, um so mehr, als man, entgegen bem Beichluß, bereits etwas gemacht hat, was dem Wortlaut des Beschluffes entgegen ift. Man legt immer mehr Gewicht auf die Berhütung der Truntsucht, und zwar mit Recht, und legt besonderes Gewicht auf eine beffere Erziehung, beziehungsweife Erziehung der vermahrloften, bosartigen Kinder. Als man ben Beschluß faßte, glaubte man, in der Beziehung eine Schrante fegen zu follen, daß der Beitrag aus bem Alfoholzehntel nur ben Rindern von Alfoholifern gegeben werde und ferner nur denjenigen, deren Eltern ihre väterlichen Rechte verloren haben. Man hat nun sofort eingesehen, daß dies nicht vom Guten ist. Es tamen Gesuche, z. B. von der Gotthelfstiftung, und man mußte anertennen, daß diese Bedingungen wegfallen muffen; es handelt fich darum, zu verhüten, und ba darf man nicht eng, sondern muß large sein. Das ist ein Fehler des Beschlusses von 1891. Ferner ware es vom Guten, wenn nur ein Mitglied der Regierung über diese Berteilung wachen würde. Gegenwärtig befaffen sich vier Direktionen damit. Es liegt darin insofern eine Gefahr, als jeder Direttor eine bestimmte Summe gu feiner Berfügung hat und dafür forgen muß, daß nicht barüber hinausgegangen wird. Er weiß nicht, was in ben andern Direttionen geht und doch fieht der Befchluß vor, daß man eine andere Berteilung vornehmen könne, was aber schwierig ift, wenn sich die Sache in den Sänden von vier Berfonen befindet.

Ich will mich nicht weiter über diesen Gegenstand verbreiten; ich benke, es stehe meinem Antrag nichts entgegen.

Präsident. Ich sasse den Antrag des Herrn Dr. Schwab als Motion im Sinne des Art. 61 des Reglements auf, wonach es bei Beratung des Staatsverwaltungsberichts gestattet ist, auch mündliche Anträge zu stellen, welche den Charakter einer Motion haben, über die nur in der Weise beraten werden kann, daß sich der Rat über die Erheblichkeit oder Nichterheblichkeit ausspricht.

v. Steiger, Direktor des Innern. Ich will mich materiell nicht weitläufig über ben Antrag bes Herrn Dr. Schwab aussprechen. Aber angesichts ber Wichtigkeit besselben muß ich verlangen, daß heute nicht barüber ab-gestimmt werbe, auch nicht über die Erheblichkeit. Die Tragweite des Antrages des Herrn Dr. Schwab ift eine febr große. Er wünscht den Erlaß eines bleibenden Detrets; benn ein Detret wird ber Große Rat nicht schon in einem oder in zwei Jahren wieder abandern. Es wurde also die Berwendungsart des Alkoholzehntels auf eine Anzahl Jahre festgenagelt, während gegenwärtig ein anderes System befolgt wird. Der Große Rat setzt Jahr für Jahr bei Beratung des Budgets für die einzelnen Bwede Diejenige Summe ein, welche er für nötig halt. Er hat alfo jedes Jahr freie Sand, diefes oder jenes Bedürfnis mehr zu berudfichtigen, einem neuen 3mede etwas zuzuwenden, hingegen etwas, das fich als weniger bringlich erwiesen hat, in den hintergrund zu stellen — turz, der Große Rat hat jedes Jahr freie hand. Ich will nun nicht sagen, daß dies einzig das richtige System fei und daß nicht viele Grunde dafür fprechen, die Sauptfachen bleibend zu ordnen. Ich will damit nur zeigen, daß es eine fehr wichtige Frage ist, die durch den Antrag des Herrn Dr. Schwab aufs Tapet gebracht wird. Ich glaube daher namens des Regierungsrates verlangen zu follen, daß darüber nicht heute abgestimmt wird, damit der Regierungsrat Gelegenheit erhält, sich über die Frage auch auszusprechen.

Dr. Schwab. Ich bin damit einverstanden, nur wünsche ich, daß der Antrag noch in dieser Session erledigt werde.

Prafident. Bielleicht kann dies am besten bei der Beratung des Budgets geschehen.

Dr. Schwab. Der Antrag hat keinen Bezug auf das Budget. Wir verfügen im ganzen über Fr. 107,000; über diese Summe hinaus kann nicht gegangen werden.

Präsident. So werden wir den Antrag zwischenhinein, wenn sich Zeit findet, behandeln.

Dr. Schwab. Ginverftanden!

Der Bericht der Direktion des Innern wird im Sinne der von der Staatswirtschaftskommission gemachten Bemerkungen genehmigt.

Bericht der Juftigdirektion.

Bühler, Berichterstatter der Staatswirtschaftstom= mission. Bum Berwaltungsbericht der Justizdirektion hat die Staatswirtschaftstommiffion teine wefentlichen Bemerkungen zu machen und namentlich teine Antrage zu ftellen. Die Delegierten ber Staatswirtschaftskommiffion haben den Berwaltungsbericht mit dem Herrn Juftizbirektor durchbesprochen und die Geschäftsführung geprüft. Sie haben sich dabei überzeugt, daß die Justizdirektion sehr stark beschäftigt ist, ein reichhaltiges und wertvolles Material für eine Reihe neuer, sehr wichtiger und teil= weise fehr dringender Erlaffe zu sammeln, wie z. B. für eine Revifion des Berantwortlichkeitsgesehes, für eine neue Hypothekarordnung, für eine Revision der Vorschriften über das Notariat und eine teilweife Revifion des Civil= rechts, namentlich des Personenrechts. Es ift begreiflich und fehr leicht erklärlich, daß der herr Juftigdirektor keine große Luft verspürt, diese Entwürfe auszuarbeiten und dem Regierungsrat und dem Großen Rate gur Beratung vorzulegen, namentlich so lange ältere, hängige Borlagen, wie das Ehrenfolgengeset, das Dekret über Einführung gewerblicher Schiedsgerichte, nicht befinitiv beraten und erledigt find. Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß der Große Rat diefe Vorlagen demnächft erledigen wird; sobald dies geschehen ift, wird die Juftigdirektion mit neuen dringenden Borlagen vor den Rat treten.

Wie wichtig und dringend es z. B. ift, daß eine neue Grundbuchordnung geschaffen wird, davon konnten sich die Delegierten bei Besprechung der Frage überzeugen, ob und welche Maßnahmen für eine feuersichere Unterbringung der Grundbücher in den Bezirken getroffen wurden. Sie erinnern sich, daß vor einem Jahre bei

Prüfung des Geschäftsberichts die Unregung gemacht wurde, es follte untersucht werden, ob nicht in einzelnen Bezirken die Grundbücher feuersicher untergebracht werden tonnten. Es murbe diefe Unregung gemacht geftutt auf bittere Erfahrungen in Meiringen, wo ein großer Teil der Grundbücher gerftort wurde. Es hat fich nun bei der Untersuchung herausgestellt, daß es nicht so leicht ist, in ben einzelnen Bezirken die Archive fo einzurichten, daß die Grundbücher feuersicher untergebracht werden können. Die Justizdirektion mußte sich damit begnügen, in einzelnen Bezirken, wo es absolut nötig war, provisorische Magnahmen anzuordnen; dabei mußte fie fich gleichzeitig überzeugen, daß die gegenwärtige Grundbuchführung und Grundbuchordnung auf die Länge nicht mehr fortdauern tann. Bon Jahr zu Jahr nimmt die Zahl der Grundsbücher zu und wird die Unterbringung und eine richtige Rachschlagung schwieriger. Es ist beshalb absolut notig, daß das jetige schwerfällige Grundbuchfustem durch ein überfichtlicheres und praktischeres erset wird.

Schon seit vielen Jahren ist das Postulat Reorganisation des Obergerichts anhängig. Die Staatswirtschaftstommission hat vor einigen Jahren diese Postulat einzebracht; es wurde vom Großen Rate erheblich erklärt, aber dis jest noch nicht erledigt. Aus dem Bericht des Obergerichts ist ersichtlich, daß es in Bezug auf diese Anzelegenheit einen eingehenden Bericht erstattet und Anzeräge gestellt hat. Es hat verschiedenen Maßnahmen gerusen, welche teilweise eine Reorganisation des bestehenden Gerichtsorganisationsgesetzes, teilweise neue Dekrete ersordern würden. Wie wir vernommen haben, hat die Regierung in dieser Angelegenheit noch nicht Beschluß gesaßt; aber es wäre wünschenswert, daß die Justzdirektion sich heute darüber außsprechen würde, in welchem Stahum sich diese Angelegenheit zur Stunde besindet

Stadium fich biefe Angelegenheit zur Stunde befindet. Aus bem Berwaltungsbericht der Justizdirektion ist erfichtlich, daß die Bahl der rudftandigen Bogtsrechnungen im Berichtsjahre fehr wesentlich jurudgegangen ift, daß somit die verschiedenen Mahnungen der Staatswirtschafts= tommission gute Früchte getragen haben. Es ift bies hauptsächlich ben energischen Magnahmen zu verdanken, welche die Juftigbirektion ergriffen hat. Sie erfehen aus der tabellarischen Zusammenstellung, daß 3. B. im Ober-land die Zahl der ruckständigen Bogtsrechnungen von 274 auf 108 sich reduzierte und daß im ganzen die Zahl der ausstehenden Vogtsrechnungen von 344 auf 129 jurudging. Es erweist fich in diefer Beziehung namentlich das neugegründete Inftitut des ständigen Amts= und Gerichtsschreiberei-Inspettorates als ein fehr nügliches. Es ift dem Inspektor jur Pflicht gemacht worden, bei seinen Besuchen auch bei den Regierungsstatthaltern Nach= schau zu halten, wie es mit diesen Ruckstanden aussehe und auf möglichste Reduktion zu dringen. Es ist bestimmt zu erwarten, daß bis zum nächsten Berichtsjahre die Zahl ber ausstehenden Bogtsrechnungen fich noch bedeutend vermindern wird.

Sie wiffen, daß im Einführungsgesetz zum Betreisbungs= und Konkursgesetz ein Paffus enthalten ist, nach welchem in Zukunft die Angestellten der Amts= und Gerichtsschreibereien direkt vom Staate besoldet werden sollen. Es ist dies eine Angelegenheit, die reisliche Prüfung erfordert. Man hat uns versichert, daß die meisten Vorsarbeiten besorgt seien und demnächst bezügliche Borlagen eingebracht werden können. Es wird diese direkte Besoldung ganz natürlich eine Mehrbelastung des Budgets

erforden; denn der Staat wird, wenn diese Angestellten direkt besoldet sind, einem Aktuar des Richteramts nicht mehr die bescheidene Besoldung von Fr. 1000 ausrichten können, sondern es werden diese Besoldungen angemessen erhöht werden müssen.

Dies find die einzigen Bemerkungen, die zum Bericht der Justizdirektion anzubringen find. Es wird derselbe

zur Genehmigung empfohlen.

Lienhard, Justizdirektor. Was die Frage der feuer= fichern Berwahrung der Grundbücher betrifft, so hat die Juftizdirektion darüber dem Regierungsrat einen ein= gehenden Bericht erstattet, aus welchem hervorgeht, daß die Frage durchaus keine einfache ist. Es handelt sich nicht um Schriften oder Bucher, die man in ein festes Archiv verwahren fann und die man felten braucht, sondern um Bücher, die jeden Tag in Gebrauch find, die immer hervorgeholt und wieder verforgt werden muffen. Rach den bestehenden Borschriften liegt dem Umtsschreiber die Berpflichtung ob, und es ist dies eine schwere Verpflichtung, die feine Berantwortlichkeit in außerordentlicher Beife vermehrt, die Grundbücher in jedem Falle bis jum Jahre 1803 nachzuschlagen. Der Amtsichreiber darf sich nicht etwa auf die Zeugnisse verlassen, welche der Bor= ganger ausstellte und die im Rachschlagungsmanual eingetragen find. Erst fürzlich tam ein Fall vor, daß ein Amtsschreiber, der sich auf ein Zeugnis verließ, das sich nachher als unrichtig herausstellte, gegenüber der geschä-bigten Partei einstehen mußte. Dieses Nachschlagen bebingt, daß die alten Grundbücher immer wieder zur Sand genommen werden maffen und nicht definitiv an einem sichern Ort verwahrt werden konnen. Nun wäre die beste Methode, um im Falle eines Brandes oder einer Ueber= schwemmung absolute Sicherheit zu schaffen, die, daß man die Bucher verdoppeln und die Abschrift in einem Archiv verwahren würde. Allein es ftellen fich dem geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Gingig auf der Umtsichreiberei Bern befinden fich nicht weniger als 523 große Folianten mit circa 300,000 Seiten. Das Abschreiben würde daher einen ganz ungeheuren Kosten-aufwand zur Folge haben. Auch die Berwahrung in feuersesten Käumen genügt nicht; denn auch wenn eine Amtsschreiberei, wie z. B. Aarwangen, feuersest erstellt ift, wenigstens der Raum, wo die Nachschlagungen vorgenommen werden, so ift doch teine absolute Sicherheit vorhanden; es ift nur Sicherheit in Bezug auf Feuer von Außen geschaffen, es kann aber ein Brund im Innern entstehen. Man dachte auch an feuerfeste Schränke; allein folche toften schwer Geld. Eine approximative Berechnung hat ergeben, daß mindestens Fr. 100,000 aus= gelegt werden müßten, um auch nur die nötigften der= artigen Schränke zu beschaffen. Ich habe nun geglaubt, kurz vor einer Revision der Grundbuchordnung, die sich von allen Seiten als nötig erweist und in furzer Zeit durchgeführt werden muß, folle man nicht eine fo große Ausgabe machen. Es hat mich bann ein Amtsschreiber auf eine andere Lösung aufmerksam gemacht, die wenigftens für die am stärksten gefährdeten Bezirke provisorisch dienen könnte. Er schlug vor, Auszüge zu machen, aus welchen die Namen der Bertragsparteien, der Bertrags= gegenstand und einige andere der wichtigsten Bunkte zu erfeben feien; er möchte bann biefe Auszuge an Stelle vollständiger Abschriften vermahren. Es murbe an Sand diefer Auszuge möglich werden, im Falle ber Berftorung

der Grundbücher alle beteiligten Personen einzuladen, fich bei der Rekonstruktion zu beteiligen, ohne daß man nötig hatte, wie bei Meiringen, ein Gefet zu machen und auf Grund desselben die Rechtsficherheit wieder herzustellen. Ich kann übrigens mitteilen, daß in Meiringen die Sache wieder vollständig in Ordnung ist und mit verhältnismäßig geringen Kosten — Fr. 5—6000, außer ben Koften, welche die Gesetzesvorlage verursachte — burchgeführt werden konnte. Es ift noch kein Fall von Schwierigkeiten oder Reklamationen vorgekommen; Nachschlagszeugnisse können wieder mit voller Sicherheit außgeftellt werden.

Was nun die Frage der Reorganisation der Ober= gerichtskanzlei anbetrifft, so hat man sich überzeugt, daß mit einer bloß administrativen Reorganisation nicht viel gewonnen wird. Man kann die alten Schreiber, welche da find und zum teil mit einen Grund bilden, daß mitunter über die Obergerichtskanzlei geklagt wird, nicht von einem Tag auf den andern auf die Gaffe stellen und durch junge Kräfte ersetzen. In jeder Verwaltung, namentlich in einem Staatswesen, das die Pensionierung älterer Staatsbiener nicht kennt, wird man Leute, die 30, 40 Jahre im gleichen Dienft zubrachten, fo lange behalten, als denselben ihre Aräfte erlauben, in gewissem

Maße den Dienst zu versehen. Eine Reorganisation kann in anderer Richtung versucht werden: in der Lostrennung einzelner Teile, in der Selbständigstellung des Aktuariats der Polizeikammer, der Kriminal= und Anklagekammer und desjenigen der Civilabteilung und des gesamten Obergerichts. Das Obergericht hat wirklich Ende des letzten Jahres einen dahingehenden Borschlag eingereicht. Bei Einreichung desselben täuschte es sich jedoch darin, daß es glaubte, es konne diefe Reorganisation ohne Gesetzesänderung er= folgen; es übersah, daß die gegenwärtige Organisation im Gerichtsorganisationsgesetz festgenagelt ist und daher vorerst dieses Gesetz abgeandert werden muß. Sein Vorschlag hatte auch in finanzieller Richtung gewisse Seiten, die der nähern Prüfung bedurften. Es ware teine Ent= laftung ber Staatstaffe eingetreten, wie fie als Boraussetzung einer Reorganisation namentlich von Seite der Finanzdirektion immer postuliert worden ift. 3ch habe deshalb dieses Projekt der Finanzdirektion zuweisen muffen, und es ist dieselbe mit ihren bezüglichen Arbeiten noch nicht fertig geworden. Sobald ich das Projekt zurück-erhalte, werde ich sehen, wie man es weiter verfolgen kann. Indessen glaube ich nicht, daß man bloß wegen diefer Reorganifation ein Gefet aufftellen wird, das die Gerichtsorganisation andert; denn diese Gerichtsorgani= fation bedarf auch in allen andern Richtungen der Aenberung. Wir verlangen im Civilprozeß ein befferes, rascheres, wohlfeileres Berfahren; wir verlangen auch im Strafprozeß ein rafcheres, einfacheres Berfahren, und beides tann nur erlangt werden, wenn wir die Gerichtsorganisation ändern und mehr der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit nähern, wenn wir unsere höhere Recht= sprechung becentralisieren, wenn wir die alte Forderung der Bezirksgerichte durchsetzen. Ob das möglich sein wird, ift noch eine große Frage, aber eine Frage, welche wieder einmal angepacht und auf dem Wege der Partialrevision ober auf anderm Wege einmal jum Austrage wird gebracht werden muffen.

Daß unsere Gerichtsorganisation noch nach andern Richtungen der Reorganisation bedürftig wäre, mag

Ihnen gerade meine Stellung gegenüber den Bemerkungen in Bezug auf Obergericht und Generalprokurator zeigen und meine Stellung lettes Jahr bei Behandlung der Bollikofer = Angelegenheit. Das Prinzip der Gewalten-trennung ist in der Gerichtsorganisation von 1847 so aufgefaßt worden, daß die Administrativbehörden nichts jur Juftig zu fagen haben. Diefes Prinzip bedingt aber hochstens, daß sich die Regierung nicht in die Urteils= fällung einmischt, daß die Rechtsprechung unabhängig fei; aber es bedingt diefes Prinzip nicht, daß die Regierung und die Abministrativbehörden sich nicht um den Gang der Justiz, um den Gang der Straf- und Civilprozesse interessiteren und da, wo es nötig ist, Abhülfe schaffen. Gegenwärtig sind sie durch die Gerichtsorganisation ein= fach auf die Seite gestellt; sie haben nichts dazu zu fagen. Der Bezirksprokurator erstattet Bericht an ben Generalprokurator und dieser an das Obergericht. Letzteres giebt feinen Bericht dem Staatsverwaltungsbericht bei und davon kann die Staatswirtschaftskommission Kenntnis nehmen. Wir aber haben uns barüber nicht zu äußern, und wenn wir vom Bang eines Prozeffes Ginsicht nehmen wollen, so mussen wir uns erkundigen, wie jeder andere Bürger. Das ift ebenfalls ein Bunkt, ber ber Aenderung bedürftig wäre, und deshalb glaube ich nicht, daß wir nur dazu gelangen werden, die Gerichtsorganisation in einem kleinen Bunkte zu verbeffern, fonbern wir werden fie von Grund aus anders gestalten müffen.

Was die direkte Besoldung der Angestellten der Amtsund Gerichtsschreibereien betrifft, so habe ich mit allem Fleiß die erforderlichen Erhebungen betrieben und nament-lich den Inspektor der Amts- und Gerichtsschreibereien bagu verwendet, um über die Geschäftslaft der einzelnen Beamten und ihre Nebenbeschäftigung, sowie über das vorhandene Personal und andere Momente Aufschluß zu erhalten. Ich habe mich namentlich auch darüber ins Rlare feten muffen, wie groß die Mehrbelaftung fei; benn das ist klar, daß wenn der Staat direkt befoldet, er angemeffenere Besoldungen ausrichten muß, als dies gegenwärtig der Fall ist. Um letteres zu erleichtern, habe ich bereits in den beiden letten Jahren gefucht, bei den Betreibungs- und Konkursämtern und den Gerichtsschreibereien etwas höhere Anfätze durchzubringen, und es ist dies auch gelungen, so daß es sich heute haupt-sächlich noch um die Amtsschreibereien handelt. Als ge-eigneter Zeitpunkt für die Durchführung der Neuerung ift mir der erschienen, auf den die Mehrzahl der Umts= und Gerichtsschreiber neu zu wählen find. Die fämtlichen Umts= und Berichtsschreiber wurden im Jahre 1878 neu gewählt; davon haben gegenwärtig noch circa 3/5 ihre Stellen inne und find im Juni des nächsten Jahres neu zu wählen. Ich habe nun als Zeitpunkt für die Einführung der direkten Besoldung der Angestellten den 1. Juli in Aussicht genommen und werde in einer der nächsten Sitzungen des Großen Rates demfelben meine Antrage unterbreiten. Es ift in einer frühern Seffion beschlossen worden, die vom Kantonalvorstand der Bureauangestellten eingereichte Betition betreffend Ginführung der diretten Befoldung den Mitgliedern gedruckt auszuteilen. Ich habe diesen Auftrag nicht vergessen; ich habe die Betition brucken laffen und fie tann verteilt werden, wenn es gewünscht wird. Aber zwei Grunde haben mich bewogen, fie bis jest nicht zu verteilen. Erftlich weil folche Druckfachen verlegt werben und verschwinden und es baber wirksamer ist, wenn die Petition zugleich mit der Borlage der Behörde ausgeteilt wird. Der zweite Grund ist der, daß die Eingabe einige Unrichtigkeiten enthält, weshalb es besser ist, daß nicht zuerst die Petition mit diesen Unrichtigkeiten zur Verteilung gelangt und dann erst später die zweite Vorlage, welche die Unrichtigkeiten richtigstellt. Sollte indessen der Wunsch bestehen, die Petition früher zu erhalten, so kann sie in einer Viertelstunde verteilt werden.

Dürrenmatt. Wenn ich schon nicht gerade im Rufe ftebe, ein großer Freund der Beamtenwelt zu fein, so muß ich doch geftehen, daß die Mitteilung des Herrn Justizdirektors und des Herrn Berichterstatters der Staatswirtschaftstommiffion über die bevorstehende Aufbefferung der Besoldungen der Angestellten der Amts= und Gerichts= schreibereien mich lebhaft gefreut hat. Wir haben in ben Bezirksrefidenzen unter den Angeftellten diefer Amtsftellen wirklich ein eigentliches Proletariat, von dem fich viele Leute gar keine Vorstellung machen. Es ist als Minimalbesoldung der Betrag von Fr. 1000 genannt worden. Es giebt aber Angestellte, welche noch tiefer stehen; es sind mir langichrige Angestellte genannt worden mit einem Monatsgehalt von Fr. 75. Wie foll es einem Familienvater bei biefer mehr als kärglichen Besoldung möglich sein, zu exiftieren ?! Oder wenn es einen ledigen Angestellten betrifft, so kommt dazu ein gewiffer Migbrauch, indem der Prinzipal seinen Angestellten mit feinem armfeligen Bohn dazu verhält, bei ihm die Rost zu nehmen. Das Kostgeld schreibt der Prinzipal vor und der Angestellte darf davon nichts abmarkten; aber von einer ausreichenden Besoldung, die ein solches Roftgeld erlaubt, ift keine

Aber nun woher die Mittel nehmen? Der herr Berichterstatter ber Staatswirtschaftskommission hat schon daran erinnert, daß hiefür ein ziemlich großer Posten werde in Aussicht genommen werden muffen. Ich glaube auch, daß man mit dem bisherigen Anfat nicht völlig ausreichen wird; immerhin muß ich da auf ein Miß= verhältnis aufmerksam machen, das meiner Unsicht nach zur Stunde existiert und bei besserer Ausgleichung viel-leicht einige Mittel liefern konnte. Dieses Berhältnis betrifft die Auslagen für die neugeschaffenen Konkursund Betreibungsämter und die Budgetanfate für die Berichtsschreibereien. Für die Betreibungs= und Ronturs= ämter ift dem Staat nach der Staatsrechnung des letten Jahres eine jährliche Mehrauslage von Fr. 232,000 er= wachsen. Merkwürdigerweise — ich laffe mich aber gerne belehren, wenn ich in einem groben Frrtum befangen bin — entspricht dieser großen Mehrausgabe keineswegs die Minderausgabe auf dem Posten Gerichtsschreibereien, die früher, vor Intrafttreten des eidgenöffischen Betreibungs= und Konkursgesetzes, eine Nettvauslage von Fr. 200,000 bis Fr. 215,000 verlangten und die auch in der letten Staatsrechnung noch immer mit einem Betrag von Fr. 193,000 figurieren. Nun ist doch ein sehr wesent-licher, wie ich glaube der zeitraubendste Teil der Arbeit der Gerichtsschreiber im Liquidationswesen bestanden. Diefe Hauptaufgabe ift ihnen abgenommen worden und bennoch ift die zu erwartende Ersparnis nicht eingetreten! Run frage ich mich: Ift es nicht infolge des Wegfalls des Liquidationswesens vielleicht möglich, bei den Gerichts= schreibereien eine größere Ersparnis an Personal durch= auführen, die uns, wenigstens zu einem großen Teil, die

Mittel liefern könnte, um die untern Angestellten der Amts= und Gerichtsschreibereien auch einigermaßen ansttändig zu besolden. Ich nehme gerne an, daß diese Angelegenheit überhaupt noch in einem Uebergangsstadium begriffen ist. Da aber der Herr Justizdirektor die ersehnte Gehaltsausbesserung auf den 1. Juli in Aussicht stellt, so wollte ich mir doch erlauben, darauf hinzuweisen, daß die Regelung des genannten Verhältnisses bei diesem Anlasse auch ins Auge gefaßt werden möchte.

Lienhard, Justizdirektor. Als herr Dürrenmatt das Wort ergriff, dachte ich mir sogleich, es geschehe nicht, um mir eine Freundlichkeit zu sagen, wie er im Anfang seines Votums dergleichen that. Ich dachte, er werde schon an irgend einem Orte einen Bunkt aufgegriffen haben, um mir zu nahe zu treten. Nun hat er sich aber schwer geirrt; er hatte sich besser erkundigen sollen. Die Ausgaben für die Angestellten der Gerichtsschreibereien und der Betreibungs= und Konkursamter zu= sammen betragen gegenwärtig etwa Fr. 130,000, während früher die Ausgaben für die Gerichtsschreibereien allein über Fr. 100,000 ausmachten. Nun ift es klar, daß für die 31 neuen Betreibungs= und Ronfursamter eine bedeutende Anzahl Leute mehr angestellt werden mußten als vorher auf den Gerichtsschreibereien maren, wo sie nur die Geltstage durchzuführen hatten, nicht auch die Betreibungen. Infolgedeffen mußten Mehr-ausgaben entstehen. Anderseits aber ist auf den Gerichtsschreibereien eine größere Reduktion eingetreten. Bei Durch= ficht des bezüglichen Budgetpoftens hatte herr Durrenmatt eine Reduktion von über Fr. 30,000 konftatieren konnen, und wenn er sich weiter erkundigt hatte, so würde er ver= nommen haben, daß wo das Betreibungs- und Konkursamt mit der Gerichtsschreiberei verbunden ift, die Rosten für dasselbe darin inbegriffen find. Auf die übrigen Betreibungs= und Konfursämter entfällt somit nur ein Posten von etwa Fr. 50,000. Sie konnen hieraus entnehmen, daß die Auslagen für diefe Angeftelltenbefoldungen verhältnis= mäßig nicht zugenommen, sondern abgenommen haben, was dadurch möglich wurde, daß man mit Hulfe des neuen Organs des Inspektors die bezüglichen Kredite gerechter verteilen konnte, indem man die Geschäftslaft ausmittelte. Es ist dadurch sogar möglich geworden, stellenweise höhere und den Lebensverhältniffen angemeffene Befoldungen auszurichten. Ich darf versichern, daß seit meinem Amtsantritt gerade diese Angelegenheit mich mehr als irgend eine andere beschäftigt hat.

Dürrenmatt. Der Herr Justizdirektor ist absolut im Irrtum, wenn er meint, ich habe ihm zu nahe treten wollen. Ich erinnere mich wirklich nicht, daß ich seiner Thätigkeit mit einem einzigen verletzenden oder kränkenden Wort gedacht hätte; aberes scheint mir, der Herr Justizdirektor sei so in einem Borurteil besangen, daß so oft ich mir erlaube, zur Verwaltung der Justizdirektion ein Wort zu äußern, er glaubt, es stecke eine böse Absicht dahinter. Ich kann ihn versichern, daß dies durchaus nicht der Fall ist. Ich habe die Zahlen angeführt, wie sie im Budget und der Staatsrechnung enthalten sind, und der Herr Justizdirektor hat keine derselben bestritten. Er hat gesagt, die Ausgaben seien nicht vermehrt worden; das habe ich auch nicht behauptet. Ich sagte, die Ausgaben haben früher Fr. 215,000 ausgemacht und jest noch immer Fr. 193,000. Ich versichere den Herrn Jus

ftizdirektor nochmals, daß ich absolut nicht im Sinne hatte, ihn zu kränken oder zu beleidigen. Wenn ich das gewollt hätte, hätte ich nicht diesen Punkt aufgegriffen und seine Thätigkeit anerkannt, sondern hätte eher ein Wort dazu gesagt, was das Obergericht Seite 5 seines Berichtes über die Legislation im Jahre 1892 sagt, indem von ihm zwei Gesetze als versehlte bezeichnet worden sind. Ich that das aber nicht, weil ich niemanden verletzen wollte.

Der Bericht der Juftizdirektion wird genehmigt.

Bericht des Obergerichts und des Generalprokurators.

Müller (Ed., Bern), Berichterstatter ber Staats= wirtschaftstommission. Wie Sie gesehen haben, macht die Staatswirtschaftskommission einzig eine Bemerkung be-treffend die lange Dauer der Untersuchung über die Arbeiterunruhen in Bern. Sie haben vernommen, daß bie Anklagekammer badurch fich veranlagt fand, in einer Buschrift an den Großen Rat fich über Diese Bemerkung ju beklagen und deren Richtigkeit zu bestreiten. Ich glaube, es sei da ein Mißverständnis unterlaufen, und ich will mich beeilen, die Sache ins richtige Licht zu stellen. Die Staatswirtschaftskommission konnte nicht umhin, diese Frage zu erwähnen. Es ift nicht das erfte mal, daß im Publikum die Meinung aufkommt, es fei ber Gang unserer Strafjustig ein langsamer und zu um= ftandlicher und es bestehen da Uebelftande, unter benen die Rechtspflege schwer leibe. Wenn man fich umfieht und hört, was man auswärts über die bernifche Strafjustig sagt, so muß man sich gestehen, daß die Urteile, welche gefällt werden, für den Kanton Bern keineswegs schmeichelhaft find. Run hat die Staatswirtschaftskom= miffion in erfter Linie gefagt, daß die Sauptschuld unferm bestehenden Strafprozegverfahren zukommt. Dasselbe ist auf dem veralteten Prinzip der Schriftlichkeit aufgebaut; es wird in jedem Strafprozeß unverhältnismäßig viel Papier verbraucht, und alle diefe Schreibereien haben eine große Beitläufigfeit im Gefolge. Die Boruntersuchung ist eine umftändliche und lange, ebenso das Neberwei= fungsverfahren und das Berfahren zur Ginleitung des Hauptverfahrens. Sachen, die in andern Ländern in wenigen Wochen abgethan werden, finden bei uns ihr Ende nicht in eben so viel Monaten. Es find dies schwere Uebelftande, unter benen das Unsehen der Juftig nicht nur leibet, sondern, mas noch fast schlimmer ift, es leibet der einzelne Bürger, der von einer Strafuntersuchung betroffen ist, und bessen Familie; es leidet auch die Wirk-samkeit der Justiz, weil, wenn so viel Zeit verstreicht, die Anhebung des Beweises auf Schwierigkeiten stößt; einzelne Zeugen sterben oder verschwinden, andere haben ihr Gedächtnis nicht mehr so frisch, wie im Anfang turz, eine richtige Beweisaufnahme wird geftort und oft fast verunmöglicht. Und hauptfachlich ift ein Strafurteil, bas erft nach Jahr und Tag erfolgt, durchaus nicht von berselben Wirkung auf das öffentliche Gewiffen, wie ein ein Urteil, das rasch und prompt erfolgt.

Alle diese Gründe, die sich noch vermehren ließen, rechtfertigen es gewiß, daß der Große Rat seine Auf= merksamkeit auf solche Erscheinungen lenkt und sich damit

befaßt.

Run weiß ich bestens, daß es kein Leichtes ist, einen neuen Strafprozeß zu machen, einen Strafprozeß, ber in vermehrtem Maße auf der Mündlichkeit des Verfahrens beruhen mußte, wenn er den Anforderungen auf Prompt= heit und Raschheit entsprechen wollte. Es ist deshalb nicht leicht, weil die Sache wesentlich im Zusammenhang steht mit der Gerichsorganisation und weil es im Ranton Bern bekanntlich außerordentlich schwer halt, in dieser Beziehung Aenderungen zu erreichen. Es hat deshalb die Staatswirtschaftstommiffion auch gefagt, fie gebe von vorneherein zu, daß die Hauptschuld an der Berzögerung ber Untersuchung über die Arbeiterunruhen am Berfahren, b. h. am Gesetz liege. Sie hat aber beigefügt — und das nahm die Anklagekammer übel auf — daß fie den Eindruck habe, es hätte doch die ganze Angelegenheit möglicherweise etwas rascher abgewickelt werden konnen. Run will ich von vorneherein erklären, daß mit dieser Bemerkung die Pflichttreue und Arbeitsamkeit der Mitglieder der Anklagekammer nicht im entfernteften in Zweifel gezogen werden wollte. Jeder, der die Mitglieder dieses Gerächthofes kennt, weiß, daß ihre Pflichtreue und ihre Arbeitsluft über allen Zweifel erhaben find und daß es gut ware, wenn diefelbe Pflichttreue und Arbeitsluft überall vorhanden wäre. Allein das Gefühl, dem wir Ausdruck geben wollten, ift das, daß die Umftandlichkeit bes Berfahrens sich leicht auch der Umftandlichkeit in der Behandlung der Sache bemächtigt und ein langsames Berfahren noch länger wird, als es nötig wäre, weil es eben so angelegt ift, daß man ihm leicht unterliegt. Wir haben den Eindruck gehabt, wenn man vielleicht etwas weniger Umstände gemacht hätte, hätte man die Angelegenheit bei gleich guter Untersuchung etwas mehr fördern können. Also ein Borwurf gegenüber der Anklagekammer oder ihren Mitgliedern soll mit dieser Bemerkung nicht gemacht werden; es foll nur der Unficht der Staatswirtschaftskommission über die Berhältnisse, wie sie in Bezug auf das Strafverfahren im Ranton Bern vorhanden find, Ausdrud gegeben werden. Es waren allerdings biefe wiederholten Rlagen über eine langfame Strafjuftig ein Grund für die gesetgebende Behorde, eine Reform des Strafprozeffes und ber Gerichtsorganisation anzubahnen, und wenn man glaubt, da zu einem Ziele zu kommen, fo mochte ich den vielen Aufgaben, welche der Juftigbirettion fonft ichon harren, gerne auch noch biefe hinzufügen. Allein weil ich weiß, welchen Schwierigkeiten die Sache begegnen wird, so habe ich mich eines Antrages enthalten und stellt auch die Staatswirtschaftskommission fein diesbezügliches Poftulat.

Lienhard, Justizdirektor. Ich möchte nur dem, was der Herr Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission gesagt hat, noch einige Worte beifügen. Ich glaube, daß im vorliegenden Falle die Voruntersuchung nicht rascher hätte geführt werden können, als sie geführt worden ist, und daß der Fehler allerdings am Ueberweisungsversahren und an der Vorbereitung des Hauptversahrens liegt. Aber wie Herr Müller bereits ausgeführt hat, fällt da der kleinste Teil der Schuld den Behörden zur Last, die sich mit der Sache zu befassen Muster des französischen fahren ist seiner Zeit nach dem Muster des französischen

Strafprozesses aufgestellt worden; aber man ist in einzelnen Bunkten vom französsischen Berfahren abgewichen, und daß man daran nicht gut gethan hat, daß daß französsiche Bersahren besser ist, werden Sie auß einer kurzen Gegenüberstellung der beiden Bersahren entnehmen können.

Im frangösischen Berfahren gelangen die Akten, nachdem die Voruntersuchung beendigt ift, an den General= prokurator, der verpflichtet ift, die Sache innert 8 Tagen der Unklagekammer zur Entscheidung vorzulegen; er er= stattet derselben eingehend Bericht, und die Attenstücke, von welchen fie Renninis nehmen muß, um über die Bersetzung in Unklagezustand richtig entscheiden zu konnen, werden ihr fofort durch Ablesen mitgeteilt. Bei uns ift die Sache anders geordnet. Borerft erhalten die Ungeflagten 10 Tage Zeit, um ein Memorial einzureichen. Dann gehen die Akten an den Generalprokurator und die drei Mitglieder der Unklagekammer und cirkulieren ba. Run find Diese Berichtsmitglieder bereits ftart mit andern Geschäften belaftet und können nicht sofort alles aus den Sänden werfen. Sie haben von früher her schon die und die Beschäfte angeset, fie muffen die Geschäfte für die Sigungen vorbereiten und auch die Angeklagten in diefen Fällen verdienen, daß man ihre Fälle ebenfo forgfältig und gewiffenhaft behandelt, als irgendwelche andere Fälle. Daraus erklärt es sich, daß ein Aktenvolumen von mehr als 2000 Seiten von diefen 4 Gerichtsmitgliedern nicht so rasch gelesen werden konnte, wie es wünschbar ge= wesen ware. Sobald die Atten gelesen sind, tritt die Anklagekammer zusammen und beschließt über die Bersekung in den Anklagezustand. Es gab dies im vorliegenden Falle ziemlich lange Berhandlungen, angefichs der vielen Angeklagten und der schwierigen Fragen, welche schon in diesem Stadium zu lösen waren. Nachdem die Bersetzung in Anklagezustand beschlossen ist, geben die Akten an den Bezirksproturator. Diefer kennt diefelben, wenn er schon in der Boruntersuchung mitwirkte, nicht vollständig und muß das ganze Material lefen und eine lange schriftliche Unklageakte ausarbeiten. In Frankreich verfaßt der Generalprofurator oder fein Substitut die Anklageatte; er kennt die Akten von früheren Berhandlungen her und bereitet die Anklageakte schon vor im Moment, wo er den Antrag auf Versetzung in Anklagezustand vorbereitet; auch vertritt er oder fein Substitut die Anklage vor den Geschwornen. Es ift also immer die gleiche Berson, welche die Sache weiter verfolgt; in befonders wichtigen Fällen erscheint der Generalprokurator selbst sogar vor mittleren Gerichtsinftangen.

Run kommt noch ein weiterer Umstand hinzu. Die gleiche Kriminalkammer muß in 5 Kreisen abwechseln, was zur Folge hat, daß die Assistangen nicht beliebig angeordnet werden können, während in Frankreich die Assistanteise nicht von einander abhängig sind.

Man glaubte, mit unsern Abweichungen vom französischen Prozeß Verbesserungen zu machen; man hat aber Verschlechterungen gemacht. Man könnte nun vielleicht an eine Revision des Strasversahrens in der Weise denken, daß eine Abänderung von Einzelheiten in Außsicht genommen würde. Ich nehme einen solchen Auftrag gerne entgegen und ebenso einen weitergehenden Auftrag, wenn er dazu führen kann, für eine Aenderung der Gerichtsorganisation und der Strasprozessordnung einen neuen Plan aufzustellen, in welchen Plan dann das Nötige hineingelegt werden könnte.

Sted. Ich möchte boch noch andere Gründe an= Tagblatt des Großen Rates. — Bulletin du Grand Consoil.

geben, die an der langen Dauer dieser Untersuchung jedenfalls auch schuld gewesen sind. Man hat dis jetzt nur das Strasversahren verantwortlich gemacht; ich glaube aber, man darf auch das in Betracht ziehen — und diesenigen, welche die Untersuchungsakten etwas kennen, werden mir unbedingt recht geben — daß ein wesentlicher Faktor der Berzögerung in der unvernünstigen Denunziationswut gelegen ist, welche nach dem Krawall während einigen Tagen in Bern herrschte. Es wurden Unzeigen gemacht, die weder Hand noch Fuß hatten, blindlings aus der Leidenschaft heraus, und diese haben die Untersuchung sehr aufgehalten und sind für nichts gewesen. Ich bin überzeugt, daß unter den 2000 Seiten Akten vielleicht 500 sind, welche ebenso gut hätten wegbleiben können und besser weggeblieben wären. Ich bin selber im Falle, wegen einer solchen Denunziation mit einer Strasanzeige vorzugehen.

Ein zweiter Faktor dürfte darin liegen, daß der Untersuchungsrichter, bei der in der Stadt Bern herrschenden Leidenschaft doch auch der öffentlichen Meinung folgend, das Bestreben hatte, möglichst viel herauszubringen, was eben nicht vorhanden war. Auch das hat die Untersuchung

ungemein verlängert.

Ich möchte das zur Ergänzung beifügen, damit man sich nicht nur auf unser Strafverfahren beruft und darin alle Schuld sucht. Uebrigens hätte man, wie ich glaube, auch beim heutigen Strafverfahren zu einer Abkurzung kommen können, speziell in dem vorliegenden Falle. Wenn man nach Schluß der Untersuchung für die Herstellung einiger Abschriften der Untersuchungsatten gesorgt hatte - was nicht sehr lange Zeit in Anspruch genommen haben wurde, sofern man mehrere Schreiber beschäftigt hätte — dann wäre es möglich gewesen, daß der General= prokurator, die Berteidigung, die Anklagekammer 2c. die Untersuchungsakten gleichzeitig hätten einsehen können. Dadurch hätte ziemlich viel Zeit gewonnen werden können, indem jede dieser Stellen jum Studium der Aften eine gewiffe Zeit haben muß. Daß diese Akten nicht in einer Woche, vielleicht nicht einmal in 14 Tagen durchstudiert werden können, wird jedermann begreifen, der etwas davon versteht. Ich glaube, auf diese Weise hatte man eben= falls abkurzen konnen. — Das zur Erganzung.

Dürrenmatt. herr Steck vergißt einen andern Umstand, der vielleicht auch etwas zur Berzögerung bei= getragen hat. Es find in der Presse seiner Richtung aus= führliche Mitteilungen aus den Untersuchungsakten gemacht worden. Diese Mitteilungen mußten aus den Aften excerpiert werden, und diese Auszüge werden auch einige Zeit in Anspruch genommen haben. Diese Ange-legenheit gehört zwar, streng genommen, nicht gerade zur Distuffion des Staatsverwaltungsberichtes von 1892; aber da fie von der Staatswirtschaftskommiffion felber nun einmal aufs Tapet gebracht worden ift, fo erlaube ich mir, diese Bemerkung beizufügen. Diese Beröffent= lichungen aus den Untersuchungsatten find nichts weniger als gesetlich. Unser Strafgeset verbietet allen Beteiligten ftrenge, aus der Untersuchung Mitteilungen an die Deffentlichkeit zu bringen. Wenn man einerseits von Denun= ziationswut spricht, so ist es billig, daß man auch an diese gesetwidrigen Bublikationen erinnert.

Steck. Ich möchte Herrn Dürrenmatt nur erwidern, daß dadurch keine Berzögerung entstanden ift, daß die Angeklagten in der Zeit, wo ihnen die Akten zur Ber=

— 1898.

fügung stehen mußten, Auszüge machten. Sie behielten die Aften nicht langer als die gesetliche Beit.

Wenn herr Durrenmatt ferner fagt, die Beröffent= lichung von Mitteilungen aus den Untersuchungsatten fei ungefetlich, fo überfieht er dabei, daß die Untersuchung nur geheim ift, bis fie abgeschloffen ift. Rachher ift die Geheimhaltung nicht mehr gefetlich geboten.

Prafident. Die Umfrage ist geschloffen. — 3ch möchte Ihnen nur noch meine Auffassung über das Schreiben ber Unklagekammer mitteilen. Diefelbe verlangt, bem Bericht der Staatswirtschaftstommiffion die Genehmigung fo lange zu verweigern, bis die Angelegen= heit gründlich untersucht fei. Ich glaube, die Anklagekammer ift hier von einer etwas irrigen Auffaffung ausgegangen. Der Große Rat beschließt nicht über Benehmigung oder Nichtgenehmigung des Berichts der Staatswirtschaftstommission. Der Bericht der Staatswirtschaftskommission hat nur den Charakter einer Bemertung zur Erwägung bei dem betreffenden Trattan= bum. Darüber, ob ber Bericht der Staatswirtschafts= kommission zutreffend ist oder nicht, maßen wir uns keine Abstimmung an. Es handelt sich im vorliegenden Falle also lediglich um die Genehmigung des Berichts des Regierungsrats, womit die Bemerkung ber Unklagekammer, als gegenstandslos, dahinfällt.

Der Bericht des Obergerichts und des Generalprofurators wird genehmigt.

Bericht der Volizeidirektion.

Müller (Ed., Bern), Berichterstatter der Staats= wirtschaftskommission. Es find nicht gerade staatsumwälzende Fragen, welche beim Bericht ber Staatswirt= schaftstommission in Frage kommen, und ich will Ihre Gebuld nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Sie haben aus unserm Bericht gesehen, daß wir dem

Befangenschaftswesen einige Aufmerksamkeit ichenkten, und ich bente, es wird jedermann einverstanden fein, daß man der Entwicklung des Planes mit Bezug auf die Reform des gesamten Gefangenschaftswesens etwas ben Lauf laffen muß. Nur find wir speziell auf die Zu= ftande im Bezirtsgefängnis von Schlofwyl aufmertfam gemacht worden, welche es bringend munichbar erscheinen

lassen, daß dort Abhülfe geschaffen wird. Zu dem Postulat Rr. 2, das hieher gehört, sind wir durch Einsichtnahme einer Rechnung der Unstalt Thorberg gelangt. Wir haben daraus gesehen, daß die Lebensmittel, welche die Unstalt nicht felber produziert, in auffallend kleinen Quantitäten bald da, bald dort angekauft werden und daher vermutlich auch teurer bezahlt werden muffen. Im Intereffe eines richtigen, sparsamen Betriebes liegt dies nicht, und in der Diskuffion wurde fo nach und nach die Frage aufgeworfen, ob der Staat, mit Rudficht auf feine vielen derartigen Unftalten, nicht beffer thate, für die Unschaffung von Raffee, Reis zc. einen einheit= lichen Modus einzuführen.

Bei diesem Unlaffe gelangten auch die gegenwärtigen Berhaltniffe in Bezug auf die Ernahrung der Untersuchungsgefangenen in den Bezirtsgefangenschaften zum teil betrifft es auch folche, welche zum Strafvollzug bort find — zur Sprache. Gegenwärtig besteht das Shstem, daß die Sache dem Gefangenwärter über= tragen wird; wenn ich nicht irre, muß er für 70 Rp. pro Tag die Berköftigung liefern. Das mag an einigen Orten gehen, an andern Orten, namentlich in kleinern Bezirken, wo die Zahl der im Gefängnis befindlichen Personen eine geringe ift, führt dieser Modus zu erheblichen Uebelftanden. Deshalb das Poftulat, die Regierung möchte untersuchen, ob da nicht Wandel geschaffen werden tonnte im Interesse namentlich einer richtigeren Berpflegung der Gefangenen in den Bezirksgefangniffen und anderseits eines rationelleren haushalts in den Gefangenschaftsanstalten. — Ich will nicht weitläufiger sein; die Sache ist nicht von fo großer Bedeutung, daß mehr Worte barüber nötig maren.

M. Stockmar, Directeur de la police. Je suis absolument d'accord avec la commission d'économie publique. J'ajouterai en ce qui concerne les prisons de district que toutes peuvent être considérées aujourd'hui comme suffisantes, sauf deux, suivant le rapport de M. l'inspecteur: ce sont celles de Schlosswyl et de Moutier. La Direction de la police présentera le plus tôt possible, en tout cas dans le courant de l'année prochaine, un projet de construction de nouvelles prisons.

La commission d'économie publique nous invite par un postulat à faire l'achat en gros des vivres pour les pénitenciers et prisons. Je me déclare personnellement d'accord avec la commission et d'autant plus que j'ai émis moi-même cette idée dans la dernière réunion de la société pénitentiaire suisse. Le gouvernement au reste partage notre manière de

voir et accepte le postulat.

herr Vicepräfident Weber (Biel) übernimmt den Vorfit.

M. le Dr Schwab. A l'occasion de l'examen de la gestion de la Direction de la police, je me permettrai d'adresser une question à M. le Directeur de ce dicastère. Cette question a trait aux maisons de travail projetées pour la partie française du canton. — Vous savez, Messieurs, que ces établissements ont en effet été prévus par la nouvelle constitution et vous savez aussi que le besoin s'en fait sentir dans le Jura;

on l'a démontré ici en temps et lieu.

J'ai appris que la maison de travail pour hommes actuelle est absolument insuffisante et incapable de recevoir les 150 individus et plus qui ont été condamnés à l'internement dans cette maison. La conséquence en est que ces hommes sont dispersés dans différents établissements, les uns à Anet, les autres à St-Jean, et une catégorie plus nombreuse à Witzwyl. Ces inconvénients, je sais qu'on cherche à les faire disparaître, mais je désire qu'on n'oublie pas qu'un établissement du genre de celui dont j'ai parlé est nécessaire pour le Jura, qu'on en tienne compte en étudiant la question de transformation des établissements de travail et qu'on n'en renvoie pas indéfiniment la construction.

Je prierai donc M. le Directeur de la police de bien vouloir donner spécialement sur ce sujet des renseignements à la députation jurassienne.

M. Stockmar, Directeur de la police. Je voudrais bien pouvoir donner aujourd'hui des renseignements précis à M. Schwab sur la question de la création des maisons de travail dans le Jura; mais cela m'est tout à fait impossible, par une raison bien simple, que le rapport de la commission d'économie publique indique lui-même quand il dit qu'on ne pourra «rien faire de définitif avant que la question de la réorganisation pénitentiaire soit résolue»; « mais, ajoute le rapport, on sait qu'elle va l'être prochainement». Ce n'est pas là une phrase banale, en effet, car nous avons l'intention de vous fournir en janvier les plans pour la construction d'un pénitencier à Witzwyl et nous ne pouvons pas nous occuper d'autres questions semblables avant que celle-ci soit tranchée.

En ce qui concerne la maison de travail pour femmes, celles-ci sont internées provisoirement dans l'ancien pénitencier et nous ne pouvons guère vous soumettre de plans avant de savoir ce que vous voulez faire de ce vieux bâtiment. Voulez-vous en faire un palais de justice, ou voulez-vous le vendre? Nous sommes obligés de le savoir.

Passons aux maisons de travail pour hommes. Ici encore, l'état de choses est provisoire. Il est vrai que, vu le grand nombre de détenus, ceux-ci sont répartis entre Anet et Witzwyl — à St-Jean, il y en a 3 ou 4 tout au plus —, mais nous ne pouvons pas procéder autrement, nous n'avons pas de place en suffisance. Le jour où l'on viendrait nous proposer de déplacer la maison de travail pour hommes à St-Jean, par exemple, Anet recevrait immédiatement une autre destination, et alors seulement la Direction de la police serait en mesure de vous procurer les plans de construction d'une ou deux — c'est une question de statistique - maisons de travail pour le Jura. Mais nous devrions en tout cas être fixés sur le nombre de pensionnaires d'Anet qui seraient transférés dans le Jura.

Il nous a semblé que ce qui devait intéresser avant tout le Jura, c'était la question des maisons de refuge. Il est plus urgent de s'occuper de l'enfance que des récidivistes; nous vous présenterons très prochainement des propositions définitives pour la création de deux refuges dans le Jura et je suis persuadé que M. le Dr Schwab attendra volontiers encore quelques mois la réalisation du désir qu'il vient d'exprimer.

M. le D^r Schwab. Je prends acte très volontiers de la déclaration que vient de faire M. le Directeur de la police, à savoir qu'il ne s'agit que de quelques mois. Puisse ceci arriver!

Der Bericht der Polizeidirektion wird genehmigt und das Postulat Nr. 2 der Staatswirtschaftskommission ersheblich erklärt.

Bericht der Militärdirektion.

Müller (Ed., Bern), Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Die Staatswirtschaftskommission
hat mit Vergnügen die seitens der Militärdirektion getrossenen Maßnahmen konstatiert, um in der Kontrollführung die etwas verloren gegangene Ordnung wieder
herzustellen. Sie erinnern sich von der Behandlung des
Staatsverwaltungsberichts pro 1891 her, daß man daorts zu ziemlich weitgehender Kritik sich veranlaßt gesehen hat. Wir haben uns überzeugt, daß mit allem Eiser daran gearbeitet wird, die Sache in Ordnung zu
bringen. Wir wissen gar wohl, daß einige Jahre verstreichen werden, die diese Ordnung völlig und sicher
herzestellt ist; aber wir haben die Zuversicht, daß es
gelingen wird. Es sind das Dinge, welche die Persönlichkeit des frühern Sekretärs betressen und nicht die Direk-

tion und welche ich nicht wiederholen will.

Ein Puntt, der aus Unlag des letten Truppenzusam= menzuges viel zu reden gab, betrifft die Art und Weise, wie speziell die Infanterie nach größern Kurfen, nament= lich nach Truppenzusammenzugen, entlassen wird. Es ift zu wenig Zeit gegeben, um eine Berifikation bezüglich bes Buftandes der Bewaffnung, Ausruftung und Betleidung vorzunehmen. Infolgedeffen fehlen viele Gegenstände, namentlich kleinere Sachen, andere find verdorben, und es klagen die Offiziere, welche die Sache zu überwachen haben, es seien die Truppen in einem Zuftand entlassen worden, der bei einer eintretenden Mobilmachung große Nachteile zur Folge haben würde, weil man mit ber Erganzung von verlornen und der Reparatur von verdorbenen Gegenständen über Sals und Ropf zu thun hatte und für andere Arbeiten die nötigen Sande fehlen würden. Der Staat, der Kanton speziell leidet finanziell unter diefem Berhaltnis. Burde ber Bund finangiell barunter leiden, fo find wir überzeugt, daß man längft einen ganzen Entlaffungstag bewilligt hatte. Es ift nachträglich nicht mehr möglich, zu beurteilen, ob Selbstverschulden des Mannes vorliegt und er infolgedeffen an-gehalten werden kann, die Sache felber zu bezahlen. Wir haben nun geglaubt, es sei angezeigt, bei Behandlung des Verwaltungsberichts verschiedene Buntte anzuregen, von denen wir finden, daß fie zur Befferung führen werden. Sie finden dieselben in unserm Bericht. Es wird gewünscht: 1. es möchte die Regierung beim Bundesrate Schritte thun, um die genügende Zeit für die Entlaffungsarbeiten zu erlangen; 2. die Militär= direktion möchte dafür forgen, daß bei Truppenentlaffungen der Austausch und Ersat defekt gewordener oder abhanden gekommener Gegenstände unter Aufsicht ihrer Organe stattfinde; 3. die Militärdirektion möchte die Kreiskom= mandaten anweisen, bei den jährlichen Waffen= und Au&= ruftungsinspettionen ein genaues Augenmert auf Befleibung und Ausruftung zu richten und nötigenfalls geeignete Offiziere hiezu beizuziehen; an einigen Orten ift bies geschehen, aber es herrscht noch immer Ungleichheit, und wir finden es angezeigt, daß diesem Bunkt vermehrte Aufmerksamkeit zugewendet werde.

Im weitern erwähnt der Bericht den hohen Prozentsiah der Richteinrückenden. Wir haben uns gefragt, wosher die Erscheinung komme, daß von der Infanterie der III. Division 2000 Mann mehr nicht einrückten, als von derzenigen der V., während die Kontrollbestände der beiden Divisionen ungefähr die gleichen sind. Einen

Teil der Veranlassung zu dieser höchst auffallenden und bemühenden Erscheinung wird man wohl in dem Umstand suchen müssen, daß eben während einigen Jahren das Kontrollwesen mangelhaft war und namentlich der Straf-vollzug gegenüber Richteingerückten zu wünschen übrig ließ. Ein anderer Grund ist darin zu suchen, daß die nicht im Kanton Wohnenden nicht persönlich aufgeboten werden und infolgedessen davon, daß sie Dienst thun sollten, wirklich nichts vernehmen oder die faule Ausrede brauchen, sie haben nichts gewußt; daß sie es haben wissen, sie haben nichts gewußt; daß sie es haben wissen müssen, kann man ihnen nicht nachweisen. Es wird deshalb angeregt, es möchte für die nicht im Kanton Wohnenden ein persönliches Ausgebot vorgesehen werden.

Wir haben uns auch für die Frage interessert, wie es mit der Errichtung besonderer Zeughäuser der bernischen Truppen der II. und IV. Division stehe. Zu unserer Genugthuung haben wir ersahren, daß diese Frage zwischen dem Militärdepartement und dem Regierungsrat in beidseitig befriedigender Weise, so viel wir wissen, in Form einer Uebereinkunft gelöst ist, welche hier im Großen Kate noch zur Sprache kommen wird, weil der Kat die nötigen Mittel bewilligen muß, um ein Zeughaus in Tavannes zu erstellen. Ich glaube aber schon jetzt sagen zu können, daß die Uebereinkunft so abgefaßt ist, daß auch der Kanton dabei seine Rechnung findet.

Aufmerksam machen wir auf den baulichen Zustand der Kaserne Beundenseld. Es sind zwar in diesem Jahre einige der gewünschten Berbesserungen gemacht worden, namentlich wurden die Kehrichtschächte verbesser; aber der allgemeine bauliche Unterhalt — die Staatswirtschaftstommission verfügte sich speziell zu diesem Zwecke dorthin — hat uns nicht imponiert. Wir glauben, es sei vom sinanziellen Standpunkte aus nicht richtig, wenn man nicht rechtzeitig für die nötigen Reparaturen sorgt. Spezielle Berücksichtigung sollten die Arrestlokale sinden, die in einem Zustand sich besinden, der nicht gerade soldaten-würdig ist — ich will diesen Ausdruck brauchen.

Sie wissen, daß im ganzen Kanton die Ausrüftung des Landsturms vollzogen ist und daß sich dieselbe durchwegs in sehr erfreulicher Weise vollzogen hat, nicht nur
seitens der Mannschaft, sondern es war auch erfreulich
seitens des Staates, daß die nötigen Vorräte da waren,
um die Ausrüstung ohne besondere Mittel rasch zu Ende
führen zu können. Wir glaubten, dies zum Schlusse
noch auerkennend erwähnen zu kollen.

noch anerkennend erwähnen zu follen. Dies find die wenigen Bemerkungen der Staatswirtschaftskommission zum Bericht der Militardirektion.

M. Stockmar, Directeur des affaires militaires. Je suis bien aise que cette question ait été soulevée. Au premier abord, on pourrait croire qu'il s'agit ici de faits tout à fait insignifiants. Si l'on trouvait cependant le moyen de remédier à l'insuffisance des inspections d'aujourd'hui, on rendrait un signalé service à l'administration cantonale. Tout le mal vient du dualisme qui existe dans nos affaires militaires. Aussi longtemps que nous aurons une administration militaire faisant tout à double, nous verrons surgir bien des difficultés. Ainsi, comme l'a fait remarquer M. le rapporteur de la commission, la Confédération n'a pas intérêt à savoir si l'on n'abuse pas des effets d'équipement qui sont remis aux soldats; elle donne aux cantons des indemnités fixes pour l'entretien de ces effets, moyennant les-

quelles ils doivent se tirer d'affaire. Mais il ne me semble pas juste au premier abord qu'on fasse rembourser aux cantons les frais que nécessite le remplacement des effets perdus au service de la Confédération; c'est ce qui est arrivé cette année: la III. division a perdu, paraît-il, une quantité incroyable de pompons; (on rit) — je cite le cas des pompons, il me serait facile d'en citer d'autres. Il est bien certain que si l'on avait procédé à une inspection sévère, exacte, au moment du départ des troupes, nous n'aurions pas eu à constater la perte d'un si grand nombre d'objets. Si les soldats savaient en outre qu'ils ont à subir également une inspection minutieuse à la fin des manœuvres, peut-être apporteraient-ils plus de soin à la conservation des effets qui leur sont remis et dont ils doivent du reste se sentir responsables.

Nous pensions pouvoir arriver à nous faire rembourser les frais occasionnés par le remplacement des pompons, mais nous n'avons pas réussi.

Quant à la question des arsenaux de la IIº et de la IVº division, elle sera soumise au Grand Conseil dans la session de janvier. Je puis annoncer que le contrat entre la Confédération et le canton a été ratifié hier par le Conseil-exécutif et qu'il le sera probablement demain par le Conseil fédéral, de sorte que la solution de cette affaire est bientôt définitive.

Nous demandons un crédit pour la construction d'un arsenal à Tavannes pour les troupes de la IIe division. Quant à la IVe, il y aura lieu d'examiner dans quelle localité il faudra en établir un, mais ce soin incombe à la Confédération.

M. Folletête. Il y a dans le rapport de la Direction des affaires militaires un passage à propos duquel je me permettrai une simple observation. Il paraît que, malgré les avis de convocation, les hommes qui ne se présentent pas pour faire leur service militaire sont en nombre assez considérable. M. le rapporteur de la commission d'économie publique a dit tout à l'heure que, dans la IIIe division, on en avait compté jusqu'à deux ou trois mille, ce qui motive naturellement l'expression de vifs regrets qui seront ressentis par tous ceux qu'intéresse la prospérité des affaires militaires.

« Il faudra voir, dit la commission, si, pour les hommes qui n'habitent pas le canton, on ne ferait pas bien de réintroduire les ordres de marche personnels. »

Je voudrais aller plus loin; je voudrais qu'on rétablît les ordres de marche personnels, en règle générale, pour tous les hommes astreints au service militaire. Il peut parfaitement arriver en effet que, malgré les avis donnés pour la convocation des cours militaires, des gens habitant des endroits isolés, comme les domestiques occupés à différents travaux, sur les montagnes surtout, ne savent rien de cette convocation et ne se présentent pas. Voulezvous les punir pour cela? Non. L'inconvénient qui résulte de l'état de choses actuel est évident, non seulement pour les soldats qui se trouvent en dehors des frontières du canton, mais aussi pour les hommes habitant le canton. Les uns et les autres n'ont pas eu connaissance des avis de la Direction militaire.

Je ne parle pas ici des circonstances extraordinaires, par exemple la mise sur pied en cas de péril national; il est alors impossible de confectionner des ordres de marche et de les adresser aux hommes; l'on doit se contenter d'une convocation faite par les journaux ou par une autre voie. Si des soldats se présentent plus tard en déclarant qu'ils n'ont pas eu connaissance à temps du jour ou de l'heure de la convocation, ils devront être accueillis sans autre. Un cas de ce genre s'est présenté en 1870, lors de la guerre franco-allemande. Le bataillon auquel j'appartenais ne fut pas convoqué à temps; moi-même, qui étais capitaine dans ce bataillon, arrivai deux jours après la date fixée; je dus de ce fait subir des observations de la part de mes chefs, auxquels il me fut facile cependant d'expliquer la cause de mon retard. Si telle chose arrivait à un officier, à combien plus forte raison ne devait-elle pas se produire quand il s'agissait d'un simple soldat?

Je dis donc qu'en règle générale, dans le cours ordinaire des choses, nous devons conserver les ordres de marche personnels, c'est-à-dire adressés à chaque militaire; mais on peut, en revanche, dans les cas exceptionnels, passer parfaitement outre sur ces formalités en utilisant les nombreux moyens de publicité qui sont mis à notre disposition, soit par les journaux, soit par les préfets, soit par les maires

des communes.

Je crois que la commission d'économie publique trouvera que ces observations ont leur raison d'être et qu'elle pourra parfaitement admettre un postulat répondant au vœu dont je me suis fait ici l'interprète, et ainsi conçu:

«Le Conseil-exécutif est invité à examiner la question de savoir si l'on peut réintroduire les ordres de marche personnels, en règle générale, et dans les circonstances où il serait possible de le faire, en laissant toute latitude aux éventualités qui pourraient se produire. »

Präsident. Ich möchte Herrn Folletête darauf aufmerksam machen, daß die Staatswirtschaftskommission kein Postulat stellt. Will Herr Folletête ein solches stellen, so möchte ich ihn ersuchen, dasselbe auf den Kanzleitisch niederzulegen, damit es dann behandelt werden kann, es sei denn, der Herr Militärdirektor wolle heute schon antworten.

M. Stockmar, Directeur des affaires militaires. Je crois aussi que M. Folletête pourrait se contenter, comme l'a fait la commission, d'une observation dont la Direction militaire tiendra compte. Dans tous les cas, la question des ordres de marche personnels sera mise à l'étude, soit pour ce qui concerne les militaires habitant le canton, soit pour ceux qui se trouvent hors du canton. La Direction militaire soumettra au plus tard dans son prochain rapport de gestion son rapport au Grand Conseil, qui pourra alors se prononcer en connaissance de cause. La proposition de M. Folletête irait cependant trop loin. Il est absolument inutile de convoquer par des ordres de marche personnels les militaires qui demeurent dans le canton, parce que tous ceux qui sont astreints

à un service militaire savent parfaitement, tout au moins, quelle année ils doivent faire leur service; ils n'ont ensuite qu'à demander les tableaux militaires qui indiquent la date de réunion, et c'est peut-être ici que l'observation de M. Folletête a sa raison d'être: on ne répand pas assez les tableaux militaires; les journaux font de louables efforts, ils les insèrent dans leurs colonnes, — sauf toutefois les journaux jurassiens qui pourraient eux aussi rendre service en reproduisant ces avis, lesquels, il ne faut pas l'oublier, sont affichés dans toutes les communes et dans la plupart des auberges.

L'extension de la publicité des avis militaires est une affaire à examiner, mais je demande à M. Folletête de ne pas faire de son observation une

proposition formelle.

M. Folletête. Dès le moment que la commission d'économie publique pense que la Direction des affaires militaires s'occupera de la chose, je n'insiste pas sur l'observation que j'ai soumise au Grand Conseil et qui avait certainement sa raison d'être; le Conseil-exécutif devant examiner s'il y a lieu de changer le mode de convocation des militaires, il sera donc donné d'une certaine manière satisfaction au vœu que j'ai exprimé et je me contenterai volontiers des explications qui viennent de nous être fournies.

Der Bericht der Militärdirektion wird im Sinne der Bemerkungen der Staatswirtschaftskommission genehmigt.

hier wird die Beratung abgebrochen.

Schluß der Sitzung um 121/2 Uhr.

Der Redaktor: And. Schwarz.

Dritte Sigung.

Mittwoch den 29. November 1893,

vormittags 9 Uhr.

Borfigender: Bice-Prafident Beber (Biel).

Der Namensaufruf verzeigt 217 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 50, wovon mit Entschuldigung: bie Herren Arm, Bourquin, Burger, Friedli, Habegger (Zollbrück), Häberli (Aarberg), Haldimann (Eggiwyl), Hari (Abelboden), Heß, Hoser (Langnau), Horn, Houriet, Kohli, Lehmann, Merat, Neuenschwander (Lauperswyl), Rüegsegger, Schweizer, Stozinger, Jürcher; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Belrichard, Vircher, Boß, Cuenin, Eggimann, Gerber (Stefsisburg), Glaus, Haselbacher, Hauser (Gurnigel), Hostettler, Howald, Hunziker, Hussen, Lehmann, Meyer (Viel), Meyer (Laufen), Morgenthaler (Ursenbach), Nägeli, Naine, Sahli, Scheidegger, Schmalz, Stämpfli (Vern), Sterchi, Stoller, Tanner, Walther (Oberburg), Wermeille, Wolf, Wüthrich, Ziegler.

Das Protokoll der geftrigen Sitzung wird abgelesen und genehmigt.

Cagesordnung:

Staatsverwaltungsbericht für das Jahr 1892.

Fortsetzung der Beratung (Siehe Seite 395 hievor).

Bericht der Finangdirektion.

Bigler, Berichterstatter der Staatswirtschaftstommission. Die Delegation der Staatswirtschaftskommission hat die Berwaltung der Finanzdirektion geprüft und schielt vorerst einige allgemeine Bemerkungen voraus. Wie vielen von Ihnen bekannt sein wird, sind in letzter Zeit wiederum in einer gewissen Presse Stimmen laut geworden, der Staatskarren sei wieder etwas zersahren, woraus man hatte entnehmen können, daß vielleicht gerade bei der Finanzdirektion, bei der Finanzderwaltung überhaupt, nicht diesenige Ordnung herrsche, wie es wünschenswert wäre. Run ist aber die Delegation der Staatswirtschaftskommission durch eine genaue Untersuchung zur Ueberzeugung gekommen, das die gesamte Verwaltung der Finanzdirektion eine musterhafte ist und daß die Finanzen des Kantons Vern — wenn auch momentan vielleicht ein Desizit da ist — sehr gut verwaltet werden. Es ist sehr nötig, dies zu konstatieren, damit nicht der Kredit des Staates untergraben wird. Man hat es ja erst in letzter Zeit in einem Nachdarsstaate ersahren, was es heißt, wenn der Kredit eines Staates untergraben ist.

Was die einzelnen Abteilungen betrifft, so sagt der schriftliche Bericht der Finanzdirektion, daß es wünschensswert wäre, wenn einzelne Geschäfte, Entscheide über Steuerrekurse, etwas früher erledigt werden könnten. Es sind das Verhältnisse, welche nicht in der Macht der Direktion liegen und die sich vielleicht im Jahre 1892 außnahmsweise etwas weit hinausgezogen haben. Ich werde darauf bei der Steuerverwaltung noch speziell zurücks

fommen.

Die Kantonsbuchhalterei, die ich letztes Jahr als mustergültig hinstellte, ist auch in diesem Berichtsjahre sehr gut verwaltet worden. Sie beschwert sich neuerdings, daß einzelne Bezugsanweisungen nicht zur richtigen Zeit ausgestellt werden, was die Kontrolle über die Kassen, namentlich der Amtsschaffnereien, sehr erschwere. Namentlich scheinen bei Holzverkäusen die Anweisungen nicht zur richtigen Zeit ausgestellt zu werden. Es sollte die Forstverwaltung die Bezirksförster anweisen, bei Holzsteigerungen die Bezugsanweisungen sofort auszustellen. Im sernern macht die Kantonsbuchhalterei eine Ans

Im fernern macht die Kantonsbuchhalterei eine Anregung über die Berifikation der Kassen, dahingehend,
es möchte ein Wechsel unter den einzelnen Kassieren eingeführt oder es möchte ein sogenannter ambulanter Kassier
treiert werden, der eine Kasse für einige Ziet übernehmen würde. Wir haben im Berichtsjahre 1892
keine Unterschlagungen; es sind aber in frühern Jahren
solche vorgekommen, und das wirksamste Mittel, um
dem vorzubeugen, besteht in einer strengen Kontrolle.
Nun glaubt auch die Staatswirtschaftskommission, es sei
eine sehr wirksame Kontrolle, wenn der betreffende Kassier
für einige Zeit in Urlaub geschickt wird und ein anderer
Kassier die Kasse übernimmt. Es ist selbstverständlich,
daß in diesem Falle derjenige, der die Kasse übernehmen
muß, viel minutiöser sein wird, als wenn er nur eine
vorübergehende Kontrolle vornimmt. Wenn z. B. seinerzeit der Amtsschaffner in Belp zeitweilig durch einen
andern Kassier ersett worden wäre, so würde das Desizit
desselben früher entdeckt worden sein. Die Staatswirtschaftskommission ist daher mit dieser Anregung der
Kantonsbuchhalterei einverstanden und empsiehlt sie der
Regierung zu gutsindender Behandlung.

Die Kantonalbank zeigt im Geschäftsjahr zwar nicht eine Bermehrung des Umsatzes, aber ein bedeutend günftigeres Resultat, mit dem man sehr wohl zufrieden sein kann. Das Institut hat jedenfalls, so wie es jetzt organissiert ist, sehr gut gearbeitet, und wir hoffen, daß es auch in Zukunft gut arbeiten wird. Das Wert=

schrifteninventar, das einige Male zu Rügen Unlaß gab, weil es nicht richtig in die Bilanz eingestellt war, ift

nun nach den Tagesturfen eingestellt worden.

Die Spothekarkaffe weist ein etwas weniger gunftiges Resultat auf als im Jahre 1891. Der Bericht fagt, der Grund hiefür liege einesteils darin, daß die Kaffe ein großes Guthaben bei der Kantonskaffe hatte, das ihr nur schlecht verzinst worden sei. Die Kommission faub, dieser Ausdruck sei nicht ganz richtig. Die Hypothekar= kaffe habe bei der Kantonskaffe allerdings zeitweilig ein Guthaben, das aber beffer als Depot bezeichnet würde. Wenn die Hypothekarkasse zu viel Geld hat, giebt sie es der Staatskasse in Depot, und diese wiederum giebt es der Kantonalbank, weil diese momentan überstüffiges Geld am besten verwerten kann. Nun herrschte im Jahre 1892 bei der Sypothekarkasse ein ständiger Geldzufluß, weshalb fie genötigt war, bis zu 3 Millionen der Staats= taffe in Depot zu geben. Für diefes Geld hat die Staats= taffe nur einen Zins von $2^{1/2^{0}/o}$ vergütet, und es mag dies ein Grund sein, daß das Ergebnis ein etwas weniger günstiges ist. Im Jahre 1893 ift das Berhältnis um-gekehrt. Die Hypothekarkasse mußte sich von der Kantonstaffe einen gang bedeutenden Borichug geben laffen. Dies ist der Grund, weshalb die Staatswirtschafts= kommiffion zu bem Postulat Nro. 3 kam und Ihnen basselbe zur Genehmigung empfiehlt: "Der Regierungs-rat wird eingeladen, die Frage zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob allenfalls eine Erhöhung des Grundkapitals der Sypothekarkaffe vorzunehmen fei." Die Hypothekarkasse hat beständig zugenommen und hat von Jahr zu Jahr eine größere Summe öffentlichen Geldes zu verwalten. Je größer aber die Kapitalien find, die fie zu verwalten hat, desto größer soll auch das Stammtapital sein. Da sich nun bei Konversion der Kaffenscheine zeigte, daß das Stammkapital von 13 Millionen gegenwärtig zu klein ist, so hat die Staats= wirtschaftskommission geglaubt, es wäre der Anlaß da, dieses Stammkapital auf 20 Millionen zu erhöhen. Es würde dies dem Aredit der Sypothekarkaffe unter keinen Umständen nachteilig sein, sondern denselben im Gegen= teil noch mehren. Auch wurde der Staat keine Einbuße machen; benn er wurde einen ebenfo großen Bins erhalten als von feinen 3% jegen eidgenöffischen Rententiteln. Es ift noch zu bemerten, daß der Berwaltungsrat der Sypothekarkasse in letter Zeit den Beschluß gefaßt hat, den Sypothekarzins auf 33/4 % heradzusetzen, was im Bolk jedenfalls sehr günstig aufgenommen worden ist, da es schon längst verlangt wurde.

Richt erwähnt in unserm schriftlichen Bericht ist die Steuerverwaltung. Zur Zeit, als die Staatswirtschaftstommission ihre Prüfung vornahm, war sie über die Steuerverwaltung nicht ganz orientiert, und man hat sich dann erst bei den mündlichen Berhandlungen in Answesenheit des Herrn Finanzdirektors etwas über die Steuerverwaltung ausgesprochen. Es ist in letzter Zeit im Bolk über diese Berwaltung sehr viel geklagt worden und vielleicht nicht ganz mit Unrecht. Die Steuerverwaltung ist, wenn ein solcher überhaupt vorhanden ist, der wunde Punkt der Finanzverwaltung. Es liegt der Grund hiefür an zwei Orten: erstens in der Organissation und zweitens auch in den Personen, d. h. in den Personen, welche nicht da sind. Es zeigt sich je länger je mehr, daß es unbedingt nötig ist, daß ein Steuerverwalterzgewählt wird, der in allen Beziehungen seinem

Amte gewachsen ist. Die Steuerverwaltung ist eine außerordentlich schwierige und fie ift bis dahin vielleicht zu mechanisch verwaltet worden. Ich erinnere nur an bie Ralamitat mit ben fogenannten Steuerverschlagniffen, wo die Berwaltung immer 2, 3 Jahre im Rudftand ift. Da fehlt es absolut einesteils vielleicht am Mechanismus, andernteils daran, daß das Personal nicht in der Weise bestellt war, daß man tabula rasa machen konnte. Gegen= wärtig nun haben wir gar teinen Steuerverwalter und man weiß nicht, wer dieses wichtige Gebiet eigentlich Der Finanzdirektor muß daher felber teil= verwaltet. weise ben Steuerverwalter machen, und das halten wir nicht für das richtige. Die Steuerverwaltung sollte ab-folut mehr felbständig dastehen. Wenn die richtige Perfonlichkeit zur Leitung derfelben da ware, fo bin ich überzeugt, daß man auch mit dem gegenvärtigen Gefet verschiedenes beffer machen konnte. In erfter Linie follte bie rückständige Arbeit aufgearbeitet werden, so daß man à jour wäre; dann gäbe es viel weniger Unwillen als wenn man nach 2, 3 Jahren einen Zettel wegen soge-nannter Steuerverschlagnis erhält. Ferner sollte auch bas Einschätzungswesen im allgemeinen beffer geordnet werden. Und wenn Refurse kommen, sollte dem Finangdirektor ein Mann gur Seite ftehen, der diefelben verarbeitet, so daß sie schneller erledigt werden könnten. Das alles ist gegenwärtig nicht der Fall. In letzter Zeit find auch Klagen gekommen wegen unrichtigen Einschätzungen. Das rührt wiederum davon her, daß sich eine andere Behörde mehr ober weniger auch als Steuerverwaltung aufgethan hat; es ist dies die Centralsteuer= kommission. Es ist vielfach diskutiert worden, ob diese Rommiffion eine eigentliche Ginschätzungsbehörde fei oder nicht. Auch das hätte, wenn eine richtige Persönlichkeit der Steuerverwaltung vorgeftanden ware, anders gemacht werden können. In einer Bersammlung, der ich zufällig beiwohnte, wurde gesagt, der Präsident der Central= steuerkommission habe ein System erfunden, nach welchem die Raffen eingeschätt werden follen, und es wurde dieses Syftem tritifiert. Nun liegt es offenbar nicht in der Rompetenz der Centralfteuerkommiffion, Steuerspfteme zu erfinden und zur Anwendung zu bringen. Das ift Sache der Berwaltungsbehörden; die Centralfteuerkommiffion ist eine begutachtende Kommission. Ferner wurde in der letten Zeit geklagt, es seien eine Maße Einschätzungen von Einkommen III. Rlasse vorgenommen worden, die im Bolke kolossalen Unwillen erregten, und es sei das Ma-terial auch nicht in richtiger Weise gesichtet worden. Auch das läßt sich wiederum auf das Nichtworhandensein einer eigentlichen Steuerverwaltung zurückführen.

Man kann sagen, bei einem neuen Steuergeset werde das alles verschwinden. Ich glaube, auch bei einem neuen Steuergeset wird man eine richtige Steuerverwaltung haben müssen und nicht nur eine Maschine, die bloß mechanisch arbeitet und nicht mit dem richtigen Geist und Berständnis ihre Arbeit aussührt. Ich glaube deshalb, es wäre angezeigt, daß man darauf Bedacht nehmen würde, so bald als möglich die Steuerverwaltung richtig zu organisieren. Es kann noch lange gehen, die wir ein neues Steuergesetz haben, und wenn ein solches kommt, so ist es um so besser, wenn wir dann schon eine richtige Steuerverwaltung haben. Ich bin überzeugt, daß man dadurch sehr vielen Reklamationen ausweichen könnte. Es sollte nach und nach in das Steuern etwas mehr Patriotismus kommen (Heiterkeit). Wir sind ein Staat,

in welchem man die Mittel für gemeinnützige Zwecke ungeheuer leicht findet. Ich begreife nicht, daß wir so schlechte Staatsbürger sein sollten, daß wir nicht auch unsere Steuern gern auf den Altar des Vaterlandes legen. Da fehlt es eben absolut an der Behandlung der Bürger; man kommt von einer Vexation in die andere. Ich behaupte, daß bei einer richtigen Verwaltung unsere Leute absolut nicht so steuerseindlich wären, wie bisher.

Bei ber Salzhandlungsverwaltung sah sich die Staatswirtschaftskommission veranlaßt, auf die Bestimmungen
des Dekrets vom 23. Dezember 1893 ausmerksam zu
machen. Es liegt nun ein Anzug des Herrn Demme
vor, der ebenfalls allfällig einer Revision des genannten
Dekretes ruft. Ich will mich über diese Frage nicht aussprechen. Ich mache nur darauf ausmerksam, daß nach
dem Dekret von 1891 der Salzpreis auf 15 Rp. festgesetzt ist und Ausnahmen nicht gestattet sind. Das Gewerbesalz ist darin nicht erwähnt, und es wird sich bei
Behandlung der Motion Demme zeigen, was eigentlich
Gewerbesalz ist. Ich für mich halte dafür, daß das Salz,
das für das milchwirtschaftliche Gewerbe gebraucht wird,
auch Gewerbesalz ist.

Die Jagd und Fischerei ist nun von der Finanzdirektion abgetrennt und dieselbe dadurch etwas entlastet worden, was sehr nötig ist, indem diese Direktion sonst schon sehr belastet ist und im Jahre 1892 die Zahl der Geschäfte noch bedeutend, um 736, zunahm. Im übrigen hat die Staatswirtschaftskommission zum

Im übrigen hat die Staatswirtschaftskommission zum Bericht der Finanzdirektion keine Bemerkungen zu machen und empsiehlt Ihnen denselben, sowie das Postulat Nr. 3, zur Annahme.

Scheurer, Finanzbirektor. Die Aeußerungen des Herrn Bigler zum Bericht der Finanzdirektion find im großen ganzen richtig, und auch das Postulat ist derart, daß es vom Regierungsrat acceptiert werden kann. Ich möchte mir nur in Bezug auf die Steuerverwaltung einige Bemerkungen erlauben.

Herr Bigler hat gefagt, die Steuerverwaltung sei der wunde Punkt in der Finanzverwaltung. Er hat voll-kommen recht, und ich habe nur beizufügen, daß die Steuerverwaltung die schwerste Last ist, die der Finanzbirektor zu tragen hat und schon lange zu tragen hatte und daß fie ihm mehr Ungelegenheiten verursacht, als die ganze übrige Berwaltung. Es rührt dies vielfach davon her, daß die Steuerverwaltung an und für sich eine sehr schwierige Berwaltung ist und es nur wenige Leute giebt, die sich zur richtigen Ausfüllung dieser Stellung eignen, indem dazu eine Reihe von Eigenschaften nötig find, welche fich selten auf der gleichen Person vereinigen, und es nirgends weniger damit gemacht ist, daß der Betreffende einen großen Fonds von gutem Willen hat. Infolgedeffen ist bis jum heutigen Tag die Stelle nicht neu besetzt worden, weil man bis jett niemand im Auge hat, von dem man glaubt, er ware der richtige Mann. Es ist zwar ganz sicher, daß wenn man die Stelle ausschreibt, eine schöne Bahl Kandidaten fich melben werben; aber es ift nicht ficher, daß fich darunter der richtige Mann befindet. Wenn aber die Stelle ausgeschrieben ift, so muß auch eine Wahl getroffen werden; damit aber, daß überhaupt eine Wahl getroffen wird, ift dem Uebelftand noch nicht abgeholfen.

Dazu kommt noch etwas anderes. Die Steuerverwaltung muß unter der neuen Ordnung ber Dinge einer

etwelchen Uenderung unterworfen werden, wenigstens in Bezug auf den Berfonalbeftand. Bisher mar fie in ber Sauptfache nur eine Berwaltung für ben alten Ranton, weshalb auch das Personal aus Altbernern bestand. Der Jura besaß für seine Katafter= und Grundsteuer eine eigene Berwaltung, einen eigenen Grundsteuerdirektor und eine Reihe von Beamten als Grundsteueraufseher und -einnehmer. Dieser Organismus wird nun mit 1. Januar 1894 außer Wirksamkeit treten; es giebt nach diesem Zeitpunkt nur noch eine einzige kantonale Steuerverwaltung, und es muß ein neues Bollziehungsbetret zum Bermögenöfteuergeset von 1856 erlaffen werden. Es ist nun gar wohl möglich, daß unter dem bisherigen Steuerpersonal des Jura Leute sind, welche fich für eine höhere Stellung in der Steuerverwaltung eignen, und wird man dann die Wahl eines neuen Steuerverwalters bornehmen können.

Was die gerügten fogenannten Steuerverschlagniffe anbetrifft, die nur bem Namen nach Steuerverschlagniffe find, fo war die Sache von jeher fo, daß die bezügliche sehr große Arbeit nicht sofort gemacht werden kann. Die Bergleichung zwischen dem Schulbenabzugs= und dem Rapitalsteuerregister ift eine so minutiose und umfangreiche Thätigkeit, daß, tropdem immer einige Angestellte baran arbeiten, mehrjährige Rudftande vorhanden find. Es ift ja gerade biefes Berhältnis vom Finanzdirektor bei Beratung des Gesetzes über Abanderung des Ber-mögenösteuergesetzes scharf fritifiert worden. Dem kann nun abgeholfen werden bei Anlaß der Abanderung des Bollziehungsbefretes jum Bermögensfteuergefet, fo bag dem Publifum diese mit Recht verhaßten Steuerverschlagnis= briefe in Zukunft weniger zahlreich zugehen werden. Es tann bies baburch geschehen, bag man die Bergleichungen nicht erft Jahre lang hintendrein, sondern sofort bei der Eintragung vornimmt und so vermeidet, daß Unrichtig= feiten in die Steuerregifter hineinkommen. Es wird alfo nach beiden Richtungen in nächster Zeit gründliche Remedur geschaffen werden.

Was das Verhältnis anbetrifft betreffend die Schähung des Einkommens dritter Klasse, so glaube ich, es sei heute nicht der Fall, darauf einzutreten, indem dies das Jahr 1893 betrifft. Seitens der Finanzdirektion und der Regierung könnte darauf nicht eingetreten werden, weil sie Kekursinstanz ist und als solche demnächst die Thätigkeit der Centralsteuerkommission zu beurteilen und in den vielen Fällen, wo der Rekurs ergriffen wird, ihren Entscheid abzugeben hat.

Der Bericht der Finanzdirektion wird genehmigt und das Postulat Nr. 3 der Staatswirtschaftskommission ersheblich erklärt.

Bericht der Erziehungsdirektion.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Die Staatswirtschaftskommission hat zum Bericht der Erziehungsdirektion dies Jahr sehr wenig Bemerkungen anzubringen.

Die Geschäftskontrolle mit 1407 Rummern zeigt keine Ausstände.

Auf der erften Seite (2. Spalte) des Berichts ift eine Bemerkung eingeflossen, welche die Staatswirtschafts= tommiffion glaubt im Ramen des Großen Rates zuruckweisen zu muffen. Die Erziehungsbirektion halt fich darüber auf, daß der Große Rat fich bei Beratung des Schulgesetes herausgenommen hat, Zweifel zu haben, ob die Mittel vorhanden seien, um das Schulgeset sofort in Rraft treten zu laffen. Ich glaube, es fei nicht am Ort, daß die Erekutive Magnahmen, welche der Große Rat für gut und zweckmäßig erachtet hat, rügt. Die Staatswirtschaftskommiffion hat deshalb geglaubt, fie folle in ihrem Bericht die gegenüber dem Großen Rate

ausgesprochene Mißbilligung zurückweisen. Ferner haben Sie gesehen, daß im Bericht der Erziehungsdirektion darauf aufmerklam gemacht wird, daß es zweckmäßig sein möchte, wenn durch ein neues Hoch= schulgeset eine neue Stelle geschaffen werden konnte, die im Rechnungswesen der Sochschule den Uebelständen, welche sich Jahr für Jahr zeigen, entgegentreten könnte. Es ist uns allen zur Genüge bekannt, daß die Rechnungen für Anschaffungen mit Bisa von Hochschullehrern oft und viel ein Jahr zu spät eingehen, so daß eine ge-hörige Ueberficht über die Innehaltung der Budgetanfätze unmöglich wird. Der Erziehungsbirektor glaubt nun, es sollte eine eigene Stelle geschaffen werden, welche alle Rechnungen visiert und begutachtet und welche auch die Unschaffungen beforgen wurde. Die Staatswirtschafts-tommission findet diese Unregung für sehr zwedmäßig und unterstügt daher in dieser Beziehung die Erziehungsdirektion aus voller Ueberzeugung.

Dies sind die Bemerkungen, welche die Staatswirt= schaftstommiffion zum Bericht ber Erziehungsbirektion zu machen hat. Sie empfiehlt Ihnen denselben, mit Ausnahme des erwähnten Baffus, zur Genehmigung.

Burkhardt. Wie aus dem Bericht der Erziehungs=" birektion hervorgeht, ift herr Gobat mit dem Schulgefet nicht einverstanden. Die Bestimmungen über die Absenzen und die Schulzeit gehen ihm zu wenig weit. Schon bei Beratung des ersten Entwurfs, der vorlag, hat man ge-sehen, daß man auf Seite der Regierung und der Er-ziehungsdirektion der Primarschule die Geißel geben und das Geld für die höhern Schulen sparen will. Für die Sekundarschulen find die Bestimmungen absolut weniger streng als für die Primarschulen; einzig mehr Schulzeit haben fie, das ist richtig. Man vergleiche einmal, was der Staat im Kanton Bern und was im Kanton Zürich für das höhere Schulwesen, gegenüber der Primarschule, ausgiebt. In Burich kostet ein Primarschüler Fr. 76, ein Sekundarschüler Fr. 146, im Kanton Bern werden für einen Primarschüler ausgegeben Fr. 32, für einen Se-kundarschüler Fr. 185. An diese Fr. 32 bezahlt der Staat nur einen Bruchteil. Arme Gemeinden erhalten als Beitrag an die Lehrerbesoldungen nur Fr. 4½—5 per Schüler. Der Primarschule will man also die Beißel geben; aber Geld bekommt fie feines. Im Schulgeset, das noch nicht fertig beraten ift, ift dem Uebelstande einigermaßen Rechnung getragen, doch werden die armen Gemeinden mit schweren Schullasten immer noch sehr stiesmütterlich behandelt; fie werden auch in Zukunft per Schüler nicht mehr erhalten als höchstens Fr. 9-10.

Wie man aus ben Zeitungen vernommen hat, ift gegenwärtig, von Aegerten ausgehend, eine Initiativbewegung im Gange. Run möchte ich den Herrn Erziehungsdirektor anfragen, was gegen diese Initiativ-bewegung von hier aus gemacht wird, ob man fie ins Leben treten lassen will, ohne irgend etwas dagegen zu machen. Ich glaube, man sollte dieselbe nicht vorsich-geben laffen. Es ift ganz sicher, daß die Initianten mit ihren Borichlagen Fiasto machen werden. Aber ift bann der Regierung und dem Großen Kate drausgeholfen, wenn das erste Initiativbegehren bachab geht? Ich glaube nicht! Das wird wieder eine Masse unzufriedene Leute schaffen und damit wird die Sache nicht beffer. Ich glaube deshalb, man follte diefem Initiativbegehren vorzubeugen juchen. Was glauben Sie denn, wenn später 3. B. ein Initiativbegehren kame mit ungefähr folgendem Wortlaut: 1. Der Staatsbeitrag an die Lehrerbefoldungen wird auf wenigstens Fr. 16 per Schüler festgesetzt. 2. Die Besoldung eines Lehrers wird festgesetzt im Minimum auf so und so viel Franken. 3. Der Staatsbeitrag an Mittelschulen darf per Schüler das Doppelte des Beit= rages für einen Primarichüler nicht überfteigen. 4. Die Staatsausgaben für die Hochschule durfen per Student das Zwanzigsache des Beitrages für einen Primarschüler ebenfalls nicht übersteigen. — Ich glaube, auch dieser Initiativvorschlag ginge bachab; aber doch würde ihm eine große Masse Bürger zustimmen. Glauben Sie, damit mare geholfen?

Man fagt, man habe tein Geld, sonst wollte man der Schule schon helfen. Ich frage, ob die Regierung ernfthaft fich umgethan habe, um das nötige Geld herbeizuschaffen. Diese Woche wurde ein Gesetzlein ausgeteilt über die amtliche Inventarisation. Dasselbe ist einfach ein Abklatsch aus dem bekannten Steuergesetz. Und wenn die Regierung glaubt, das heiße man Grundfate grundfäglich lofen, so muß ich fagen: die Regierung begehrt

überhaupt nicht, Geld herbeizuschaffen.

Dr. Gobat, Erziehungsdirektor. Ich weiß nicht, ob ich herrn Burkhardt wegen des Lärms richtig verstanden habe. Ich habe aber gehört, die Regierung sei gegen das Schulgesetz; es gehe das aus Bemerkungen hervor, welche im Staatsverwaltungsbericht gemacht worden sind. Das ist durchaus nicht richtig. Trotdem das Schulgeset, wie es aus der Beratung hervorgegangen ift, viel weniger Fortschritte enthält, als der vom Regierungsrat angenommene Entwurf, fo habe ich doch gute Gründe, für die Annahme des Schulgesetzes einzutreten, indem jedenfalls noch einiges darin enthalten ift, was die Primarschule fordern kann.

Herr Burkhardt hat den Anlag benutt, um Ihnen mitzuteilen, mas Sie schon lange miffen, daß der Ranton Bern für das höhere Schulmefen verhältnismäßig mehr ausgiebt, als für die Primarschule. Ich würde es bedauern, wenn dem nicht fo ware, daß man wenigstens in einigen Gebieten des Schulwesens nicht so gefesselt ift, wie in Bezug auf das Primarschulwesen. Für das höhere Schulwesen geben wir eben mehr aus, weil wir mehr ausgeben konnen und muffen, mahrend wir in Bezug auf das Primarschulwesen allerdings mehr ausgeben follten, aber es nicht konnen, weil wir durch klein= liche gesetzliche Bestimmungen gebunden sind. Ich an-erkenne gerne, daß wir für das Primarschulwesen weit mehr ausgeben sollten, als wir es gegenwärtig thun. Was die Bemerkung anbelangt in Bezug auf die Initiative, die im Gang sein soll — ich glaube, es cir-

tulieren noch keine Unterschriftenbogen — wir sollen

Schritte thun, damit sie nicht zu stande komme, so begreise ich Herrn Burkhardt nicht. Er wird wissen, daß weder der Große Rat noch der Regierungsrat irgendwelche Mittel besitzen, um eine Initiative aufzuhalten. Ist eine solche im Gang, so muß sie ihren freien Lauf haben, und dann ist es Sache des Volkes, dieselbe anzunehmen oder zu verwerfen. Die Regierung ist also in dieser Beziehung nicht im Falle, dem Wunsche des Herrn Burkhardt entgegenzukommen.

Weber (Graswhl). Ich möchte boch den Antrag des Herrn Burthardt in gewiffer Beziehung unterstützen. Ich glaube, man könnte das Initiativbegehren verhindern, wenn der Große Kat beschließen würde, in der Jahnarssession das Schulgesetz zu Ende zu beraten und vor die Bolksabstimmung zu bringen. Es hat ungemeine Mißstimmung verursacht, daß man das Schulgesetz jahrelang verschoben hat. Es wurden schon viele Gesetz vom Bolk das erste Mal nicht angenommen, und wenn das Schulzgest verworsen würde, so ist nicht gesagt, daß später ein anderes nicht angenommen würde. Ich glaube, wenn man den Antrag der Gemeinde Aegerten dahin umändern würde, daß man sagen würde: Der Staat übernimmt die Bolksschule voll und ganz, bezieht aber von den Gemeinden eine Schultelle vom reinen Vermögen von vieleleicht 1 Fr. oder 1½ Fr., so hätte der Staat für die Bolksschule mehr als Geld genug. Ich beantrage, zu beschließen, daß in der Januarsession das Schulgesetz zur Behandlung kommen und hernach der Volksabstimmung unterbreitet werden soll.

Bu gleicher Zeit möchte ich noch eine andere Bemerkung andringen. Man hat immer zu wenig Geld für
Schulzwecke. Nun sagte mir letihin ein Mitglied des
Großen Rates, es sei eine Bestimmung im Hochschulgeset, daß nach einer bestimmten Zahl von Jahren Professoren in Ruhestand versetzt werden können, auch Professoren, welche lebenslänglich angestellt sind. Wenn dies der Fall ist, so möchte ich den Antrag stellen, es möchte Herr Prosessor von den Kuhestand versetzt werden, damit der Staat wenigstens die Hälfte der Besoldung erspart. (Heiterkeit.)

Dr. G v b a t, Erziehungsdirektor. Herr Weber hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß das Schulzgeset immer verschoben worden sei. Ich denke, er wird diesen Borwurf dem Großen Rat gemacht haben und nicht dem Regierungsrat; denn wir haben immer darauf gedrungen, daß das Schulgeset einmal zum Abschluß gelange, während im Großen Rate immer wieder Anträge gestellt wurden, die das Gegenteil zur Folge gehabt haben. Wenn der Regierungsrat das Schulgeset diesmal nicht auf das Traktandenverzeichnis aufnahm, so geschah es deshalb, weil man zum voraus wußte, daß es nicht möglich sein werde, das Geset in dieser Session fertig zu stellen, da es sich nicht nur um die Abstimmung handelt, sondern auch um das Zurücksommen auf verschiedene Artikel. Immerhin wird die Regierung das Geset auf die Traktandenliste der Januarsession nehmen, und es wird dann ganz Sache des Großen Rates sein, zu beschließen, ob endlich darüber die Schlußabstimmung erfolgen soll oder nicht.

Was den Wunsch des Herrn Weber betreffend Pensionierung eines Professors, von dem schon zu oft die Rede war, anbelangt, so kommt Herr Weber etwas zu spät; benn der Antrag der Erziehungsdirektion auf Bensfionierung ist bereits gestellt, und wahrscheinlich wird in der nächsten Sitzung des Regierungsrates ein Beschluß darüber gefaßt werden.

Präsident. Ich fasse den Antrag des Herrn Weber mehr als Wunsch auf.

Weber (Graßwyl). Mein Antrag betreffend Herrn Professor Bogt fällt dahin; es war mir nicht bekannt, daß ein bezüglicher Antrag schon vor dem Regierungstate liegt. Ueber den Antrag betreffend das Schulgesetz dagegen muß abgestimmt werden.

Präsibent. Dieser Antrag gehört nicht zum Staatsverwaltungsbericht. Er betrifft die Initiative von Aegerten, und ich möchte Herrn Weber deshalb ersuchen, seinen Antrag schriftlich einzureichen, damit er während 24 Stunden auf dem Kanzleitisch aufliegen kann.

Marti, Regierungspräsident. Ich glaube, wir sollten uns nicht auf Formklaubereien einlassen. Der Antrag des Herrn Weber geht dahin, das Schulgeset in der nächsten Session zu behandeln und darüber abzustimmen. Das ist keine Motion, und man kann füglich darüber abstimmen. Allein Herr Weber kann sich vollständig mit der Erklärung des Herrn Gobat begnügen, daß die Regierung das Schulgeset auf die Trakkandenliste der nächsten Session nehmen wird. Schon für diese Session war übrigens das Schulgeset in Aussicht gestellt, und der Regierungsrat sagte, wenn es in dieser Session nicht behandelt werden könne, so werde es in der nach Reuighr anzuberaumenden Session geschehen können. Ich glaube, Herr Weber sollte sich mit dieser Erklärung begnügen können. Namens der Regierung verpslichte ich mich, daß das Schulgeset auf die Trakkandenliste der nächsten Session kommt.

Weber (Graswyl). Ich bin von diefer Erklärung vollständig befriedigt.

Dürrenmatt. Es ift bekannt, daß in letter Beit auf dem Gebiete bes Lehrerinnenbilbungsmefens eine bedeutende Ueberproduktion eingetreten ift. Aus den Berichten über die Lehrerinnenpatentprufungen geht her= vor, daß im letten Jahre, wenn ich nicht irre, etwa 92 Lehrerinnen patentiert wurden und daß diese Lehrerinnen bei weitem nicht alle Berwendung fanden. Nun haben wir eine fehr tuchtige staatliche Lehrerinnenbildungsanstalt in Sindelbant, die legthin das 25jährige Jubilaum ihres Direktors gefeiert hat. Ich glaube, bei dem gegenwär= tigen Stand des Lehrerinnenetats wurde das Seminar hindelbank mit dem Privatfeminar in Bern, das dem Staat keine Kosten verursacht, mehr als genügen, um die ersorderliche Zahl von Lehrerinnen heranzubilden. Wenn das aber der Fall ist, so liegt es nicht in der Aufgabe des Staates, daß er sich selber durch eine Seminarabteilung an der städtischen Mädchensekundarschule in Bern Konkurrenz macht, daß er viele Taufende für Lehrer= und Lehrerinnenbefoldungen auswirft und Leh= rerinnen heranbildet, für die keine Berwendung ift. Das trifft namentlich zu, solange Lehrerinnen, die am Staatsseminar in hindelbank ausgebildet und mit der ersten Note patentiert worden find, die größte Mühe haben, im

Kanton Bern eine Schule zu finden oder zur Stunde noch nicht gefunden haben. Ich glaube, es wäre am Ort, daß die Erziehungsdirektion diese Sachlage prüfen und dem Regierungsrat und dieser dem Großen Rat einen Bericht vorlegen würde, ob es nicht der Fall wäre, an ber Seminarsettion der ftädtischen Mädchensekundarschule in Bern etwas zu reduzieren. Ich glaube, die bezüg= lichen Ausgaben tann fich der Staat zur Stunde fehr wohl ersparen.

Dr. Gobet, Erziehungsdirektor. Es ift allerdings wahr, daß dieses Jahr eine auffallende Zahl von Lehrerinnen ausgebildet worden ift; denn während wir im Laufe des Jahres an 58 Primarlehrer das Patent abgegeben haben, haben 135 Lehrerinnen dasselbe empfangen. Es ist also sast die doppelte Zahl von Lehrerinnen ausgebildet worden, und doch brauchen wir mehr Lehrer als Lehrerinnen, da sich die Thätigkeit der letztern im allgemeinen auf die Unterftufe beschränken foll. Es liegt da= her der Schluß nahe, daß ein großer Teil dieser Lehrerinnen nicht plaziert werden fann, daß vielleicht fogar diejenigen, die im Staatsfeminar ausgebildet wurden, erft in einigen Jahren eine Stellung finden werden. Ich muß aber zugleich bemerken, daß nicht alle Mädchen, die auf das Lehrerinnenpatent hinarbeiten, dies thun, um eine Stelle im Lande zu bekleiden. Eine große Anzahl hat von Anfang an nicht die Absicht, sich um eine Schule zu bewerben, sondern sie treten in die Seminarabteilung ein, um eine höhere Bildung zu bekommen oder weil sie im Sinne haben, im Ausland ihr Gluck zu suchen, indem fie dort - in England, Holland, Rumänien, Rußland u. f. w. als Lehrerinnen thätig find. Die Konkurrenz der Mädchensekundarschule sowohl als der Schupplischule ift nicht zu fürchten; benn die Erfahrung zeigt, daß bie im Staatsfeminar ausgebildeten Lehrerinnen zuerst Stellen bekommen. Man hat sie lieber; sie haben auch eine einfachere, landläufigere Bilbung, um mich fo auszu-brucken. So viel ich weiß, find diejenigen aus bem Staatsseminar hervorgegangenen Lehrerinnen, welche voriges Frühjahr patentiert wurden, alle plaziert.

Eine wichtige Frage ist von Herrn Dürrenmatt auf-geworfen worden, nämlich die, ob der Staat das Recht habe, den Sekundarschulen in Bezug auf die Ausbildung der Lehrerinnen dadurch hindernd in den Weg zu treten, daß er gewisse Klassen nicht anerkennt und infolgedessen an diefelben teinen Beitrag leiftet. 3m Gefet über die Sekundarschulen und im revidierten Gesetz darüber, von 1877, heißt es, daß der Staat die Hälfte der Lehrer-besoldungen zu tragen habe. Das ist die einzige Be-stimmung, welche in Bezug auf die Pflichten des Staates gegenüber den Sekundarschulen im Gesetze fteht. Run fragt es sich: Hat der Staat das Recht, wenn an einer Sekundarschule eine Seminarabteilung gegründet wird, zu sagen, er anerkenne diese Klassen nicht und gebe an die Lehrerbesoldungen, soweit sie auf diese Klassen entfallen, keinen Beitrag? Diese Frage wurde bis jetzt noch nie aufgeworfen, und der Regierungerat hatte nicht Belegenheit, fie zu untersuchen. Weitere Prüfung vorbehalten, glaube ich kaum, daß der Staat diefes Recht habe, und es ware auch nur mit großen Schwierigkeiten auszuüben; denn gewöhnlich werden die an den Seminarklaffen wirkenden Lehrer auch für die andern Rlaffen in Anspruch genommen, und es wäre fehr schwer, eine proportionale Rechnung aufzustellen, in welchem Mage ber Staat an die Befoldungen beitragen muffe. 3ch muß ferner bemerken, daß nicht nur die Mädchensekundarschule Bern Lehrerinnen auß= bildet; es giebt im Jura einzelne Setundarschulen, welche je und je einzelne Mädchen zum Lehrerinnenberuf ausbilden, J. B. in St. Immer und Delsberg, nicht in großer Bahl, alle 3 Jahre 2 oder 3, und zwar ohne daß eigentliche Seminarklaffen eingerichtet waren. Man kann aber nicht unterscheiden zwischen den Schulen, welche fogen. Seminarklaffen haben und benen, welche keine solchen haben, aber doch für die berufliche Ausbildung von Lehrerinnen forgen. Immerhin kann die aufgeworfene Frage untersucht werden, und ich werde nicht ermangeln, es zu thun.

Hirter. Ich kann mich mit der Ansicht des Herrn Dürrenmatt nicht einwerftanden erklären. Ich erblicke namentlich für die Schule kein Uebel darin, wenn zu viel Lehrerinnen da sind, wenn sie auch vielleicht teil= weise keinen Plat finden. Jedenfalls hat die Schule um so größere Auswahl. Diejenigen, welche keine Stelle finden, werden an andern Orten ihre Kenntnisse verwerten konnen, wenn es auch nur in ihrer Familie ware. Ich glaube, es fei Aufgabe des Staates, überall, wo dies möglich ift, zur Bildung beizutragen. Ich möchte beshalb den Bunfch aussprechen, es möchte die Mädchensekundarschule in Bern auch in Zukunft nicht anders behandelt werden als bis jest.

Der Bericht der Erziehungsdirektion wird genehmigt.

Bericht der Baudirektion.

Bühler, Berichterftatter ber Staatswirtschaftstom= mission. Zum Bericht der Baudirektion hat die Staats= wirtschaftskommission nicht viel zu bemerken. Der Bericht giebt auf Seite 27 eine fehr klare, übersichtliche tabel= larische Darftellung über das Rechnungsverhältnis betr. die von der Staatstaffe für Bauten geleifteten unverzinslichen Borichuffe. Rach biefer Tabelle haben fich im Jahre 1892 die Borschüffe wieder bedeutend vermehrt. Für Sochbauten betrugen fie im Unfang

. Fr. 376,721.40

" 513,592. 8**0** Betrage von

so daß die Vorschüsse Ende des Jahres

. Fr. 890,314.20 Auf der Rubrit Strafenbauten ift nur eine geringe Bermehrung um Fr. 15,413. 60 eingetreten; die gefamten Borschüffe betrugen Ende des Jahres Fr. 189,379. 73. Für Wafferbauten vermehrten fich die Borschüffe um Fr. 108,875. 88, sodaß fie Ende des Jahres betrugen Fr. 304,653. 73. Im ganzen haben wir eine Ver-mehrung um Fr. 637,882. 28, so daß die Vorschüffe Ende des Jahres allerdings eine bedeutende Summe erreichten, nämlich Fr. 1,384,347. 66. Es ift diefe Bermehrung nicht etwa auf neue Bewilligungen zurückzu= führen, sondern in der Hauptsache auf frühere Bewilli= gungen. Sie ersehen aus der Ueberficht auf Seite 27, daß sich die Engagements für Hochbauten nicht etwa

vermehrt, sondern bedeutend vermindert haben, nämlich um Fr. 381,175. 98, und sich voraussichtlich im Jahre 1893 wiederum vermindern werden, da der jetige Baudirektor in Bezug auf Bewilligung neuer Sochbauten und Straßen sehr vorsichtig zu Werke geht. In Bezug auf diese Borschüffe stellt die Staatswirtschaftskommission folgendes Postulat, das aber bei der Staatsrechnung behandelt werden soll: "Der Regierungsrat wird eingeladen, zu untersuchen und Bericht zu erstatten, ob der aus dem Berkauf von Wertschriften im Jahre 1893 refultierende Kursgewinn nicht zur Amortisation der Bauvorschüffe zu verwenden fei."

Die Regierung hat seiner Zeit im Einverständnis mit der Staatswirtschaftstommission bei Anlaß der Beratung des Gefetes über den Unterhalt von Strafen IV. Rlaffe die Baudirektion beauftragt, Erhebungen zu machen, ob durch eine Reorganisation des Stragenunterhalts Ersparniffe erzielt werden konnten, um die Mehrausgaben für den Unter-halt von Straßen IV. Rlaffe zu becken. Die Delegation ber Staatswirtschaftskommission hat diese Angelegenheit mit dem Herrn Baudirektor besprochen, und es hat uns derselbe mitgeteilt, daß er der Regierung seine Anträge gestellt habe. Dieselben gehen dahin, daß in Bezug auf Beraktordierung des Straßenunterhalts ein größerer Bergiuch gemacht werden soll. Es wird fich dann zeigen, ob man bei diesem System wirklich gute Erfahrungen macht. Wenn ja, so wird man weiter progredieren, wenn nicht, so wird man zum gegenwärtigen Spftem zurückschren. Allein das alles erfordert Zeit; man kann nicht von heute auf morgen ein ganz neues Snstem einführen. Es ift fehr richtig, daß Baudirektion und Regierung in dieser Sache gründliche Erhebungen machen wollen, bevor fie zu einem ganz neuen System übergeben. Mtan muß da

also abwarten und Erfahrungen sammeln.

Die einzige Bemerkung, welche die Staatswirtschaftstommission in ihren schriftlichen Bericht aufgenommen hat, bezieht sich auf die Obstbaumpflanzungen längs von Staatsstraßen. Sie wissen, daß seit einigen Jahren solche Pflanzungen subventioniert werden. Es wurde von der Obstbaukommission der ökonomischen Gesellschaft ein eigenes Regulativ aufgestellt. Nach demselben sollen die Bäume wenigstens 1 1/2 Meter vom Straßenrand entsernt gesetzt werden und der Staat foll die Balfte der Gesamt= toften übernehmen. Abgeftorbene Baume follen auf Roften des Eigentümers erfett werden. Ferner haben die Oberwegmeister die Pflicht, über diese Pflanzungen eine strenge Aufsicht zu üben. Es sind nun in dieser Beziehung in der Staatswirtschaftskommission verschie-dene Nebelstände gerügt worden. Berschiedenenorts werden die Bäume näher an die Straße gesett. Es hat das große Rachteile. Schon bei Vorlage des Reglementes wurde darauf ausmerksam gemacht, daß diese $1^{1}/_{2}$ Meter nicht genügen. Anfänglich zeigen sich keine Uebelstände. Sobald aber die Bäume große Kronen haben, kommen letztere zusammen, und es wird schwierig, mit hochsbeladenen Wagen eine solche Straße zu befahren. Auch ift dies nachteilig für die Bäume, und ferner geht bas Obst größtenteils verloren, indem die Früchte auf die Straße fallen. Es wäre fehr gut, wenn das Reglement in diefer Beziehung geändert werden könnte und eine größere Entfernung verlangt würde. Jedenfalls aber sollte die Entfernung von 1 1/2 Meter innegehalten werden. Ferner wurde geklagt, daß abgestorbene Bäume nicht ersett worden seien. Nach dem Reglement ift dies eine

absolute Pflicht, und der Oberwegmeister foll darüber wachen. Weiter bestimmt das Reglement, daß fich der Staat nur bis gur Salfte ber Roften beteiligen folle. Es ift nun nachgewiesen, daß vielerorts der Staat mehr bezahlt hat. Es wurden Bäume angekauft zu 90 Cts. oder 1 Fr. und der Staat bezahlte schließlich die gesamten Roften. Es wurde die Frage besprochen, ob es nicht zweckmäßiger ware, wenn der Staat einfach, geftütt auf die Originalfakturen, die Bäume bezahlen und die übrigen Kosten den betreffenden Gemeinden oder Eigentümern überlassen würde. Das wäre wohl die beste Kontrolle für eine richtige Beteiligung des Staates; auch läge Diefe Urt ber Staatsbeteiligung im Intereffe der Bflang= ungen, indem beffere Baume angetauft wurden; Baume, die 90 Cts. kosten, genügen den Anforderungen nicht. Ueber die Eisenbahndirektion und das Bermeffungs=

wesen habe ich keine Bemerkungen zu machen. Die Staats-wirtschaftstommission empsiehlt Ihnen den Bericht der

Baudirektion zur Genehmigung.

. Marti, Baudirektor. Bas die Obstbaumpflang= ungen betrifft, so ist dies ein sehr schwierig zu behan= belnder Gegenstand. Man bringt ihm aus weitern Rreifen noch zu wenig Teilnahme und Berftandnis entgegen, und in den Gemeinden strengt man sich hauptsächlich nach der Richtung an, die Lasten dem Staate zuzuschieben. Das ergiebt sich namentlich in Bezug auf das Ersezen abgestorbener Bäume, wie sie bei jeder Pflanzung vorkommen, namentlich in trockenen Jahren. Da machen es sich die Gemeinden sehr bequem. Sie schreiben einsach an die Beudissktion der Staat kolls naue Käume saken an die Baudirektion, der Staat folle neue Baume fegen oder eine Subvention geben und zwar nicht etwa bloß von der Hälfte der Kosten, sondern der Staat solle die gesamten Kosten bezahlen. Nun ist dies aber durch das Reglement ausgeschlossen; die Gemeinden, resp. die An= ftoger follen die Baume erfeten. Wenn aber die Staatswirtschaftstommission fagt, die Baudirettion folle dafür forgen, daß die Bäume ersett werden, so muß ich bemerken, daß ich in dieser Beziehung gar keine Magnahmen treffen kann. Wir können höchstens den Gemeinden schreiben, sie möchten so gut sein, die Bäume zu ersetzen; das gleiche thun die Gemeinden gegenüber den Anstößern. Wird dem Wunsche nicht nachgelebt, so können weitere Magnahmen nicht getroffen werden. Es wird also noch viel Geduld und viele Opfer an Zeit und Gelb erfordern, um auf diesem Gebiete befriedigende Resultate zu erzielen. Auch mare es richtiger gewesen, wenn die Sache der Landwirtschaftsdirektion übertragen worden wäre. Es ist der reinste Zufall, wenn ein Baudirektor oder seine tech= nischen Organe etwas von Obstbaumpflanzungen verstehen; wir wiffen nicht, follen wir Mostbirnen, Sauer= grauech oder Renetten feten. Die Organe der Baudirettion find technische oder Verwaltungsorgane, aber nicht

solche, die Kenntnisse in der Obstbaumzucht haben. Man fagt ferner, die Wegmeister sollen über diese Baumalleen die Aufsicht ausüben. Allein die Wegmeister und felbst die Oberwegmeister sind auch nicht Fachleute. Will man auf diefem Wege zu Refultaten kommen, fo muß man viel häufiger Baumwarterturfe abhalten und die Wegmeister unterrichten; erst dann bekommen fie Berständnis und Liebe zur Sache. Die Wegmeister sind ohneshin so schlecht bezahlt und haben im allgemeinen eine so schwere Arbeit, daß fie da nicht auch noch große Dienste leiften können. Nun fagt man aber, die Oberwegmeifter

sollen nachsehen. Ein solcher ist in den Augen der Leute ein Universalgenie; man kann ihn für alles brauchen. Sie haben nicht nur die Straßen, sondern auch die Gewässe haben nicht nur die Straßen, sondern auch die Gewässedäude zu beaufsichtigen. Ferner haben sie die Staaksgedäude zu beaufsichtigen und auf deren Unterhalt zu sehen. Am Bielersee ernennt man den Oberwegmeister auch noch zum Fischereinspektor. Und nun sindet man, die Oberwegmeister seien auch die geeigneten Persönlichseiten, um die Obstbaumpslanzungen zu hegen und zu sördern. Das können sie nicht; man muß nicht das Unsmögliche von ihnen verlangen. Die Baudirektion hat nur die Obstbaufommission an der Hand; aber dieselbe steht nicht in organischem Zusammenhang mit der Baudirektion, und diese letztere kann ihr nichts besehlen, im Gegenteil: die Obstbaukommission besiehlt der Baudirektion, und Borwürse wären daher viel eher der Obstbaukommission zu machen.

Ich habe den bestehenden Uebelständen zu steuern gesucht. Was zwar die Aussetzung betrifft, man pflanze die Bäume zu nahe an den Straßenrand, so weiß ich nicht, wo dieser Uebelstand existiert. Wenn man mir dies sagt, so werde ich nachsehen lassen. Dabei ist zu bemerken, daß die Distanz nicht willkürlich ausgewählt werden kann. Die Pflanzungen müssen eben auf dem Straßengebiet gemacht werden, und man kann nicht das daneben besindliche Privateigentum in Anspruch nehmen, und so mag es hie und da vorkommen, daß die Distanz von $1^{1/2}$ m nicht ganz eingehalten werden kann.

Was dagegen die von verschiedenen Seiten gegenüber dem Staate betriebene Plusmacherei betrifft, indem man ihn zwingt, unter Umständen die ganzen Anlagekosten zu bezahlen und ihn dann noch zum Unterhalt herbeiziehen möchte, so habe ich einen Versuch gemacht. In einem Schriftchen des Herrn Reichenau "Die Bepflanzung der Straßen" find die Kosten folgendermaßen veranschlagt: Baum Fr. 2.50 Rebenkosten (Grube 50 Rp.,

Stecken 25 Rp., Anbind. 15 Rp.) " 90

Gesamtkosten Fr. 3. 40 bis Fr. 3. 60 Es wurde deshalb der Staatsbeitrag anfänglich im Maximum auf Fr. 1. 80 festgesett. Als man sah, daß dies zu viel sei, reduzierte man den Beitrag, und gegen= wärtig bezahlt der Staat noch Fr. 1. 60. Fr. 1. 50 er= hält die Gemeinde oder derjenige, der die Allee erstellt, und 10 Rp. der Wegmeister, der natürlich kein anderes Intereffe hat, als daß recht viel Bäume gesett werden. Run ift mir zu Ohren gekommen, daß die Seglinge nicht Fr. 2. 50 kosten, sondern daß man fie viel billiger (zu 60 und 70 Rp.) bezieht, namentlich aus dem Elfaß. Die Gemeinden ließen es fich nun fehr angelegen fein, solche Bäume zu beziehen und dem Staat zu höherem Preise zu verrechnen, so daß bei einem Staatsbeitrag von Fr. 1. 60 nicht nur alle Kosten gedeckt wurden, sondern für die Gemeinden sogar noch ein Profit heraus= schaute. Nun wollte ich mich hierüber bei der Obstbaukommission beklagen und schrieb ihr unterm 1. September

abhin folgendes:
"Im Februar 1891 hat der Regierungsrat den Beistrag an Obstbaumpslanzungen längs Staatsstraßen von Fr. 1. 80 auf Fr. 1. 60 resp. Fr. 1. 50 pro Baum herabsgeset, nachdem es sich ergeben hatte, daß der ursprüngliche Ansah von Fr. 1. 80 drei Vierteile und mehr der effektiven Kosten ausmachte, während er nur höchstens die Hälfte derselben betragen sollte.

"Die seitherigen Erfahrungen lassen darauf schließen, daß auch ein Betrag von Fr. 1.50 noch erheblich zu hoch ist; denn es wurde dem Unterzeichneten von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß namentlich der Jura die Bäume für solche Pflanzungen aus dem Elsaße zum Preise von 60 und 70 Franken per Hundert Stück beziehe, in welchem Falle der Beitrag von Fr. 1.50 nicht nur die Hälfte, sondern die Gesamtkosten der Obstbaumpstanzungen decken, ja wohl in einzelnen Fällen noch einen Gewinn ermöglichen würde. Daher langen auch so zahlreiche Sudventionsgesuche ein, daß die in den Boranschlägen hiefür enthaltenen Ansätze nicht hinreichen, sondern jetzt schon, obwohl wir dieses Jahr mit den Bewilligungen sehr zurückhaltend waren, Rückstände im Betrage von circa Fr. 20,000 vorhanden sind.

"Unter diesen Umständen müssen wir fortan nicht nur viel strenger versahren bei der Prüfung der Abrechnungen, indem wir die quittierten Originalfakturen über die gestauften Obstbäume und genauere Nachweise hinsichtlich der übrigen Kosten verlangen, sondern es sollte unseres Erachtens auch das Maximum des Staatsbeitrages weiter herabgesett werden, worin wir die beste Garantie gegen

Migbräuche erblicken.

"Indem wir Sie bitten, lettere Frage zu prüfen und uns das Ergebnis nebst Ihren Antragen mitzuteilen 2c."

Damit war nun aber die Obstbaukommission gar nicht einverstanden, sondern sie ist der Ansicht, man solle mit den Ansätzen eher noch höher gehen. Sie antwortete

unterm 10. Oftober folgendes:

"In Beantwortung vorstehenden Schreibens glauben wir, Ihnen folgendes mitteilen zu sollen: Die Obstbautommission glaubt eine Reduktion des Preisansatzes für die Bäume nicht empsehlen zu sollen, da in Deutschland, das im Handel mit Obstbäumen maßgebend ist, eine Preiserhöhung der Obstbäume bevorsteht. Wir glauben, es sollte für das Setzen, Düngen, Anbinden und Schneiden der Einheitspreis auf Fr. 1. 50 sestgest werden. Zur Bestimmung des Preises der Obstbäume sollten dann jeweilen von den Gesuchstellern die Originalrechnungen nebst Fracht= oder Juhrbriefen der Rechnung beigelegt werden. Nach diesen Angaben wäre dann der Staats= beitrag festzusetzen."

Also weit entfernt, zu einer Reduktion Hand zu bieten, beantragt die Obstbautommission im gleichen Moment eine Erhöhung. Während die Nebenkoffen bis jetzt auf 90 Kp. bis Fr. 1 angesetzt waren, will fie diefelben auf Fr. 1. 50 stellen und ben Preisansatz von Fr. 2. 50 für die Bäume beibehalten. Ich weiß nicht, ob im Elsas wirklich eine Preiserhöhung bevorsteht; allein ich habe vor gang turzer Zeit eine Rechnung gesehen, aus welcher hervorgeht, daß 200 Bäume angekauft wurden und zwar Apfelbaume zu 60 Rp., Kirschbaume zu 70 Rp., alfo weit unter bem Anfat. Die betreffende Gemeinde hat fich dann aber fo geholfen, daß die Nebenkoften fo hoch geschraubt wurden, daß der Staat gleichwohl Fr. 1. 60 bezahlen mußte. Die Fracht von Bollmyler an die juraf= sische Grenzstation, welche vielleicht Fr. 10 oder Fr. 15 ausmachte, wurde auf Fr. 80 angesett; für einen Dele= gierten nach dem Elfaß wurden Fr. 60 verrechnet; die Stecken wurden mit 50 Cts., die Gruben mit Fr. 1 berechnet 2c., und so kam die Gemeinde richtig so hoch, daß der Staat den ganzen Staatsbeitrag ausrichten mußte. Das ift ein Beispiel aus einer ganzen Menge, und ich will damit nur beweisen, daß es äußerst schwierig

ift, hier richtig verwalten zu können, und daß jedenfalls die Aritit, die geübt worden ift, die Baudirettion nicht berühren kann. Sobald die Baudirektion nur ausführt, was ihr die Obstbaukommission sagt, muß diese lettere verantwortlich gemacht werden und nicht die Baudirektion.

Im übrigen werden wir dieser Angelegenheit die nötige Aufmertfamteit widmen; allein, wie ichon gefagt, es wird viel Muhe, Arbeit und Geld toften, bis man

beffere Resultate erzielt.

Bühler, Berichterstatter der Staatswirtschafts= tommiffion. Ich möchte mir nur erlauben, zwei Buntte richtig zu stellen. Ich glaube boch nicht, daß die Bau-direktion gegenüber Gemeinden, welche abgestandene Bäume nicht ersetzen, so ganz ohnmächtig sei. Rach dem Reglement (§ 15) haben die Gemeinden ausdrucklich zu garantieren, daß die Pflichten erfüllt werden. Erft wenn der Baudirektion seitens der Gemeinde eine folche Ver= pflichtung eingereicht ist, wird eine Subvention aus-gerichtet. Und was die Oberwegmeister betrifft, so sollen dieselben eine gewisse Kenntnis haben; denn es haben vor zwei Jahren bezügliche Kurse stattgefunden, was dem Herrn Baudirektor entgangen zu sein scheint. Die meisten Oberwegmeister haben diese Kurse besucht und sollen einigermaßen orientiert sein, so daß fie die wenigen Obliegenheiten, die ihnen überbunden find, erfüllen können.

Der Bericht der Baudirektion wird genehmigt.

Bericht der Armendirektion.

Müller (Ed., Bern), Berichterstatter der Staats= wirtschaftstommission. Den gedruckten Bemerkungen will ich nur mit Bezug auf zwei Puntte einige Worte beifugen. Es ift bekannt, daß die Errichtung von Bezirksarmenan= stalten im Ranton nach und nach folche Fortschritte gemacht hat, daß nur noch verhältnismäßig wenige Amtsbezirke und Gemeinden nicht einem Bezirksverbande angehören, der eine spezielle Armenanstalt hat zur Unterbringung der erwachsenen pflegebedürftigen Armen. Es find fünf Amtsbezirke und einige isolierte Gemeinden, die sich in biefem Falle befinden und fich darauf vertröften, daß ber Staat ihre Leute in feine Unftalten Sindelbant und Frienisberg aufnehmen werbe. Nun wird dies mit der Beit doch zu Unzukömmlichkeiten führen. Der Staat wird fich fagen muffen: wenn die Großzahl der Gemeinden Bezirksverbanden angehört mit eigenen Bezirksarmenanftalten, fo darf ich dieselben gegenüber benjenigen, welche sich einsach auf die staatlichen Anstalten verlassen, nicht ungunstiger behandeln. Es wird diese Frage möglicher= weise bei Ausarbeitung eines neuen Armengesetzes zur Sprache kommen muffen, und es hat die Staatswirtschaftskommission geglaubt, es sei jest schon ber Anlaß, auf biese Perspettive aufmerksam zu machen, damit diejenigen Bezirke und Gemeinden, welche noch über keine eigene Armenanstalt verfügen, rechtzeitig sich vorsehen konnen und nicht in Ungelegenheiten fommen.

Der zweite Bunkt betrifft die Heimschiebung von ärmeren Familien aus benachbarten Rantonen. Es ift der Staats=

wirtschaftskommission zur Kenntnis gelangt, daß in Bezug auf solche Familien mitunter ein eigentümliches Verfahren eingeschlagen wird, das nicht ganz mit der Bundes= verfaffung im Einklang steht. Es hat ein Nachbarkanton sogar ein Formular aufgestellt, das er von den Familien, die ihm ungelegen sind, unterzeichnen läst und wonach sie den Rücktransport verlangen. Dann kommt der Landjäger, packt sie zusammen und reist mit denselben gegen Bern in ihre Heimatgemeinde. Nun ist dieses Berfahren nicht nur sehr barbarisch, sondern für diese armen Leute von den allergrößten Unzuträglichkeiten begleitet. Sätte man fich zuerft an den Kanton gewendet, ob er die Leute nicht unterftugen konne, und ihm Beit gegeben, die Sache zu untersuchen, so hatten die Leute an ihrem bisherigen Ort bleiben konnen, wo fie bekannt waren und im großen ganzen noch ihre Eriftenz finden tonnten, mährend sie in den neuen Berhaltniffen notwendigerweise dem völligen Ruin und der Berarmung entgegengehen muffen, weil ihnen Bekanntichaft fehlt, der Erwerb fehlt — kurz, fie spielen die traurige Rolle der Heimgeschobenen. Wir glaubten, es sei angezeigt, darauf hinzuweisen, daß es nötig ift, in diefer Beziehung mit Nachdruck gegenüber Nachbarkantonen darauf zu dringen, daß dem Art. 45 der Bundesverfaffung nach= gelebt wird und solche Heimtransporte nicht in der Weise praktiziert werden, wie es gelegentlich der Fall ist. Im übrigen verweise ich auf den gedruckten Bericht

und empfehle Ihnen den Bericht der Armendirettion jur

Genehmigung.

Ritschard, Armendirektor. Erlauben Sie mir einige wenige Worte in Bezug auf diejenigen Punkte, welche bie Staatswirtschaftstommiffion in ihrem Bericht berührt

Was vorerst die Rüschegger Korber betrifft, so habe ich beim Eintritt ins Umt von diesem Geschäft Renntnis genommen. Allein bis jett war es nicht möglich, in diefer Beziehung etwas ju thun. So nötig es mare, daß dieser Gegenstand in einer gewissen Richtung so oder anders geordnet würde, stößt man eben auf große Schwierigkeiten. Dieselben sind einmal finanzieller, sodann auch rechtlicher Natur, und zwar kann beigefügt werden, daß die hinderniffe rechtlicher Natur bedeutend größer find als diejenigen finanzieller Natur. Es ift hier nicht der Ort, dermalen näher auf die Sache ein-zutreten. Ich will nur bemerken, daß es unter Umständen möglich ift, bei Ausarbeitung eines neuen Armengesetzes wenn auch nicht die ganze Frage, fo doch wenigstens einen Teil derfelben zu lösen und die Lösung des andern Teils vorzubereiten. Ich werde nämlich Beranlaffung nehmen, hauptfächlich auch auf das Ginschreiten der Behörden gegenüber ber Gefährdung der Kindererziehung Rudficht zu nehmen. Es ift schon richtig, das Civilgesethuch giebt den Behörden fehr weitgehende Rompetenzen, indem es die Bormundschaftsbehörden berechtigt, Berfügungen zu treffen gegenüber pflichtvergeffenen Eltern. Nun wird aber von diefem Recht ber Behorden fein fehr ausgiebiger, sogar nur ein sehr feltener Gebrauch gemacht. Die Vormundschaftsbehörden richten ihr Augenmerk nicht fowohl auf die ethischen Berhältniffe bes Familienrechts, als auf die ökonomischen; fie glauben, ihre Pflichten erfüllt zu haben, wenn fie die Familien vor dem ökonomischen Untergange ichuten; auf die Kindererziehung wird zu wenig Rudficht genommen. Dann ift nicht

außer acht zu laffen, daß unsere Vormundschaftsordnung dieses Einschreiten der Behörden wesentlich verhindert. Wie fie wiffen, ift für eine Großzahl der Gemeinden unfer Armenwesen örtlich geordnet, das Vormundschafts= wesen aber ift heimatlich geordnet. Nun kann der Fall vorkommen, daß die Vormundschaftsbehörde im Unterland ift, während die zu beaufsichtigende Familie sich im Oberland aufhält. Da fehlt es selbstverständlich an der Möglichkeit der Aufsicht, und so wird auch aus diesem Grund in vielen Fällen nicht eingeschritten. Es wird deshalb Aufgabe eines neuen Armengesetzes fein, auch dieser Frage etwas näher zu treten und die Sache namentlich in der Weise anders zu ordnen, daß neben den Vormundschafts-behörden auch den Armenbehörden das Recht gegeben ist, über die Gefährdung der Kindererziehung Aufsicht ju üben nnd eventuell einzuschreiten.

Ein weiterer Bunkt betrifft die Verpflegungsanftalten, und ich sehe mich veranlaßt, hier einige turze Mittei= lungen zu machen. Früher war die Verpflegung der erwachsenen Notarmen rein staatlich, neben der privaten Wohlthätigkeit, geordnet in der Anstalt Bärau, jest Frienis= berg (Manner) und der Unftalt Sindelbank (Frauen). Es hat fich aber mit der Zeit das Bedürfuis heraus= gestellt, daß noch fernere Unstalten errichtet werden muffen, und es war ein fehr glücklicher Gedanke, daß die Initiative für die Errichtung folcher Anstalten von den Bezirken ausging. In der Folge entstunden die Anstalten Ubigen, Worben, Riggisberg, Rühlemyl und Dettenbuhl, benen für ihre Bezirke die gleiche Aufgabe zufällt, wie den ftaatlichen Anftalten in Frienisberg und hindelbank. Diese Bezirksanstalten, wenn sie auch noch Mängel haben, sind vorzügliche Einrichtungen nach zwei verschiedenen Richtungen. Einmal in administrativpolitischer Richtung; es geht ein Stuck Selbstverwaltung in Armenfachen vom Staat wieder mehr auf die Bezirke und Gemeinden über, und es ift eine durchaus richtige Ordnung der Sache, daß überall da, wo das Bolf fich selbst verwalten, wo es Aufgaben felber löfen kann, es fich diefer Aufgaben annimmt. Gerade im Armenwefen ift es um so wohlthätiger, wenn dies geschehen tann. Der arme Mann muß möglichft kleinen Kreifen zugeführt werden, nicht in der Weise, daß diese alle Lasten tragen sollen; aber mit Rücksicht auf die Aufsicht, die Admini= stration, die Beschäftigung ist es besser, wenn der Mensch möglichst dem Menschen zugeführt wird. So war denn die Errichtung dieser Bezirksarmenanstalten administrativpolitisch ein sehr richtiger Schritt.

Aber auch vom Gefichtspunkt der Armenpflege aus haben diese Bezirksarmenanstalten fehr wohlthätig gewirkt, indem eine große Anzahl unglücklicher Leute, die niemand gerne nimmt, selbst um größere Kostgelder nicht, in richtiger Weise, für sie und die Gesellschaft, versorgt werden.

Run fehlen in diefer bezirksweisen Ordnung der Armenpflege noch die Amtsbezirke Signau, Trachselwald, Fraubrunnen, Burgdorf und Obersimmenthal. Es hat nun der Armendirektor Beranlassung genommen, diese Bezirke auf das Unrichtige ihrer Situation aufmerksam zu machen und fie einzuladen, die Sache in gleicher Weise zu ordnen, wie die andern Bezirke, da der Staat nicht einzig wegen ihnen eigene Unftalten unterhalten könne. Es wurde den Regierungsftatthaltern diefer Bezirke die Situation flargelegt, und es haben biefelben erklart, daß ihnen die Darlegung durchaus einleuchte und daß

sie in dieser Beziehung bei den Gemeinden Schritte thun Da Frienisberg leer würde, bestünde kein werden. hindernis, diefen Bezirken diefe Domane ju einem bernünftigen Preis abzutreten, und damit ware die Lokalfrage, die bei folchen Anstalten immer große Schwierig= teiten bietet, gehoben. Auch die Anstalt in hindelbank würde aufgehoben werden können; doch ift keine Gefahr vorhanden, daß dieses Gebäude leer bleiben mußte, indem

noch verschiedene Sachen zu machen find.

Ich komme da gerade noch auf einen weitern Punkt. Die Bezirtsanftalten wurden vorstellig, es feien in den Berpflegungsanftalten viele Elemente, welche nicht dahin gehören — Irre und sonst bösartige Elemente — und es wurde der Wunsch ausgesprochen, es möchten diese Elemente, schon ihret= und auch der Anftalt wegen, aus= geschieden und in andern Anstalten untergebracht werden. Es wird dies zur Folge haben, daß die Domane Bellelan nach dieser Richtung ausgenützt werden wird, indem man eine Anstalt für Unheilbare errichtet, wodurch sich die Bezirksanstalten etwas entvölkern werden. Eine weitere Anftalt mußte errichtet werden für bosartige Elemente, die man etwas scharfer halten muß. Es ware also Gelegenheit geboten, auch die Anstalt in Sindelbank wieder zu bevölkern. Auch follte absolut eine Anftalt für schwachfinnige Rinder errichtet werden, indem von Bereinen und von anderer Seite bezügliche Betitionen

vorliegen.

Es wird von der Staatswirtschaftskommission ferner berührt der ungerechte Heimschub von Armen aus andern Kantonen. Mir ift nur ein Fall bekannt, der etwas zur Kritik herausfordern kann und in neuerer Zeit vorkam. Es fand ein Heimschub in einer Weise statt, wie sie allerdings nicht vorkommen sollte; allein der Fall ift nicht fo klar gelegen, daß man der betreffenden Kantonsregierung von vorneherein einen Vorwurf machen könnte und namentlich den Vorwurf der Zuwiderhandlung gegen Artikel 45 der Bundesverfassung. Mit Rudficht auf diesen und noch einen andern Umstand nahm die Armendirektion nicht Beranlassung, in dieser Beziehung gegen den betreffenden Kanton einzuschreiten. Diefer andere Umstand ift folgender. Unser Armenwesen ift für die auswärtige Armenpflege in unzureichender Weise geordnet, unzureichend in betreff der Ausgaben, die man dafür machen kann, unzureichend auch in administrativer Beziehung. Es wird jedenfalls Aufgabe eines neuen Armengesetzes sein, dieser Frage viel mehr Aufmerksamkeit gu schenken, als es im bisherigen Gefet von 1857 ber Fall gewesen ift. Damals hatten wir noch nicht so viele auswärtige Urme, und man hat deshalb diefer Seite ber Armenpflege im Gefete nur fo quafi beiläufig Erwähnung gethan. Diese auswärtige Armenpslege ist aber im Laufe der Zeit, infolge der sich mehrenden Auswanderung in andere Kantone, bedeutend angewachsen, und gegenwärtig liegt in der Behandlung diefer Geschäfte nahezu die Hauptthätigkeit der Armendirektion. Sie können fich darüber einen kleinen Begriff machen, wenn ich Ihnen mitteile, daß im Berichtsjahre über 4000 Gefuche für Unterstützung auswärtiger Armer eingelangt find. Jedes dieser Gesuche hat Schreibereien zur Folge, man muß an die Gemeinden schreiben, muß Auskunft verlangen 2c., furz diese Gesuche machen oft eine fehr läftige Thatigkeit nötig. Daß diese auswärtige Armenpflege an Bedeutung zugenommen hat, davon können Sie sich auch einen Begriff machen, wenn ich mitteile, daß im Jahre 1860

57,000 Berner in andern Kantonen waren, während ihre Zahl im Jahre 1888, wenn ich nicht irre, auf 112,000 angestiegen war. Infolgebeffen haben natürlich auch die Ausgaben des Staates sich vermehrt; aber es fann dermalen nicht ausgegeben werden, mas vernünftiger= weise sollte ansgegeben werden konnen. Man erhalt daher von den Korrespondenten in andern Kantonen, die fich freiwillig der Sache annehmen, oft die lamentabelften Buschriften, benen man nicht begegnen kann. Oft find biese Korrespondenten genötigt, im andern Kanton die Milbthätigkeit anzusprechen, sie betteln für diese Leute links und rechts etwas zusammen, fie machsen an die milbthätigen Unftalten und thun fo unfere Ausgaben bedeutend entlasten. Da komme ich nun auf den Bunkt zurud, warum ich in dem erwähnten speziellen Falle der Sache keine weitere Folge gab. Wenn man gewiffer= maßen als Bettler im andern Land steht, wenn man häufig die Unterstützung der Behörden beanspruchen muß, so steht es einem nicht gut an, aufzubegehren und zu sagen: in diesem und diesem Falle habt ihr nicht ganz korrekt gehandelt. Man wird allerdings eine etwas andere Sprache führen können, wenn die ganze Frage der auswartigen Armenpflege im neuen Armengefete eine etwas bessere Ordnung gefunden haben wird, was, wie denke, möglich sein wird. Es wird namentlich angezeigt sein, zu untersuchen — es ist das zwar nicht sowohl Sache des Gesetzes, als der spätern Administration — ob man nicht mit diesen Kantonen oder mit ben Gemeinden in diefen Kantonen in der Weise in Beziehung treten konnte, daß man gewiffe Abkommen treffen wurde, wonach fie fich der Berpflegung unferer Leute durch ihre Unstalten, durch ihre staatlichen oder gemeindlichen Organe etwas mehr annehmen würden, wogegen wir ihnen unter Umftanden eine gewiffe Aver-falfumme zur Berfügung stellen wurden. Aus dem Ber-waltungsbericht ersehen Sie, daß namentlich nach einzelnen Rantonen gang bedeutende Summen gefandt werden müffen, so nach Neuenburg Fr. 29,000, Waadt Fr. 31,000 und nach dem neuen Kantonsteil, was nun wegfallen wird, Fr. 23,000. Es ist zwar sehr schwierig, auf dem Ronfordatswege überhaupt etwas zu ordnen, und namentlich wird dies im Armenwesen schwierig sein, wo die Sache fehr wenig faßbar und umschreibbar ift. Aber es wird fich doch verlohnen, in diefer Beziehung Untersuchungen walten zu laffen.

In dem Bericht der Staatswirtschaftskommission wird ferner die Naturalverpslegung berührt. Nach der gegenwärtigen Gesetzebung und der jetzigen Budgetlage ist es nicht wohl möglich, in dieser Beziehung ein Mehreres zu thun. Aber sehr nötig ist es allerdings, daß der Staat in dieser Beziehung in Zukunft etwas mehr thun kann, namentlich auch im Interesse einer bessern Hand-habung der Polizei und der Entsernung gewisser lästiger Sachen, wie des Stromertums. Ich glaube, es werde sich ein Weg sinden, um im neuen Armengesetz auch diese Frage in Berücksichtigung zu ziehen.

Dies sind so einige wenige Bemerkungen, die ich Ihnen machen zu sollen glaubte. Was die Frage des neuen Armengesetzes anbelangt, so werde ich mir erlauben, bei Anlaß der Begründung des Postulates des Herrn Burkhardt Ihnen hierüber einige Mitteilungen zu machen.

Dr. Schwab. Ein Paffus des Berichts veranlaßt

mich, das Wort zu ergreifen. Es wird gesagt, daß die Abschaffung der gegenwärtigen Staatsverpflegungsanftalten mehr ober weniger abhängig sei von der Aufstellung eines neuen Armengesetzes, als ob das alte Armengesetz diese Staatsanstalten hervorgerufen hätte. Die Anstalten Frienis= berg und hindelbank find entstanden infolge eines Gesetzes vom Jahr 1848, des sogenannten Schneider'schen Armengeseges, das wirkliche Armengeset des ganzen Rantons. Durch diefes Gefet find diefe zwei Unftalten ent-ftanden, und fie können aufgehoben werden, ohne daß wir ein neues Armengeset haben, sobald wir fie nicht mehr bedürfen. Wenn die Gemeindeverbande für das Land forgen, fo wird natürlich ber Staat fein früheres Werk verlaffen muffen. Es ift zu konftatieren, daß infolge der Kreirung von fünf Bezirksanstalten, besonders seit der Kreirung von Kuhlemyl und Dettenbuhl, eine mahre Entvölkerung der Unftalten Frienisberg und Sindelbank stattfindet, und es ift zu begrüßen, daß der neue Armenbirektor baran gedacht hat, daß bie Gemeinden, welche noch keinem Berbande angehören, einen neuen Berband gründen und vom Staate die Anstalt Frienisberg kaufen follten. Es ift das ein glücklicher Griff, ein Beweis, daß man auch mit dem gegenwärtigen Armengesetz Fortschritte machen kann.

Ein fernerer glüdlicher Griff des jetigen Armen-direktors ift es, daß er daran denkt, aus der Anftalt Sindelbant, die verlaffen werden foll, eine Unftalt für schwachsinnige Kinder zu machen. Die Losung ist jett, der Berwahrlosung der Kinder kräftig entgegenzuarbeiten. Darum hauptfächlich hat der Bund 10 % bes Ertrages des Alkoholmonopols den Kantonen überlaffen. Gegen diefe Bermahrlosung giebt es zwei Mittel. Die Rinder muffen bei rechten Familien oder in Anstalten unter-gebracht werden. Allein viele Familien wollen solche Kinder nicht aufnehmen, und die Zahl der letztern ist so groß, daß die guten Familien nicht genügen. Die Kinder aber an mittelmäßige und schlechte Familien abzugeben, ift ein Grundübel, und deshalb muß man fie in Anstalten unterbringen. Aber es giebt eine Klaffe von unglücklichen Kindern, an die man höchst wenig dachte; das sind die schwachsinnigen. Es ist sicher, daß wir tausende von schwachsinnigen Kindern haben — es wird darüber dem-nächst eine Statistik erscheinen — und für diese sorgt man fehr wenig. Das find verlaffene, unglückliche Rinder, welche blödfinnig werden, weil man fie eben verwahr= lost. Wir haben für diese Rinder die Anstalt Beißen= heim und Spezialklaffen in Burgdorf und Bern — das ift alles, d. h. nur für ungefähr 150—200 von der großen Bahl dieser Kinder hat man geforgt. Wir konnen daher bem herrn Armendirektor danken, daß er an diefe un= glücklichen Kinder dachte und einen Teil derfelben im Schloß Hindelbank unterbringen will.

Man will ferner die gegenwärtig noch in den Berpflegungsanstalten untergedrachten Fresinnigen — am 1. Oktober betrug deren Zahl 282 — entsernen, damit die ruhigen, gebrechlichen Alten in ihrer Ruhe nicht gestört werden. Daneben giebt es aber auch Epileptische, und wer weiß, wie schreckhaft deren Anfälle sind und wie dieselben auf diese alten, unglücklichen Leute in den Berpflegungsanstalten wirken müssen, wird einverstanden sein, daß auch die Epileptiser entsernt werden müssen. Der Herr Armendirektor hat uns gesagt, daß man an Bellelah denke, und ich habe mit Bergnügen vernommen,

baß fich die Baudirektion ernsthaft damit beschäftigt. Wir wollen also hoffen, daß die Störefriede bald aus den Verpstegungsanstalten entfernt werden können.

Es giebt aber noch etwas zu thun, und darüber hat sich der Herr Armendirektor nicht ausgesprochen. In einigen Kettungsanstalten, so namentlich in Landorf, sind deutsche und welsche Kinder beieinander. Die Berwaltung wünscht, daß man die welschen Kinder wegnehme, da sie die ganze Anstalt stören. Es sind deren auch so viele, daß man bei Beratung der Berfassung anerkannt hat, es sei nötig, für dieselben eine Spezialanstalt zu gründen. Ich weiß, daß man ernsthaft daran denkt, diese Trennung vorzunehmen. Es wird das für Landorf und den Jura ein Fortschritt sein.

Ich bin also ob den Erläuterungen des Herrn Armendirektors höchst vergnügt und hoffe, daß wir bald zu

einer richtigen Lösung gelangen werden.

Ritschard, Armendirektor. Ich habe die Frage der Rettungsanstalten im Jura nicht berührt, weil die Staats-wirtschaftskommission keine Beranlassung nahm, in dieser Beziehung eine Bemerkung zu machen. Ich din nun aber ganz froh, daß Herr Schwab diese Frage angeregt hat und kann Ihnen in aller Kürze mitteilen, daß die Borarbeiten für eine bezügliche Borlage sozusagen fertig sind, so daß sie in der nächsten, jedenfalls aber in der nachnächsten Session des Großen Rates demselben vorgelegt werden kann.

Burkhardt. Ich reichte letten Montag dem Herrn Präsidenten ein Postulat ein, das auf Artikel 106 der neuen Berfaffung bafiert. Ich glaubte, es werde diesem Artikel im Budget Rechnung getragen werden, habe aber gesehen, daß dies nicht der Fall ift. Als die Staats= verkaffung dem Volke empfohlen wurde, hat man, wenig= stens bei uns, den Leuten gefagt: wenn die neue Berfaffung angenommen wird, so wird sofort, auch wenn das neue Armengesetz noch einige Jahre auf sich warten lassen sollte, eine Erleichterung in der Armensteuer für die Gemeinden eintreten. Ich habe deshalb den Antrag eingereicht, es sollen 30 % der Staatssteuer für das Armenwesen verwendet werden. Es verhalt fich hier nicht gleich, wie beim Schulgeset. Bei letterem fagt die Re-gierung, fie habe tein Gelb. Im Armenwesen haben wir es umgekehrt. Da ist seit 1846 mehr Geld ein= bezahlt worden als gebraucht werden konnte, so daß gegenwärtig eine Summe von Fr. 1,736,000 für das Armenwesen zur Berfügung steht, welche die Staatstaffe dem alten Kantonsteil schuldig ist. Außer dieser Summe konnen, bis ein neues Armengeset kommt, die vollen 30 % der Staatssteuer verwendet werden. Es wird das zur Folge haben, daß das neue Armengeset vielleicht etwas früher kommt, daß unsere Armen etwas beffer verpflegt werden können und viele arme Gemeinden etwelche Entlaftung erfahren.

Ich habe noch einen speziellen Grund, der mich veranlaßte, die vollen 30 % zu verlangen. Im Berichtsjahre hat z. B. die Gemeinde Köniz eine Anzahl Familienväter, die ihre Kinder der Gemeinde zur Erziehung überlassen haben, vor den Richter citiert; sie wurden aber vom Richter von Alimentationsbeiträgen freigesprochen, obsichon Leute dabei waren, welche drei und mehr Franken verbienen. Es ist schon wiederholt hier gerügt worden, daß Leute, die ganz gut einen Teil der Last ihrer Familien

tragen könnten, einfach freigesprochen werden, indem man fagt, die "Gemeindefnubeln" follen für die Familien forgen. Wir haben im Kanton Bern eine ganze Maffe tleiner Grundbefiger, welche zwei, drei Ruhe im Stalle haben, die nicht 3 Fr. verdienen, aber gleichwohl folche Leute erhalten helfen muffen, welche 20 bis 40 Fr. Armenfteuer und Schultelle bezahlen muffen für die Leute, welche vom Richter freigesprochen werden. Das macht boses Blut, das erschwert die Armenpflege ungeheuer; denn manches unschuldige Rind muß darunter leiden, weil die Leute hartherzig werden. Auch der richtige Arbeiter wird es eben fo gerne feben, wenn folche Familienväter, die ihre Familien im Stich laffen, polizeilich ver= urteilt werden, wie diejenigen, welche bezahlen helfen muffen. Solange wir nicht von der Staatskaffe heraus= verlangen, was wir bereits für diefen Zweck einbezahlt haben, fo lange die Staatstaffe nicht herhalten muß, werden die Organe lax, gleichgültig fein und nicht ein= greifen. Dies ist ein Hauptgrund, weshalb ich meinen Untrag gestellt habe, und ich hoffe, man werde darauf eintreten.

Schmib (Andreas). Ich weiß nicht, ob herr Burkhardt glaubt, sein Postulat jolle jest behandelt werden. Dasselbe gehört zum Budget, da er beantragt, die Budgetsumme zu erhöhen, und kann daher erst dort behandelt werden. Wir behandeln jest den Staatsverwaltungsbericht pro 1892 und nicht die Ausgaben pro 1894.

Burkhardt. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich habe das Bostulat letten Montag eingereicht und habe ben herrn Prafidenten gefragt, ob es beim Staatsververwaltungsbericht behandelt werden könne, ansonst ich es als Motion einreichen und verlangen würde, daß fie innert der reglementarischen Frift behandelt werde. Der herr Prafident erklärte, das Poftulat konne beim Berwaltungsbericht behandelt werden und er fragte auch die Berfammlung an, ob fie etwas dagegen habe. Es ift damals kein Gegenantrag gefallen. Uebrigens fagt das Poftulat: "Bis zum Erlaß eines neuen Gefetzes über die Armenpflege follen die Staatsausgaben für das Armenwesen 30 % der Staatssteuer betragen." Das gehört zum Staatsverwaltungsbericht. Erft nachher kommt der zweite Sat: "In den Boranschlag für das Jahr 1894 foll der Gefamtauslageposten für das Armenwesen auf Fr. 1,170,000 erhöht und eingeset werden", der fich auf den Voranschlag bezieht.

Präsident. Ich möchte Herrn Burkhardt darauf aufmerksam machen, daß sein Postulat von der Regierung noch nicht behandelt worden ist, und sie wünscht, sich darüber auszusprechen.

Burkhardt. Dafür kann ich nichts. Der Herr Präsident hat gesagt, das Postulat könne beim Staatseverwaltungsbericht behandelt werden; ein Gegenantrag ist nicht gesallen, sonst würde ich eine Motion gestellt haben.

Dürrenmatt. Das Postulat des Herrn Burkhardt hat zwei deutlich unterschiedene Teile. Der erste ist der allgemeine Teil, welcher eine allgemeine Schlußnahme in Bezug auf die Ausgaben für das Armenwesen verlangt. Der zweite Teil bezieht sich sehr deutlich auf das Budget bes nächsten Jahres. Dies giebt uns Wegleitung, wie das Postulat zu behandeln ist. Man wird den ersten Teil, nach der Versicherung, welche der Heräsident Herrn Burkhardt gegeben hat, jetzt behandeln müssen, den zweiten Teil dagegen erst mit dem Budget. Ich schlage vor, das Postulat in diesem Sinne zu trennen.

Marti, Regierungspräfident. Bon einer sachlichen Behandlung biefes Poftulats tann hier teine Rede fein. Es ift taum glaublich, bag der Berr Prafident Berrn Burthardt die Zusicherung gab, daß man dieses Postulat bei Unlaß der Behandlung des Staatsverwaltungsberichts von 1892 behandeln werde. Wenn herr Burthardt ihn so verstanden hat, so hat er ihn wahrscheinlich miß= verstanden oder der Herr Bräsident hat herrn Burthardt migperftanden; benn ein Poftulat, das pro 1894 eine Mehr= ausgabe von vielen hunderttausenden nach fich zieht, behandelt man nicht beim Staatsverwaltungsbericht von 1892; bas liegt auf ber Hand. Gine Teilung des Postulates, wie Herr Dürrenmatt beantragt, hat noch weniger Sinn; denn ber erste Teil geht einfach dahin, bis zum Erlaß eines neuen Armengesetzes sollen für das Armenwesen 30 % der Staatssteuer verwendet werden. Das ift nichts anderes als die Reproduttion einer Berfaffungsbeftimmung, nur daß das Wort "können" durch "follen" erfest ift. Hier-über braucht man alfo nicht zu debattieren. Das kann sofort beschloffen werden, sobald die finanzielle Frage gelöst ift. Die ganze Frage ift eine finanzielle. Endlich wird herr Burthardt nicht verlangen, daß die Regierung fich über ein Postulat ausspreche, daß fie noch nicht behandelte und das vorerft von der Finanzdirektion geprüft werden muß und hernach auch noch an die Staatswirtsschaftskommission zu gehen hat. Ich bitte daher, das Postulat da liegen zu lassen, wo es liegt. Bom Regierungsrat wurde es heute der Finanzdirektion zugewiesen. Bei Anlaß der Beratung des Budgets wird man dann dar= über debattieren können; aber heute können wir uns nicht in eine Distuffion einlaffen.

Burthardt. Es ift mir leid, daß die Sache so ist; aber es verhält sich so, wie ich sagte. Auf meiner Einzabe sagte ich "Postulat zum Staatsverwaltungsbericht oder Anzug". Das übrige wird das stenographische Bulletin beweisen.

Marti, Regierungspräsident. Herr Burkhardt kann sein Postulat immer noch in einen Anzug umwandeln. Wird dasselbe beim Budget angenommen, so muß das ganze Budget umgewandelt werden und kann nicht zum Abschluß kommen. Man kann nicht 5 oder 600,000 Fr. mehr ins Budget einstellen, ohne auch für Deckung zu sorgen. Es ist daher viel besser, herr Burkhardt wandle sein Postulat in einen Anzug um.

Burkhardt. Das Postulat wurde schon am Montag eingereicht und als Postulat oder als Anzug bezeichnet.

Marti, Regierungspräfident. Alfo laffe man es liegen, bis es behandelt werden kann.

Prasident. Es thut mir leid, daß ich nicht Austunft geben kann. Der Herr Großratspräsident, der am Montag präsidierte, ist leider nicht anwesend. Ich nehme aber an, man werde einverstanden sein, daß die Sache, wie aus den Erläuterungen des herrn Regierungspräsischenten hervorgeht, heute nicht behandelt werden kann.

Dürrenmatt. Ich muß doch auf den betreffenden Artikel des Großrats-Reglements aufmerksam machen. Artikel 44 lautet: "Wenn im Großen Rate bei der Beratung über den Boranschlag, die Staatsrechnung und den Berwaltungsbericht Wünsche und Bemerkungen über einzelne Verwaltungszweige geäußert und diesfalls bestimmte Anträge gestellt werden, so soll darüber abgestimmt werden; diesenigen, welche die Zustimmung des Großen Rates erhalten, sind dem Regierungsrate zur Würdigung oder Nachachtung mitzuteilen." Das ist doch so klar als möglich. Herr Burkhardt hat seinen Antrag, dem ich zwar nicht zustimmen kann, am rechten Orte angebracht, und wir müssen darüber abstimmen.

Scheurer, Regierungsrat. Ich glaube, es herrscht da eine Begriffsverwirrung. herr Dürrenmatt ift vorerst im Irrtum, wenn er meint, man könne den Antrag des Herrn Burkhardt in zwei Teile zerlegen, der erste sei ein Bostulat zum Staatsverwaltungsbericht, der andere ein Antrag, der beim Budget zu behandeln sei. Der erfte Sat sagt an und für sich gar nichts; er ist nur die Wiederholung einer Berfassungsvorschrift, zwar mit einer kleinen Aenderung, indem statt "tönnen" gesagt wird "sollen"; das wollen wir aber erörtern, wenn es sich um die Frage selbst handelt. Für sich allein hat dieser Bordersat keine Bedeutung, er ist nur der Vordersat für den nun folgenden Untrag, es fei in das Budget Die und die Summe aufzunehmen. Die ganze Frage ift alfo die: Sollen im Budget die Staatsausgaben für das Urmenwesen erhöht werden oder nicht? Run fteben herrn Burthardt zwei Wege zur Berfügung, um feinen Untrag Burthardt zwei Wege zur Versugung, um seinen Antrag zur Erörterung zu bringen. Der nächste wäre der — und die Regierung hat die Sache vorläufig so aufgefaßt — daß er beim Budget selbst den Antrag auf Erhöhung des betreffenden Ansaßes stellt. Nun hat aber Herr Burthardt von seinem Antrag eine andere Auffassung. Er möchte denselben als Anzug behandelt wissen. In diesem Fall kann er heute nicht behandelt werden, weil er der Regierung zur Berichterstattung zugewiesen werden muß. Ordnungsgemäß hat diefelbe heute den Untrag der Bericht erstatten, die hierauf Beschluß fassen und erst hernach in der Lage sein wird, über den Antrag hier debattieren zu können. Es kann also, so oder anders, über den Anzug des Herrn Burkhardt heute nicht verhandelt und noch weniger darüber abgestimmt werden.

Bühlmann. Formell halte ich dafür, herr Dürrenmatt habe recht. Das Reglement sagt ausdrücklich, daß bei Beratung des Boranschlages, der Staatsrechnung und des Staatsverwaltungsberichts beliedige Postulate gestellt werden können, welche ausnahmsweise sosort zu behandeln sind, im Gegensat zu solchen Anzügen, welche bei Anlaß anderer Verhandlungsgegenstände gestellt werden. Ich glaube deshalb, es sei durchaus zulässig, daß über den Anzug des Herrn Burkhardt debattiert wird, und zwar halte ich dafür, daß derselbe, werde er nun beim Staatsverwaltungsbericht oder beim Budget behandelt, unmöglich angenommen werden kann. Es ist rein unmöglich, eine Summe von 6—700,000 Fr. zu budgetieren, ohne gleichzeitig irgendwie eine Art der Verwendung

vorzusehen; man muß gleichzeitig sagen, was mit dieser Summe geschehen soll. Bon einer Annahme des Antrages des Herrn Burkhardt kann daher unter keinen Umständen die Rede sein. und ich möchte Herrn Burkhardt ersuchen, auf sein Postulat zu verzichten, beziehungsweise es in die Form zu kleiden, daß er beantragt, der Regierungsrat werde beauftragt, Bericht und Antrag vorzulegen, wieder Artikel 106 der neuen Versassung möglichst bald in Kraft gesett werden könne. Ich din auch dasur, daß man mehr thun soll, speziell für die auswärtige Armenpslege, und wir würden dann von der Regierung einen Bericht erhalten, wie weit man gehen könne. So, wie herr Burkhardt die Sache beantragt, ist sie nicht ansnehmbar.

Schmib (Andreas). Auch ich gehe mit den Herren Bühlmann und Dürrenmatt einig, daß beim Budget oder dem Staatsverwaltungsbericht derartige Anzüge gestellt werden können. Aber darin gehe ich nicht einig, daß ein Antrag, der eine Budget summe ändern will, beim Staatsverwaltungsbericht behandelt werden soll. Ich din einverstanden, daß man den Antrag des herrn Burkhardt beim Budget behandelt, aber ich din nicht einverstanden, daß dies beim Staatsverwaltungsbericht gesath hat, das Postulat solle beim Staatsverwaltungsverwaltungsbericht behandelt werden, so war das wohl nur ein Frrtum. Ich stelle daher den Antrag, das Postulat des Herrn Burkhardt beim Budget und nicht beim Staatsverwaltungsbericht behandelt werden, so war das wohl nur ein Frrtum. Ich stelle daher den Antrag, das Postulat des Herrn Burkhardt beim Budget und nicht beim Staatsverwaltungsbericht zu behandeln.

Burthardt. Ich bin einverftanden.

Präsident. Somit wäre dieser Zwischenfall erledigt. Wir fahren in der Diskussion über den Bericht der Armendirektion fort.

Mosimann. Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist der Umstand, daß schon wiederholt in diesem Saale Postulate betreffend die Rüschegger Korber gestellt worden sind. Nach den jedes Jahr wiederkehrenden bezüglichen Großratsverhandlungen und Zeitungsnotizen zu schließen, könnte man glauben, die Bevölkerung von Rüschegg bestehe aus lauter Korbern und Hausierern. Als Rüschegger din ich im Falle, Ihnen etwas Auskunft geben zu können, da viele von Ihnen die Verhältnisse vielleicht nicht genau kennen.

Die Einwohnergemeinde Rüschegg hat 2200 Einwohner in 410 Familien, wovon 70 Familien dem Korbergesschlecht angehören; Rotarme giebt es 150. 70 Familien sind es also, welche dem Korbergeschlecht angehören und im Land herumziehen. Im Jahre 1890 betrug die Jahl der an Küschegger erteilten Haustente, nach einem von der Finanzdirektion gemachten Auszuge, 190, welche Jahl jedoch noch im nämlichen Jahr auf etwa 140 zurückging und gegenwärtig noch etwas über 100 beträgt, während an Kantonsbürger im ganzen eirea 7000 Hausterpatente verabsolgt sind. Die Hausierer sind also nicht alles Küschegger!

Woher kommen die Rüschegger Korber? Es find in Guggisberg 36 Geschlechter einheimisch; darunter befinden sich viele Korbergeschlechter, die aus dem Oberaargau herstammen (Heiterkeit), so die Ammann 2c. Seiner Zeit haben die reichen Herren im Unterland ihre Jungfern nach Rüschegg hinaufgeschickt. Dort find die Kinder aufgewachsen, und deren Nachkommen sind nun da und wir müffen sie behalten; allein sie kommen aus dem Unterland (Heiterkeit). Anbinden können wir diese Leute in Rüschegg nicht, sondern müssen sie gehen lassen, dis die Polizei sie aufgreift und heimtransportiert.

Eine Befferung ift in den letten Jahren in der Weise eingetreten, daß die Finanzdirektion das Saufierpatent in dem Sinne abgeandert hat, daß teine Rinder mehr mitgenommen werben durfen. Run muffen aber die Rinder gleichwohl zu effen haben; totschlagen kann man fie nicht. Die Spendkommiffion hat fich mit der Sache befaßt, und die Regierung, mit der wir eine Besprechung hatten, hat uns gesagt, wir sollen nur vorgehen, außervrdentliche Berhältniffe verlangen auch außerordentliche Magnahmen; die Regierung sei zu jedem Thun entflammt, fie werde bezahlen. Wir find darauf eingegangen, haben ein paar Haushaltungen aufgehoben und geglaubt, man werde uns für die Aufnahme der Buben in Rettungsanstalten keinen so großen Konto machen. Allein damit war es nichts. Für einen nach Frienisberg verfetten Pflegling haben wir 180 Fr. bezahlen muffen und für nach Thorberg ober St. Johannsen versette Pfleglinge mußten wir gleich viel bezahlen, wie die Stadtberner. Dies ist uns Rusch= eggern absolut nicht möglich. Da muß ber Staat eingreifen, und je eher er dies thut, um fo billiger tommt er weg; denn diefe Leute vermehren fich wie Sand am Meere, hätte ich bald gesagt (Heiterkeit). Seit 1883 haben wir zwei neue Schulklassen errichten müssen, und aus den Civilstandsnachrichten ergiebt sich, daß letztes Jahr auf 50 Todesfälle 100 Geburten entfielen; die Bermehrung ift also eine starte, obwohl die Bevölkerung an und für fich nicht zugenommen hat; benn die erwach= fenen Leute gehen fort, aber bie Rinder bleiben ba. Wir haben 500 schulpflichtige Kinder, haben 1881 ein neues Schulhaus gebaut und haben lettes Jahr wieder ein neues bauen muffen, um eine neue Klasse unterzubringen. Nun haben wir das Unglud gehabt, daß ein Schulhaus abbrannte, fo daß wir jest wieder einen Bau ausführen muffen, der die Gemeinde Fr. 22,000 koftet, abzüglich Fr. 8000 Brandversicherung. Wir haben auch hier die Regierung angegangen, fie mochte einen außerordentlichen Staatsbeitrag bewilligen; allein es hieß, sie habe kein Gelb und fie könne ber Konsequenzen wegen auf bas Gesuch nicht eintreten, fie wolle bann an einem andern Ort baran benken. Wo, wird sich zeigen, item, alle Soffnung haben wir noch nicht verloren (Seiterkeit).

Die 2200 Einwohner der Gemeinde Rüschegg repräsentieren eine Steuerkraft von Fr. 400,000. Seit vielen Jahren beträgt der Tellansat 5 Fr.; es geht also eine Summe von Fr. 20,000 ein. Für das Schulwesen, Zuschuß an die Notarmenkasse, Straßenwesen, Brandkorps und Annuität werden Fr. 19,000 ausgegeben, so daß für Verschiedenes noch Fr. 1000 übrig bleiben, und Sie wissen jahraus jahrein für Anforderungen kommen, dis das Budget erschöpft ist. Die neuen Schulhäuser haben Fr. 70,000 gekostet. Davon wurden Fr. 20,000 aus dem Budget bezahlt und Fr. 50,000 entlehnt. Während 13 Jahren sind jährlich Fr. 1000 abbezahlt worden, und gegenwärtig haben wir noch Fr. 30,000 zu amortisieren. Ich kann nur sagen, daß die Organisation der Gemeinde Rüschegg nach den Berichten des Regierungs-

statthalters — wer g'wundrig ist, kann kommen und selbst nachsehen — jedenfalls eine der geordnetsten im Kanton Bern ist.

Ich frage nun: Was hat es für einen Zweck, uns Ruschegger immer an den Pranger zu stellen? Es wird ja dadurch unser Kredit geschädigt. Den Nebelständen ift gut abzuhelfen. Man stelle nur während 10 Jahren einige tausend Franken ins Budget ein; man muß die Sache bei der Wurzel anfassen und nicht beim Schwanz (Beiterkeit). Man follte den Leuten die Rinder abnehmen und fie in Anstalten oder bei andern Familien im Land herum unterbringen. Drohungen nüten nichts. Auch barf der Staat diese Leute nach dem Austritt aus der Schule nicht sich selbst überlassen; denn sonst fallen sie in den alten Schlendrian zurück, sondern er soll sie ein Handwerk lernen laffen und bis zum 20. Altersjahr das Patronat ausüben. Dann werden wir gute Bürger erhalten, und die Alten tann man aussterben laffen, wie seiner Zeit die Rechtsagenten (Heiterkeit). Man follte daher alljährlich ein bescheidenes Kreditlein bewilligen, damit wir biefe Rinder in richtigen Unftalten unterbringen können; dann hören die gerügten Nebel= ftande nach und nach von felber auf. Bang aus eigenen Mitteln aber vermögen wir dies nicht zu thun. Widerspenstige gabe es dann noch weitere Mittel: Johannsen und Thorberg. Wenn wir alle biejenigen, welche, wenn fie 20 Jahre alt find, der Gemeinde 2 oder 3 Uneheliche aufburden, eine Rur in St. Johannsen ober Thorberg machen laffen, fo beffert es gewiß (Seiter= Aber mit blogen Motionen hilft man nicht. Das ift gerade so, wie wenn man einer Katze den Schwanz abhaut und fie wieder springen läßt: nachher mauset sie gleichwohl (Heiterkeit). Man nehme also ins nächste Budget zu diesem Zwecke ein Postchen auf. Der Staat tommt dadurch nicht in Nachteil; benn läßt man die Sache so fortgehen, so wird ber Notarmenetat je länger je größer. Bewilligen Sie also im Budget zu diesem Zwecke einen Kredit, damit das Klagen ein Ende hat und wir Ruschegger nicht jedes Jahr dastehen, als ob wir alle Korber wären.

Der Bericht der Armendirektion wird genehmigt.

Bericht der Forftdirektion.

Le uch, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Die Staatswirtschaftskommission hat zu diesem Bericht keine Bemerkungen anzubringen. Dies ist auch der Grund, weshalb kein schriftlicher Bericht vorliegt. Anläßlich unseres Besuches beim Herrn Direktionsvorsteher haben wir an denselben einige Anfragen gestellt, und man hat uns darüber Auskunft gegeben. Es bezieht sich dies hauptsächlich auf die auf Seite 9 des Berichts angeregte Frage, es möchte den Weidgangsschädigungen auf verschiedenen Alpen des Gadmen-, Rosenlaui- und Gentelthales durch ein Verbot entgegengetreten werden. Der herr Direktor hat uns mitgeteilt, es habe sich nach reisslicher Prüfung ergeben, daß es nicht wohl thunlich sei, ein Verbot zu erlassen, daß es nicht wohl thunlich sei, ein Verbot zu erlassen; es sei besser, man gehe auf

dem Wege der Belehrung vor und nehme von dem vorgeschlagenen Verbot Umgang, hauptsächlich deshalb, weil das Verbot nachher doch voraussichtlich nicht gehandhabt würde.

Ein zweiter Punkt ist auf Seite 10 berührt, indem gesagt wird, es sei an den Waldpflänzlingen durch die Engerlinge ein ganz bedeutender Schaden entstanden, was einer organisierten Sammlung der Maikafer in ben Flugjahren rufe. Aus dem Budget konnte man nicht entnehmen, daß in diefer Beziehung etwas vorge= sehen ist, und da wir nächsten Frühling ein Flugjahr haben, so haben wir angefragt, ob man eine bezügliche Organisation wirklich ins Leben rufen wolle oder nicht. Da wurde uns gefagt, das Rafersammeln nüte nicht viel, die Ansichten der Landwirte über den Wert desfelben seien geteilte. Gine Kommission der ökonomischen Gefellschaft hat, unter Beiziehung von Landwirten, diese Frage geprüft, und das Resultat der Prüfung ift Ihnen in Form einer kleinen Broschüre gedruckt ausgeteilt worden. Ich konnte daraus entnehmen, daß die Kom-mission nicht schlüssig ist, ob eine organisierte Käfer-sammlung in einem Flugjahr wirklich zu empfehlen sei oder nicht. Sie konnte fich über diese Frage nicht einigen, wünscht aber doch, daß einmal ein Entscheid getroffen werde. Ich perfonlich bin der Anficht, daß das Ginsammeln der Maikafer ein wirksames Mittel ift, um der Berbreitung dieses Schäblings wirksam entgegenzutreten; fie mussen aber in großen Massen gesammelt werden. Ueber die Art und Beise, wie die Bekampfung des Maifafers vorgenommen werden sollte, will ich mich nicht verbreiten. Herr Großrat Freiburghaus, der diese Frage speziell studiert hat, wird darüber wahrscheinlich auch noch das Wort ergreifen.

Im übrigen habe ich jum Bericht der Forstbirektion nichts zu bemerken und empfehle benfelben zur Genehmigung.

v. Wattenwyl, Forstdirektor. Die Bemerkung betreffend die Maikafer wurde in den Bericht aufgenommen, weil in Pflanzichulen bedeutender Schaden angerichtet wurde und die Forstleute fanden, es sollte, da wir nächstes Jahr ein Flugjahr haben, die Frage des Ginsammelns in Betracht gezogen werden. Ich habe das zugleich auch als Aufgabe ber Landwirtschaftsdirektion betrachtet und beshalb bie Eingaben einzelner Gemeinden der ötono= mischen Gesellichaft zugewiesen, mit dem Ersuchen, fie mochte die Sache prufen. Die otonomische Gefellichaft hat eine Kommission ernannt, die sich mit der Frage beschäftigte. Es hat sich dabei gezeigt, wie ungleich die Ansichten über den Wert des Einsammelns der Käfer find. Man war ziemlich einstimmig der Ansicht, wenn man einsammeln wolle, so sollte dasselbe nicht mehr in ber Art betrieben werden, wie vor einigen Jahren, wo man nachträglich beim Großen Rate einen Rredit von über Fr. 100,000 verlangen mußte, weil auch aus den Nachbarkantonen Maikafer in den Kanton Bern geliefert wurden und daraus ein Handelsartikel entstanden war. Das Sammeln müßte deshalb so eingerichtet werden, daß der Staat finanziell nicht beteiligt wäre, indem das Sammeln ja im Interesse der Landwirte selbst liegt. Bon beteiligten landwirtschaftlichen Rreifen wurde gefaat, das Einsammeln nütze nicht viel, indem man die Er= fahrung gemacht habe, daß, seitbem man nicht mehr sammle, die Engerlinge sich nicht vermehrt haben und

daß in den Rantonen, wo die Rafer eingesammelt werden, gleichwohl Engerlinge vorkommen. In vielen Kreisen hat fich die Ansicht geltend gemacht, daß den Maikafern durch rationelle Bebauung des Bodens am besten entgegen= getreten werden könne. Vielsach wurde die Ansicht ge= außert, daß das Weibchen in der Regel schon gelegt habe, wenn die Einsammlung stattfinde, daß diefelbe also wenig nüte. herr Profeffor Studer in Bern, ben ich barum anfragte, sagt etwas anderes; so lange die Maikafer noch fliegen, sei die Begattung noch nicht erfolgt, die Befruchtung erfolge also erst später; nach der Begattung gehe das Männlein zu Grunde und ebenfo das Weibchen, fobald es die Eier gelegt habe. Herr Professor Studer täme also zum Schluß, daß das Einsammeln von Nugen wäre.

Ich gewärtige gerne, daß auch der Präfident der von der ökonomischen Gesellschaft niedergesetzen Kommission, Herr Freiburghaus, welcher in diefer Sache auch feine Erfahrungen gemacht und Informationen eingezogen hat, fich ausspricht. Da der Große Kat größtenteils aus Landwirten besteht, wird sich aus der Diskuffion leicht ergeben, ob der Wunsch besteht, daß in Bezug auf die Bekampfung der Maikafer und Engerlinge etwas geschehe, ein Wunsch, den der Regierungsrat, falls er geäußert wird, gerne in Erwägung ziehen wird.

Freiburghaus. Da ich sowohl von Herrn Leuch als von Herrn Regierungsrat von Wattenwyl genannt worden bin, ich möchte meine Meinung äußern, so will ich es hiemit thun. Ich begrüße es überhaupt, daß diese Frage wieder einmal im Großen Rate zur Sprache kommt und wünsche, daß darüber ein grundsätlicher Entscheid getroffen wird, damit die verschiedenen Eingaben, die an die Landwirtschaftsdirektion gerichtet worden find, ihre endgültige Erledigung finden können.

Beranlagt durch eine Eingabe der Delegierten der Einwohnergemeinden des Kirchfpiels Berzogenbuchfee, vom Jahre 1891, ist der ökonomischen Gesellschaft der Auftrag geworden, fich mit diefer Frage zu befaffen, fie zu ftudieren und hernach der Landwirtschaftsdirektion ihre Anträge zu unterbreiten. Die ökonomische Gesellschaft bestellte zu diesem Zwecke eine Kommission, der ich ebenfalls angehöre. Bevor fich dieselbe an ihre Arbeit machte, orientierte fie sich, wie es in andern Kantonen bezüglich ber Erlaffe zum Ginfammeln ber Rafer ftehe. Dabei konnte sie konstatieren, daß Thurgan und Waadt das Einsammeln in ihren Flurgesetzen geregelt haben, daß serner im Jahre 1873 die Kantone Zürich, Luzern, Schwyz, St. Gallen, Zug, Graubünden und Aargau ein Konkordat schlossen, wonach fie fich verpflichteten, betreffend die Bekämpfung der Maikäfer und Engerlinge gemeinsame Vorkehren zu treffen; die innere Organisation über das eigentliche Einsammeln wurde den Kantonen anheimgestellt.

Was den Kanton Bern betrifft, so haben wir uns auch orientiert, was in diefer Sache gegangen sei und haben konstatieren konnen, daß bereits im Jahre 1811 ein "Rafermandat" erlaffen murde, bas in ben Jahren 1814, 1846 und 1852 aufgefrischt wurde. Im Jahre 1864 wurde das Käfersammeln gesetzlich geordnet. Die Landbesitzer wurden verpslichtet, ein gewisses Quantum Käfer einzusammeln. Daneben war auch das freiwillige Einsammeln statuiert, und damit wurde großer Unfug getrieben, indem Rafer importiert und zu einem formlichen Handelsartikel wurden, woraus dem Kanton Kosten

erwuchsen, die offenbar zu dem Nuten in keinem Ber= hältnis standen. Wenn heute wieder etwas gehen foll, so wäre ich nicht der Meinung, daß der Kanton große Prämien bezahlen solle, sondern man soll die Aufgabe mehr den Landbesigern zuweisen, die an der Sache ja ein direktes Interesse haben.

Die Kommiffion der ötonomischen Gefellschaft stellt fich grundsätzlich auf den Boden, das Hauptgewicht sei auf eine entsprechende Bewirtschaftung und eine richtige Aufeinanderfolge der Kulturen zu legen und zwar sowohl

in Flugjahren als in Engerlingsjahren.

In den Flugjahren solle der Landwirt alles dasjenige thun, das geeignet ist, der Kaferbrut, welche zu ihrer Entwicklung eine gewiffe Bodenwärme durch ftarke Beftrahlung burch bie Sonne nötig hat, diese Barme zu entziehen. Dies kann geschehen durch üppigen Pflanzen= wuchs und gut entwickelte Saaten, namentlich aber durch vermehrte Ansaat von Roggen im Vorjahre, durch vermehrte Unpflanzung von Kartoffeln und andern Sactfrüchten, weil in diesen Feldern während des Vorsommers viel gearbeitet und dadurch die Käferbrut zerstört wird, burch Begießen der Wiesen mit starker Jauche unmittelbar nach dem Eingrasen, wodurch die Käferbrut und die jungen Engerlinge bekämpft werden, überhaupt soll für intenfive, fünstliche ober natürliche Düngung gesorgt werden. Diefelbe erzeugt einen üppigen Pflanzenwuchs, wodurch der Boden ftark beschattet und die Brutablage= rung und die Entwicklung der Brut vereitelt wird. Cobald die Sonnenwärme abgehalten wird, geht die Brut zu Grunde. Sierin liegt ein Sauptmoment zur Bekampfung der Maikafer.

Was die "Ingerjahre" anbelangt, so wird in der Broschure der ökonomischen Gesellschaft Pflügen und Eggen der Stoppelfelder empfohlen, um die Engerlinge an die Oberstäche zu befördern, wo fie durch die Ein-mirkung der Sonnenwärme zu Grunde gehen. Das Pflügen sollte nicht tiefer als 6 cm erfolgen.

Was das Infizieren anbelangt, so möchte ich mir darüber auch noch ein furzes Wort erlauben. Man glaubte, es sollte möglich sein, die Rafer mit Krankheitsftoffen zu infizieren. Es wurden 1884 solche Versuche in Odessa mit Erfolg ausgeführt. Andere Versuche mit dem Le Moult'schen Impstroff, ausgeführt in Frankreich und bei uns von herrn Professor Dr. Dufour in Laufanne, sowie auf der landwirtschaftlichen Schule Rütti, ausgeführt von Herrn Dr. Freudenreich, und vom landwirtschaftlichen Kantonalverein in Solothurn, hatten gar keinen ober einen zweifelhaften Erfolg, und da der Maikäfer nur ein kleines Verbreitungsgebiet hat, so ist daraus zu schließen, daß von einer wirksamen Infizierung nicht die Rede sein

Was das Einsammeln betrifft, so ist nicht nur in ber Kommiffion der ökonomischen Gesellschaft, fondern überhaupt in landwirtschaftlichen Kreisen die Meinung eine geteilte. Während die einen glauben, das Ein-fammeln sei ein wirksames Mittel zur Bekämpfung, halten andere Landwirte dafür, der Nuten des Ginfammelns ftehe zu der Mühe und den Roften in feinem Berhältnis, es sei daher beffer, wenn man dasselbe unter= laffe. Die Landwirte, welche so urteilen, denken vielleicht, fie wollen fich nicht etwas aufoktropieren laffen, sondern fich die Geschichte vom Halfe schaffen. Andere Landwirte, aus dem Oberaargau, aus dem Seeland, wünschen fehr, daß eine Verordnung erlaffen werde, welche es den Ge-

meinden zur Pflicht macht, bei ftarkerem Auftreten der Maikafer das Ginfammeln zu organifieren. Es ift denn auch, mit Rudficht auf bas nächstjährige Flugjahr, eine bahinzielende Eingabe aus dem Amtsbezirk Bern ein= gereicht worden. Allgemein war man der Ansicht, wenn eine solche Berordnung erlassen werde, so solle der Staat finanziell nicht start beteiligt werden; dagegen erscheine es angezeigt, daß die Sache nicht der Initiative der ein= gelnen Gemeinden anheimgestellt bleibe, fondern die Gemeinden follen zum Ginsammeln verpflichtet fein, ba es feinen Zwed hatte, wenn die eine Gemeinde einsammeln würde, die andere nicht.

3ch komme zum Schluß und sage, es wäre wünsch= bar, daß die Regierung ermächtigt wurde, die zum Zwecke bes Ginfammelns der Maitafer und Engerlinge erforder= lichen Magnahmen zu treffen. Ich möchte Ihnen diefen

Antrag empfehlen.

Mosimann. Beim Lesen des Staatsverwaltungs= berichts ist mir aufgefallen, wie verschieden in den ein= zelnen Forftkreifen die Ruft- und Transportkoften find. So betragen sie im Total per Hektare: im II. Forstkreis Fr. 21. 88, im III. Forstfreis Fr. 2. 80 2c., im gesamten Forstinspektionskreis Oberland Fr. 11. 41, im Maximum Fr. 21. 88. Im Forstinspektionskreis Mittelland beträgt das Minimum Fr. 8. 26, das Maximum Fr. 18. 45, das Mittel Fr. 13. 11. Aehnlich ift es im Forftinfpettions= treis Jura. Anders geftaltet fich die Sache per Festmeter berechnet. Im Forstfreis III betragen die Rosten per Bettare nur Fr. 2. 80, per Festmeter bagegen Fr. 4. 36, während das Mittel des Forstinspektionskreises Oberland

Fr. 3. 23 beträgt.

Ich habe nicht im Sinne, Ihnen die ganze Sache vorzudozieren, sondern will mich auf den Forstkreis VII beschränken. Dort wurden per Festmeter Fr. 1. 72 außbezahlt, während das Mittel des Inspektionskreises Mittel= land Fr. 2. 17 beträgt und das Maximum (Forstkreis II) nahezu Fr. 5 erreicht. Hieraus ergiebt fich, daß im Forst= freis VII (Seftigen und Schwarzenburg) weitaus die niedrigsten Löhne bezahlt werden müffen. Ich habe mit einigen Holzern darüber gesprochen, welche klagten, sie können fast nicht bestehen, indem einer von morgens früh bis abends spat höchstens Fr. 2 verdient. Das ift ein wahrer Hungerlohn. Leute, die wegen Schulunsleiß der Kinder gebüht werden, muffen die Buße abverdienen. Wenn sie den ganzen Tag arbeiten, so verdienen sie ein Frantlein oder Fr. 1. 50, wozu fie noch ein Stud Brot bekommen. Diefe Leute muffen formlich Frohndienfte thun, während andere, welche in die Gefangenschaft gehen, Fr. 4 abverdienen und dabei vom Staat noch dreimal gefüttert werden muffen. Das ist ungerecht. Ich will in dieser Beziehung zwar niemand schuld geben; es wird das gesetlich sein. Ich betone nur, daß die Löhnungen im Forstkreis VII weitaus die niedrigsten sind.

Was die Steigerungen anbetrifft, so wissen Sie, daß Rüscheng eine arme Gemeinde ift. Biele Familien finden ihren Berdienst mit Rechen= und Gabelnmachen. Unter frühern Rreisförstern hieß es, man muffe bei ben Steigerungen kleine Quanta machen, damit jedermann sich beteiligen konne. Jest geht die Sache gang anders. Un einer Steigerung waren 30 große Tannen zu berfteigern. Es wurden daraus zwei Lose gemacht. Die Rechenmacher waren da und boten auf das eine. Schließlich aber wurde das Ganze in Ausruf gebracht und von Herrn Blau aus Bern ersteigert. Es scheint mir, das Holz würde nicht

weniger gelten, wenn man es schon in kleineren Partien verkaufen würde. Anders geht es im Sommer auf den Bergen. Dort werden 1, 2 oder 3 Stück zusammen ver= steigert; aber das arme Mannlein muß seine Tanne bar bezahlen. Auch die Rebennutzungen müssen bar bezahlt werden. Infolge der Heunot dieses Sommers wurden Lose, die früher Fr. 5 galten, für Fr. 30 verkauft, und die Mannlein haben gleichwohl in Gottes Namen bar bezahlen müssen. Bei diesen Steigerungen ist der Förster Bräfibent, Sekretar und Raffier zugleich. Der Umts= schaffner ist nicht ba, nicht einmal der Weibel. Ich finde, das fei nicht am Plat; der Amtsschaffner sollte ebenfalls

anwesend fein.

Wie gesagt, es bestehen hier Verhältnisse, welche jedenfalls nicht ganz richtig sind. Lettes Jahr wurden in einem Bergort einem Sirten vier durre Tannchen vertauft und ein fünftes erhielt er als sogenanntes Sirten= tannlein. Der Kreisförster reichte eine Unzeige ein und das ganze Geschäft kostete Fr. 13; der Erlös hatte Fr. 7 betragen. Also nicht einmal das durre Holz darf man verwerten. Umgekehrt heißt es in einer Solgichlagsbewilli= gung, die der nämliche erwirkte, der Wald fei von allem absterbenden und durren Holz rein zu halten, ansonst die Bewilligung dahinfalle. Thut man dies, so wird man, wie Sie sehen, bestraft, thut man es nicht, so wird man ebenfalls bestraft! Etwas anderes ift es, wenn der Kreis-förster felber einen Holzschlag machen will. Im Jahre 1884 ward der Armenanstalt Riggisberg ein Wald an= getragen. Balb nachher erhielt der Eigentümer eine Bewilligung, 1000 Festmeter zu schlagen. Es hat ihm aber nicht viel genütt; er mußte den Wald gleichwohl fahren laffen. Die Kaffe in Belp mußte den Wald an fich ziehen und fuchte ihn wieder zu veräußern. Was geschah? Der Rreisförster kaufte den Wald, und nachdem er schon vor zwei Jahren eine Holzschlagsbewilligung erhalten, erhielt er lettes Jahr neuerdings eine solche auf 400 Festmeter. Ein gewöhnlicher Bürger hatte die Bewilligung nicht erhalten, wohl aber der Herr Areisförster!

Ge find noch andere Berhältniffe, die nicht vom Buten find, wie die vielen Anzeigen und das arrogante Vorgehen; ich will aber nicht weiter darauf eintreten. -Ich möchte bitten, das zu untersuchen und namentlich wünsche ich, daß dafür geforgt werde, daß an den Holz= fteigerungen auch der weniger begüterte Mann etwas er=

fteigern fann.

v. Wattenmyl, Forftdirektor. Die von herrn Mofimann erwähnten Fälle find mehr auf persönliche Motive zurückzuführen, und es ift hier nicht der Ort, darauf ein= zutreten. Wenn einzelne Streitigkeiten zwischen lokalen Beamten und dem Areisförster entstehen, so ist dies nicht immer das schlechtefte Zeichen, und die Gesethesvorschriften find eben dafür da, daß fie gehandhabt werden. Ginzelne Bunkte hatten fich fehr einfach auf andere Weise abthun laffen. Ich empfange auf meinem Bureau jedermann fehr gerne, und wenn man glaubt, es kommen Unge-rechtigkeiten und falsche Auffassungen vor, so will ich die Sache sehr gerne untersuchen, wenn man fich bei mir einfindet. Allerdings haben solche Privatunterredungen den Nachteil, daß fie nicht im "Tagblatt des Großen Rates" erscheinen (Heiterkeit).

Was die Rüstkosten betrifft, so werden sie im Ber-waltungsbericht zusammengestellt, damit man einen Ueberblick hat. Allein je nach der Lage der Waldung und den Transportkosten ändert die Sache von Jahr zu Jahr Das Rüsten wird zur Konkurrenz ausgeschrieben. Die Leute geben ein, und es wird nicht immer der Mindest=

fordernde berückfichtigt.

Und was die Steigerungen anbetrifft, so ift die Sache überall die gleiche. Der Staat muß suchen, aus den Waldungen einen möglichst hohen Eriös zu ziehen, und so wird eben der Meistbietende berücksichtigt. Ich bin ganz einverstanden, daß kleinere Liebhaber auch berücksichtigt werden sollen; wenn aber jemand für die ganze Partie mehr bietet, so wird eben überall dieser Bieter berücksichtigt, und ich glaube nicht, daß man dem betressenden Beamten einen Vorwurf machen kann, wenn er die Interessen des Staates wahrt.

Weber (Graswyl). Wir find etwas vom Gegen= stand abgekommen, indem die Maikäferfrage noch nicht zu Ende beraten ift. Ich möchte noch auf ein Moment aufmerksam machen, das bis jett noch nicht angeführt wurde. Wir haben nämlich 3 Flugjahre: das deutsche, das aargauische und das Waadtlander Flugjahr. Nun ist es leicht möglich, daß durch die verschiedenen Winde die Räfer so nach den verschiedenen Gegenden getragen werden, daß die spezifischen Flugjahre verschwinden und wir jedes Jahr die Käfernot haben. Es ift deshalb dem Einsammeln mehr Bedeutung zuzumessen; aber dieses Sammeln muß obligatorisch sein. Wenn eine Gemeinde fammelt, die andere wieder nicht, so ift es leicht möglich, daß durch ftarken Wind die Käfer aus diefer lettern Gemeinde in die andere getragen werden, welche dieselben eingesammelt hat. Ich möchte deshalb den Antrag des Herrn Freiburghaus etwas genauer umschreiben: "Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Defret zu entwerfen, worin folgende Grundfate festgestellt werden jollen: 1. Der Regierugsrat kann im Einverständnis mit den Ge= meinden, welche in Flugjahren an Käfernot leiden, das Einsammeln derselben obligatorisch anordnen. Der Staat übernimmt die Oberaufsicht und bezahlt an die hierdurch entstehenden Roften einen entsprechenden Unteil. 2. Der Staat foll Bersuche ausführen laffen zur wirksamen Ausrottung der Maikafer, sei es durch Infizierung des Bodens oder durch Revaccinieren der Tiere."

Präsident. Kann sich Herr Freiburghaus dem Antrage des Herrn Weber anschließen?

Freiburghaus. Ich möchte an meinem Untrage festhalten. Derselbe tritt nicht auf Details ein, sondern ist allgemein gehalten, und ich hoffe, daß die Regierung schon das Richtige treffen werde.

Weber (Graswyl). Ich glaube, eine Abstimmung über meinen Antrag sei nicht nötig. Ich stellte densselben mehr als Anregung, damit die Regierung wisse, was man wünsche.

Präsident. In diesem Falle liegt nur der Antrag des Herrn Freiburghaus vor. Derselbe ist von keiner Seite bestritten und ich nehme an, Sie haben Ihre Zustimmung dazu erteilt.

Der Antrag Freiburghaus wird angenommen und dem Berichte der Forstbirektion die Genehmigung erteilt.

Bericht der Direktion der Jandwirtschaft.

Leuch, Berichterstatter ber Staatswirtschaftskommission. Zu diesem Bericht habe ich nichts zu bemerken. Ich empfehle Ihnen denselben zur Genehmigung.

M. Daucourt. J'ai un double vœu à exprimer au Conseil-exécutif au nom de nos populations agricoles du Jura.

Personne n'ignore que, par une circulaire en date du 3 octobre dernier, le Conseil fédéral demanda aux gouvernements cantonaux de faire procéder à une enquête destinée à déterminer les pertes de fourrages causées par la sécheresse. Il est inutile de démontrer l'importance de cette enquête, qui servira de base d'appréciation pour les mesures que la Confédération décidera de prendre en faveur des agriculteurs.

Or, le canton de Berne est parmi les cantons éprouvés par la disette du fourrage, et, dans ce canton, la contrée la plus éprouvée est certainement le Jura. Le district qui a le plus souffert est celui de Porrentruy où, d'après le calcul d'un des conférenciers qui ont naguère parcouru nos communes, la récolte ne représente cette année que la

dixième partie d'une ordinaire.

J'ignore si l'enquête officielle confirme ces données, si elle a été conduite avec toute la sollicitude désirable, si même elle est terminée. Mais dans le cas où elle ne serait pas suffisamment sérieuse, il importe de la faire au plutôt ou de la compléter. J'ose prier l'honorable Directeur de l'agriculture de vouloir bien vouer un soin tout spécial à l'examen attentif de la situation calamiteuse des agriculteurs dans le Jura, afin que cette partie si éprouvée du canton obtienne une part convenable, proportionnée aux pertes subies, dans la répartition des subsides fédéraux. On se plaint, dans notre petit monde agricole, d'être peu favorisé, même d'être comme abandonné dans le malheur par le gouvernement. Sans vouloir trop insister sur ces plaintes, vous comprendrez pourtant, Messieurs, qu'on ne peut laisser notre agriculture dans cette situation et puisque des secours fédéraux sont annoncés, il faut au moins qu'elle se rattrape de ce côté et que le gouvernement prenne réellement dans cette circonstance ses intérêts en mains.

La Direction de l'agriculture vient d'organiser à la Rütti un cours sur les fourrages qui a été d'une incontestable utilité. Des conférences, sur ce sujet, ont été données tous ces temps, dans nos campagnes, par des hommes dévoués qui ont obtenu un véritable succès. Nos cultivateurs jurassiens sont accourus en grand nombre et profiteront, j'en suis convaincu, des enseignements que les conférenciers, à leur tour, étaient allés puiser aux cours de la Rütti.

Mais ces conférences de passage ne sont pas suffisantes: il en faudrait dans le Jura en permanence et sur toutes les branches de l'activité agricole. C'est-à-dire qu'il devient indispensable de fonder, pour la partie française du canton, un établissement d'instruction agricole, théorique et pratique. Cette création répond à un besoin général et constituera un encouragement pour nos cultivateurs. Ils font ce qu'ils peuvent, avec leurs faibles moyens, pour suivre les améliorations indiquées par la science agricole et je ne vous en citerai qu'un exemple tout récent. Nous avons demandé naguère, quelques-uns de mes collègues et moi, à M. le Directeur de l'agriculture qu'un deuxième concours fût organisé dans le Jura pour le petit bétail, verrats et boucs. Tout en remerciant M. de Wattenwyl d'avoir bien voulu accéder à notre requête, je dois ajouter que la commission d'experts a exprimé sa satisfaction de la réussite de ce concours; elle a été même étonnée de le voir si fréquenté et de constater que l'élève du petit bétail est déjà fort en progrès dans nos contrées.

C'est édonc justice, Messieurs, de seconder ces efforts par la création dans le Jura d'un établissement spécial à l'agriculture. Je ne préciserai pas la forme à lui donner; l'honorable Direction de l'agriculture sans doute l'étudiera elle-même. Mais n'oubliez pas que c'est le moment, ou jamais, de tenter quelque chose. Depuis bien des années, on relève le fait que la jeunesse, dans nos campagnes, délaisse l'agriculture pour se jeter inconsidérément dans d'autres carrières. C'est là une situation inquiétante; la crise terrible de cette année ne fera malheureusement que précipiter encore cette décadence de la profession agricole. Il faut y parer et sans retard.

Le vœu que je formule a déjà été fréquemment exprimé. Dernièrement encore, il a fait l'objet d'une proposition expresse de la fédération des sociétés agricoles du Jura réunies à Delémont. Je me fais donc avec joie l'organe de leur désir, et je demande au Conseil-exécutif de vouloir bien prendre les mesures nécessaires pour le réaliser dans un avenir aussi rapproché que possible.

v. Wattenwhl, Direktor der Landwirtschaft. Ich will in Anbetracht der vorgerückten Zeit kurz sein und bemerken, daß die Untersuchung vom Landwirtschaftsbepartement gewünscht und im Kanton Bern durch das Mittel der Regierungsstatthalter abgeschlossen wurde, welche sich mit den Gemeinderäten ins Einvernehmen setten. Sie sollte den Wert haben, daß man ungefähr seststenen könne, wie groß der Ausfall sei, damit der Bundesrat schlüssig werden und der Bundesversammlung einen Antrag auf Unterstützung der Kantone unterbreiten könne. Die Kantone haben der bedrängten Landwirtschaft in verschiedenem Maße geholsen und die Auslagen, welche ihnen dis jest erwachsen sind, haben sie auf eigenes Risiko übernommen. Daß der Bund die Hattag vor die Bundesversammlung gebracht werden, und ich zweise auch nicht beschlossen. Allerdings wird dieser Antrag vor die Bundesversammlung gebracht werden, und ich zweise auch nicht, daß er angenommen wird. Aber vorläusig ist er noch nicht genehmigt, und die Zussammenstellung mußten wir einzig deshalb machen, um dem Bund Material an die Hand geben zu können. Ebenso mußten wir dem Departement eine Zusammenstellung einreichen über die Auslagen, die wir bereits hatten und noch zu erwarten haben, um die Summe setstellen zu können, welche von der Bundesversammlung zu verlangen sei. Bis dato hat der Kanton Bern an Insverlusten, Kückvergütungen, Darlehen z. eine Keinausgabe von Fr. 131,229. Falls es gewünscht wird, kann ich Ihnen noch einige speziellere Angaben machen.

Beber (Graswhl). Es find von Bereinen und Behörden vielfach Wünsche und Anträge eingereicht worden, auf die man im einzelnen nicht eintreten will, um eine Polemik zu verhüten. Es können ja Irrtümer vorkommen und Wünsche fich geltend machen, die auf absolut unrichtiger Basis stehen. Aber es geht doch daraus hervor, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung mehr Fühlung mit der Direktion wünscht. Ich glaube nicht, daß es am guten Willen fehlt, und ich möchte deshalb den Herrn Direktor freundlich ersuchen, dasür zu sorgen, daß in Zukunst diese Fühlung besser Platz greist. Wir stehen eben am Ende des 19. Jahrhunderts, und Volk und Bereine verlangen vielleicht hie und da zu viel Kücksicht. Ich möchte deshalb diese wenigen Worte andringen, damit das Verhältnis der Behörden zur landwirtschaftslichen Bevölkerung ein regeres und auch gemütlicheres werde.

v. Wattenwyl, Direktor der Landwirtschaft. Ich gehe mit Herrn Weber vollständig einig und hatte nie die Absicht, hier selbständig vorzugehen. Die Herren von der ökonomischen und gemeinnützigen Gesellschaft wissen, daß wenn irgend eine Frage vorkam, ich sie immer ersuchte, mir ihre Ansicht mitzuteilen. Für die Einladung geeigneter Personen zum Besuch der Fütterungskurse auf der Kütti mußte ich mich an die ökonomische Gesellschaft wenden. Ich muß mich an die Obstbaukommission wenden, wenn es sich darum handelt, Stipendien an junge Leute zu verteilen. Ich kann also sagen, daß ich vollständig auf dem gleichen Boden stehe, wie Herr Weber, durchaus im 19. Jahrhundert lebe und nicht die Absicht habe, als Landvogt aufzutreten. Bon jeher war mir daran gelegen, mich mit den Leuten verständigen zu können, und ich lade die Herren ein, mich auf meinem Bureau zu besuchen. Ich habe noch niemand schlecht behandelt, sondern empfange die Leute ganz gut, und es wird sich die gewünsichte Fühlung leichter machen, wenn man offen miteinander redet, als wenn man durch das Mittel der Presse seine "Täudi" ausläßt und zwar oft vielleicht in etwas schrosserer Weise, als man beabssichten; wir gehen in diesem Punkte einig.

M. Daucourt. Je dois faire observer à M. le Directeur de l'agriculture que je lui ai demandé s'il croyait possible d'étudier la question de la création d'établissements agricoles. J'espère qu'il ne s'y refusera pas — il s'agit d'une question d'avenir — et qu'il nous présentera un rapport dans un temps pas trop éloigné. Le vœu que j'ai présenté concerne des intérêts vraiment sérieux du canton de Berne tout entier. Si l'agriculture y prospère, il en résulte un bien-être général.

M. de Wattenwyl, Directeur de l'agriculture. Je me permettrai de répondre à M. Daucourt qu'il existe à ce sujet un dossier et qu'on a étudié la question des fermes modèles pour le Jura, construites d'après les modèles fournis par la France, qui en avait déjà créé dans ses départements. Mais la France a fait de mauvaises expériences; elle a reconnu que ce n'était pas au moyen des fermes modèles qu'on avancerait à quelque chose, qu'il fallait chercher ailleurs et s'arrêter plutôt au système des écoles d'agriculture. Notre dossier est là; un député nous l'a de-

mandé, il est à la disposition des membres du Grand Conseil. Nous espérons pouvoir arriver à doter le Jura d'institutions dans le genre de celles qu'on nous demande; la question sera toujours étudiée; seulement il faut nous accorder du temps pour que nous puissions vous apporter ici une solution.

M. Daucourt. J'espère que ce n'est pas un enterrement qu'on nous annonce par cette phrase: la question sera toujours étudiée. Je préfère que le mot toujours soit effacé. Il y a assez longtemps que cette question a été étudiée et si l'honorable député dont a parlé M. de Wattenwyl veut bien prêter son con-cours en cette occasion, je crois qu'une solution peut intervenir bientôt, et j'espère qu'alors ces Messieurs répondront au vœu dont je me suis fait l'écho, - vœu qui n'est pas personnel, puisque c'est celui des sociétés agricoles du Jura, mais qui répond aussi à mon sentiment.

M. Roth. Je dois confirmer ce que vient de dire M. le directeur de l'agriculture. La direction de la Rütti a, elle aussi, très sérieusement étudié la question; on n'est pas jusqu'ici arrivé à une solution, c'est vrai, mais le concours de la Direction de l'école d'agriculture ne fera pas défaut pour la réalisation du vœu des populations jurassiennes.

Der Bericht der Direktion der Landwirschaft wird genehmigt.

hier wird die Beratung des Staatsverwaltungs= berichts abgebrochen.

Wahl zweier Ständeräte für 1894.

Bon 170 gultigen Stimmen erhalten im erften Wahlgange:

Herr Eggli " Lienhard

166 Stimmen. 142

Gewählt find somit die Herren Regierungsräte Eggli 🕝 und Lienhard, bisherige Ständeräte.

Wahl des Kantonskriegskommiffärs.

Bei 147 gultigen Stimmen wird im erften Wahlgange einftimmig als folcher beftätigt:

herr Egger, bisheriger Rantonstriegstommiffar.

Das Brafibium giebt Renntnis von folgenden eingelangten

Mationen :

I.

Les députés soussignés ont l'honneur d'inviter le Conseil-exécutif à examiner si l'élaboration d'une loi sur les apprentissages ne serait pas dans l'intérêt des contrées industrielles du canton de Berne.

Daucourt. Gouvernon. Dr Boinay. Chodat. Péteut. Fleury. Choquard.

Hennemann. Choffat.

(Der Regierungerat wird eingeladen, zu untersuchen, ob die Ausarbeitung eines Gefetes über das Lehrlings= wesen nicht im Interesse der industriellen Gegenden des Rantons wäre.)

Dr Kaiser.

II.

Der Regierungsrat wird eingeladen, Bericht und Antrag über eine Revision des Gesetzes über das Strafverfahren, zum 3wecke der rascheren Erledigung der Strafprozesse, dem Großen Rate vorzulegen.

Wyg, Großrat.

Die beiden Anzüge werden auf den Kangleitisch gelegt.

Schluß der Sigung um 11/4 Uhr.

Der Redattor: Rud. Schwarz.

Vierte Sitzung.

Donnee ging den 30. November 1893,

vormittags 9 Uhr.

Borfigender: Prafident 28 y g.

Der Ramensaufruf verzeigt 199 Anwesende. Abwesend sind 68, wovon mit Entschuldigung: die Herren Bourquin, Burger, Burkhalter, Friedli, Häberli (Narberg), Hari (Adelboden), Heß, Horn, Houriet, Kohli, Lehmann, Lenz; Mérat, Moser (Herzogenbuchsee), Rosselet, Schweizer, Jürcher, Jhro; ohne Entschuldigungen abwesend sind: die Herren Aeby, Beguelin, Belrichard, Beutler, Bircher, Boillat, Boinay, Boß, Brand (Tavannes), Brunner, Bühlmann, Burruß, Chodat, Comment, Coullery, Cuenin, Fahrny, Frutiger, Gerber (Stessisburg), Gerber (Unterlangenegg), Glauß, Guenat, Hahre, Heißenburg), Hennemann, Hilbrunner, Hoser (Oberönz), Hosetetler, Howald, Hubacher, Hussen, Kaiser, Krenger, Meyer (Biel), Minder, Morgenthaler (Ursenbach), Mouche, Kägeli, Beteut, Käß, Rehmond, Stämpsli (Bern), Stessen (Mabiswyl), Sterchi, Stoller, Thönen, Tieche (Bern), Wälchli, Wermeille, Wolf, Ziegler.

Das Protokoll der gestrigen Sigung wird abgelefen und genehmigt.

Cagesordnung:

Strafnachlafigefuche.

(Siehe Nr. 42 ber Beilagen zum Taglatt bes Großen Rates von 1893.)

Präsident. Da Regierung und Bittschriftenkommission übereinstimmen, so schlage ich vor, über die Gesuche in globo abzustimmen, es sei denn, daß gewünscht wird, es möchte dieses oder jenes Gesuch separat behandelt werden. M. Folletête. J'aimerais entendre soit de la part de M. le directeur de la police, soit de la part de la commission des pétitions, quelques explications sur le cas nº 7 des recours en grâce, qui se rapporte à une condamnation de 5 ans de réclusion, minimum de la peine prévu par le code pénal.

La commisssion des pétitions, d'accord avec le Conseil-exécutif, réduit cette peine de 5 ans de réclusion à 6 mois de détention correctionnelle. Il y a bien quelques faits qui motivent cette proposition, mais il me semble que le cas pourrait être traité spécialement et que des explications supplémentaires devraient nous éclairer sur la manière dont on est arrivé à demander une réduction aussi considérable. Le crime d'incendie se répète trop fréquemment dans notre pays, non seulement dans l'ancien canton, mais aussi dans la nouvelle partie du canton. Il est possible que les jurés aient cru devoir user des moyens de rigueur que la loi leur confère, et qu'en appliquant au cas qui nous occupe la peine de 5 ans de réclusion, ils aient voulu répondre au sentiment de l'opinion publique, laquelle désire que ces crimes aux conséquences si souvent funestes pour le crédit public autant que pour les particuliers soient réprimés sévèrement.

M. Stockmar, directeur de la police, rapporteur du gouvernement. Le Conseil-exécutif et la commission des pétitions ne sont pas plus que le Grand Conseil disposés à l'indulgence en faveur des incendiaires, et si le cas Kübler fait exception, c'est que cette exception est justifiée par les circonstances.

Je regrette que M. Folletête n'ait pas consulté le dossier comme il l'aurait dû, qu'il ne se soit pas assuré par la lecture des actes que la proposition de remise de la peine, émanant de la Chambre criminelle elle-même, a absolument sa raison d'être.

Il s'agit en effet dans le cas particulier de ce qu'on appelle en France un crime passionnel; or, le crime d'incendie reproché à Kübler a été accompli dans des circonstances tellement exceptionnelles qu'on peut véritablement en excuser, dans une certaine mesure, l'auteur. Au fond, Kübler n'a pas incendié un bâtiment proprement dit, mais une loge de berger de pâturage, estimée au cadastre pour 150 fr. et non assurée contre l'incendie, parce qu'elle n'était pas considérée comme ayant une valeur suffisante pour cela. Kübler était arrivé à la conviction — je ne veux pas examiner les motifs qu'il peut invoquer, mais il paraît qu'il en avait de sérieux - que sa femme le trompait, et c'est sous l'empire de la passion qu'il a détruit brusquement l'abri où sa femme se retirait avec son complice. Il n'y a pas eu de dommages matériels, et quant à ceux qui peuvent avoir été causés à la femme de Kübler, le conseil communal de Sceut estime lui-même qu'il n'y en a aucun.

Nous nous sommes donc trouvés en présence de recommandations de la Chambre criminelle, qui prouvaient que le minimum légal appliqué en cette circonstance constituait une peine de beaucoup trop élevée et — comment dirai-je — un excès de justice; qu'il y avait lieu, par conséquent, de recommander officiellement le condamné à la clémence

du Grand Conseil. C'est dans ces conditions que nous vous avons proposé la transformation de la peine prononcée contre Kübler en 6 mois de détention correctionnelle.

Prafident. Ift herr Folletête befriedigt ?

M. Folletète. Comme je l'ai dit en faisant mon observation, j'ai voulu non pas formuler une proposition spéciale, mais simplement attirer l'attention du gouvernement et de la commission des pétitions sur l'inconvénient qu'il y aurait à se montrer trop indulgent dans la répression des crimes d'incendie, qui se produisent trop fréquemment dans toutes les parties du canton. C'est d'un vœu émis par les populations du canton que je me suis fait l'interprète en demandant simplement des explications.

Präsident. Da Herr Folletête keinen bestimmten Untrag stellt, so nehme ich an, er sei für den vorliegenden Fall befriedigt.

Die sämtlichen Strafnachlaßgesuche werden hierauf stillschweigend nach den übereinstimmenden Unträgen der Regierung und der Bittschriftenkommission erledigt.

Naturalisatiousgesuche.

Auf ben Antrag des Regierungsrats und der Bittschriftenkommission werden bei 117 gültigen Stimmen (erforderliche ³/3=Mehrheit: 78) die nachgenannten, in Nr. 46 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Kates von 1893 näher bezeichneten Personen in das bernische Landrecht aufgenommen, in dem Sinne jedoch, daß die Naturalisation erst mit der Zustellung der Naturalisationsurkunde in Wirksamkeit tritt:

- 1. heinrich Jakob Emil Sanber von Steinwedel, Königreich Preußen, Bankangestellter in Bern; mit 96 Stimmen.
- 2. Johann Baptist Sormanni von San Fedele de Intelvi, Provinz Como, Italien, Bauunternehmer in Kirchberg; mit 95 Stimmen.
- 3. Ludwig Friedrich Wilhelm Gottfried Rahlfs, früher von Bissendorf in Hannover, jest heimatlos, Apotheker in Bern; mit 93 Stimmen.

4. Joseph Lorenz Arnotti von Alagna in Piemont, Ghpfer und Maler in Thun; mit 95 Stimmen.

5. Karl Heinrich Rulfa von Bauten, Königreich Sachsen, gewesener Wirt in Bern; mit 91 Stimmen.

6. Louis Albert Pflieger von Befançon in Frant-

reich, Coiffeur in Thun; mit 98 Stimmen.

7. Karl Faußer, von Gailborf, Königreich Württemberg, Korbmacher in Burgdorf; mit 90 Stimmen.

Staatsverwaltungsbericht für das Jahr 1892.

Fortsetzung der Beratung. (Siehe Seite 410 hievor.)

Bericht der Direktion des Gemeinde: und Kirchenwesens.

Marcuard, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Wie Sie aus dem gedruckten Bericht ersehen
können, hat die Staatswirtschaftskommission keinen Antrag zu stellen. Die Delegation hat die Geschäftskontrolle
berisziert und gesehen, daß einige Geschäftskontrolle
berisziert und gesehen, daß einige Geschäfte nicht erledigt
sind. Leider konnten wir dieselben mit dem Herrn Direktor nicht durchgehen, weil, worüber ich mein Bedauern
aussprechen möchte, Herr Regierungsrat Eggli vor einiger
Zeit ziemlich schwer erkrankt ist, Ueberhaupt scheint auf
dieser Direktiou etwas Mißgeschick zu herrschen. Der
Direktor ist erkrankt, auch der Sekretär ist im Jahre
1892 erkrankt, so daß er seine Demission einreichen
mußte und der neugewählte Sekretär, der seine Stelle
auf 1. Januar 1894 antreten sollte, ist, wie Sie in den
Zeitungen gelesen haben, plöglich gestorben, so daß die
Stelle aus neue ausgeschrieben werden muß.

Die Delegation der Staatswirtschaftskommission zweiselt nicht, daß Sie alle den Staatsverwaltungsbericht sleißig lesen; sie glaubt aber doch besonders die Gemeindebehörden auf die verschiedenen Entscheide des Regierungsrates aufmerksam machen zu sollen, die in dem Berichte aufgeführt werden. — Ich empfehle Ihnen den

Bericht zur Genehmigung.

M. Folletête. Je demande à présenter une simple observation au sujet de l'alinéa 2 du chapitre consacré aux cultes dans le rapport de la commission d'économie publique. Il paraîtrait d'après les lignes que j'ai sous les yeux, que la Direction des cultes reçoit périodiquement des demandes de modification des circonscriptions paroissiales actuelles. Il n'y a là rien d'étonnant. Mais je ne saurais laisser passer la manière dont le rapport de la commission d'économie publique rend compte de la situation à ce propos. Voici comment s'exprime la commission;

«... Ce sont pour la plupart des requêtes de conseils paroissiaux et de communes catholiques du Jura, mais il n'est guère possible de s'en occuper avant qu'on discute la question de savoir s'il y a lieu de reviser le décret relatif à la nouvelle organisation des paroisses catholiques du Jura...

**

Output

Description

Desc

Je ne puis admettre cette rédaction sans rectification. Le Grand Conseil se rappellera peut-être qu'il y a passablement longtemps — la date exacte n'est pas présente à ma mémoire — il y a au moins une année, j'ai développé devant lui une motion qui tendait à ce qu'il plaise au Grand Conseil d'examiner la question de savoir s'il ne serait pas opportun, même nécessaire, de reviser le décret du 7 avril 1874 sur les nouvelles circonscriptions paroissiales catholiques du Jura. Je faisais remarquer les nombreux inconvénients auxquels avait donné lieu et donne encore lieu ce bouleversement tout à fait anormal dans l'or-

ganisation de nos paroisses et les troubles qui en résultent non seulement pour les services publics, mais aussi pour le service des anciennes paroisses restées succursales, dont les desservants ne reçoivent rien de la caisse de l'Etat. Le Grand Conseil adopta ma motion, il la prit à l'unanimité en considération. La Direction des cultes ne s'y était pas opposée non plus; seulement, elle demandait que le Conseilexécutif fût invité à examiner la question de savoir si la revision des circonscriptions paroissiales devait être entière ou partielle. D'après les observations de la commission au rapport officiel de l'Administration de l'Etat, « la question de savoir s'il y a lieu de reviser le décret relatif aux circonscriptions paroissiales actuelles dans la partie catholique du Jura» n'est pas vidée; or, j'estime qu'elle l'est par le fait de la prise en considération de la motion que j'ai eu l'honneur de présenter au Grand Conseil, signée de députés du Jura catholique appartenant aux deux opinions; je n'ai fait en cette occasion qu'indiquer un besoin ressenti par toute la population catholique du Jura; cette population est convaincue que l'organisation actuelle ne peut pas subsister plus longtemps sans graves inconvénients.

A mon point de vue, la question est donc tranchée par la prise en considération de ma motion. La revision des circonscriptions paroissiales doitelle être faite intégralement ou partiellement? C'est là un point à examiner par le gouvernement. En tout cas, je rappelle cette affaire importante au souvenir des membres du gouvernement présents dans cette enceinte. Je sais que le directeur des cultes, l'honorable M. Eggli, s'est trouvé une partie de l'année, peut-être tout l'été, dans un état de santé qui ne lui accordait pas le temps nécessaire pour vaquer à ses nombreuses occupations et que si le projet de revision du décret n'a pas encore été examiné, c'est grâce à ces circonstances, à cet obstacle inattendu dont je tiens compte largement, du reste. Mais j'espère que le Grand Conseil ne perdra pas de vue l'objet auquel nous attachons tous une importance extrême.

Präsident. Herr Folletste stellt keinen bestimmten Untrag; von seiner Bemerkung wird Notiz genommen werden.

Der Bericht ber Direktion bes Gemeinde= und Kirchen= wesens wird genehmigt.

Es folgt nun noch die

Schlußabstimmung.

Staatsrechnung für das Jahr 1892.

(Siehe die Arn. 31 und 41 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1893.)

Marcuard, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Aus dem gedruckten Bericht der Staatswirtschaftskommission können Sie sehen, daß die Delegation wie in früheren Jahren durch Stichproben die
Staatsrechnung mit den Bisatontrollen und Belegen
verglichen hat und, was die Rechnungsart anbelangt, zu
keiner Bemerkung Beranlassung hat.

Das Resultat der Rechnung ist derart, daß es, wenn auch ein Desizit von Fr. 185,000 zu konstatieren ist, nicht als ein ungünstiges bezeichnet werden darf. Das Budget sah einen Ausgabenüberschuß von Fr. 905,000 vor. Dazu kamen im Laufe des Jahres noch Nachkredite im Betrage von Fr. 378,000, so daß also eine Summe von über Fr. 1,200,000 nötig gewesen wäre, um das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hersstellen zu können. Statt dessen wir nur ein Desizit von Fr. 185,000. Welchen Dikasterien dieses Resultat zu verdanken ist, will ich nicht wiederholen.

Es wurde auf die großen Ausgaben für die Gerichtsschreibereien und die Konkursämter aufmerksam gemacht.
Ich will mich über dieses Thema nicht weiter verbreiten.
Ich nehme an, das Jahr 1892 sei ein Probejahr gewesen,
und es wird dieses Kapitel dann bei Behandlung der
Staatsrechnung pro 1893 ganz aufmerksam zu behandeln
sein. Es ist überhaupt schwierig, die Gebühren, die den
Ausgaben für die Gerichtsschreibereien und Konkursämter gegenüberstehen, richtig auseinanderzuhalten; man
weiß nicht, welche von den Gerichtsschreibereien und welche
von den Konkursämtern herrühren. Dem ließe sich dadurch abhelsen, daß man für die Gerichtsschreibereien
andere Gebührenmarken herstellen ließe, als für die Konkursämter.

Bei Besprechung des Verwaltungsberichts der Baubirektion wurde darauf ausmerksam gemacht, daß die Vorschüßerechnung große Dimensionen annimmt. Die Staatswirtschaftskommission stellt, zum Zwecke teilweiser Deckung dieser Vorschüße, solgendes Postulat: "Der Regierungsrat wird eingeladen, zu untersuchen und Bericht zu erstatten, ob der aus dem Verkauf von Wertschriften im Jahre 1893 resultierende Kursgewinn nicht zur Amortisation der Bauvorschüße zu verwenden sei." Die Delegation der Staatswirtschaftskommission, welche das Finanzwesen zu untersuchen hatte, hat auch die Staatstasse und den Wertschriftenkonto geprüft. Bei diesem Anlasse haben wir gesehen, daß ein großer Teil der eidgenössischen Eisenbahnrente verkaust werden mußte, um der Hypothekarkasse unter die Arme zu greisen. Im Inventar war die Cisenbahnrente zu 90 % aufgenommen, während sie zu 94, 95, 96 % und zu noch höhern Preisen verkauft werden konnte. Wenn ich nicht irre, wurden für circa acht Millionen Kententitel verkauft. Wenn wir nun annehmen, daß ein Gewinn von 5 % erzielt werden konnte, so macht dies die Summe von Fr. 400,000 aus, die auf den Vorschüssen abgeschrieben werden könnte. Ich möchte Ihnen daher das Postulat der Staatswirtschaftskommission bestens empfehlen.

Nicht unerwähnt möchte ich laffen den Ankauf von Jura-Simplon-Stammaktien. Der Berr Finangbirektor hat uns in Aussicht gestellt, daß sich die Regierung über diesen Ankauf aussprechen wird, und ich zweiste nicht, daß dies geschehen wird. Es handelt sich um eine etwas belikate Materie, da der Ankauf der Aktien die Folge der im April 1892 gestellten Motion der Herren Bühl= mann und Ronforten ift.

Ein altes Poftulat betrifft den Bericht über die Entftehung und die gefetliche 3wedbeftimmung der Spezialfonds. Die Finanzbirektion teilte uns mit, die bezügliche Arbeit fei im Drud und konne bemnächst verteilt werden. Auf Beranlaffung der Finanzdirektion murde von der Staatswirtschaftskommiffion bann beschloffen, es folle ber Bericht erft im Jahre 1894 erscheinen, damit alle bas Jahr 1893 betreffenden Unlagen noch aufgenommen werden fonnen.

Ich schließe meinen Bericht, indem ich die Staats= rechnung zur Unnahme empfehle und ebenfo das von der Staatswirtschaftstommiffion aufgestellte Postulat.

Die Staatsrechnung wird genehmigt; ebenso wird das von der Staatswirtschaftstommission aufgestellte Postulat angenommen.

Voranschlag für das Jahr 1894.

(Siehe die Rr. 38 und 43 der Beilagen zum Tagblatt bes Großen Rates von 1893.)

I. Allgemeine Perwaltung.

Scheurer, Finanzbirektor, Berichterstatter bes Re-gierungsrats. Ich werbe, wie in früheren Jahren und wie es auch in den vorberatenden Behörden geschehen ift, hier nur diejenigen Boften besprechen, welche gegenüber bem bisherigen Budget eine wesentliche Uenderung auf-weisen. Wo die Berhältniffe fich nicht anderten, werde ich eine Berichterstattung unterlaffen.

Zu Rubrik I, Allgemeine Berwaltung, habe ich nichts zu bemerken. Ich beantrage deren Genehmigung.

Angenommen.

II. Gerichtsverwaltung.

Angenommen.

IIIa. Juftig.

Angenommen.

IIIb. Polizei.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. In dieser Rubrik ist eine nicht unerhebliche Erhöhung der Budgetansätze eingetreten, herrührend von bem neuen Gefet über das Polizeitorps, das eine Er= höhung der Soldentschädigung für die Mitglieder des Polizeitorps vorsieht, die eine nicht unerhebliche Bermehrung der Ausgaben zur Folge hat.

Infolge nachträglicher Behandlung ber einzelnen Budgetanfage find gegenüber dem gedrudten Budget einige Abanderungen anzubringen. Bei A 1, Befoldungen der Beamten, muß, wie die Staatswirtschaftstommiffion beantragt, der Posten von Fr. 11,700 auf Fr. 7500 herab-gesetzt werden. Der Posten von Fr. 11,700 wurde auf-genommen, weil irrtümlicherweise auch die Besoldung des Polizeiinspektors, der durch das Gesetz neu geschaffen wurde, mitgerechnet wurde. Derselbe ist aber nicht ein Beamter der Polizeidirektion, sondern gehört dem Polizeiforps felbst an, so daß seine Befoldung unter C 1 ver=

rechnet werden muß.

Der Anfatz unter C 1, im Betrage von Fr. 17,000, wurde aufgenommen geftütt auf ein gang mangelhaftes Budget, das keine Details enthielt, sondern nur Minima und Maxima in einer Gefamtsumme. Es war um fo weniger möglich, einen klaren Einblick zu erhalten, als die neue Organisation noch nicht funktioniert. Man beschränkte sich daher auf das Minimum der gesetzlichen Unfage, wo nicht bereits höhere Befoldungen ausgerichtet wurden, und auf das Minimum der Bahl der Beamten und Angestellten. Run ift feither ein genaueres Budget eingereicht worden, infolgebessen der Posten auf Fr. 21,000 erhöht werden muß, welchem Antrag sich die Staats-wirtschaftskommission angeschlossen hat. Es setzt sich dieser Posten wie folgt zusammen. Vorerst muß aus dieser Posten der Volleichtschaftskannten. Summe der Polizeiinspektor besoldet werden. Die Minimalbefoldung beträgt Fr. 4000. Es mußte aber dem zu bieser Stelle Gewählten für den Anfang eine Besoldung von Fr. 4200 zugesichert werden, weil der betreffende Beamte kein Reuling mehr ist, sondern in ähnlicher Stellung sich befand und schon bisher eine naezu so große Befoldung bezog. Der zweite Offizier ift der Land= jägerhauptmann, gleichzeitig Abjunkt des Polizeiinspektors. Als solcher wird aller Boraussicht nach der gegenwärtige Landjägerkommandant gewählt werden, der gegenwärtig eine Besoldung von Fr. 3500 bezieht und auch in Zutunft nicht schlechter besoldet werden kann. Die weitern Offiziere find die Divisionschefs. Das Gesetz bestimmt beren Bahl auf 4-6. Bei der ersten Beratung wurde angenommen, man folle fich mit 4 Divisionschefs begnügen. Es wurde aber von der Polizeidirektion nach-gewiesen, daß es von Nachteil für das Korps wäre, wenn man auf 4 Divifionschefs zurudginge, indem gegenwärtig 5 sogenannte Divisionen bestehen und eine Aenderung Nachteile für das Korps zur Folge hätte und auch keine

Ersparnis bedeuten würde; denn wenn man einen der bisherigen Chefs in eine andere Stellung zurückverseten würde, müßte man ihn doch als Wachtmeister bezahlen und er würde mit der Alterszulage eine Besoldung von Fr. 2434. 50 beziehen, also nur einige Franken weniger als die Besoldung als Divisionschef betragen wird. Infolgedessen sieht das Budget 5 Divisionschefs vor und deren Besoldungen wurden wie folgt normiert: diesenige des Divisionschefs von Bern auf Fr. 3000, eine Besoldung, die der Betressende schon in seiner gegenwärtigen Stellung bezieht. Ein anderer bezieht gegenwärtig Fr. 2800, und es muß für ihn die gleiche Besoldung beibehalten werden. Für die drei übrigen ist das Minimum von Fr. 2500 angenommen, so daß die Gesamtbesoldung der Ofsiziere des Polizeisorps — richtiger würde es heißen "Beamte und Ofsiziere des Polizeisorps, indem der Polizeinspektor mehr ein Beamter ist — eine Summe von Fr. 21,000 ausmacht.

Auch im übrigen find die Zahlen der Rubrik C wefent= lich verändert. In Bezug auf den Sold der Landjäger wurde das Budget den Erhöhungen angepaßt. Bei ber Bekleidung kommt es darauf an, welches Rleidungsstück zur Erneuerung an der Reihe ift. Gine wefentliche Aenderung findet fich unter Biffer 10, Grenzbewachung, Ber-gutung der Cidgenoffenschaft. Pro 1893 war eine Ginnahme von Fr. 76,000 vorgefehen, pro 1894 nur noch eine folche von Fr. 30,000. Es rührt dies davon her, daß der Staat zur Vermehrung des Landjägerkorps einen Teil der Grenzwachtmannschaft, die er dem Bund zur Ver= fügung gestellt hatte, zurückziehen mußte. Diefer Rückzug wird noch weiter fortgesetzt werden und wahrscheinlich wird es bazu kommen, bag bie Eidgenoffenschaft bie Grenzbewachung felbst übernimmt. Ein neuer Einnahmeposten im Betrage von Fr. 20,000, entsprechend einer Gor= schrift des neuen Gesetzes, figuriert unter Biffer 9, Beitrag aus dem Ertrag der Geldbugen. Was den Poften "Rredit des Kommandanten" betrifft, so hat derselbe nur historische Bedeutung. Er ift in Rlammern beigefügt und ift nur aufgenommen, um anzudeuten, was der alte Poften, der nun aus Budget und Staatsrechnung verschwindet, für eine Rolle fpielte. Der Rommandant fällt weg und damit auch fein besonderer Kredit. Die Kredite, welche dem Polizeiinspektor für die daherigen Zwecke zur Verfügung gestellt werden, werden den Bureautosten entnommen, die mit Rücksicht hierauf um Fr. 500 erhöht wurden.

Im übrigen hat der Regierungsrat zu dem Budget der Polizeidirektion keine Bemerkung zu machen.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtsschaftskommission. Bei A 1 müssen, wie schon bemerkt worden ist, Fr. 4200, Besoldung des Inspektors, weggenommen werden, da diese Besoldung unter die Rubrik C gehört. In Bezug auf diese Rubrik C ging der ursprüngliche Antrag der Staatswirtschaftskommission dahin, den Posten von Fr. 17,000 auf Fr. 17,700 zu erhöhen. Diese Summe hätte sich wie folgt zusammengesett: Besoldung des Polizeiinspektors . Fr. 4,200

oldung des Polizeninspektors . . . Fr. 4,200 " 3,500 " 3,500 " 10,000 " 10,000

Busammen Fr. 17,700 Es zeigt sich nun aber, daß einzelne dieser Divisions= chefs schon gegenwärtig höhere Besoldungen haben, näm= lich berjenige in Bern Fr. 3000 und derjenige in Thun Fr. 2800. Ferner zeigt sich das Bedürsnis, nicht 4, sondern 5 Divisionschefs zu ernennen, wodurch indessen keine wesentliche Erhöhung der Besoldung eintritt, indem der Unterossizier, der gegenwärtig eine Division vertreten muß, schon eine Besoldung von Fr. 2434 hat, während er als Divisionschef Fr. 2500 erhalten wird. Es wird Ihnen deshalb beantragt, den Posten C 1 von Fr. 17,000 auf Fr. 21,000 zu erhöhen.

auf Fr. 21,000 zu erhöhen. Auf die andern Bosten, welche neu sind, hat die Kommission nicht des Genauern eintreten können. Die Staatswirtschaftskommission hat die Vorlage der Regierung acceptiert und beantragt Ihnen Zustimmung.

Im Sinne der neuen Anträge der Regierung und Staatswirtschaftskommission angenommen.

IV. Militär.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter der Staats= wirtschaftschaftskommission. Ohne auf Details dieser Rubrif, die im großen ganzen unverändert blieb, ein-zutreten, möchte nur im allgemeinen folgende Bemerkung machen. Die gesamten Reinausgaben find auf Fr. 247,480 budgetiert, während der Voranschlag pro 1893 nur eine Ausgabe von Fr. 218,830 vorfah. Da nun im Bolte mit vollem Recht die Meinung besteht, daß die Ausgaben der Kantone, und speziell des Kantons Bern, für das Militärwesen sich nicht vermehren, sondern vermindern sollten, so muß ich über diese Erhöhung mit zwei Worten Auskunft geben. Sie rührt in der Hauptsache nicht von einer Bermehrung der Ausgaben her, fondern von der Berminderung eines Einnahmepoftens bei der Kasernenverwaltung. Unter Zisser 6 ist die Vergütung der Eidgenossenschaft nur mit Fr. 64,000 eingestellt, während das Budget pro 1893 eine Summe von Fr. 84,000 enthält. Diese Fr. 64,000 sind diesenige Summe, welche der Bund bem Ranton laut Bertrag für die Benütung der Militaranftalten bezahlen muß, und der Regierungsrat glaubt, fich auf diese Summe beschränken zu sollen. Wenn pro 1893 Fr. 84,000 bud-getiert wurden, so geschah es mit Rücksicht auf sicher in Aussicht stehende außerordentliche Ginnahmen infolge außerordentlicher Benützung der Militäranstalten, die für 1894 nicht mit Sicherheit in Aussicht stehen. Dies ift der hauptgrund für diese scheinbare Mehrausgabe.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtsschaftskommission. Wie Ihnen soeben mitgeteilt worden ist, hat das Budget der Militärdirektion große Beränderungen nicht erlitten. Die Hauptänderung liegt in der Wenigereinnahme für die Militäranstalten, indem weniger Militär auf den Wassenblaß Bern kommen wird, als pro 1893 vorauszusehen war. Die bezügliche Differenz beträgt Fr. 20,000. Bei der Zeughausverwaltung sind noch etwelche Besoldungserhöhungen im Betrage von circa Fr. 1600 eingetreten; sonst weist das Budget keine Aenderungen auf.

Im Schoße der Staatswirtschaftskommission wurde die Anregung gemacht, ob es nicht angezeigt wäre, bei F, Kreisverwaltung, einzelne Aenderungen vorzunehmen in Bezug auf die Besoldung und die Taggelber der Kreistommandanten und Sektionschefs, indem es notorisch ist, daß diese Vergütungen für die Musterungen, welche die Beamten abzuhalten haben, absolut ungenügend sind. Die Finanzdirektion hat hierauf in Aussicht gestellt, daß hierüber im Lause des Jahres Vorlagen gemacht werden, mit welcher Zusicherung die Staatswirtschaftskommission sich begnügt hat. — Ich beantrage Ihnen, das Vudget der Militärdirektion, wie es vorliegt, anzunehmen.

Angenommen.

V. Kirchenwesen.

Angenommen.

IV. Erziehnng.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Das Budget der Erziehungsdirektion hat sich auch dieses Jahr wiederum um verhältnismäßig bedeutende Summen höher gestellt. Es rührt dies hauptsächlich von den größern Ausgaben her, welche budgetiert wurden, speziell für Mittelschulen, Primarschulen u. s. w., die ihrerseits eine Folge der gesetlichen Bestimmungen sind, welche beobachtet werden müssen. Es liegt überhaupt in der Natur der Sache, daß sich die Ausgaben für die Schule infolge der Vermehrung der Schulklassen, des Emporsteigens der Lehrer in höhere Besoldungsstlassen von Jahr zu Jahr vermehren. Es ist deshalb nicht nötig, diese Erhöhungen im Einzelnen näher zu begründen.

Im übrigen ift das Budget der Erziehungsdirektion so ziemlich unverändert geblieben; es sind keine Reduktionen, sondern nebenbei noch verschiedene Erhöhungen eingetreten, die aber von der Erziehungsdirektion überall in einer Art und Weise begründet wurden, daß die vorberatenden Behörden entsprechen zu müssen glaubten.

Eine einzige Bemerkung ist anzubringen bei B, Hochschule, Landwirtschaftlich-chemische Bersuchs= und Kontrollstation. Hier wurde von Seite der Erziehungsdirektion beantragt, es möchten erhöhte Ansähe aufgenommen werden zur bessen Besoldung der Funktionäre (Adjunkt und Assistent), und anderseits sei ein erhöhter Beitrag der Landwirtschaftlichen Schule aufzunehmen, damit die beiden Kubriken balancieren. Der Regierungsrat hat aber beschlossen, es sei dieser Gegenstand an die Erziehungsdirektion zurückzuweisen, zum Zwecke der Antragstellung, wie dieses Institut für die Zukunft anders organisiert werden solle. Es herrscht kein Zweisel, und der Regierungsrat ist in dieser Beziehung einstimmig, daß wenn dieses Institut beibehalten werden soll, die Besoldungsansähe eine Aenderung und Erhöhung ersahren müssen. Borerst ist die Besoldung des Adjunkten, des

eigentlichen Chefs des Inftituts, mit 3000 Fr. zu gering; sie ist namentlich zu gering mit Rücksicht auf die Leiftungen, welche der gegenwärtige Inhaber nach allgemeiner Berficherung aufweifen tann. Man ift mit den Leistungen desfelben und mit seiner Thätigkeit, welche eine fehr große und ausgedehnte fein foll, allgemein zufrieden und findet, daß ein Mann in diefer Stellung und mit diefer Bildung mit Fr. 3000 zu wenig besoldet sei. Ferner ift man der Ansicht, wenn ein Afsiftent nötig sei und dieser fich als ein brauchbarer Mann ausweift und seine gange Beit dem Inftitut widmen muß, eine Befoldung von Fr. 1000 zu geringfügig sei. Aber anderseits ift nicht unbekannt geblieben, daß gegenwärtig in diesem Institut nicht lediglich für den Staat, resp. für die Landwirtschaft, gearbeitet wird, sondern daß Nebenbeschäftigungen betrieben werden. So ift zur Kenntnis gelangt, bag von diesem Institut aus bom Adjunkten unterzeichnete Cirkulare erlaffen wurden - u. a. an alle Dampfteffelbefiger worin mitgeteilt wurde, daß das Institut chemische Un-tersuchungen übernehme. Es werden in diesem Institut also auch noch gang andere Arbeiten ausgeführt als diejenigen, für die dasselbe gegründet wurde. Natürlich geschieht es gegen ein Honorar, das nicht dem Staate Butommt, fondern dem Betreffenden, der die Arbeit ausführt. Man hat denn auch Rechnungen gesehen — zwar nur wenige — von nicht gang geringem Betrage, Die von diesem Inftitut ausgestellt und an dasselbe bezahlt wurden, die aber unter den Kontrollgebühren nicht ver= rechnet wurden, da eben die betreffenden Arbeiten als Nebenbeschäftigung der betreffenden Beamten oder Ungeftellten betrachtet wurden. Man hat gefunden, das fei nicht korrekt. Entweder oder! Entweder sei ein Afsikent, wenn noch verschiedene andere Arbeiten besorgt werden fonnen, gar nicht nötig, ober aber, wenn er nötig fei, fo folle er allerdings beffer bezahlt werden, dann folle aber der Erfolg feiner Thatigfeit, die Ginnahmen, welche fließen, dahin fallen, wo er hingehort. Es ift alfo hier noch ein Zwitterding vorhanden, ein staatliches Bureau, deffen Angestellte ihre Zeit zwischen amtlicher und privater Thatigfeit teilen.

Eine andere Unregelmäßigkeit ift in gesetzlicher Beziehung vorhanden. Das Inktitut hängt nicht so in der Luft, wie es scheint; es hätte einen gesetzlichen Boden, wenn es an den richtigen Ort hingestellt und richtig organisiert würde. Gegenwärtig hängt es allerdings in der Luft. Das Geseh vom Jahre 1885 über die Organisation der landwirtschaftlichen Schule schreibt in § 2 folgendes vor: "Es wird in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Schule eine chemische Bersuchsstation errichtet. Sie hat die Aufgabe, zur Erforschung der wissenschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft beizutragen und die Verwertung solcher Ergebnisse praktisch zu vermitteln. Sie übernimmt besonders auch im Austrage von Behörden, Vereinen und Privaten die chemische Untersuchung und Wertbestimmung landwirtschaftlicher Rohstosse und Erzeugnisse aller Urt." Es soll dieses Institut demnach gesetzlich ein Vestandeil der landwirtschaftlichen Schule sein, es soll in Verbindung mit derselben stehen und demgemäß im Anschluß an dieselbe ein Institut zu Handen und zu Gunsten der Landwirtschaftlichen Schule ein solches Institut destanden, das von einem Chemiker geleitet wurde. Aus gewissen, vielsach sehr persönlichen Gründen, wollte aber dieses Institut aber dere Spresinlichen Gründen, wollte aber dieses Institut aber dieses Institut aber dere Spresinlichen Gründen, wollte aber dieses Institut aber dieses Institut bestanden, vielsach sehr persönlichen Gründen, wollte aber dieses Institut aber dieses Institut deren dere Gründen, wollte aber dieses Institut aber dieses Institut deren Gründen, wollte aber dieses Institut deren dieses Institut deren Gründen, wollte aber dieses Institut deren Gründen,

stitut nie recht prosperieren und schließlich hörte es ohne Sang und Klang, mit allgemeiner Zuftimmung, zu funktionieren auf. Das ift aber kein Grund, es nicht wieder einzuführen und in die richtige Stellung zu bringen. Dabei ift es nicht nötig, daß man die Vorschrift des Gesetels "in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Schule" so eng auffasse, daß das Institut auch räumlich mit berfelben verbunden fein muffe. Es genügt, wenn der innere, der organische Zusammenhang da ift. Das Institut kann deshalb füglich da verbleiben, wo es ift, nämlich in dem neuerstellten Chemiegebäude auf dem Bühlplat. Dagegen würde das Institut im Budget und in der Staatsrechnung unter die Rubrit "Landwirtschaft" eingereiht. Der gegenwärtige Zustand ist mehr auf persönliche Gründe zurückzuführen. Das Institut wurde wesentlich mit Rücksicht auf die Verson des Herrn Prof. Rossel errichtet, welcher sich sehr gut eignete, ein solches Institut ins Leben zu rufen und dasselbe namentlich im Anfange zu überwachen. Auch wurde es fo organifiert, weil sich in dem nämlichen Gebäude, wo herr Prof. Roffel feine anderweitige Thatigfeit ausübt, genügend Blat geboten hat. Es besteht aber tein hindernis, daß auch Butunft an dem Berhältnis des Berrn Brof. Roffel ju bem Institut nichts geandert wurde; er wurde feine Oberaufficht, feine gunftige Ginwirfung beibehalten. Gine andere Organisation wurde auch die Folge haben, daß wenn das Institut ökonomisch mit der landwirtschaftlichen Schule in Bufammenhang gebracht wurde, vom Bunde auch ein Beitrag an basfelbe erhältlich mare. Gegen= wartig erhalt man teinen Beitrag. Es ift auch in ben Eingaben um Erhöhung der Befoldungen gefagt worden, es follte angeftrebt werden, daß der Bund einen Beitrag verabfolge, und dieses Ziel wird wohl am besten dadurch erreicht, daß man das Institut an die landwirtschaftliche Schule anschließt, an die der Bund bereits feine Gubfidie ausrichtet.

Von dieser Auffassung ausgehend, ersolgte der erwähnte Auftrag des Regierungsrates an die Erziehungsdirektion und an die Direktion der Landwirtschaft. So viel ich weiß, hat auch die Staatswirtschaftskommission diesebzüglich einen Beschluß gefaßt, der durch ihren Herrn

Bräfidenten mitgeteilt werden wird.

Die Hauptsache, was für heute von Interesse ist und die nähern Freunde dieses Instituts am meisten interessieren wird, ist, daß in den Behörden Einverständis darüber herrscht, daß die Beamten dieses Instituts, so weit sie nötig sind und unter Vorbehalt einer gehörigen Organisation, ihren Leistungen und ihrer Thätigkeit angemessener besoldet werden sollen. Dies kann geschehen abgesehen von den Summen, wie sie im Budget enthalten sind, die nur als provisorische betrachtet werden müssen. Der Regierungsrat wird seine Beschlüsse fassen unter Vorbehalt der erforderlichen Nachtredite, die aber bei einer solchen Behandlung der Sache implicite schon heute als vom Großen Kate bewilligt betrachtet werden fönnten und nur der Form halber noch vorgebracht werden müßten.

Schmid (Andr.), Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Das Budget der Erziehungsdirektion sieht eine Bermehrung der Ausgaben um Fr. 49,715 vor. Es ist eine Bermehrung selbstverständlich, da die Beiträge an die Primar- und Mittelschulen infolge der Bevölkerungsvermehrung immer mehr zunehmen. Die Besolbungsverhältniffe haben fich nicht viel verändert. Sie sehen im Gegenteil, daß der Ansatz für Besoldungen der Professoren der Hocket in Gegenteil, daß der Ansatz sieser steht als letztes Jahr. Im allgemeinen ist daher zu diesem Budget nichts zu bemerken.

Von der ökonomischen Gesellschaft murde eine Gin= gabe an die Staatswirtschaftstommission gerichtet, es möchten die Befoldungen der Adjunkten und des Affi= ftenten der landwirtschaftlich=chemischen Bersuchs= und Rontrollstation erhöht werden. Der Herr Finanzdirektor erklärte, es sei diese Eingabe der Regierung nicht ein= gereicht worden. Die Staatswirtschaftskommiffion mußte nun ihre Aufgabe fo auffaffen, es fei diefe Eingabe junächst der Regierung zur Berichterstattung zuzuweisen, was auch geschehen ist. Bei der Beratung des Budgets konnte man deshalb darauf keine Rücksicht nehmen. Gestern nun hielt die Staatswirtschaftskommission zur Behandlung einiger Gefchäfte noch eine Sitzung und nahm in derfelben den Bericht der Regierung über Diefen Punkt entgegen. Derfelbe geht dahin, vorderhand feine Alenderung vorzunehmen, wohl aber das Institut admini= ftrativ und ökonomisch der Hochschule zu entziehen und unter die Berwaltung der landwirtschaftlichen Schule zu ftellen, da dies einzig der gesetzliche Buftand fei. Wie Ihnen mitgeteilt wurde, ift im Gefet über die land= wirtschaftliche Schule ein solches Inftitut vorgesehen, und es ist Ihnen auch gesagt worden, warum das In-stitut von der Rütti wegkam. Ich möchte dazu noch bemerken, daß, so viel mir in Erinnerung ist, Herr Prof. Rossel zuerst an diesem Institut wirkte. Erst nach= bem Berr Prof. Roffel nach Winterthur berufen worden war, machte sich die Sache nicht mehr nach Wunsch, was wahrscheinlich an den betreffenden Persönlichkeiten lag. Es wurde dann das Institut als Appendix der Chemie der Hochschule einverleibt; aber ich glaube nicht, daß man damals baran bachte, es auch im Rechnungs= wesen von der landwirtschaftlichen Schule, zu welcher bas Institut gehört, abzutrennen und unter die Soch= schieft gehot, abzutennen und unter die Sochsschule zu stellen. Gleichwohl hat sich das Verhältnis mit der Zeit in dieser Weise gemacht. Die Staats-wirtschaftskommission glaubt nun, im Einverständnis mit der Regierung, es sollte hier Remedur geschaffen werden, und sie stellt Ihnen nun den bestimmten Antrag, bie Regierung, refp. die Erziehungsdirektion und die Direktion der Landwirtschaft möchten eine Borlage bringen, wie dieses Institut administrativ wiederum der land= wirtschaftlichen Schule unterstellt werben könne, ohne daß man in Bezug auf die Räumlichkeiten und vielleicht auch in Bezug auf die Oberaufficht des herrn Prof. Roffel etwas andere. Die Staatswirtschaftstommiffion glaubt mit der Regierung, daß dies möglich ift; nur kann es nicht bei der Beratung des Budgets geschehen, fondern es muß darüber eine besondere Borlage gemacht werden. Das könnte in gang kurzer Zeit geschehen und bei biesem Unlaffe könnten bann auch die Besolbungs= erhöhungen der betreffenden Beamten beschloffen werden. Es ift nicht ganz gleichgültig, ob dieses Institut unter der Hochschule oder unter der landwirtschaftlichen Schule figuriert. Aus dem Budget ersehen Sie, daß die land-wirtschaftliche Schule an die Hochschule für dieses In-stitut einen Beitrag von Fr. 3100 ausrichtet. Schon bas ift etwas Unnatürliches. Ferner wurde bemerkt, es fei auch von großem Intereffe, daß die Rechnung diefes Instituts unter ber landwirtschaftlichen Schule erscheine, damit für dasselbe ebenfalls der Bundesbeitrag verlangt werden könne. Wie weit dies möglich ist, wird sich zeigen, wenn die Verwaltung der landwirtsschaftlichen Schule ihr Budget und ihre Rechnung aufstellt.

Die Staatswirtschaftskommission beantragt Ihnen somit, das Budget der Erziehungsdirektion unverändert zu genehmigen und die Regierung einzuladen, durch die Erziehungsdirektion, in Berbindung mit der Direktion der Landwirtschaft, eine Borlage zu bringen, wie die landwirtschaftlichechemische Bersuchse und Kontrollstation administrativ und ökonomisch aus der Hochschulrechnung herausgenommen und unter die Rechnung der landewirtschaftlichen Schule gestellt werden könne.

Dr. Gobat, Erziehungsdirektor. Ich bin über den Antrag der Staatswirtschaftskommission, den ich bis jest nicht kannte, etwas verwundert. Die Hochschule hat die Errichtung dieses Instituts absolut nicht gesucht, sondern es ist ihr dasselbe von dem Borganger des gegenwärtigen Beren Direktors der Landwirtschaft aufgezwungen worden, indem nachgewiesen wurde, daß die Station, fo lange fie auf der Rutti war, der Landwirtschaft fast teine Dienfte leistete. So wurde denn das Institut vor bald zwei Jahren an der Hochschule eingerichtet, in der Weise, daß es gleichwohl mit der landwirtschaftlichen Schule in Berbindung bleiben, das heißt, daß die Ausgaben der Sochschule dadurch nicht vermehrt werden sollen, indem das Betriebsdefizit von der landwirtschaftlichen Schule zu beden fei. Damit war ein neues Inftitut gefchaffen, welches auf eigenen Sugen ftand in dem Sinne, daß es einen Bestandteil der Hochschule bildete, wie die vielen andern Inftitute derfelben.

Run wird heute die Frage aufgeworfen, ob dies eigentlich gesetzlich sei und ob man nicht eine Organisation schaffen muffe, welche fich dem Gefete anpaffe. Das Gefet über die landwirtschaftliche Schule fagt, es solle "in Berbindung mit der landwirtschaftlichen Schule" eine chemische Versuchsstation eingerichtet werden. Was hat man sich wohl unter ben Worten "in Berbindung mit der landwirtschaftlichen Schule" vorgestellt? Man wird fich wahrscheinlich teine fehr klare Borftellung der Sache gemacht haben; aber ich bin überzeugt, daß der Gedanke der war, es folle diefes Inftitut geschaffen werden, um fich in den Dienft der Landwirtschaft zu stellen. Aber ich glaube nicht, daß die Absicht die war, es folle das Inftitut auf der Rütti felbst eingerichtet werden. Schon damals mußte man ja einsehen, daß das Institut, auf der Rütti plaziert, der Landwirtschaft am wenigsten Dienste leiften konnte, indem es große Apparate, komplizierte Einrichtungen und namentlich leitende Krafte voraussett, welche auf der Rutti bei ihrem schlechten Budget kaum zu finden waren. Ein folches Institut kann mit der landwirtschaftlichen Schule ebenso gut in Berbindung fteben, wenn es in der Stadt Bern installiert wird. Die Hauptsache ift, daß das Institut der Landwirtschaft Dienste leiftet. Sobald dieser Zweck erreicht wird, ift dem Befet ein Benüge geleiftet, befinde sich dann das Institut wo es will.

Allein wenn dies auch nicht richtig wäre, wenn der Sinn des Gesetzes der wäre, daß die Station absolut auf der Rütti eingerichtet werden musse, so ist anderseits zu konstatieren, daß die Hochschule in Bezug auf die Errichtung von Instituten nicht beschränkt ist, sondern das

Recht hat, von sich aus eine landwirtschaftlich=chemische Bersuchsstation einzurichten, so gut wie sie befugt war, ein anatomisches Institut, ein physiologisches Institut zc. einzurichten. Bon diesem Standpunkt aus betrachtet, läuft die ganze Frage barauf hinaus, zu untersuchen, ob es nicht nötig mare, um dem Gefete ein Benuge gu leiften, eine zweite Station auf der Rütti einzurichten. So löst sich die Frage auf. Allein es scheint mir sehr sonderbar zu fein, daß, nachdem man an der Bochschule diefes Institut ins Leben gerufen und eingerichtet hat, nachdem dasselbe große Arbeiten übernommen, tausende von Analhfen gemacht und das Bublifum vor Betrug und Schaden behütet hat, man nun auf einmal fagt, man wolle die Sache von einem andern Standpunkt ansehen und das Inftitut anderswohin verpflanzen. Denn ich konftatiere, daß es bei der Sochicule nicht bleiben kann, ohne daß es einen Bestandteil berfelben und der Verwaltung der Erziehungsbirektion bildet. Es ift unmöglich, bas Inftitut mitten im chemischen Laboratorium der Hochschule zu belaffen, es aber der Direktion der Landwirtschaft zu unterftellen.

Es wurde diese ganze Angelegenheit zur Sprache gebracht infolge eines sehr kleinlichen Umstandes, nämlich durch eine Denunziation, von welcher ich erft Kenntnis erhielt, als fie im Regierungsrate gur Sprache tam, eine Denunziation, welche dahin geht, daß der Uffistent des Instituts sich mit chemischen Analysen befasse, welche nicht mit der Station in Verbindung stehen. Ich habe die Sache untersucht. Es ist allerdings richtig, daß Herr Dr. Bogt, Affistent an der landwirtschaftlich-chemischen Berfuchsftation, ein Cirkular an die Befiger von Dampf= kesseln erlassen hat, worin er denselben seine Dienste für die Analyse des Waffers anbot, das fie zur Speisung ihrer Reffel benuten. Herr Bogt hat sich speziell mit der Frage der Resselsteinbildung und der Orydation der Dampf= teffel befchäftigt; es war diefe Frage Gegenstand feiner Dottordiffertation und wie es scheint mit ziemlichem Erfolg. Er wurde nun von dem betreffenden Profeffor ermutigt, der Sache weitere Folge zu geben und fich speziell auf dieses Gebiet zu verlegen, also auf die Ber-hütung der Kesselsteinbildung und der Orydation der Dampftessel, bekanntlich zwei Umftande, welche den Betrieb der Gisenbahnen und Dampfschiffe, der Fabriken 2c. fehr beeinträchtigen. Berr Bogt hat bies gethan und die verschiedenen Dampfteffelbesitzer eingeladen, ihm das Waffer, das fie für die Speifung ihrer Dampfteffel benüten, zuzusenden. Er hat dieses Wasser untersucht, hat die Fehler desselben entdeckt und den Dampftesselbesitzen die Mittel mitgeteilt, welche zur Berhütung der Reffelsteinbildung und der Oxydation anzuwenden feien. Dabei hat er sie eingeladen, ihm auch später wieder Wasser= proben zu schicken, bis einmal die Mittel vollständig ge= funden find, womit den erwähnten Schaden vorgebeugt werden tann. Natürlich verlangte herr Bogt für feine Arbeit eine kleinere Remuneration, und auf diefe Beife hat er allerdings feine Stelle etwas verbeffert. Aber ich muß Ihnen gur Richtigftellung diefer vor bem Regierungs= rat absolut in unrichtiger Weise angebrachten Beschuldi= gung folgendes fagen. Ginmal ift ber Affiftent ein aus-gebildeter Chemiter; er ift nicht ein Student in den letten Semestern, wie viele Affistenten, sondern er hat feine chemische Ausbildung hinter fich und hat die Affistentenstelle nur angenommen, weil er zur Zeit der Ausschreibung derfelben gerade disponibel mar. Er bezieht eine Befoldung

von Fr. 1000, offenbar eine Besoldung, mit welcher in Bern fein Menfch leben fann. Es ift beshalb nicht gu verwundern, daß er feine Stelle zu verbeffern fuchte; er ftellt aber absolut in Abrede, daß er die gewöhnlichen Arbeitsftunden für feine Arbeiten verwendete, fondern er hat fich abends und nachts mit diefen Arbeiten beschäftigt. Nach dem Urteil des Direktors der Station ist es bei der großen Anzahl von Untersuchungen, welche in der Station gemacht werden, absolut nötig, daß sowohl der Abjunkt als sein Affiftent keine Minute für Neben-beschäftigungen verwenden. Ich glaube, man konne es einem schlecht befoldeten Uffiftenten nicht übelnehmen, wenn er abende oder sogar nachts einige Nebenbeschäfti= gung beforgt, um fich damit feine Staatsbefoldung aufzubeffern. Man hat mir gefagt, herr Bogt habe fich auf biefe Weife ein Nebeneinkommen von Fr. 525 verschafft. herr Bogt hatte alfo im ganzen ein Ginkommen von Fr. 1525 gehabt! Ich bedaure, daß wegen eines wirklich fo geringfügigen Umftandes, wegen einer fo kleinlichen Bemerkung, welche zudem von auswärts dem Regierungs= rate falsch mitgeteilt wurde, nun das ganze Institut in Frage gestellt werden soll. Wir werden die von der Staatswirtschaftskommission aufgeworfene Frage gern untersuchen; aber ich sehe nicht ein, warum man in dem Augenblick, wo das Inftitut im vollen Betriebe ift und demfelben von Seite der landwirtschaftlichen Genoffen= schaften nur Lob gespendet wird, nun auf einmal von einer Reorganisation des kaum organisierten Institutes spricht. Diefe Reorganisation tonnte gang gut zu einer Des=

organisation werden. Da gesagt wurde, das Institut sollte besser abgegrenzt und es sollte verhindert werden, daß es in andere Bebiete hinübergreife, so muß ich noch beifügen, daß diese Abgrenzung stattgefunden hat. Es wurde nämlich im Regierungsrate behauptet, das Institut greife in das Laboratorium für Lebensmittelchemie hinüber, indem es fich durch das Organ des unglücklichen Affistenten Bogt mit der Untersuchung von Baffer beschäftige. Diese Behauptung stammt wahrscheinlich vom Herrn Kantons= chemiker; ich kann aber nicht begreifen, wie er, der das Eirkular des Herrn Bogt gelesen hat, zu einer folchen Behauptung kommen kann. Der Kantonschemiker hat das Wasser in hygienischer Beziehung zu untersuchen, ob es für die Gesundheit schädlich sei, er hat es aber nicht zu untersuchen in Bezug auf die Eigenschaften, welche den Reffelstein und die Orndation herbeiführen. Das ist ein gang anderes Gebiet, das den Kantonschemiter gar nichts angeht. Das Gebiet ber landwirtschaftlichechemischen Station ift vollständig abgegrenzt, indem die Erziehungs= direktion über die verschiedenen Verrichtungen der Station ein Reglement und einen Gebührentarif erlaffen hat. In § 2 desfelben heißt es: "Die Station befagt fich mit ber Untersuchung von naturlichen und fünftlichen Dung= mitteln, von Erdarten, von Mehl und Futterftoffen und fo viel es Zeit und Umftande erlauben mit noch andern Untersuchungen, welche im Interesse der Landwirtschaft und naheliegender Gebiete liegen." Sie feben, daß man ftreng innert der Grenzen einer wirklichen landwirtschaft= lich-chemischen Kontrollstation geblieben ift und fich nicht in andere Gebiete einmischt, die bem verfolgten Zwecke absolut fremd find. Ich glaube deshalb, daß diese Station es nicht verdient hat, dem Großen Rate als eine folche fignalifiert zu werden, welche nicht gut organifiert fei ober fich für Dinge intereffiere, die fie nichts angehen.

v. Steiger, Regierungsrat. Ich hatte nicht im Sinne, mich in die Distuffion einzumifchen, muß mir aber einige Worte erlauben, um irrtumliche Meugerungen des herrn Erziehungsdirettors richtigzustellen. Der herr Erziehungsbirektor hat fich bahin geaugert, mahrscheinlich habe fich der Kantonschemiter beklagt, daß herr Bogt auch Wafferuntersuchungen mache, welche sonft dem kantonalen Laboratorium jugewiesen seien, bas bieselben, beiläufig bemerkt, dreimal billiger berechnet und fie für Gemeinden und Gesundheitskommissionen sogar gratis besorgt. Der herr Erziehungsdirektor hat bemerkt, herr Bogt habe feine Wafferuntersuchungen bloß mit Rudficht auf die Keffelsteinbildung gemacht. Das ift nicht richtig. Soweit ich mir folche Gutachten verschafft habe, betrafen fie 3. B. die Untersuchung des Wassers auf einer Alp, wo sich die Leute wenig um den Resselftein bekummern. Der Sanitätsrat eines andern Kantons hatte dieses Baffer untersucht, und es wurde dann noch das Butachten des Herrn Bogt eingeholt. Das zur Richtigstellung! Der Kantonschemiker hat sich über die Untersuchungen bes Wassers mit Rücksicht auf die Kesselsteinbildung durchaus nicht beklagt; aber wir halten dafür, es sollen die Gebiete der beiden Laboratorien flar und fauber auseinander gehalten werden. Der Staat foll beide La= boratorien gleichmäßig behandeln, und es foll nicht das eine dem andern die Aufträge abjagen. Ueberhaupt foll man sich nicht auf den Boden der Reklame und der Jagd nach Aufträgen stellen, sondern es foll jeder wiffen, welches feine Aufgabe ift, und diefer Aufgabe fo gewiffen= haft als möglich nachkommen.

Fueter. Ich möchte in erster Linie der Finanz-direktion und der Staatswirtschaftskommission meinen Dank aussprechen für ihr Entgegenkommen bezüglich der Erhöhung der Befoldung des Abjunkten und des Uffi-ftenten der landwirtschaftlich-chemischen Bersuchs- und Kontrollstation. Ich bin aber gleichwohl im Fall, einen bestimmten Untrag zu stellen und zwar beshalb, weil ich gerne ein positives Resultat haben möchte. Ich stelle den Antrag, es fei der Kredit für diese Station aus dem Beitrag zur Förderung der Landwirtschaft um Fr. 2900 ju erhöhen. Für ein junges Inftitut, wie diefes, bas in raschem Aufblühen begriffen ist, ist es durchaus nötig, daß die Kräfte, welche darin arbeiten, nicht schon nach furger Beit meggehen, fondern demfelben erhalten bleiben. Ich habe schon im Februar dieses Jahres bei Beratung des Budgets darauf hingewiesen, daß ein erhöhter Posten in Aussicht genommen werden muffe, indem die Arbeit rapid zunehme. Bas den Leiter des Inftituts betrifft, so übernahm er die Arbeit nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß ihm, geftütt auf Artikel 19 des Gefetes über die landwirtschaftliche Schule, zwei Uffiftenten an die Hand gegeben werden, welche für ihre Untersuchungen volle Garantie bieten.

Wie sich diese Station einlebte und zu einem Bebürsnis der Landwirtschaft wurde, kann ich Ihnen an Zahlen nachweisen. Um 26. Januar 1892 hat Herr Prosessor Kossels die Station übernommen und es wurden in jenem Jahre 416 Muster untersucht mit etwa 1000 Einzelbestimmungen. Im laufenden Jahre nun ist die Zahl von 1000 Mustern mit mehr als 2600 Einzelbestimmungen bereits überschritten. Die Arbeit hat sich also auf das 2½ sache vermehrt. Als im Jahre 1891 der Kantonsechemiter mit Recht erklärte, es sei ihm infolge vermehrter

Arbeit für das kantonale Lebensmittellaboratorium nicht möglich, die Station weiter zu leiten — während längerer Zeit befand sich nämlich das Institut weder auf der Rutti noch auf der Hochschule, sondern es bestand ein Interregnum, während beffen berr Kantonschemiker Schaffer das Institut selbständig leitete — tauchte die Frage auf, namentlich in Kreisen, welche dem Institut nicht guuftig gefinnt maren, ob es nicht beffer mare, dasselbe eingehen zu laffen, da die meisten Genoffen= schaften ihre Artitel in Burich untersuchen laffen. Es wurden aber andere Stimmen laut, darunter namentlich diesenigen der früheren Direktoren der Landwirtschaft, der Herren Räz und Willi, welche sehr davor warnten. Wie hat sich nun die Sache in der Praxis gemacht?

Es hat fich nur zu fehr erwiesen, daß es durchaus nicht vom Guten ift, wenn in der gangen Schweiz nur eine Station existiert und feine zweite Station ba ift, die zur Kontrolle der in Burich ausgeführten Arbeiten dienen kann. Es zeigte fich ferner, daß es im höchsten Intereffe ber Landwirte liegt, daß dieselben mit der betreffenden Station möglichst Fühlung haben und statt daß sie ihre Gegenstände nach Burich schieden und dorthin schreiben muffen, in schwierigen und preffanten Fällen perfonlich mit dem Leiter verkehren können. Es zeigte fich ferner, daß es durchaus nötig ift, daß wir eine folche Station haben, indem oft Mufter untersucht werden muffen, die eine rasche Untersuchung erfordern und wo durch eine Berschleppung der Untersuchung der Landwirt sehr oft des Reklamationsrechts verluftig ginge. Die Station Zurich hat nun in der letten Zeit fo viel zu thun gehabt, daß sie den Aufträgen nicht mehr nachleben konnte, und ich weiß von sehr kompetenter Seite, daß es unmöglich gewesen ware, die Sache auf dem Fuße zu belaffen ohne eine mit großen Kosten verbundene Erweiterung der Anstalt vorjunehmen. Run hat unfere bernifche Station der Station in Burich bedeutende Arbeit abgenommen, und ich weiß, daß dies dort nicht so ungern gesehen worden ift. Infolgedeffen ift auch anzunehmen, daß für unfere Station ebenfalls ein Bundesbeitrag erhältlich fein wird. Es ift vielleicht gerade jest hiezu der günftigste Moment. Es ist gegenwärtig eine ftanderatliche Kommiffion versammelt, um in Sachen ber Reform des Unterftutungswefens in Bezug auf die ganze Landwirtschaft Beschluß zu faffen, in welcher der Kanton Bern, so viel ich weiß, durch Berrn Regierungsrat Lienhard vertreten ift. Es ift mit Sicherheit anzunehmen, daß in der Folge auch unsere Unstalt vom Bund unterftüt werden wird. Es ift dies auch der Grund, warum eine Subvention der Rutti im Betrage von Fr. 3100 im Budget vorgesehen wurde, weil auf diese Weise ein Bundesbeitrag gesichert werden

In Bezug auf den Ruten und die Tragweite dieser Anstalt für die Landwirtschaft möchte ich noch einzelne wenige Momente anführen. Es liegen mir eine Reihe bon Untersuchungen aus diefem Jahre bor, welche zeigen, wie fehr der Landwirt darauf angewiesen ift, sich nach allen Richtungen gegen Betrug und Uebervorteilung zu schützen. Es find eine ganze Reihe von Superphosphaten und Ralifalzen untersucht worden, welche lange nicht den garantierten Gehalt an Phosphorfäure und Kali enthielten. Es wurden ferner eine Reihe von Futtermehlen und Sesamkuchen untersucht, und es kamen dabei soge-nannte Reisssuttermehle zum Vorschein, welche keine Spur von Reis enthielten. Von 80 untersuchten Mustern von

Thomasschlacke mußten 57 beaustandet werden, weil sie samt und sonders weit unter dem garantierten Phosphorfäuregehalt waren. Geftütt auf diesen geringern Gehalt konnte eine Bruttventschädigung von Fr. 2031 beansprucht werden, also nahezu diejenige Summe, von welcher ich beantrage, daß fie zur Erhöhung der Befol-

dungen ins Budget aufgenommen werde.

Es handelt sich in erster Linie darum, daß dieses Institut lebensfähig bleibe, daß kein Wechsel eintrete, was, wie ich ganz bestimmt versichern kann, der Fall sein wird und im höchsten Grade zu bedauern wäre, wenn die Besoldungen nicht möglichst bald erhöht werden. Die Unmaffe von Untersuchungen erfordert die ganze und volle Thätigkeit von zwei Personen, welche nicht gewöhn= liche Arbeiter find, sondern rasch und sicher arbeiten muffen. Ich habe die Kontrolle über das dritte Quartal dieses Jahres vor mir. In demfelben wurden 280 Mtufter untersucht und zwar alle in Zeit von zwei bis drei Tagen; oft wurden fie noch am gleichen Tage erledigt, fo daß am 1. Oftober nicht ein einziger Rückstand vorhanden war.

Es ist noch ein anderer Grund, weshalb ich einen Bechfel im höchften Grade bedauern wurde. Wir haben gegenwärtig eine größere Arbeit in Ausficht genommen und bereits angefangen, nämlich eine Untersuchung der Boden= arten bes Mittellandes, namentlich der Bobenarten, wo der Uebergang von der Juraformation zur Molaffe ftattfindet, eine Arbeit, welche für den Landwirt von großer Tragweite fein muß. Es ift das eine große Arbeit, und es ist durchaus nötig, daß man dafür Leute an der Hand hat, welche rafch und beftimmt arbeiten konnen.

Was nun diese bedauerliche Kontroverse in Bezug auf die Arbeitsteilung der beiden staatlichen Laboratorien anbetrifft, fo tann ich aus meiner Erfahrung fagen, daß es fehr schwierig sein wird, Normen aufzustellen, so daß nicht das eine Gebiet das andere ftreift. Ich glaube aber, auf Grund einer Verständigung sollte dies doch

möglich fein.

Was die Speiswafferuntersuchungen des Herrn Vogt anbetrifft, fo mochte ich darauf aufmerksam machen, daß es sich um eine Arbeit handelt, die von großer Tragweite ift und zwar auch für die Landwirtschaft überall da, wo Dampfteffel verwendet werden. Es ware fehr ichade, wenn diese Arbeit nicht fortgefest wurde; ju diesem Zweck muffen die betreffenden Dampfteffelbefiger zwei=, dreimal ihre Mufter einschicken, die untersucht werden muffen, um den Betreffenden fagen zu konnen, mit welcher Menge Soda fie das Waffer behandeln muffen, um jede Reffelfteinbildung vermeiden zu können.

Ich glaube, es liegt sehr im Interesse der Land-wirtschaft, daß wir dafür sorgen, daß das Institut so bleibt, wie es ist. Ob man es nun als Bestandteil der Hochschule behandeln soll, will ich heute nicht unter= fuchen; es scheint mir das nach verschiedenen Richtungen eine schr schwierige Frage zu fein. Seiner Aufgabe nach gehört es eigentlich ins Gebiet der Landwirtschaft, in anderer Beziehung hängt es organisch mit der Hoch-schule zusammen. Aber auf alle Fälle möchte ich Sie bitten, die Sache in der Weise zu unterftuten, daß Sie für diefes junge und aufblühende Inftitut eine Erhöhung bes Rredits um Fr. 2900 bewilligen.

Eine Bemerkung habe ich noch vergessen, nämlich bezüglich der Einnahmen. Im Jahre 1892 wurden die Einnahmen auf Fr. 1500 budgetiert. Diese Summe wurde nicht erreicht. Warum? Weil man damals die größte Mühe hatte, die Landwirtschaftlichen Genossenschaften von Bern und Umgebung, welche ihre Waren in Zürich untersuchen ließen, zu bestimmen, dieselben in Zukunft hier in Bern untersuchen zu lassen. Dank den Bemühungen des herrn Jenni haben sie dann beschlossen, ihre Untersuchungen in Bern machen zu lassen. Insolgebessen ist die Arbeitslast ganz bedeutend gestiegen, und die für dies Jahr budgetierte Einnahme von Fr. 2300 ist bereits überschritten, so daß man wenigstens einen Posten von Fr. 2600 aufnehmen kann. Gleichwohl wird man sinden, daß die Zunahme der Einnahmen der Zunahme der Arbeit nicht direkt proportional sei. Das kommt daher, daß die Station nicht nach dem gewöhnlichen Tarif rechnen konnte, indem die Genossenschaften Abonnements haben, die 50—400 Fr. kosten, für die sie eine große Anzahl Analysen machen lassen sönnen, und wenn die Analysenzahl überschritten ist, sind die weitern Untersuchungen zu bedeutend reduziertem Tarif auszuführen. Dies ist der Erund, weshalb die Einnahmen den Arbeiten nicht direkt proportional sind.

Präsident. Herr Fueter beantragt, die Erhöhung um Fr. 2900 der Kubrik XIII B 1 a, Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen, zu entnehmen, so daß keine Mehrausgabe eintreten würde.

Müller (Emil, Bern). Ich möchte den Antrag des Herrn Fueter lebhaft unterstüßen. Ich hatte auch Geslegenheit, mich zu überzeugen, wie in diesem Institut gearbeitet wird. Bon einer Einhaltung der gewöhnlichen Bureaustunden ist im allgemeinen gar nicht die Rede, sondern die Leute arbeiten oft die tief in die Nacht hinein und zwar für die Station, da die Arbeit sich kolossala anshäuft.

Was die Bagatelle betreffend Privatarbeiten anbetrifft, so finde ich es auch bedauerlich, daß daraus eine solche Geschichte gemacht wird, um so mehr als nötigen= falls bewiesen werden fann, daß hiefur keine Minute der offiziellen Zeit in Anspruch genommen worden ift. Man verlangt doch von einem Menschen, der einen wiffenschaftlichen Beruf treibt, daß er nicht nur hand-wertsmäßig seine Aufträge erledigt, sondern man begrüßt es, wenn er Zeit findet, auch noch andere, wissenschaftliche und allgemein nügliche Arbeiten auszuführen. Und wenn der Betreffende sich dafür bezahlen lagt, so geschieht das in allen Berufsarten. Wer wird es einem Theologie-professor übelnehmen, wenn er ein Buch schreibt und fich die Berlagsrechte mahrt, oder einem Medizinprofeffor, wenn er praktiziert, was allgemein Nebung ist, obichon diese Herren andere Besolbungen beziehen als die beiden Herren, welche hier in Frage ftehen. Man wird es auch bem herrn Kantonschemiker nicht übelnehmen, wenn er wiffenschaftliche Arbeiten macht und fich dafür bezahlen läßt. Ich kann nicht begreifen, daß man es gerade biefen beiden herren, welche miffenschaftlich fehr hoch ftehen, fo fehr übelnimmt, wenn fie bas Gleiche thun, was man bei jedem andern als fein gutes Recht anerkennt. Ich möchte daher nochmals den Untrag des Herrn Fueter warm unterstüten.

Jenni. Nachdem mein Name genannt worden ist, erlaube ich mir auch einige Worte und zwar vom Standpunkte der Landwirtschaft aus. Ich glaube, wir können sowohl den Antrag des Herrn Fueter als denjenigen des

Regierungsrates annehmen. Das eine thun und bas andere nicht laffen!

Ich bin mit der Regierung und der Staatswirtschaftsfommission vollständig einverstanden, daß man gegenüber Forderungen, die seitens verschiedener Abteilungen der Sochichule gestellt werden, vorsichtig ift und dieselben fogar jeweilen mit Migtrauen aufnimmt. Es ift bies Berhalten durch frühere Erfahrungen, die wir gemacht haben, gerechtfertigt. Es tamen wiederholt Uebermarch= ungen der Kredite vor, die nicht immer begründet waren, sondern in Bezug auf die sich bei näherer Untersuchung herausstellte, daß sie auf Liebhabereien beruhten. Im vorliegenden Falle nun ist die Sache etwas anders. Es handelt fich hier um die Entschädigung der Arbeit, welche gewiffe Berfonen bem Staate leiften. Der Große Rat hat nur zu untersuchen, ob diese Entschädigung der Arbeit entsprechend ist. Herr Fueter, der im Falle ist, gestügt auf seine wissenschaftliche Bildung in dieser Spezial-branche, die Sache zu beurteilen, hat Ihnen nachge-wiesen, daß dies nicht der Fall ist, und er kommt zu dem bestimmten Antrag, es solle schon heute beschloffen werden, die Leistungen der Landwirtschaftlich=chemischen Kontrollstation sollen besser honoriert werden und zwar um den Betrag von Fr. 2900. Ich tann diefen Untrag vom Standpunkt der Landwirtschaft aus nur unterftüten. Als Prafident der landwirtschaftlichen Genoffen= schaft habe ich seit Jahren Gelegenheit gehabt, mit diesem Institut tagtäglich in Berbindung zu stehen, und ich darf mir über den Umsang der Arbeit auch ein Urteil erlauben. Ich halte dassir, eine Ausbesserung des Kredits für dieses Inftitut fei nur am Plate. Das Inftitut hat in ber verhältnismäßig turzen Beit feit feiner Reorganisation gewaltige Fortschritte gemacht; es ist ein aufblühendes Institut geworden, das sich — alle Land-wirte werden damit einverstanden sein — im ganzen Kanton Bern und über den Kanton Bern hinaus in industriellen und Sandelstreifen, die mit der Landwirtschaft in Beziehung stehen, große Anerkennung ver-schafft hat. Ich glaube deshalb, es wäre nicht gerechtfertigt, wenn man heute durch eine unrichtige Sparerei dieses Institut wieder verkümmern lassen wollte. Ich weiß gang genau, daß seitens des schweizerischen Land-wirtschaftsdepartements ein Aufblühen dieser Anstalt nicht gern gesehen wird, wie überhaupt alles, was hier in Bern in landwirtschaftlicher Beziehung gemacht wird, nur von der Seite angesehen wird, und es ist sogar leider Thatsache, daß in kantonalen Kreisen, die für landwirtschaftliche Dinge kein großes Berständnis haben, dieser Seite Gehör geschenkt wird. Man wird vielleicht einwenden, nachdem der Bund ein gleichartiges Institut in Burich unterftuge, fei es nicht nötig, auch in Bern ein folches Institut einzurichten. Allein Diese Frage kommt heute nicht mehr in Betracht, indem wir ein solches In= stitut bereits haben und zwar lange bevor das Institut in Burich errichtet wurde. Es handelt fich heute nur barum, daß wenn man die Sache will, man auch die Mittel wollen muß.

Ich möchte noch mit einigen Worten auf die Bedeutung des Instituts in landwirtschaftlicher Beziehung aufmerksam machen. Das Institut ist nicht etwa reorganisiert worden auf Wunsch der ökonomischen Gesellschaft oder der landwirtschaftlichen Genossenschaften, sondern die Regierung selbst war es, welche die Sache an die Hand nahm. Von der Direktion der Landwirtschaft wurden seiner Zeit die Landwirtschaftlichen Kreise förmlich aufgefordert, diese Institut zu unterstützen. Weil es in Handelskreisen keine Bedeutung mehr hatte, haben die Handelskreisen keine Bedeutung mehr hatte, haben die Handelskleute ihre Verträge mit der Anstalt in Zürich abgeschlossen, was zur Folge hatte, daß die Genossenschaften, wenn sie Untersuchung in Vern verlangten, die Kosten selbst tragen mußten, da die Vertreter der Handelskreise nicht an zwei Orten Verträge abschließen wollten. Gleichwohl ist man dem Gesuche der Direktion der Landwirtschaft nachgekommen und läßt die Stoffe in Vern untersuchen. Dadurch hat die Arbeit und die Vedeutung des Instituts gewaltig zugenommen, und aus diesem Grunde glaube ich, man solle den Antrag des Herdit um Fr. 2900 zu erhöhen. Aus welcher Rubrik diese Summe genommen wird, ob aus derzenigen der Erziehungsdirektion oder aus dem Vudget der Landwirtschaft, ist uns Landwirten gleichgültig; das mag die Regierung untersuchen. Aber auf alle Fälle soll der Aredit erhöht werden, damit die gegenwärtigen ausgezeichneten Kräfte dem Institut erhalten bleiben und dassfelbe nicht verkümmert.

Grieb. Ich erlaube mir, Ihnen den Antrag zu stellen, es sei unter C 7, Mittelschulen, Stipendien, der Kredit des Staates auf Fr. 14,000 zu erhöhen. Seit 16 Jahren besteht im Kanton Bern die lobenswerte Einzichtung, daß der Staat Stipendien aussetzt zur Unterstützung unbemittelter, aber begabter Schüler an Mittelsschulen, welche sich auf höhere Lehranstalten vorbereiten, und daß diese Stipendien speziell solchen Schülern zustommen sollen, deren Eltern nicht am Orte der betressenden Schule wohnen. Es soll diese Einrichtung also hauptsächlich den Schülern vom Land zu gute kommen.

Run find diefe Stipendien feit einer Reihe von Jahren gang gering. Während ursprünglich Betrage von 100 bis 200 Fr. ausgerichtet wurden, sind dieselben nach und nach zurückgegangen. Statt Fr. 100 wurden nur noch Fr. 50 oder noch weniger und ftatt Fr. 200 Fr. 100 ober höchstens Fr. 150 ausgerichtet, und viele, benen man ein Stipendium ebenfalls herzlich gut hätte gönnen mögen, damit die Eltern die Koften der Schule beffer zu fragen vermögen, find leer ausgegangen. Es hat fich nun lettes Frühjahr die Schulkommiffion des Gymnafiums Burgdorf erlaubt, bei der Erziehungsbirettion den Antrag zu ftellen, fie mochte bei Bergebung der Sti-pendien pro 1893 etwas weiter gehen, fie mochte die Beiträge etwas erhöhen und namentlich auch die und die berücksichtigen. Die Erziehungsdirektion antwortete, es thue ihr sehr leid, sie könne darauf nicht eintreten; nicht nur werden die Beiträge nicht erhöht, sondern sie werden für das nächste Jahr sogar erniedrigt werden. Die Schulkommiffion erlaubte fich hierauf, die Erziehungs= direktion anzufragen, woher das komme, es fei ja im Gesetz ein Kredit von Fr. 14,000 ausgesetzt. Die Erziehungsdirektion hat darauf geantwortet, sie sei auch der Ansicht, daß der § 5 des betreffenden Gesetzes so auszulegen sei; sie habe diese Unsicht auch schon wieder= holt verfochten, aber nicht mit Erfolg; der Große Rat habe den Kredit nur auf 5, 6 oder 7000 Fr. festgesetzt.

Ich habe wohl nicht nötig, Ihnen die Bedeutung solcher Stipendien vor Augen zu führen. Oft würden Eltern auf dem Lande einen begabten Sohn gerne in eine Mittelschule schieden, um sich auf eine höhere Lehr=

anstalt vorzubereiten; sie können das aber nich thun, weil ihnen kein Staatsbeitrag zukommt. Ich glaube deshalb, Sie werden mit mir sagen: wenn Fr. 7000 nicht genügen, so erhöhen wir den Kredit, damit wieder ordentliche Beiträge ausgerichtet werden können.

Aber wir brauchen nicht einmal von diesem Gesichts= punkte auszugehen, fondern brauchen uns bloß auf den Boden des Gefetes zu ftellen und uns zu fragen: Wollen wir unfere Gefete handhaben ober nicht. Das Gefet betreffend Aufhebung der Kantonsschule, vom 27. Mai 1877, bestimmt in § 5 klar und beutlich folgendes: "Bur Unterstützung unbemittelter aber begabter Schüler an Mittelschulen, welche fich auf höhere Lehranstalten vorbereiten, wird außer den bereits bestehenden Fonds ein jährlicher Kredit von Fr. 14,000 ausgesetzt, welcher hauptfächlich folden Schülern zugewendet werden foll, beren Eltern nicht am Ort ber betreffenden Schule wohnen." Es ist also für diesen Zweck ein jährlicher Kredit von Fr. 14,000 ausgesetzt; ich glaube, darüber sei eine Diskussion nicht möglich. Unterm 18. Oktober 1884 hat der Regierungsrat eine Berordnung ju diefem Gefet erlaffen, und in Artitel 1 derfelben ift gefagt: "Bur Unterstützung unbemittelter aber begabter Schüler an Mittelschulen, welche sich auf höhere Lehranftalten vorbereiten, wird der in § 5 bes obenermahnten Gefetes ausgesetzte Kredit von Fr. 14,000 verwendet." Auch hier ift also das Gleiche gesagt. Für die Anmeldung existiert ein amtliches Formular "Bewerbung um ein Mittel-schulstipendium". Dieses Formular wird jedes Jahr den Schülern, welche fich melden wollen, verabfolgt. Rechts oben enthält das Formular die Rotiz, es muffe mit 60 Rp. gestempelt werden. Links ist wörtlich die Bestimmung des Gesetzes aufgenommen, der Staat setze jedes Jahr für diesen Zweck Fr. 14,000 aus. Dieses Formular drückt man dem Schüler in die Hand; es wird ausgefüllt und nachher kommt der Bescheid: wir haben dich nicht berückfichtigen konnen; benn die Beftimmung des Gesetzes, die auf dem Formular abgedruckt ift, wird vom Großen Rat nicht gehalten; der Kredit wurde nur auf Fr. 5, 6 oder 7000 festgefest!

Wie aus dem Schreiben der Erziehungsdirektion an die Kommission des Ghmnasiums in Burgdorf hervorgeht, geht dieselbe mit unserer Auffassung einig, und ich denke, auch der Große Rat werde damit einverstanden sein. Sollte man das Geld nicht haben, so müßte man das Geset abändern und sagen "höch stens Fr. 14,000". Allein gegenwärtig steht dieses Wort "höchstens" nicht im Geset, und ich glaube, die Schulfreundlichseit, welche der Große Rat so oft hier an den Tag legte, sollte sich heute auch darin manifestieren, daß man erklärt: wir wollen den Beitrag des Staates für Mittelschulstipendien, dem Geset gemäß, auf Fr. 14,000 sesssiehen.

Präsident. Ich nehme an, der Antrag des Herrn Grieb habe den Sinn, daß die Summe von Fr. 14,000 unter den Rohausgaben, nicht unter den Reinausgaben, eingesetzt werden soll?

Grieb. Ja!

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Was vorerst die landwirtschaftliche Kontrollstation betrifft, so möchte ich mir auch noch einige Bemerkungen erlauben. Aus den gefallenen Boten,

namentlich aus den fehr beredten Worten des fehr kom= petenten berrn Fueter hat man die Konftatierung deffen entnehmen konnen, was schon im allgemeinen nicht bestritten, sondern angenommen wurde, das dieses Institut während der furzen Dauer seines Bestandes gute Refultate lieferte und der Landwirtschaft wesentliche Dienste leistete und daß namentlich der einte Funktionar, der Abjunkt herr Dr. Liechti, wie ich felber aus eigener Wahrnehmung konftatieren kann, mit ebenso viel Geschick, als Fleiß und Hingebung feines Umtes waltet. Damit ist aber die eigentliche Frage, welche in Diskussion liegt, nicht gelöst, sondern umgangen, nämlich die Frage, ob man den gegenwärtigen Zustand belassen und einfach für dieses Institut mehr Geld ausgeben solle, oder ob nicht Hand in Hand mit einer Erhöhung des Kredits das Institut reorganisiert und Zustände beseitigt werden sollen, welche nicht bestritten worden sind und welche niemand eigentlich mit Grund in Schutz nehmen konnte. Es betrifft bies fpeziell ben Affiftenten und feine Stellung. Man kennt da gewiffe Thatfachen; man fagt, fie feien per Denunziation bekannt geworben, was ich bestreiten muß. Wenn herr Bogt in der gangen Schweiz Cirtulare verschickt, unter anderm an alle Dampffesselbefiger, und sich gegen Bezahlung zur Vornahme von Untersuchungen anbietet, so kann es auch ohne Denunziation geschehen, daß ein Mitglied ber Staatsverwaltung ein folches Cirtular in die Sande bekommt, und ebenfo fann es geschehen, daß man in den Befit von Rechnungen gelangt, die der Betreffende ausstellte, und zwar nicht für Speiswasseruntersuchungen, sondern für Untersuchung von Brunnwasser in andern Kantonen. Wenn einem Beamten des Staates solche Sachen vorgelegt werden, so hat er nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, da= bon Ginficht zu nehmen.

Wir haben alfo einen Uffiftenten, der den Sunger= lohn, wie es den Eindruck macht, von Fr. 1000 bezieht. Von diesem Affistenten weiß man aber, daß er nicht nur für das Institut, sondern auch für Private arbeitet. Wer nun nicht näher eingeweiht ist, muß sich sagen: Entweder ift nicht fo viel zu thun, daß ein Adjunkt und ein Affistent Beschäftigung haben; in diesem Falle foll die Assistentenstelle aufgehoben und die Fr. 1000 follen dem= jenigen gegeben werden, der sie unwidersprochenermaßen verdient. Ober aber, und das ift erst noch zu beweisen, es ift absolut nötig, daß ein Afsistent da ist; in diesem Falle ift eine Borichrift aufzustellen, welche fagt, daß er seine Zeit dem Staate widmen und keine Privatarbeiten ausführen folle. Man kann lange fagen, er mache diese Arbeiten des Nachts. Vorderhand ift das nicht anzu-nehmen; auch wird er sie mit den Apparaten und In-gredienzien, welche aus dem Staatskredit beschafft werden, ausführen. Go wenigstens muß man bie Sache auffaffen. Das ift nun ein Uebelftand, der beseitigt werden muß, und ich glaube, es follte das mit der Rrediterhöhung Hand in Hand gehen. Man kann nicht wohl einem Institut, das noch in diefer Weise unregelmäßig funktioniert, einfach einen größern Kredit zur Berfügung ftellen und fagen: meinetwegen reorganifiert dann fpater.

Was den Antrag des Herrn Fueter betrifft, eine Summe von Fr. 2900 mehr zu bewilligen, welche Summe nach dem Sinn und Geift der Diskuffion zur Aufbesserung der Besoldungen dienen sollte, so kann derselbe auch nicht ohne weiteres acceptiert werden. Es würde das auf jeden der beiden Funktionäre eine Be-

foldungserhöhung von rund Fr. 1500 ausmachen. Eine folde sprungweise Erhöhung der Befoldungen ift nun aber bei uns nicht lebung, fondern die gewöhnlichen Staatsbeamten muffen es fich gefallen laffen, bei ihren Besoldungen zu bleiben oder in einem viel langsameren Tempo zu beffern Befoldungen zu gelangen. Wir haben einen . Staatsschreiber und einen Staatsarchivar , Beamtungen, welche ebenso wichtig find im Staatshaushalt, als eine Beamtung zur Untersuchung landwirtschaftlicher Rohstoffe. Auch bei diesen Beamtungen hat man eine Besoldungserhöhung vorzunehmen beschlossen, aber in dem bescheidenen Maße von je Fr. 250. Aehnlich ist es anderwärts auch. Ich will nun nicht sagen, daß bei den heute in Frage stehenden Beamten mit Fr. 250 geholfen wäre, sondern ich din einverstanden, daß der Adjunkt schon für nächstes Jahr, in Verbindung mit einem allgemeinen Beschluß über das Institut selbst. eine Befoldung von Fr. 4000 erhalten foll. Uebrigens hätte ich persönlich keinen Grund, gegen den Antrag des Herrn Fueter etwas einzuwenden, indem er sagt, die Fr. 2900 feien dem Boften "Forderung der Landwirtschaft im allgemeinen" zu entnehmen; es wurde alfo feine Dehr= belaftung des Budgets eintreten. Ich vermute zwar, die Landwirte werden sagen, sie haben den Kredit für Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen, im Betrage von Fr. 15,000, auch sonft nötig, ohne daß man biefe Fr. 2900 daraus beftreite.

Zum Antrag des Herrn Grieb übergehend, muß ich vor allem aus darauf aufmerkfam machen, daß der Boranschlag pro 1894 gegenüber demjenigen von 1893 eine Erhöhung des Kredits von 6 auf 7000 Fr. aufweist, sodaß die Möglichkeit gegeben ift, in der von Herrn Grieb gewünschten Richtung mehr Ausgaben zu machen. Was nun aber die grundsätliche Frage betrifft, ob der Staat durch das Gesetz verpflichtet sei, Fr. 14,000 ins Budget aufzunehmen und auszugeben, so will ich mich darauf nicht weiter einlaffen, sondern nur daran erinnern, daß biefe Frage mehrmals in den Behörden und im Großen Rat zur Erörterung kam und jedesmal in dem Sinne entschieden wurde, das diese Summe nur den Sinn eines Maximums haben könne, daß man aber nicht verpflichtet fei, wirklich Gr. 14,000 ins Budget aufzunehmen. Uebrigens ift bamit, daß man diefe Summe ins Budget aufnimmt, durchaus nicht gesagt, daß die Ausgaben nun größer sein muffen, als es bis jett der Fall war. Das Gefet fagt nicht, es seien Fr. 14,000 ohne jede weitere Bedingung einfach auszugeben, sondern die Ausrichtung ber Stipendien wird an die Bedingung geknüpft, daß die betreffenden Schüler unbemittelt aber begabt find und sich auf höhere Lehranstalten vorbereiten; ferner wird gesagt, daß der Kredit hauptsächlich folchen Schülern zugewendet werden folle, deren Eltern nicht am betreffenden Orte der Schule wohnen. Wenn nun der Kall eintreten wurde, daß fich nur fehr wenige folche Schuler finden würden, die unbemittelt und begabt find und beren Eltern nicht am Orte ber Schule wohnen, so wurde man nicht bazu kommen, tropdem ben ganzen Rredit zu verwenden; denn fonft mußte man ja, wenn sich im ganzen Kanton nur ein solcher Schüler vor= finden wurde, demfelben die vollen Fr. 14,000 außrichten. So ift das Gefetz natürlich nicht zu verstehen.

Run ist der Regierungsrat bis jest in der Erteilung solcher Stipendien an Ghmnasianer und Sekundarschüler gar nicht knauserig gewesen, und ich glaube, er habe mit

einem Rredit von Fr. 6000 (nun Fr. 7000) bas Nötige thun konnen. Es wurde fehr intereffant fein, wenn es nicht fehr weitläufig ware, dem Großen Rate die vollständige Lifte der Stipendiaten im ganzen Ranton vorzulegen. Ich bin überzeugt, daß mancher finden wurde, es fei nicht am Ort, daß man biefen und diefen Leuten, mit fo viel Bermögen und Ginkommen, in diefer fozialen Stellung, ein Sipendium gebe, damit fie ihre Jünglinge in ein Ihmnafium ober eine Sekundarschule schicken tönnen. Ich glaube fagen zu bürfen, daß da noch jest ein Unfug besteht in der Weise, daß über Staatsgeld verfügt wird, wo dies nicht angezeigt ist. Und wenn etwas zu rugen ift, fo ift es bas, bag arme Steuer= pflichtige im hintersten Schachen, welche ihre Kinder ftundenweit in eine schlechte Primarschule schicken muffen, besteuert werden, um anderseits Leute in der Stadt, die in zehnmal befferer Stellung find, zu unterstützen, damit fie ihre Kinder in eine beffere Schule schicken können. Ich glaube, man muß auch da Maß halten und die Berhaltniffe fo nehmen, wie fie im Intereffe aller und nicht nur einzelner genommen werden muffen.

Im übrigen glaube ich, wenn man die Frage betreffend Ausrichtung großer Stipendien zur Unterstützung des Gymnalftudiums dem Bolte nacht und bloß vorlegen wurde, fo wurden viele Leute sagen: Warum klagt man denn auf der einen Seite immer über Ueberproduktion, man habe zu viel Pfarrer, zu viel Mediziner und namentlich viel zu viel Juristen, womit die Juristen selber einverstanden find, und verwendet dann anderseits von unfern Steuerbaten, damit noch mehr folche Leute produziert werden? So murde das Bolf fprechen. 3ch glaube daher, der Große Rat habe die Pflicht, in dieser Beziehung nicht weiter zu gehen, als es sein muß und bei den großen Ausgaben, welche man sonst hat, für diesen Zweck nicht mehr Geld auszugeben, als ab-

folut nötig ift.

Im übrigen glaube ich, daß wenn der Regierungsrat in die Lage gedrängt wurde, für diefen Zwed mehr außzugeben, es sehr fraglich sein würde, ob er das Geld für Gymnafialstipendien ausgeben oder nicht vielmehr finden würde, es fei für andere Zwecke, für ländliche Zwecke, für Sekundarschulen und noch lieber für Primarschulen eine Unterstützung am meiften am Plate. Ich halte deshalb dafür, der Große Rat solle sich damit begnügen, den Ansat gutzuheißen, den der Regierungsrat dieses Jahr vorschlägt, nämlich ben Unfat von Fr. 7000.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirt= schaftskommission. Ich glaube, es liege in meiner Auf-gabe als Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission, die Frage betreffend die chemische Versuchsstation noch etwas zu erläutern, indem fie durch den Antrag des Herrn Fueter nicht klargelegt ift. Die Staatswirtschafts= kommission beantragt Ihnen, im Ginverständnis mit der Regierung, ju untersuchen und Bericht zu erftatten, wie die Organisation dieses Instituts zu andern sei, damit die Ausgaben auf die Rechnung der Direktion der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Schule kommen, wie es im Geset vorgeschrieben ist, und damit man die Berechtigung habe, auch für dieses Institut die Bundes-subvention in Anspruch zu nehmen. Bei diesem Anlaß sollen dann Anträge gebracht werden, welche Besoldungserhöhungen vorgenommen werden follen; daß die Befoldungen erhöht werden, damit ift man einverstanden.

Dem gegenüber fteht der Antrag Fueter, der einfach und nackt eine Erhöhung um Fr. 2900 will. Aber wo, das fteht in der Luft. Diefe Fr. 2900 follen dem Beitrag des Staates für Förderung der Landwirtschaft im all-gemeinen entnommen werden; ich glaube zwar, Herr Fueter sei der Ansicht, es sei der betreffende Kredit von Fr. 15,000 um die Fr. 2900 zu erhöhen; wenigstens habe ich diefen Gindruck erhalten. Der herr Bericht= erstatter der Regierung ist anderer Ansicht, überhaupt besteht da ein Wirrwarr, daß sich der Große Kat nicht erlauben darf, in dieser Weise zu suhrwerken, möchte ich sagen. Wenn man eine Erhöhung um Fr. 2900 beantragt, so soll man auch sagen wo. Bisher war die Sach fo, daß der Ausgabenüberschuß von der landwirtschaft= lichen Schule zu decken war, wofür Fr. 3100 ausgesetzt wurden. Nun wollen Sie eine neue Summe einsetzen, die nicht die landwirtschaftliche Schule bezahlen, sondern die dem Kredit für Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen entnommen werden soll. — Sie sehen, wie schwierig es ist, da rasch einen Antrag zu bringen, dessen

Wirkungen man gehörig überfieht.

Herr Fueter teilt mir nun mit, wie er diese Fr. 2900 verwenden will. Die Befoldung des Adjunkten soll erhöht werden von Fr. 3000 auf Fr. 4000, diejenige des Assistenten von Fr. 1000 auf Fr. 3000, die Ausgaben für Apparate und Chemikalien von Fr. 800 auf Fr. 1000, und anderseits die Einnahmen an Kontrollgebühren von Fr. 2300 auf Fr. 2600. Diese Differenzen machen aller-bings eine Mehrausgabe von Fr. 2900 aus, und wenn Sie logisch und nach dem Uebereinkommen mit der landwirtschaftlichen Schule verfahren wollen, so bleibt nichts anderes übrig, als den Beitrag der landwirtschaftlichen Schule um Fr. 2900, d. h. auf Fr. 6000 zu erhöhen. Das ift die Konsequenz des Antrages des Herrn Fueter. Sie sehen, daß derartige en bloc-Vorschläge, ohne daß man auf die einzelnen Posten eintritt, ein förmliches Wirtwarr in unser Budget dringen, und daß gerade der Untrag des Herrn Fueter zeigt, daß es am beften ift, wenn man den tompetenten Behörden, Erziehungsdirettor und Direktor der Landwirtschaft, den Auftrag giebt, fo schnell als möglich diese Sache zu ordnen und bestimmte Anträge zu bringen, die wir in der nächsten Session behandeln können. — Für den Fall, daß der Antrag des Herrn Fueter angenommen werden sollte, stelle ich den Antrag, es sei der Beitrag der landwirtschaftlichen Schule von Fr. 3100 auf Fr. 6000 zu erhöhen; es ift bas bie Ronfequeng unferes Rechnungswefens.

Fueter. Ich habe vergeffen, zu sagen, daß ich die Sache so verstehe, daß die Fr. 2900 dem Kredit von Fr. 15,000 für Forderung der Landwirtschaft im allgemeinen entnommen werden sollen. Allerdings habe ich nicht gewußt, daß speziell die Rütti damit belastet werden muß. Aber ich bleibe gleichwohl bei meinem Antrag, eine Erhöhung um Fr. 2900 vorzunehmen, da uns nichts hindert, die landwirtschaftliche Schule damit zu belasten. - Was die Verteilung anbetrifft, so glaube ich, das sei Sache der Erziehungsdirektion und des Regierungsrats.

Präsident. Ich nehme an, der Antrag des Herrn Fueter sei nun dahin präzifiert, daß für den Fall seiner Unnahme der Beitrag der landwirtschaftlichen Schule, im Sinne des Antrages Schmid, von Fr. 3100 auf Fr. 6000 erhöht wird. Der eventuelle Antrag Schmid würde damit dahinfallen.

Grieb. Ich habe nur zwei Bemerkungen gegenüber Herrn Finanzdirektor Scheurer anzubringen. Ich kann das Gesetz nicht anders verstehen, als daß für Stipendien allährlich ein Kredit von Fr. 14,000 auszusezen ist. Der § 5 sagt: "Zur Unterstützung.... wird ein jährlicher Kredit von Fr. 14,000 ausgesetzt." Ob das nun heißt: ein jährlicher Kredit bis zu Fr. 14,000, in der Meinung, daß man das eine Jahr Fr. 1000, das andere Fr. 14,000 und das dritte gar nichts geben kann, oder ob das heißt, es sollen alle Jahre Fr. 14,000 ausgesetzt werden, das mögen Sie entscheiden. Mir scheint, eine Diskussion darüber sei entscheiden. Mir scheint, eine Diskussion darüber sei nicht möglich. So lautet das Gesetz, und wenn man es nicht anwenden will, so soll man es abändern und nicht den Schulkommissionen zumuten, daß sie den Eltern sagen müssen: das Gesetz lautet zwar so und so, aber der Große Kat bekümmert sich nicht darum.

Was die zweite Bemerkung betrifft, so ist es selbstverständlich, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Dafür hat die Regierung in ihrer Berordnung schon gesorgt; da ist schon gesagt, ob einer allein die Fr. 14,000 erhalten kann oder nicht. Ich denke, das wird dem Herrn Finanzdirektor entgangen sein. Artikel 2 der Berordnung sagt nämlich: "Die Berteilung dieser Summe findet allährlich nach voraußgegangener Publikation im Amtsblatt im Laufe des Monats Juni in Beträgen von Fr. 50—200 durch den Regierungsrat statt." Es kann ein Schüler also höchstens Fr. 200 erhalten. Run sind aber in den letzten Jahren nicht mehr Fr. 200 außbezahlt worden, wenigstens Schülern des Symnasiums Burgdorf nicht. Mein Antrag hat nur den Zweck, der Erziehungsdirektion den Einwand zu nehmen, den sie ja auch nicht gerne erhebt: wir haben kein Geld. Es ist damit nicht gesagt, daß der Staat alle Jahre Fr. 14,000 außgeben müsse, aber die Regierung soll ermächtigt sein, wenn die Borausssehungen erfüllt sind, dis zu Fr. 14,000 außgeben zu können; sie soll nicht schon vorher sagen müssen zu können; sie soll nicht schon vorher sagen müssen zu können; sie soll nicht schon vorher sagen müssen zu können ist haben kein Geld mehr. Das ist der Sinn meines Antrages.

Jenni. Ich möchte nur eines klargestellt wissen. Im Falle der Erhöhung des Kredits für die landwirtschaft- liche Bersuchs und Kontrollstation um Fr. 2900 möchte ich verlangen, daß diese Summe nicht dem Budget der Landwirtschaft entnommen wird; denn der Kredit von Fr. 15,000 für Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen ist ein Minimum, das nicht angetastet werden darf. Ich würde deshalb dann beantragen, unter Kubrik XIII C, landwirtschaftliche Schule, den Ausgabe-Posten für die Bersuchs und Kontrollstation von Fr. 3100 auf Fr. 6000 zu erhöhen.

Es ist diese ganze Frage etwas verschoben und kompliziert dargestellt worden, obschon sie eine sehr einkache Frage ist. Nachdem man erst vor zwei Jahren eine neue Organisation dieses Instituts durchgeführt hat, kommt man heute, wo es sich um eine einkache Budgeterhöhung handelt, mit einer Reorganisation. Darum kann es sich nicht handeln. Die Organisation soll bleiben, wie sie ist. Das Institut hat bewiesen, daß es existenzsähig ist und unter seiner gegenwärtigen Organisation blüht und sich

entwickelt. Heute handelt es sich einsach um eine Krediterhöhung und darum, wo der betreffende Betrag genommen werden soll, bei der Landwirtschaftsdirektion oder bei der Erziehungsdirektion. Alle die vorgebrachten Schwierigsteiten existieren nicht. Wenn man eine große Frage beurteilt, so soll man ihr nicht mit kleinlichen Cinwänden entgegentreten. Es handelt sich einsach darum, wie Herr Fueter schon angedeutet hat, ob der gegenwärtige Leiter der Anstalt, Herr Dr. Liechti, derselben auch fürderhin erhalten bleiben soll oder nicht. Herr Scheurer selbst hat bemerkt, daß die Anstalt seinerzeit aus persönlichen Gründen nicht prosperierte. Heute haben wir Persönlichsteiten, welche die Anstalt vorwärts brachten. Soll man diese Leute nun wieder ziehen und die Anstalt verkümmern lassen? Es handelt sich da um durchaus keine Schwierigkeiten, wie man vorgiebt; man will einsach nicht und greift zu allen möglichen Einwänden, um dem Großen Rate die Sache als nicht ausführbar hinzustellen, was nicht der Fall ist.

Bon Herrn Schmid wurde gesagt, man müsse bei Ausstellung des Budgets darauf Bedacht nehmen, daß man von der Eidgenossenschaft einen Beitrag erhalte. Das ist sehr richtig, und es ist auch im neuen Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend Förderung der Landwirtsschaft, der nächstens vom Ständerat behandelt werden wird, vorgesehen, daß nicht nur an die Station in Zürich, sondern auch an andere solche Stationen Beiträge verabfolgt werden sollen. Die Anstalt braucht nur den Beweis zu leisten, daß sie ihre Aufgabe erfüllt, so wird sie einen Bundesbeitrag erhalten.

Präsident. Herr Jenni stellt den Antrag, die Erhöhung des Beitrages der landwirtschaftlichen Schule von Fr. 3100 auf Fr. 6000 nicht dem Kredit zur Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen zu entnehmen, sondern das Budget im allgemeinen um Fr. 2900 mehr zu belasten. Das zur Klarstellung.

Fueter. Ich schließe mich dem Untrag des Herrn Jenni an, namentlich mit Rücksicht auf die sichere Boraus= setzung, daß ein Bundesbeitrag erfolgen wird.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Ich din mit dem Antrag des Hern Jenni, soweit er hieher gehört, einverstanden. Aber ich muß dagegen Protest erheben, daß schon hier das Budget der Landwirtschaft behandelt wird. Natürlich muß, wenn wir hier die Einnahmen von Fr. 3100 auf Fr. 6000 erhöhen, später auch im Budget der Landwirtschaftlichen Schule eine Aenderung vorgenommen werden. Aber wie die Mehrausgabe dort gedeckt werden soll, haben wir jetzt nicht zu beraten, oder wir müssen dann beide Rubriken miteinander behandeln.

Ste ck. Ich möchte mir eine Bemerkung zum Antrag des Herrn Grieb erlauben. Ich stehe diesem Antrag außerordentlich sympathisch gegenüber; denn ich fürchte die Ueberproduktion an wissenschaftlich gebildeten Leuten bei uns nicht. Ich glaube, je mehr solche Leute wir haben und ob sie nun einen mehr oder weniger gut bezahlten Posten sinden oder nicht, so sei dies dennoch ein Gewinn für das ganze Bolk. Indessen halte ich den Antrag des Herrn Grieb gleichwohl für überslüssig. Ich glaube, Herr Grieb verwechselt die Kreditbewilligung mit einem Budgetposten.

Es ift nicht gefagt, daß die Aufstellung eines Ausgabepostens im Budget absolut den Charafter einer Rredit= bewilligung haben muffe. Wenn im vorliegenden Falle ein Kredit gesetzlich festgesetzt ift, so geht das über das Budget hinaus, und das Budget kann überschritten werden, ohne daß die Regierung sich einen Vorwurf zu machen hat. Bei Aufstellung des Budgets fragt man sich nur: wie viel werden wir nach den bisherigen Erfahrungen brauchen? Rach diefen Erfahrungen ift der Posten, der hier aufgenommen ift, groß genug; follte sich aber zeigen, daß mehr Geld e forderlich ift, so kann die Regierung, gestützt auf das Gesetz, das Budget ohne weiteres überichreiten. Wenn alfo ein wohlbegrundetes Gefuch von der Erziehungsdirektion abgewiesen wird mit der Begründung, es fei tein Geld ba, fo braucht man fich diefe Abweifung nicht gefallen zu laffen, fondern man tann auf das Gefet hinweifen, und die Regierung wird nicht ableugnen konnen, daß fie einen Rredit von Fr. 14,000 hat. Ich glaube daher, man könne den Antrag des Herrn Grieb ablehnen, weil er nicht nötig ift.

Scheurer, Finanzdicektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Nur zwei Worte, veranlaßt burch die Unschuldigung des herrn Jenni, es fei in die Ungelegenheit betreffend die Bersuchsstation absichtlich Berwirrung gebracht worden. Der Vorwurf ift natürlich gegen die Regierung und noch mehr gegen die Staatswirtschafts= kommission gerichtet. Was die Regierung anbetrifft, so glaube ich nicht extra erklären zu follen, daß diefer Bor= wurf nicht zutrifft. Ich ergreife auch nicht zu diesem Zwecke das Wort, sondern um zu konstatien, daß die Station und ihre Leiter und diejenigen, welche hinter ihr stehen, selber schuld find, daß die Sache weniger klar vorliegt, als fie wirklich ift. Die Eingaben find dem Regierungstate erft unmittelbar vor der Beratung des Budgets zugekommen. Es wurde zwar gefagt, es sei fei fein Formular an die richtige Adresse gefandt worden; die Erziehungsdirektion konstatiert aber, daß dies geschehen ift. Satte man zu rechter Zeit der Erziehungsdirektion die Eingaben gemacht, dann hätte fie den Gegenstand rechtzeitig klarlegen und der Regierungsrat hätte die Frage rechtzeitig behandeln können.

Allein nicht nur dadurch kam Unklarheit in die Sache, sondern auch noch durch den fernern Umstand, daß während der Budgetberatung Eingaben direkt an die Staatswirtschaftskommission gerichtet wurden, welche natürlich erklärte, sie könne sich damit nicht befassen, die Frage müsse vorerft vom Regierungsrat behandelt werden. Daher kommt es, daß man heute über eine ganz unklare Sache debattieren muß und daß die vorberatenden Behörden den Antrag stellen müssen, bevor man mehr Geld bewillige, solle mehr Klarheit in die Angelegenheit gebracht werden.

Was den Antrag des Herrn Grieb bekrifft, so hat sich die Sache ungeheuer vereinfacht, nachdem Herr Gried erklärt, er sei einverstanden, daß der Regierungsrat nicht gehalten sei, unter allen Umständen die Summe von Fr. 14,000 auszugeben. Allein es ist für die Regierung eine Quelle von Unannehmlichkeiten, wenn man ihr einen großen Kredit giebt, gleichzeitig aber sagt, sie habe das Geld nur auszugeben, wenn alle Vorbedingungen erfüllt seinen. Die Erziehungsdirektion kommt sehr oft in die unangenehme Lage, unbegründete Gesuche abweisen zu müssen, was ihr von den Betressenden als Vöswilligkeit ausgelegt wird. Kann sie sich hinter einen beschränkten

Kredit stellen, so wird ihr die Abweisung unbegründeter Gesuche viel leichter gemacht. Ich glaube darum, es sei richtiger, wenn der Große Kat nur den Kredit aufnimmt, von welchem er glaubt, daß er wirklich verwendet werde, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß eine höhere Summe verwendet werden kann, wenn wirklich begründete Bedürfnisse vorliegen. Es wäre das auch nicht das erste Mal. So ist es z. B. im Jahre 1892 vorgekommen, daß das Budget überschritten wurde und ein Nachkredit eingeholt werden mußte, der vom Großen Kat denn auch nicht verweigert wurde.

Abstimmung.

- 1. Der Untrag ber Staatswirtschaftskommission, ber Regierungsrat möchte prüsen, wie die landwirtschaftlichschemische Versuchs= und Kontrollstation administrativ und ökonomisch von der Hochschule losgelöst und wieder der landwirtschaftlichen Schule zugeteilt werden könne, ist von keiner Seite bestritten und wird daher vom Präsidium als angenommen erklärt.
- 2. Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Jennis Fueter, unter VI B 8 f den Beitrag der landwirtschaftslichen Schule auf Fr. 6000 zu erhöhen und der spätern Distussion zu überlaffen, woher dieses Geld genommen werden solle)

Im übrigen ift das Budget der Erziehungsdirektion nicht bestritten und wird stillschweigend angenommen.

hier wird die Beratung des Budgets abgebrochen und auf 3 Uhr eine Nachmittagssitzung anberaumt, um die Session, wenn möglich, Freitag den 1. Dezember schließen zu können.

Schluß ber Sitzung um 121/2 Uhr.

Der Redaktor: Knd. Schwarz.

Fünfte Sitzung.

Panneesting den 30. Navember 1893,

nachmittags 3 Uhr.

Borfigender: Prafident Wy B.

Das Prototoll der Bormittagsfigung wird abgelefen und genehmigt.

Ein Schreiben ber Museumsgesellschaft mit ber Einladung an die Mitglieder des Großen Rates, die Räumlichkeiten der Gesellschaft — in der "Webern", Marktgasse — zu besuchen (Billardsaal, Lesesaal, Restauration, Bibliothek 2c.) wird auf den Kanzleitisch gelegt.

Tagesordnung:

Voranschlag für das Jahr 1894.

Fortsetzung ber Beratung. (Siehe Seite 433 hievor.)

VII. Gemeindemefen.

Angenommen.

VIII a. Armenwesen des ganzen Kantons.

VIII b. Armenwesen des alten Kantons.

Prasident. Hier wird Herr Burkhardt seinen bekannten Antrag stellen und begründen und zwar möchte ich ihn ersuchen, dies unmittelbar nach Eröffnung der allgemeinen Umfrage zu thun.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Zu VIII d. A.2, Unterstützung
auswärtiger Notarmer, stellt die Staatswirtschaftskommission den Antrag, den Posten von Fr. 122,000 auf
Fr. 125,000 zu erhöhen. Es hat sich im Berlauf der
letzen Jahre immer mehr gezeigt, daß den Notarmen
außer dem Kanton nicht die Ausmertsamkeit geschenkt
wurde, die wünschenswert ist, und daß man durch mangelhafte Unterstützung auswärtiger Notarmer oft Beranlassung gab, daß dieselben in schroffer Weise in ihre Heimatgemeinden geschickt wurden. Man hat sich überzeugt, daß die Ausgaben immer knapp bemessen sind und
daß Nachkredite werden verlangt werden müssen. Die Staatswirtschaftskommission empsiehlt Ihnen daher einstimmig, den bezüglichen Kredit von Fr. 122,000 auf
Fr. 125,000 zu erhöhen.

Burkhardt. Seit mehr als 40 Jahren ift im Budget für das Armenwesen des alten Kantons der gleiche Unfat enthalten. Immer und immer wieder wurde die Notwendigkeit der Erhöhung der Budgetsumme im Großen Rate, in der Presse und in Gesellschaften zur Sprache gebracht. Seit ich Mitglied des Großen Rates bin, habe ich je und je mich bemüht, diese Sache zu vertreten; immer hat man mir entgegengehalten, der Artikel 85 der alten Verfassung erlaube nicht, die Budgetsumme zu erhöhen Gerr Armendirekten Pat hat iefumme zu erhöhen. herr Armendirektor Rag hat jeweilen erklärt, daß es nötig sei, auf eine Erhöhung ein-zutreten; aber immer wurde die Verfassung als hindernis hingestellt. Die Verfassung ist nun endlich revidiert, der Artikel 85 ist ausgemerzt, kein hindernis ist vorhanden, um eine größere Summe ins Budget aufzunehmen. Ich weiß fehr wohl, daß man in der Regierung und ber Staatswirtichaftstommiffion uns nicht entgegenkommen will; man will uns wieder vertröften auf ein neues Armengesetz. Ich war Mitglied der Subkommission, welche den Armenartikel der neuen Versassung zu beshandeln hatte. Es war das die äußerste Grenze, zu der ich mich verstehen konnte, daß 30 % der jeweiligen Staatsfteuer fofort, vor der Revifion des Armengefetes, für das Armenwesen zur Berwendung kommen follen. Das Schulgeset ist seit etwa 10 Jahren in Beratung und das Armengeset wird, wenn es schnell geht, wenigstens drei, vielleicht auch zehn Jahre Zeit haben wollen. Die Notwendigkeit, daß im Armenwesen etwas gehe, ist nicht erst heute und nicht erst vor 6 Jahren, sondern schon vor 20 Jahren besprochen und begründet worden. In bor 20 Jahren belprochen und begründet worden. In ben größern kantonalen Tagesblättern aus den Jahren 1873 bis 1878 finden sich viele Artikel, die eine Ber-besserung im Armenwesen verlangen. Daß die Sache seither etwas weniger akut geworden ist, ist vielleicht dem Umstand zuzuschreiben, daß die Arbeitsverhältnisse, der Berdienst in den letzten Jahren etwas besser geworden ist. Aber wir stehen am Borabend einer neuen Krisis im Bauwesen, und da werden die Ansorderungen an das Armenwesen der Gemeinden wieder in vergrößertem Maß-stah sich gestend mochen und die Armenkrage wird wieder ftab fich geltend machen und die Armenfrage wird wieder schärfer in den Bordergrund treten.

Ich weiß, daß ich mit meinen Aeußerungen in der Presse, im Großratssaale, in verschiedenen Schriften, die ich im Kanton verteilen ließ, einige Gemeinden vor den Kopf gestoßen habe; so habe ich gestern gehört, daß mein Kollege Herr Mosimann von Küschegg sehr ungehalten war über das Postulat der Staatswirtschaftskommission betressend die Küschegger Korber. Ich gebe gerne zu, daß

ich vielleicht der indirekte Urheber diefes Poftulates bin; denn furz vorher hatte ich im ganzen Ranton in großer Auflage ein Schriftchen verteilen laffen, in welchem folgender Paffus enthalten ift, der wahrscheinlich die Staatswirtschaftskommiffion bewogen hat, das bewußte Postulat zu ftellen: "So ware es z. B. für ben Kanton Bern eine mahre Zierbe, wenn die bernischen Zigeuner, welche mit Rind und Regel das Land befahren, abgeschafft würden. Jett freilich, so lange der Staat kein Geld hat für arme Kinder, betteln diese in Begleitung der Eltern und zwar viele mit obrigfeitlicher Bewilligung. Ein Eidgenoffe aus einem andern Kanton oder ein Fremder braucht nur die Unreinlichkeit und Bewahr= losung einer folden vagierenden Familie zu betrachten, dann hat derfelbe ein dufteres Bild der Rinderverjorgung und der Armenpolizei des Rantons Bern." 3ch fühle mich durchaus nicht verlett, wenn herr Mofimann mir dies übel genommen hat, um so weniger, da er felber geftern eine ausgezeichnete Schilderung des Armen= wefens feiner Gemeinde gab und die Rotwendigkeit darlegte, daß etwas gehen muffe. Ruschegg ift nicht die einzige Gemeinde, welche dies nötig hat; es giebt noch viele Gemeinden, wenn auch nicht gerade in dem Maße wie Rüschegg, welche erst dann dazu schreiten, verswahrloste Kinder der Familie wegzunehmen und anderswo in Pflege zu geben, wenn es zu fpat ift. Es ift das der größte Uebelftand, der unfer Urmenwesen diesem Abgrund, möchte ich fagen, zugeführt hat. Wenn wir dazu kommen wollen, daß unsere Leute mit den Acbeitern in andern Kantonen in Konkurrenz treten können, so muffen wir beffere Schulen, eine beffere Rinderverforgung anftreben. Rur dann, wenn unfere Leute mit benjenigen in den übrigen Kantonen und in andern Ländern konfurrengfähig find, werden wir die Roften unferes Urmenwefens reduzieren konnen. Gegenwärtig wird, wie gefagt, in der Regel erst Hulfe gebracht, wenn es zu spät ist. Ich bin nicht der gleichen Meinung, wie z. B. Herr Dr. Schwab. Herr Dr. Schwab hat fein Augenmerk haupt= fächlich darauf gerichtet, moralisch und physisch Verun= glückte in Unftalten unterzubringen. 3ch dagegen möchte dafür forgen, daß möglichst wenig physisch und moralisch Berunglückte vorhanden waren. Wenn man das will, fo muß man dafür forgen, daß die Rinder den Eltern weggenommen werden, bevor es zu spät ift. Um dies thun zu können, muffen genügende Mittel bewilligt werben. Ich glaube, die Ausgaben zu diesem Zwecke werden dem Kanton Bern zur größten Ehre gereichen, zu einer viel größern Ehre, als die schönen Bauten, welche jeweilen aufgeführt werden und mit welchen man gegenüber dem Ausland und gegenüber den andern Kan-tonen paradiert. Es wird für uns eine viel größere Ehre fein, wenn wir unfere Leute auf die Bobe bringen, baß fie in Bezug auf Erwerbsfähigkeit und Intelligenz benjenigen anderer Kantone ebenbürtig find, daß fie fich 3. B. mit der Bevölkerung eines Kantons Zürich meffen können. Herr Großrat Mosimann hat Ihnen beutlich gesagt, wo man zugreifen musse, indem er bemerkte, daß die Gemeinde Ruschegg nicht imstande sei, den Uebelständen, welche dort herrschen, voll und ganz entgegenzutreten. Ich glaube, wenn man so auftritt, wie gestern Berr Mofimann, fo foll man der betreffenden Gemeinde

Wenn wir übrigens das vorliegende Budget mit denjenigen Büdgets vergleichen, die vor mehr als 40 Jahren aufgestellt wurden, so werden wir finden, daß das Armenwesen des alten Kantons die einzige Rubrik ist, welche keine Erhöhung exsahren hat. Die Gerichts= und Polizeikosten
waren z. B. im Jahre 1850 auf 131,000 alte Franken bubgetiert; heute haben wir dasür Fr. 1,700,000 auszulegen. Für die Hochschule wurden im Jahre 1850, so
viel ich mich erinnere, noch keine 50,000 alte Franken
ausgegeben; heute übersteigt das Budget die Summe von
Fr. 500,000. Ueberall da, wo der arme Mann, die
große Masse etwas möchte, nicht um Luzus zu treiben,
sondern zum Wohl des Staates, zur Hebung der Bürgerkraft und Arbeitsleistung, stellt die Regierung ein non
possumus entgegen. Etwas anderes ist es, wenn für
Luzusgegenstände etwas verlangt wird. Ich erinnere
mich an die Bewilligung der Fr. 250,000 für das Nationalmuseum. Da stand Herr Regierungspräsident
Marti vor uns und sagte: Diese Fr. 250,000 dürst Ihr
wohl bewilligen, Herr Scheurer weiß gegenwärtig nicht,
was mit dem Geld ansangen! So wird gesprochen,
wenn die großen Herren etwas für sich verlangen. Wenn
wir aber etwas für das Volk verlangen, so heißt es:
Wir haben kein Geld!

Ich habe einstweilen geschlossen. Meinen Antrag, ben ich eingereicht habe, ändere ich ab und stelle folgenden neuen Antrag: "Der Regierungsrat wird eingeladen, bis zur nächsten Session Bericht und Antrag einzubringen über die Ausführung von Artikel 106 der Staatsverfassung."

Präsident. Ich nehme an, der ursprünglich gestellte Antrag des herrn Burkhardt auf Erhöhung des Gesamtpostens für das Armenwesen werde zurückgezogen?

Burthardt. 3a!

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Herr Burkhardt bereitet uns eine Ueberraschung und zwar der Regierung, nehme ich an, eine Ueberraschung und zwar der Regierung, nehme ich an, eine Ueberraschung angenehmer Art, und ebenso sehr oder noch mehr der Staatswirtschaftskommission. Wenn man diesen Ausgang der Sache gestern schon hätte vorausssehen können, so würde man gestern und heute weniger Mitglieder des Großen Kates, und namentlich der Staatswirtschaftskommission, so tiefsinnig beim Glase Wein haben sigen sehen; sie hätten sich wahrscheinlich etwas freier bewegen können (Heiterkeit), und es ist eigentlich schabe für die schönen und vortresslichen Keden, die man heute, wie ich glaube, im Großen Kate vorgetragen hätte, um den Antrag des Herrn Burkhardt zu bekämpfen. Herr Burkhardt zieht seinen Antrag selber zurück und stellt dafür einen andern Antrag, von dem ich nicht weiß, was die Regierung als solche dazu sagt. Ich für meine Person erkläre, daß ich gegen diesen neuen Antrag nichts einzuwenden habe, und ich bin überzeugt, daß sich auch die Regierung damit einverstanden erklärt hätte, wenn ihr derselbe heute Morgen vorgelegen wäre.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtsschaftskommission. Ich habe natürlich von der Staatswirtschaftskommission keinen Auftrag, gegen das neue Postulat des Herrn Burkhardt Stellung zu nehmen. Ich hatte allerdings den Auftrag, gegen sein früheres Postulat ganz bestimmt Stellung zu nehmen, indem damit von Herrn Burkhardt ein Berfahren eingeschlagen wurde, das

seinesgleichen in der Geschichte des Großen Rates nicht hat. Einfach die Gesamtkoften für das Armenwesen auf Fr. 1,170,000 zu erhöhen, das war eine Zumutung, welche die Staatswirtschaftskommission nicht acceptieren konnte; es ist noch nie vorgekommen, daß man nur in globo einen Kredit verlangte, ohne zu sagen, wofür dieser verwendet werden solle.

Was nun den neuen Antrag des Herrn Burkhardt betrifft, so kann ich demselben vollskändig beistimmen, indem ich überzeugt bin, daß die Regierung sagen wird: sobald die Notwendigkeit weiterer Ausgaben sich zeigen wird, werden wir vor den Großen Kat treten und gestützt auf Artikel 106 der Versassung einen Kredit verlangen. Ich habe also gegen den neuen Antrag des Herrn Burkhardt nichts einzuwenden und kann namens der Staatswirtschaftskommission für die Erheblicherklärung dieses Antrages, der ein sehr unschuldiger ist, stimmen.

Dr. Schwab. Sie find wohl alle froh, daß nun eine Redeschlacht unterbleibt. Allerdings ist sie nur ver= schoben. Wir muffen jett gang bescheiden mit den Boften des Budgets uns befassen, und wegen eines ganz besicheidenen Postens ergreife ich das Wort. Es handelt fich um denjenigen Teil des Alkoholzehntels, der für die Direktion bes Armenwefens bestimmt ift. Es ift gu Beiträgen an Bereine und Austalten zu gunften verwahrloster Rinder eine Summe von Fr. 5000 ins Budget eingestellt. Man wird fich dabei mahrscheinlich auf die Ausgaben des letten Jahres gestützt haben, welche Fr. 4240 betrugen, und wird gedacht haben, im Jahre 1894 werden Fr. 5000 genügen. Allein das ift nicht der Fall. Wenn im Jahre 1892 nur Fr. 4240 ausgegeben wurden, so geschah es deshalb, weil man für die Verabfolgung von Beiträgen Schranken gesetzt hat. Man wollte nämlich sonderbarerweise für nicht=bernische Rinder feine Beiträge geben. Wir faffen die Sache anders auf. Das Altohol= gefet ift ein eidgenöffisches Beset, und es geziemt fich, daß man die Beiträge nicht bloß dem Berner-, fondern überhaupt dem Schweizerbürger zukommen läßt. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, der nach meiner Anficht ber richtige ift, fo wird man eine größere Summe ausgeben muffen als im Jahre 1892. Ein anderer Grund, weshalb man nicht auf eine höhere Summe kam, liegt barin, daß man, teilweise wenigstens, ftreng barauf fah, daß die Eltern dieser verwahrlosten Kinder Altoholiker find. Rach Unficht der Aerzie und gemeinnütziger Leute ift dies ein übermundener Standpunkt. Wenn man der Verwahrlosung entgegentreten will, so muß man dies im allgemeinen thun und nicht einzelne Kinder auß= schließen; man soll für Kinder von Richtalkoholikern auch einen Beitrag ausrichten, was man bis jest nicht gethan hat. Ich möchte speziell auf die schwachstnnigen Kinder aufmerksam machen. Wir haben für folche die Unftalt Weißenheim, in welcher sich ungefähr 30 Rinder befinden. Bon biefen Rindern hat man fich blog einige notiert, welche von Alfoholitern ftammen Rimmt man von diefer Bestimmung Umgang, so wird man für alle Kinder einen Beitrag geben müssen. Aus der jüngsten Botschaft des Bundesrates über die Verwendung des Alkoholzehntels werden Sie gesehen haben, daß der Beitrag auch für epileptische Kinder gegeben werden muß. Bis jetzt gab man für Rinder, welche fich in ber Kinderabteilung ber Unftalt Bethesda befinden, keinen Beitrag.

Sie feben, daß man den Rahmen größer machen muß,

so daß eine Summe von Fr. 5000 sicher nicht genügen wird. Ich beantrage daher, es solle dieser Ansah auf Fr. 7000 erhöht werden. Bielleicht wird sogar dieser

Unfat nicht genügen.

Sie werden fagen, wir feien in Bezug auf die Einnahmen beschränft, indem der Alfoholzehntel nur Fr. 107,000 ausmache. Erhöhen wir diefen Unfat um Fr. 2000, so muß man sehen, wo man diese Summe ersparen kann. Das ist nun nicht schwer. Unmittelbar nach dem Poften "Beiträge an Bereine und Anftalten" kommt ein Posten von Fr. 1000 für Stipendien gur Ausbildung von Armenerziehern. Seit drei Jahren hat man für diefen Zweck jeweilen eine Summe von Fr. 1000 ins Budget aufgenommen; man hat aber dafür nie Ber-wendung gefunden und ich vermute, daß man diese Summe auch im Jahr 1894 nicht wird verwenden können. Wenn man übrigens speziell zur Ausbildung von Armen= lehrern etwas thun muß, so kann hiefür die sogenannte Fellenbergstiftung verwendet werden. Man hat dies bis jest nicht gethan; aber hoffentlich wird man fie in kurzer Zeit benutzen können. Es ist ein Kapital von Fr. 50,000 da, deffen Bins jur Ausbildung von Armenlehrern verwendet werden muß. Diese Fr. 1000 können also hier erspart werden. Die zweiten Fr. 1000 finden wir leicht an einem andern Orte und zwar bei der Direktion des Innern. Dort heißt es, bag gur Bekampfung bes MI-toholismus im allgemeinen Fr. 4000 verwendet werden sollen. Ich kenne die Berhältniffe so ziemlich und kann sagen, daß man mit Fr. 3000 das Nötige ganz gut wird besorgen können. Im Jahre 1892 hat man gar nichts ausgegeben; ich weiß aber, daß einzelne Ausgaben bevorstehen; allein auf Fr. 4000 werden sich dieselben nicht belaufen. Ich schlage daher vor, diesen Posten auf Fr. 3000 zu reduzieren. Mein Antrag geht also dahin, den Beitrag an Bereine und Anstalten zu gunsten ver-wahrloster Kinder von Fr. 5000 auf Fr. 7000 zu erhöhen und dafür den Posten von Fr. 1000 für Ausbildung von Armenlehrern zu ftreichen, sowie den Bosten unter IX N 1, Bekämpfung des Alkoholismus im allgemeinen, von Fr. 4000 auf Fr. 3000 zu reduzieren.

Präsident. Wir behandeln jest das Budget der Armendirektion, und ich halte es nicht für zweckmäßig, schon hier in andere Direktionen hinüberzugreifen. Herr Dr. Schwab hat ja völlig freie Hand, dann bei der Direktion des Innern den auf diese bezüglichen Antrag zu wiederholen.

Dr. Schwab, Ich kann mich bamit einverstanden erklären.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtsschaftskommission. Soweit der Antrag des Herrn Schwab dahin geht, hier die Gesamtausgabe zur Bekämpsung des Alkoholismus, im Betrage von Fr. 42,000, zu erhöhen, muß ich entschieden dagegen Opposition machen. Der Alkoholzehntel ist genau fiziert und läßt sich nicht hinaufoder herabdrücken. Sie sinden unter Rubrik XXIX die Berteilung desselben. Wenn Sie dort eine Ausgabensumme hinaufsehen, so müssen Sie dafür eine andere Summe um den gleichen Betrag herabsehen. Ich mußdaher dagegen Opposition machen, daß die Summe von Fr. 42,000 hier irgendwie abgeändert wird. Will man sie abändern, so muß dies bei Aubrik XXIX geschehen.

Ich stelle deshalb den Antrag, auf den Antrag des Herrn Schwab hier nicht einzutreten. Herr Schwab kann densselben bei Rubrik XXIX wiederholen. Falls Sie die Rubrik XXIX gerade mit in die Beratung ziehen wollen, so mache ich keine Opposition.

Dr. Schwab. Ich bin einverstanden, daß in Ziffer XXIX am Gesamtansah nichts geändert werden soll; ich habe das übrigens auch gesagt.

Präsident. Man könnte vielleicht den Antrag des Herrn Schwab zurücklegen bis zur Behandlung der Kubrik XXIX. Dort können dann die Zuteilungen an die eine oder andere Direktion erhöht oder erniedrigt werden, und wenn dies beschlossen ist, würden wir dann auf die betressenden Direktionen zurückkommen.

Dr. Schwab. Ginverftanden !

Präsibent. Der Antrag des Herrn Dr. Schwab ist somit vorläufig zurückgezogen und wird bei Aubrik XXIX in anderer Form wieder aufgenommen werden.

Mosimann. Nachdem die neue Berfaffung angenommen ist, konnte man doch vielleicht hie und da eine Erhöhung eintreten laffen, namentlich bei den Berpflegungs= anftalten. Die Regierung tendiert dahin, daß im ganzen Ranton Bezirksverpflegungsanftalten errichtet werden. Wenn nun die Beitrage für diefelben etwas erhöht würden, so wurde dies diejenigen Bezirke, welche noch keinem Ber-band angehören, anspornen, und den bereits bestehenben Armenanftalten ware ein erhöhter Beitrag auch zu gonnen. Diese Unstalten find alle auf Landwirtschaft angewiesen. Nun wiffen Sie, welches Fehljahr wir gehabt haben. Die Unftalten muffen deshalb viel Futter einkaufen, mas ihre Budgets fehr alteriert, so daß ihre Rechnungen voraussichtlich mit Defiziten abschließen werden, und statt daß man mit den Pflegegeldern herabgeben konnte, werden fie im Gegenteil erhöht werden muffen. Ich möchte mir daher den Antrag erlauben — ich will nicht unverschämt sein und das Doppelte verlangen — den Unsag von Fr. 37,000 für die Bezirksverpflegungsanstalten auf Fr. 55,500 zu erhöhen. Bis jett hat der Staat den Berpflegungsanstalten einen Beitrag von Fr. 20 per Pflegling verabfolgt; mein Antrag hätte eine Erhöhung auf Fr. 30 per Pflegling jur Folge. Auch diejenigen Bezirke, welche keine Verflegungsanstalten befigen, werden nichts dagegen haben. Sollten fie fich benachteiligt fühlen, so kann man ihnen, wenn fie ebenfalls Anstalten errichten, einen etwas höheren Beitrag bewilligen. Ich empfehle Ihnen meinen Antrag zur Annahme.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter bes Regierungsrats. Ich muß mich namens des Regierungsrates diesem Antrag widersehen. In formeller Beziehung leidet er an den gleichen Gebrechen, wie andere Anträge, die der Herr Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission heute durchaus richtig kritisiert hat. Man verlangt einfach im allgemeinen einen höheren Kredit, ohne daß man weiß, wie er verwendet werden soll! Herr Mossmann begründet seinen Antrag mit dem Rotjahr. Aber da entsteht die Frage: welche Austalt hat unter der Trockenheit am meisten gelitten? Jedenfalls hat die Ansstalt Worben im Seeland viel mehr gelitten als z. B.

bie Anstalt Riggisberg. So werden noch mehr Verschiedenheiten vorhanden sein, und so käme man schließlich in Streit, wie der Mehrkredit zu verteilen sei. Herr Mosimann ist übrigens im Irrtum, wenn er meint, man habe nun freie Hand infolge der neuen Versassung. Diese Beiträge stehen mit der Versassung in keinem Zusammenhang; sie sind nicht durch die Versassung reguliert worden, sondern es bestehen darüber eigene Gesehesbestimmungen und vom Großen Kat beschlossene und erlassene Vorschriften, welche noch auf den heutigen Tag in Krast bestehen und über die sich der Große Kat nicht durch einen Gelegenheitsbeschluß hinwegsehen kann. Ich glaube daher, es sei unzulässig, dem Antrag des Herrn Mosimann Folge zu geben.

Abstimmung.

1. Der Antrag der Staatswirtschaftskommission, den Ansatz VIII^b A 2, Unterstützung auswärtiger Rotarmer, von Fr. 122,000 auf Fr. 125,000 zu erhöhen, wird, weil nicht bestritten, als angenommen erklärt.

3. Das Postulat Burthardt wird, weil nicht bestritten, stillschweigend erheblich erklärt.

IX. Dolkswirtschaft und Gesundheitswesen.

Scheurer, Finangbirektor, Berichterftatter bes Regierungsrats. Sier muffen zwei Poften des gedruckten Budgets eine Aenderung erfahren. Der eine betrifft die Rubrit C 3, Fach-, Runft- und Gewerbeschulen. Sier ift eine Summe von Fr. 69,000 aufgenommen, mahrend von der Direktion des Innern eine Summe von Fr. 78,000 gefordert wurde. Die Mehrforderung follte bazu bienen, ben Beitrag an die Lehrwerkstätten ber Stadt Bern um circa Fr. 9000 zu erhöhen, weil sie dieselben erweitert hat. Bur Zeit, als das Budget vorlag, hatte ber Re-gierungsrat noch feinen Beschluß gefaßt. Es war nur eine grundsätliche Zusage an die Gemeinde Bern vor-handen, wenn fie die Erweiterung vornehme und die Bedingungen erfülle, so könne sie auf einen erhöhten Beitrag gahlen. In der Zwischenzeit hat nun die Direttion des Innern dem Regierungsrate eine Borlage gemacht, aus welcher hervorging, daß alle Borbedingungen vorhanden find, um die der Gemeinde Bern gegebene Zusage zu erfüllen. Es ist daher kein hindernis mehr vorhanden, diefer Sachlage in der Weise Rechnung zu tragen, daß man im Budget den von der Direktion bes Innern vorgeschlagenen Posten (Fr. 78,000) wieder herftellt.

Eine andere Aenderung muß vorgenommen werden unter D, kantonales Technikum in Burgdorf, und zwar unter Ziffer 9, Einrichtungskosten. Der in Klammern befindliche Posten muß auch ins Budget pro 1894 eingestellt werden. Der Regierungsrat war bei Beratung des Budgets im Glauben, daß die Einrichtungen, die hier in Frage sind, ausgesührt seien und daß es sich nur darum handle, dieselben zu bezahlen. Run hat der Regierungsrat gefunden, es sei besser, daß man diesen Posten gerade im Jahre 1893 erledige und so weit der Kredit nicht

hinreiche, sich mit einem Nachkredit behelfe. Später stellte sich aber heraus, daß die Einrichtung noch nicht vollendet ift, sondern daß auch noch im Jahre 1894 Unschaffungen gemacht werden muffen und daß fogar in= folgebeffen der pro 1893 gur Berfügung geftandene Rredit nicht vollständig benutt werden konnte. Es muffen noch einen Fr. 15,000 für diesen Zweck ausgegeben werden, und es ift daher diefer Poften ins Budget aufzunehmen. Un diese Fr. 15,000 hat Burgdorf, gemäß den bestehenden gesetzlichen Vorschriften und des mit Burgdorf abgeschlossenen Bertrages, die Hälfte beizutragen, so daß den Fr. 15,000 Ausgaben eine Einnahme von Fr. 7500 gegenüberzustellen ist; die Reinausgabe beträgt somit nur Fr. 7500. Die gesamte Reinausgabe für die Rubrif D würde fich damit auf Fr. 34,200 erhöhen.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirt-schaftstommission. Wie Ihnen mitgeteilt worden ist, beantragt die Staatswirtschaftstommission, den Ansah unter C 3, Fach=, Kunst= und Gewerbeschulen, von Fr. 69,000 auf Fr. 78,000 zu erhöhen und zwar des= halb, weil nachträglich eine erhöhte Subvention an die Lehrwerkstätten in Bern, an welchen eine neue Abteilung, für Metallbearbeitung, eingeführt wird, beschlossen wurde. Die Gesamtausgabe für die Rubrik C erhöht sich damit von Fr. 91,000 auf Fr. 100,000.

Gine zweite Aenderung betrifft das Technikum in Burgdorf. Merkwürdigerweise wurde in der Vorlage der Regierung pro 1894 ein Boften für die Einrichtungs= koften ausgelaffen, und ich bemerke ausdrucklich, daß die Rommiffion des Technikums hiefur keine Schuld trifft, indem bas Rreditbegehren im Betrage von Fr. 15,000 schon im Juni eingereicht wurde. Das Gefamtbudget für die Einrichtungskoften beläuft fich auf Fr. 45,000, und es follten im Jahre 1893 Fr. 35,000 und im Jahre 1894 Fr. 10,000 ausgegeben werden. Es wurden aber im Jahre 1893 Fr. 5000 weniger verwendet, so daß beantragt wird, pro 1894 einen Rredit von Fr. 15,000 zu bewilligen. Natürlich hat ber Staat hievon nur die Sälfte zu übernehmen, indem die andere Sälfte von der Gemeinde Burgdorf zu bestreiten ist und zwar a fonds perdu, da der Staat Eigentümer des ganzen wird, so-wohl des Gebäudes als der Einrichtung. Es stellt sich somit die Reinausgabe für den Staat auf Fr. 7500.

Steiger, Direktor des Innern. Ich muß mit einigen Worten Aufschluß geben über den vom herrn Bertreter der Staatswirtschaftstommission zulett berührten Bunkt. Die Fr. 15,000 sind nicht etwa von der Direktion des Innern vergessen worden, sondern sie stehen in ihrem gedruckten Boranschlag. Aber im Regierungsrat wurde dann die Beratung über diesen Posten suspendiert und auf eine spätere Sizung verschoben, weil der Regierungsrat über diesen Punkt einen speziellen Bortrag wünschte. Derselbe wurde gemacht, und wenn ich nicht irre, hat der Regierungsrat schon in der folgenden Sizung diesen Posten bewilligt. Aus Bersehen, mahrscheinlich ber Rantonsbuchhalterei, tam er dann aber nicht in die gedruckte Vorlage.

Weber (Graswhl). Wie Sie aus der Rubrik O ersehen, ist dort als Beitrag für die Hagelversicherung ein Posten von Fr. 44,000 eingesetzt, woran der Bund einen Beitrag von Fr. 22,000 leistet. Vor drei Jahren

hat der Berr Prafident der Staatswirtschaftstommiffion barauf aufmerkfam gemacht, wenn ber Ranton Bern an die Hagelbersicherung einen solchen Beitrag votiere, so mare es recht und billig, daß der Regierung in der Berwaltung auch ein Plat eingeräumt würde, wenigstens in der Weife, daß fie in der Delegiertenversammlung Sit und Stimme hätte. So viel ich weiß, ist das noch nicht geschehen, und ich mochte die Direktion des Innern ersuchen, sich darüber auszusprechen. Zürich, überhaupt die ganze Oftschweiz, hat bisher Bern in der hagelversicherungs= angelegenheit ganz stiefmütterlich und willfürlich behandelt. Wir haben im Ranton Bern Gemeinden, die nur einmal vom Sagelichlag betroffen wurden, und trotdem der Schaben nur minim entschädigt wurde, hat man fie von ba an auf die 11/2fache Pramie hinaufgeschraubt. Das ift Willfürherrichaft, und beshalb ware es geboten, bag die Regierung an den Delegiertenversammlungen vertreten ware, um die Intereffen des Rantons Bern zu mahren.

v. Steiger, Direktor des Innern. Ich erlaube mir, auf diese Anfrage Austunft zu erteilen, da die Sagel= versicherung bis jest noch unter der Abteilung Bolks= wirtschaft eingereißt ift, obwohl fie eigentlich zur Land-wirtschaft gehört; aber vor drei Jahren wurde der Direktion bes Innern der Auftrag gegeben, eine Borlage über die Unterftützung der Sagelverficherung auszu-

Es ist richtig, daß im April 1890 Herr Großrat Bühler bei Beratung dieser Angelegenheit den Antrag ftellte, die Regierung moge dahin wirten, daß diejenigen Rantone, welche die Hagelverficherung subventionieren, auch Sig und Stimme erhalten. Diesem Begehren wurde Ausdruck gegeben. Die Direktion bes Innern hat wieder= holt bei der Direktion der schweizerischen Sagelver= ficherungsgeschaft diesen Wunsch in Erinnerung gebracht; aber man hat fie gewöhnlich von einem Jahr auf das andere vertröftet, man hat fich hinter allerlei Schwierig= keiten verschanzt, und thatsächlich ift bis jest dem Wunsche nicht vollständig Rechnung getragen worden. Un der Hauptversammlung im Februar dieses Jahres sind zwar, auf neues Begehren Berns, dem fich andere Kantone anschlossen, die Regierungen eingeladen worden, fie möchten Abgeordnete bezeichnen, welche den Berhand-lungen mit beratender Stimme beiwohnen. Es ist dann an der letten Sauptversammlung von herrn Feller, der Mitglied des Berwaltungsrates ift und, wie ich hier wohl fagen darf, die Interessen der bernischen Bersicherten wahrt, beantragt worden, es sei ein Zusat in dem angestrebten Sinne zu machen, und trop Widerstrebens der Direktion wurde von der Hauptversammlung beschlossen, ber Bermaltungerat fei eingelaben, ber nächsten Saupt= versammlung einen Statutenartitel vorzulegen, der ben subventionierenden Regierungen das Recht einräume, Abgeordnete mit Sit und Stimme zu bezeichnen. Es ware nun zu erwarten gewesen, daß die Sache grund= fählich erledigt sei und an der nächsten Hauptversamm= lung auch formell ins Blei komme. Nun hatte ich letzter Tage Gelegenheit, von Aften Einficht zu nehmen, welche zuge Geregenzete, von Atten Einfagt zu nezinen, werche zu meiner großen Berwunderung zeigen, daß man sich wiederum durch eine Hinterthür daraus zu ziehen sucht. Der Direktor hat dem Berwaltungsrat über die Frage Bericht erstattet. In diesem Bericht führt er allerlei Schwierigkeiten an, welche sich dem Begehren entgegen-stellen, und meiner Ansicht nach ganz unbegreislicherweise

stellt er die Behauptung auf, es sei dieses Begehren mehr perfonlichen Intereffen entsprungen als dem Intereffe am Wohl der Gefellichaft. Gine Sauptschwierigkeit erblict er darin, daß die 17 oder 18 Bertreter der Kantone vielleicht unter Umftanden den Ausschlag geben könnten. Run will ich Ihnen mitteilen, daß die Hauptversammlung nahezu aus 200 Abgeordneten besteht. Wenn nun noch etwa 17 ober 18 weitere hinzukommen, so wird beshalb die Sache taum gefährdet werden. Es ift das überhaupt eine merkwürdige Furcht. Als ob die Regierungen nicht ein Intereffe hatten am Gebeihen ber Gefellichaft! Wenn wir eine Anftalt mit mehr als Fr. 20,000 fubventionieren, so werden wir doch am Wohl derfelben ein Interesse haben; das Umgekehrte ware etwas ganz neues. Ich betrachte die Sache mehr als eine Anstandsfache. Ich finde, es schicke fich nicht, daß wenn die Kantone erhebliche Summen an das Werk beitragen, deren Regierungen dann abfolut feine Gelegenheit haben follen, ihre Buniche zur Geltung zu bringen. Ich glaube, es ware auch im Widerspruch mit der Burbe bes Großen Rates, wenn man nicht darauf beharren würde, daß die Regierung in diesem Sinne fortfahre, dieses Begehren gu stellen. Ich glaube, ber Kanton Bern könne dies um so mehr thun, als er zu einem bedeutenden Teil am Ge-beihen der Gefellschaft sich beteiligt hat. Ich Jahre 1880, dem ersten Jahr der Gesellschaft, hatte dieselbe im ganzen 6735 Policen. Im Jahre 1892 hatte fie 22,220 Bolicen, von welchen 5460 auf den Kanton Bern entfielen. Bern hatte also im Jahre 1892 nahezu so viele Policen aufzuweisen, als die Gesellschaft im ersten Betriebsjahre überhaupt hatte. Auch in Bezug auf die Berficherungs= fumme ergiebt fich ein gang erhebliches Bachstum, speziell was den Kanton Bern betrifft. Der Kanton Bern weist nahezu ein Berficherungskapital von 6 Millionen auf, mährend das gesamte Versicherungskapital 20 Millionen beträgt, so daß also nahezu ein Drittel desselben auf den Kanton Bern entfällt. Die Subventionierung durch den Bund und die Kantone, speziell durch den Kanton Bern, hat also eine schöne Wirkung erzielt. Um so mehr ift es angezeigt, daß man den Rantonsbehörden nicht mit Mißtrauen begegnet und glaubt, fie haben am Wohl der Gesellschaft kein Interesse, sondern es ist billig, ihnen ju gestatten, einen Bertreter an die Sauptversammlung abzuordnen.

Ich kann beshalb die von Herrn Weber gewünschte Auskunft damit schließen, daß es der Regierung sicher nur recht wäre, wenn vom Großen Rate nochmals mit Nachdruck ein bezügliches Postulat gestellt würde, damit man nicht sagen kann, es handle sich nur um persönliche Wünsche, es sei das von niemandem verlangt worden.

Präsident. Ist herr Weber damit befriedigt, daß der Antrag wiederholt wird, die Regierung sei eingeladen, auch fernerhin dahin zu wirken, in der Hauptversammlung der schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft Sitz und Stimme zu erhalten?

Weber (Grasmyl). Ich bin einverstanden.

Die Rubrik IX, Bolkswirtschafts- und Gesundheitswesen, wird genehmigt. Ebenso wird der erneuten Einladung an die Regierung, betreffend die schweizerische Hagelversicherungsgesellschaft, beigepflichtet.

X. Baumefen.

v. Wattenwyl (Uttigen). Ich möchte beantragen, auf den gedruckt vorliegenden Antrag der Staatswirtschaftskommission, den Kredit für Beiträge an Obstbaumpslanzungen längs der Staatsstraßen von Fr. 10,000 auf Fr. 8000 zu reduzieren, nicht einzutreten, und ich will nur kurz bemerken, daß einer der Gründe, die mich bewegen, diesen Antrag zu stellen, darin besteht, daß einige abwesende Herren Großtäte gewünscht haben, ich möchte die Bemerkung andringen, daß man in Zukunft nicht nur an Staatsstraßen, sondern auch an größern Gemeindewegen Baumpslanzungen andringen möchte. Ich hosse, die Mehreheit des Großen Kates werde mich unterstüßen und nicht wegen der kleinen Summe von Fr. 2000 ein schönes Werk schmälern wollen.

Sch m i d (Andreas), Berichterstatter der Staats-wirtschaftskommission. Ich muß mich entschuldigen, daß ich übersehen habe, daß die Staatswirtschaftskommission bier einen Untrag ftellt, dahingehend, es möchte in Bezug auf die Beiträge an Obstbaumpflanzungen langs der Staatsftraßen beim alten Ansatz von Fr. 8000 fein Ber= bleiben haben. Die Staatswirtschaftstommiffion beantragt also nicht eine Reduktion, sondern fie will nur keine Er-höhung eintreten laffen, um so mehr, als im Jahre 1892 ber Rredit von Fr. 8000 nicht einmal aufgebraucht wurde. Es wurde schon bei Beratung des Staatsverwaltungs= berichtes auf die mit diesen Baumpflanzungen verbun-benen Uebelstände aufmerksam gemacht. Man hat gesagt, daß in dieser Beziehung des Guten vielleicht nur zu viel gethan und dann oft der Unterhalt und die richtige Besorgung vergessen werde. Was nütt es, Fr. 2000 mehr auszugeben, wenn man bernehmen muß, daß das, mas bis jest geschaffen wurde, nicht unterhalten wird, wie ich perfönlich beobachten konnte. Die Staatswirtschaftskom-mission glaubte, wenn sie in dieser Beziehung beim Staatsverwaltungsbericht eine Rüge anbringe, so solle fie auch beim Budget zeigen, daß man nicht gewillt fei, für diesen Zweck mehr auszuwerfen, fo lange die Bemeinden ihre Pflicht nicht beffer erfüllen. Wenn in einigen Jahren konstatiert werden kann, daß die Baumpflanzungen gehörig unterhalten werden, dann wird man einverstanden sein, successive höhere Beiträge zu geben. Heute ift dies nicht angezeigt. Uebrigens wird gegen= wärtig landauf landab die Frage aufgeworfen, ob man in diefer Beziehung nicht zu weit gehe. Un vielen Orten, wo bedeutender Obstwuchs ist, hat man dies Jahr die Erfahrung gemacht, daß der Obstbau nicht immer sehr rentabel ist und daß es auch Jahre geben kann, wo das Obst fast nichts gilt. Ich glaube, auch das sollte uns veranlassen, in dieser Sache nicht über das Ziel hinaus= auschießen. Es ift une nicht wegen den Fr. 2000, sondern Die Staatswirtschaftstommiffion ftellt ihren Untrag des= halb, nm den Leiftungen des Staates mehr Nachachtung zu verschaffen. Ich empfehle Ihnen namens der Staatswirtschaftstommission, die Summe von Fr. [8000 nicht zu erhöhen.

Marti, Baudirektor. In der Sache selbst bin ich mit herrn Schmid durchaus einverstanden. Allein ich bin mit der Reduktion des Budgetpostens nicht einverstanden und zwar aus ganz andern Gründen. Die Sache verhält sich mit Rücksicht auf die Borgänge nicht ganz so,

wie herr Schmid fie darftellte. Als ich im Jahre 1892 ins Amt trat, betrug ber Budgetposten Fr. 10,000. Da aber in jenem Jahre nur Fr. 7540 gur Berwendung kamen, so fagte ich bei Aufstellung des Budgets pro 1893, es genüge ein Posten von Fr. 8000, und fo wurde benn pro 1893 ber Budgetposten von Fr. 10,000 auf Fr. 8000 herabgesett. Nun haben wir aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht; benn als ich die Sache näher prüfte, stellte fich heraus, daß für die Vergangenheit noch große Bewilligungen gemacht find, die sich noch nicht abgewickelt haben. Es wurden nämlich bewilligt im Jahre 1890 Fr. 15,744, im Jahre 1891 Fr. 15,391. Ich glaubte, diese rückständigen Bewilligungen werden sich so abwickeln, daß sie, ähnlich wie bei den Straßenbauten, als Vor= schuß bes Stnates behandelt werden, fo daß man bei den Laufenden Bewilligungen auf die früher erteilten keine Rücksicht zu nehmen brauche. Aber der Herr Kan= tonsbaumeifter hat mich dann belehrt, daß die Staats= taffe hiefür teine Borichuffe machen könne, fondern daß man fich in dem Kredit von Fr. 8000 bewegen muffe, was zur Folge hatte, daß man, um die alten Schulben zu bezahlen, teine neuen Bewilligungen mehr ausstellen könnte. Im ganzen wurde eine Summe von Fr. 48,000 bewilligt, mahrend nur ein Kredit von ungefähr der Halfte bewilligt war. Daher kommt es, daß dies Jahr, tropdem nur Fr. 2750 neu bewilligt wurden, nahezu eine Summe von Fr. 11,000 ausgegeben wurde, so daß die Baudirektion in den Fall kommen wird, einen Nachkredit verlangen zu müssen, um die aus frühern Jahren stammenden Ueberschreitungen zu decken. Man hat nämlich infolge der Gesuche der Obstbaukommission seiner Zeit en bloc bewilligt z. B. dem Umt Wangen 4000 Bäume mit Fr. 7200 Beitrag, dem Amt Burgdorf 4000 Bäume mit Fr. 6000 Reitrag, dem Amt Burgdorf 4000 Bäume mit Fr. 6000 Beitrag; für andere Straßenzüge bewilligte man 2-3000 Bäume, ohne daß Gesuche da waren und ohne daß die Bewilligung auf den einzelnen Fall beschränkt wurde. Nun wickeln sich die Geschäfte nach und nach ab, und die bewilligten Beiträge muffen bezahlt werden. Ich habe beshalb die Kantonsbuchhalterei an= gefragt, auf welchem Wege man die Rudftande einbringen konne. Sie schlug vor, entweder einen Rach= fredit zu verlangen oder den Budgetposten etwas zu erhöhen. Es ift mir nun dies Jahr gelungen, etwa Fr. 7500 Schulden zu bezahlen, und ich habe gedacht, wenn man pro 1894 einen Kredit von Fr. 10,000 aus= setze, so werden wieder etwa Fr. 6000 bezahlt werden können, so daß in etwa 3 Jahren die alten Schulden, die noch circa Fr. 19,000 betragen, getilgt waren. Bewilligt man nun nur einen Kredit von Fr. 8000, fo foll man dann nicht glauben, daß im Jahre 1894 irgendwie erhebliche neue Bewilligungen gemacht werden können; man wird fich auf 1 ober 2000 Fr. beschränken muffen.

Was die Anregung des Herrn v. Wattenwyl betrifft, man solle auch die Baumpslanzungen an Gemeindewegen subventionieren, so kann dieselbe formell und materiell nicht angenommen werden. Der Beschluß des Großen Rates wurde zu Gunsten der Staatsstraßen gefaßt, und man kann diesen Beschluß nicht auf dem Wege eines Budgetbeschlusses auch auf Gemeindewege übertragen. Dagegen steht es Herrn v. Wattenwyl frei, einen Anzug einzureichen; doch müßte ich mich dagegen aussprechen. Bei den Staatsstraßen haben wir eine ständige Aufsicht, nicht aber bei den Gemeindestraßen. Für die wichtigern Gemeindestraßen stellt allerdings der Staat die Weg-

meister; aber diese reichen nicht hin, um die Pflanzungen zu beaufsichtigen. Also kann schon formell von der Annahme dieses Antrages nicht die Rede sein. Aber auch materiell müßte ich mich demselben widersetzen; denn es ist ganz zutreffend, was Herr Schmid sagte, daß man etwas langsamer vorgehen und darauf sehen muß, daß die Pflanzungen richtig unterhalten werden und sich entwickeln, und daß man nicht eine Maße Pflanzungen macht, die man nicht gehörig überwachen kann.

Präsident. Ich habe die Bemerkung des Herrn v. Wattenwyl betreffend die Gemeindestraßen nicht als Antrag, sondern nur als Anregung aufgefaßt.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Diese Mitteilungen der Baubirektion sind uns unbekannt gewesen; in der Sizung der Staatswirtschaftskommission war allerdings nur der Herr Finanzdirektor anwesend. Man hat in der Staatswirtschaftskommission die Frage der Baumpslanzungen des langen und breiten besprochen und gefunden, man solle der Sache einige Ausmerksamkeit schenken, und dies hat darin seinen Ausdruck gefunden, daß man den Kredit nicht erhöhen und diese Sache nicht noch mehr begünstigen solle. Da man uns nun mitteilt, daß früher bewilligte Sudventionen bezahlt werden sollten und daß man zu diesem Zwecke einen etwas höhern Kredit verlange, so glaube ich im Namen der Staatswirtschaftskommission den Antrag derselben zurückziehen zu können, um so mehr als der Herr Baudirektor erklärt, daß er sachlich mit uns einverstanden sei und den Kredit hauptsächlich zur Tilgung alter Verpflichtungen benüßen werde.

Weber (Graswyl). Nachdem nun kein Antrag mehr vorliegt, den Kredit für Baumpflanzungen zu reduzieren, sinde ich mich nicht veranlaßt, in dieser Beziehung noch etwas beizufügen. Hingegen muß ich auf die Auseinandersetzungen des Herrn Schmid etwas erwidern. So schlimm, wie er glaubt, steht es mit den Pflanzungen nicht. Bekanntlich kann man die Bäume nicht einschließen, sondern sie sind dem Wind wetter, Krankheiten u. s. w. ausgesetzt. Es ist daher leicht möglich, das ein Baum innert Jahresfrist abstehen kann. Nun kann man aber nicht während des ganzen Jahres Nachpflanzungen machen. Einige sinden, man müsse die Bäume im Herbstsehen, während andere das Frühjahr als die einzig richtige Zeit betrachten. Wenn nun in der Zwischenzeit ein Baum absteht und nicht ersetzt wird, so kann man deswegen nicht sagen, die betressende Gemeinde sei nachlässig und erfülle ihre Pflicht nicht. Der einzige Uebelstand ist der, daß an vielen Orten die Bäume zu nahe an die Straßen gepflanzt werden.

Wenn Herr Schmid ferner befürchtet, wenn die Bäume einmal groß seien, so werde man mit Obst überschwemmt, so ist das nicht so gefährlich. Und wenn sich Herr Schmid etwas genauer umgesehen hätte, so würde er gesehen haben, daß der Obstbau diesen Herbst sehr rentabel war. Daß schlechtes Obst nichts gilt, ist nur zu begrüßen; aber schönes Obst hat noch diesen Herbst bis zu Fr. 14 per Doppelzentner gegolten, und das ist gewiß eine schöne Rendite.

Ich glaube baher, man dürfte mit der Zeit noch weiter gehen und vielleicht den Antrag des Herrn v. Wattenwhl aufgreifen, auch Straßen IV. Klaffe mit Obst=

bäumen zu bepflanzen, namentlich wo es für den Windbruch zukömmlich ift. Die Borwürfe des Herrn Schmid weise ich namens der Obstbaukommission zuruck.

Die Rubrik X, Bauwesen, wird unverändert angenommen.

XI. Anleihen.

Angenommen.

XII. Jinangwesen.

Angenommen.

XIII. Jandwirtschaft.

Schmid Andreas), Berichterstatter der Staats-wirtschaftskommission. Nachdem Sie diesen Vormittag bei der Landwirtschaftlichen Versuchsstation beschlossen haben, einen Beitrag der Landwirtschaftlichen Schule von Fr. 6000 einzusetzen, müssen Sie nun hier konsequenterweise unter C 1 b, Kontroll= und Versuchsstation, die Summe von Fr. 3100 ebenfalls auf Fr. 6000 erhöhen. Ob dafür an einem andern Ort etwas erspart werden kann, weiß ich nicht; ich bin zu wenig versiert,

Mit der beantragten Erhöhung angenommen.

XIV. forftwesen.

Angenommen.

XV. Staatswaldungen.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staats-wirtschaftskommission. Her stellt die Staatswirtschaftskommission einen Antrag, der eigentlich nicht eine Aeneberung des Budgets, wohl aber eine Richtigstellung der Zahlen bezweckt. Sie sehen, daß unter C 2 b, Schweselbergstraße, ein Ausgabeposten von Fr. 45,000 eingesetztist. Es ist uns nun mitgeteilt worden, die Forstdirektion

habe ein Butachten ausarbeiten laffen, wonach ben Staats= maldungen in der betreffenden Begend infolge der Erftellung diefer Strafe ein Mehrwert von 70-80,000 Fr. angerechnet werden könne. Nun möchte die Staats= wirtschaftskommission, im Einverständnis mit der Finangdirektion, den Borschlag machen, für die Ausgabe für diefe Straße eine Deckung zu suchen, die nicht aus der laufenden Berwaltung genommen werden muß. Sie wissen, daß der Große Rat vor einigen Jahren beschlossen hat, für die Staatswaldungen einen Konto zu eröffnen, damit der Ertrag derfelben gleichmäßig auf die ver-schiedenen Jahre verteilt werden könne und man nicht in einem für Holzschläge ungunstigen Jahr ein schlechtes Staatsbudget erhalte. Nun hat dieser Forst= reservetonto eine bedeutende Summe erreicht, so daß es möglich ift, diese Fr. 45,000 demselben zu entnehmen. Die Staatswirtschaftskommission schlägt Ihnen die Entnahme diefer Summe aus der Forstreserve deshalb vor, weil eben infolge der Erstellung der Schwefelbergstraße ein Mehrwert der Staatswaldungen in nahezu dem doppelten Betrage eintritt. Die Staatswirtschaftskommission beantragt also, in Abschnitt XV C, Wirtschaftskoften, einen Poften von Fr. 45,000 ins Ginnehmen zu ftellen, in bem Sinne, daß der Beitrag an die Schwefelbergstraße aus dem Saldo der Abrechnung über den Forstertrag zu decken sei. Der Herr Finanzdirektor hat sich mit diesem Antrage einverstanden erklärt, und ich nehme an, auch bie Regierung fei mit demfelben einverftanden.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Der Regierungsrat hat über diesen Antrag ber Staatswirtschaftskommission keinen eigentlichen Befchluß gefaßt; aber ich tann doch annehmen, daß er mit bemfelben einverstanden ift, indem kein Mitglied der Regierung Anlaß genommen hat, sich dagegen auszu= sprechen. Ich glaube um so mehr, daß dieses Einverständnis vorhanden ist, als ich weiß, daß der Herr Forst= direktor mit dem beantragten Vorgehen durchaus einver= ftanden ift. Das Einstellen eines folchen Postens in die Einnahmen ist durch die Berhältnisse durchaus gerechtfertigt. Die Schwefelbergftraße wird von der Baudirektion mit einem großen Staatsbeitrage unterstütt und ebenso ist sie, um sie möglich zu machen, durch eine Subvention der Forstdirektion unterstütt worden, welche damit be-gründet murde, daß die Staatswaldungen, welche an der neuen Straße liegen, einen ganz bedeutenden Mehrwert erhalten. Soweit ich mich erinnere, wurde berechnet, daß das schlagreife Holz, das in diesen Staatswaldungen vorhanden ist, einen Mehrwert von 70—100,000 Fr. erhalten werde. Es ist daher durchaus am Plage, daß man die Staatswaldungen auch heranzieht, wenn es fich darum handelt, diefe neue Strafe zu bezahlen. Es ift auch die Situation der fogenannten Forstreferve derart, daß biese Ausgabe von Fr. 45,000 ganz gut gemacht werden kann, ohne daß man deshalb extra Holz schlagen muß. Die Forstreserve wird auf Ende dieses Jahres einen Bestand von nahezu Fr. 300,000 erreichen. Es ist das eine Summe, welche der Staat in den letzten Jahren auf die Seite legte für folche Jahre, wo die Verhältniffe in Bezug auf die Holzpreise 2c. ungunftig find und infolgedeffen die Einnahmen des Staates aus dem Holzerlös nicht die normale Sohe erreichen würden. Es können also diese Fr. 45,000 ganz gut aus dieser Forst= referve bestritten werden.

Die Rubrik XV wird mit der von der Staatswirt= schaftskommission beantragten Aenderung angenommen.

XVI. Domänen.

Saldimann (Rünkhofen). Ich finde mich veranlaßt, hier einen Antrag zu ftellen infolge ber Bor-lage eines Projekt-Raufvertrages um eine Pfrunddomäne und Uebertragung des Unterhaltes der Gebäude an die Gemeinde. Mein Antrag geht dahin, es seien grunds fählich keine solchen Berkäufe von Pfrunddomänen mehr abzuschließeu, wobei den Kirchgemeinden der Unterhalt der Pfrundgebäude übertragen wird. Die Gründe für

diefen Antrag find folgende."

Der Uebergang des Unterhaltes der Pfrundgebäude an die Kirchgemeinden fördert wesentlich die Trennung von Rirche und Staat. Was eine folche Trennung für Folgen hätte, will ich nicht außeinandersetzen. Die Landeskirche würbe sich in Sekten auflösen, die einander bekämpfen, wodurch der religiöse Friede noch mehr gestört würde. Wir erhielten die nämlichen Zustände, wie sie in Amerika bestehen. Bei den Loskäusen macht der Staat allerdings sinanziell ein gutes Geschäft, und ich möchte in dieser Beziehung dem herrn Finanzdirektor keinen Vorwurf machen; denn er vertritt die Intereffen des Staates. Dagegen tommen die Gemeinden und namentlich die armen Gemeinden bei dem Loskauf zu kurz. In der neuen Verfassung ist der Gedanke niedergelegt, es follen, namentlich im Schul= und Armenwesen, die Lasten aus= geglichen und den Gemeinden abgenommen werden. Diesem Gedanken wird bei diesen Loskausverträgen nicht nachgelebt, und ich mochte in diefem Sinne baber munichen, es möchte diesen Loskäufen Halt geboten werden. Schon bis dahin waren die reichen und die armen Gemeinden ganz ungleich gestellt. Die reichen Kirchgemeinden können fich die Pfarrer auslesen, während die armen diejenigen nehmen muffen, die fie überhaupt bekommen. Gin fernerer Grund ist ber, daß wenn die Gemeinde den Unterhalt bestreiten muß, das Einvernehmen zwischen dem Pfarrer und der Gemeinde leicht geftort werden fann, wenn der Pfarrer etwas verlangt, das über den gewöhnlichen Stand der Gemeindebürger hinausgeht. Man wird mir ein= wenden, die Gemeinden können den Unterhalt billiger bestreiten. Ich gebe das einigermaßen zu; aber ander= seits ist zu sagen, daß der Staat über technisch gebildetes und genügendes Baupersonal versügt. Endlich ist zu sagen, daß Staatsbeamte, welche nicht Kirchgemeindegenossen sind, den Ansprüchen des Pfarrers besser entgegen= treten dürfen als etwa ein Kirchgemeinderat, der dem Pfarrer nicht offen Opposition zu machen magt. Es mare auch noch intereffant, die Frage zu prufen, ob der Staat Befiger des bernischen Rirchengutes ift, oder dasfelbe nur in der Eigenschaft als Berwalter fäkularifierte. — Ich empfehle Ihnen meinen Antrag zur Annahme.

Prafibent. Ich erlaube mir, herrn halbimann zu bemerken, daß fein Antrag den Charakter einer Motion hat und nicht zum Budget paßt. Ich möchte ihn deshalb anfragen, ob er einverstanden ist, daß seine Ans regung als Motion behandelt wird in dem Sinne, daß bann fpater barüber Befchluß gefaßt würde?

Saldimann (Rünkhofen). Ich bin einverstanden.

Prafident. In diesem Falle möchte ich Berrn Haldimann ersuchen, feinen Anzug schriftlich einzureichen.

Die Rubrik XVI wird unverändert angenommen.

XVII. Eisenbahnkapital.

Angenommen.

XVIII. Sypothekarkaffe.

Schmib (Andreas), Berichterftatter ber Staats= wirtschaftstommiffion. Sier stellt die Staatswirtschafts= kommission den Antrag, es sei der Robertrag der Hypo-thekarkasse von Fr. 825,000 auf Fr. 305,000 zu reduzieren und zu diesem Zwecke in den Ausgaben einen neuen Posten aufzunehmen: 12. Zins des Grundkapitals Fr. 520,000. Die Kommission begründet diesen Antrag

in folgender Weife.

Es wird in der Schlugrechnung ein Reingewinn von Fr. 728,000 ausgerechnet, während wir nur einen Reingewinn von Fr. 208,000 ausrechnen, indem wir den Zins des 13 Millionen betragenden Grundkapitals in Abzug bringen. Die gegenwärtige Aufstellung ruft an vielen Orten auf dem Land ber Meinung, ber Staat ziehe aus der Sypothekarkaffe einen enormen Gewinn und zwar auf Rechnung der Schuldner der Hypothekarstaffe. Dem ist nicht alfo. Der Staat muß die 13 Millionen, welche er der Hypothekarkaffe als Grundskapital gegeben hat, verzinsen. Deshalb soll ihm diese Summe bon der Raffe borab verzinft werben, und erft der Rest ist als Reinertrag zu betrachten. In der Schlußrechnung kommt die Sache natürlich auf das gleiche hinaus, indem wir dann später bei der Rubrik Staats= kasse beantragen, den Zinsertrag aus Staatsgeldern von Fr. 900,000 auf Fr. 1,420,000 zu erhöhen. Es wird also faktisch am Budget nichts geändert. Wir beantragen lediglich, die Rechnung der Hypothekarkaffe verständlicher anzulegen und zu zeigen, daß die 13 Millionen Grund-fapital bem Staate zu 4 % verzinst werden muffen und daß erst der Ueberschuß als eigentlicher Gewinn der Hepothekarkasse betrachtet werden kann. Wird das Grundstapital der Hypothekarkasse von 13 auf 20 Millionen erhöht, wie Sie legthin durch Unnahme eines Poftulates beschloffen haben, fo wird natürlich der Bins von 20 Millionen vergütet werden muffen. Die Staatswirtschaftskommission findet, so gut wie die Zinse der Depots auf Raffenscheine, die Zinse der Depots im Conto-Corrent, die Zinfe der Spareinlagen und die Binfe für zeitweilige Geldaufnahmen verrechnet werden, folle auch ber Bins bes Grundfapitals, das der Staat seinerseits auch wieder verzinsen muß, mit 4 % in Rechnung gebracht werben. Die Sache wird auf diese Weise einfacher und klarer. Ich empfehle Ihnen den Antrag der Staatswirtschafts= tommission zur Unnahme.

Dr. Michel. Ich glaube, im Gegensatz zur Ansicht bes Herrn Schmid, die Ausstellung der Regierung sei die richtige. Es muß doch zugegeben werden, daß die Hypothekarkasse ein Staatsinstitut ist, und nun wird doch bei allen Bankgeschäften der Gewinn, den das Geschäft aus seinem Kapital zieht, als Reingewinn betrachtet. Man unterscheidet nicht zwischen einem Rormalzins und einem Extrazins. Der Gewinn, den der Staat aus seinem Kapital zieht, ist eben der Reingewinn. Ich glaube, es lasse sicht, ist eben der Reingewinns nicht markten, und halte dasür, die einzig richtige Ausstellung sei diejenige der Regierung. Man kann nicht unterscheiden, wie schon gesagt, zwischen einem Rormalzins und einem Extrazins, sonst täuscht man das Publikum, indem dasselbe dann der Meinung ist, der Staat mache nur diesen minimen Gewinn von circa Fr. 300,000, der nur cirea 2% des Grundkapitals gleichkäme.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich hatte die Auffassung, nachdem die Staatswirtschaftskommission nachträglich das Postulat betreffend Erhöhung des Grundkapitals der Hypothekar-kasse seine falle ihr anderer Antrag dahin. Gegen-wärtig beträgt das Grundkapital 13 Millionen. Der Staat hat jedoch z. Z. der Kasse noch weitere 10 Millionen vorgeschoffen. Infolge der Konversion, die dies Jahr durchgeführt wurde, indem der Zins der Depots um 1/4 % herabgeset wurde, fanden starke Kückzüge seitens solcher Gläubiger statt, welche sich diese Reduktion nicht gefallen lassen wollten. Um die Konversion durchzuführen, mußte daher die Staatskasse Vorschüffe machen. Sie tonnte dies, weil fie bedeutende Gelder vorrätig hatte und Wertschriften zu fehr gutem Rurse verkaufen konnte. Es ift nun kein Grund vorhanden, dem Boftulat der Staatswirtschaftskommission nicht zu entsprechen. Im Gegenteil, die Verhältnisse der Hypothekarkasse haben sich verändert, daß das Grundkapital von 13 Millionen im Berhältnis ju ihrem Geschäftsumfang ju flein ift. Die Verhältniffe fordern es also geradezu, daß der Große Rat ben Beschluß faßt, es sei bas Grundkapital zu er= höhen, ich nehme an auf 20 Millionen. Der Regierungsrat wird in nächster Zeit einen solchen Antrag vor den Großen Rat bringen. Wenn dies der Fall ift, so wird dann der Reinertrag der Sypothekarkasse eine ganz andere Gestalt annehmen. Die Fr. 728,000 des Budgets sind bann nicht mehr ein übermäßiger Zins des Grundkapitals, indem 4 % von 20 Millionen ja Fr. 800,000 ausmachen. Der Reinertrag würde fich bann auf ein größeres Grund-tapital fo verteilen, daß niemand Grund hätte, fich zu beschweren, der Staat beziehe von der Sppothekarkaffe mehr Zins, als recht fei. Ich hatte also geglaubt, man fonnte das Budget fo belaffen, wie die Regierung es vorschlägt und wie es feit einer langen Reihe von Jahren abgefaßt wurde, in der Erwartung, daß dem Postulat der Staatswirtschaftskommission in Kürze werde ent= sprochen werden.

Abstimmung.

Für ben											3 9	Stimmen
Für den	Un	tra	g b	er (Sta	ats	wir	tíd	aft	₿=		
fommission			_								54	,,

hier wird die Beratung des Voranschlags abgebrochen.

Es folgt nun noch der Namensaufruf. Derselbe verzeigt 174 anwesende Mitglieder. Ubwesend sind 93, wovon mit Entschuldigung: die Herren Bourquin, Burger, Choquard, Friedli, Fueter, Schnell, Häberli (Narberg), Haris (Adelboden), Heß, Horn, Houriet, Kohli, Lehmann, Lenz, Merat, Moser (Herzogenbuchsee), Kosselt, Schweizer, Bürcher, Jyro; ohn e Entschuldigung abwesend sind: die Herren Aeby, Bärtschi, Beguelin, Belrichard, Benz, Beutler, Vircher, Blatter, Vlösch, Boillat, Voinay, Voß, Brand (Tavannes), Brunner, Bühler, Bühlmann, Burkhalter, Burrus, Charmillot, Chobat, Comment, Coullerh, Cuenin, Dürrenmatt, Elsäßer, v. Erlach (Münfingen), v. Erlach (Gerzensee), Fahrnh, Frutiger, Gerber (Steffisburg), Gerber (Unterlangenegg), Glaus, Gouvernon, v. Brünigen, Guenat, Hänni, Hauser (Gurnigel), Hauser (Weißenburg), Hennemann, Hilbrunner, Hofer (Oberönz), Hostettler, Howald, Hubacher, Mussensell, Kauser (Busselling, Kreds (Eggiwhl), Krenger, Marcuard, Marti (Lyß), Messer (Vegeil, Minder, Morgenthaler (Ursenbach), Mouche, Nägeli, Reiger, Péteut, Käh, Kenfer, Rehmond, Sahli, Stämpsselli (Vern), Steffen (Madiswyl), Sterchi, Stoller, Tieche (Vern), Tschannen, Wälchli, Wermeille, Wolf, Ziegler.

Schluß der Sitzung um 51/2 Uhr.

Der Redaktor: Kud. Schwarz.

Cagesordnung:

Voranschlag für das Jahr 1894.

Fortsetzung der Beratung.

(Siehe Seite 446 hievor.)

XIX. Domänenkaffe.

Angenommen.

XX. Kantonalbank.

Angenommen.

Sechste Sitzung.

Peiting den 1. DeZember 1893,

vormittags 9 Uhr.

Vorfigender: Präfident Wyß.

Der Namensaufruf verzeigt 186 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 81, wovon mit Entschuldigung: die Herren Bourquin, Burger, Choquard, Friedli, Häberli (Narberg), Hari (Ndelboden), Heß, Horn, Kohli, Lehmann, Marchand, Mérat, Moser (Herzogenbuchsee), Rosselet, Schmid (Karl, Burgdorf), Schweizer, Jürcher, Jyro; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Beguelin, Belrichard, Bigler, Bircher, Blatter, Blösch, Boillat, Boinah, Boß, Band (Tavannes), Bühler, Bühlmann, Burrus, Cattin, Charmillot, Chodat, Comment, Coullery, Cuenin, Droz, Dubach, Elfäßer, v. Erlach (Münssingen), Fahrni, Feller, Glaus, Gouvernon, v. Grünigen, Guenat, Gygar (Bütigkosen), Häberli (Münchenbuchsee), Hadorn, Hennemann, Hilbrunner, Hofer (Oberönz), Hossettler, Hunzifer, Huson, Jacot, Jenzer, Kaiser, Kisling, Krebs (Eggiwyl), Lüthi (Worb), Meyer (Viel), Morgenthaler (Ursenbach), Mouche, Nägeli, Péteut, Kät, Kenser, Sahli, Dr. Schenk, Stämpsli (Vern), Steinhauer, Sterchi, Stoller, Tiche (Velel), Tschemer, v. Wattenwyl (Uttigen), Weremeille, Wüthrich, Biegler.

Das Protokoll der gestrigen Nachmittags=Sitzung wird abgelesen und genehmigt.

XXI. Staatskaffe.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Als Konsequenz Ihres gestrigen Beschlusses, daß der Zins des Grundkapitals der Hypothekarkasse verrechnet werden soll, ist nun hier der Betrag von Fr. 520,000, den Sie gestern bei der Hypothekarkasse ins Ausgeben einreihten, wieder ins Einnehmen einzustellen, so daß sich die Zinse von Guthaben statt auf Fr. 900,000 auf Fr. 1,420,000 belaufen werden. Ich erlaube mir, dazu nur noch eine Bemerkung zu machen, indem ich gestern nicht mehr das Wort ergreisen wollte. Der Antrag der Staatswirtschaftskommission ist kein neuer, sondern es ist schon vor zwei Jahren durch Annahme eines Postulats beschlossen worden, daß die Rechnungsführung in dieser Weise ersolgen solle. Die Staatswirtschaftsetommission hat sich verwundert, daß in der Staatserechnung pro 1892 diesem Beschlusse nicht Rechnung getragen worden ist. Sie hat dann vom Herrn Finanzbirektor die Zusicherung erhalten, daß pro 1893 dem Beschlusse des Eroßen Kates Nachachtung verschafft und die Rechnung der Hypothekarkasse in diesem Sinne abgeschlossen werden solle. Gestützt hieraus mußte die Staatsewirtschaftskommission beantragen, diesem Beschluß auch im Budget Rechnung zu tragen. Das noch nachträglich.

Nach Antrag der Staatswirtschaftskommission angenommen.

XXII. Buffen und Konfiskationen.

Angenommen.

XXIII. Jagd, fischerei und Bergbau.

Angenommen.

XXIV. Salzhandlung.

Präsident. hier habe ich Ihnen die Mitteilung zu machen, daß herr Demme seinen Anzug betreffend Reduktion des Preises von Gewerbesalz schriftlich zuruckgezogen hat.

Angenommen.

XXV. Stempel: und Banknotenftener.

Angenommen.

XXVI. Gebühren.

Angenommen.

XXVII. Erbichafts: und Schenkungsfteuer.

Angenommen.

XXVIII. Wirtschaftspatentgebühren und Branntweinverkaufsgebühren.

Angenommen.

XXIX. Anteil am Ertrage des Alkoholmonopols.

Präsident. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß für den Fall, daß durch irgend einen Besichluß die hier vorgesehene Verteilung geändert werden sollte, dies ein Zurücksommen auf die betreffenden Direktionen bedingt. Ich nehme an, Sie seien damit einsverktanden.

Dr. Schwab. Die Sache hat sich sehr vereinfacht, indem die Herren Direktoren des Armenwesens und des Innern sich einverstanden erklärt haben, daß man als Beitrag an Bereine und Anstalten Fr. 2000 mehr in Aussicht nehme und anderseits den Kredit von Fr. 1000 sür Ausdildung von Armenlehrern streiche und den Kredit für Bekämpfung des Alkoholismus im allgemeinen um Fr. 1000 reduziere. — Nur noch zwei Worte zur Begründung der Erhöhung des Postens für Bereine und Anstalten. Es ist bereits gesagt worden, daß die Beschränkungen in Bezug auf die Unterstützung verwahrloster Kinder sallen gelassen sind. Die Folge wird sein, daß man einer größern Anzahl Kinder einen Beitrag wird geben müssen. Underseits ist vor wenigen Tagen eine Botschaft des Bundesrates erschienen, wonach man in erster Linie Beiträge geben solle für schwachsinnige und epileptische Kinder, für Knabenhorte und selbst für denke, Bern werde nicht zurückstehen wollen, so erheischt dies gerade auf dem Posten eine größere Summe, den ich im Auge habe. — Wie gesagt, die Direktoren des Armenwesens und des Innern sind mit meinem Antrag einverstanden, und es handelt sich nur noch darum, der Sache protokolarisch Ausdruck zu geben.

Ritschard, Armendirektor. Es ist richtig, daß die Armendirektion mit der Streichung der Fr. 1000 für Armenerzieher und Verwendung dieser Summe zu Beisträgen an Vereine und Anstalten einverstanden ist. Da aber Regierung und Staatswirtschaftskommission nicht Gelegenheit gehabt haben, sich über diese Aenderung auszusprechen und also, wenigstens formell, die Sache so angesehen werden muß, als liegen gegenüber der beantragten Abänderung die Anträge der Regierung und der Staatswirtschaftskommission vor, so din ich verpslichtet, Ihnen Auskunft zu geben, weshalb ich glaube, daß dem Antrag des Herrn Schwab beigepslichtet werden kann.

Antrag des Herrn Schwab beigepstichtet werden kann.
Es ist schon während mehreren Jahren ein Betrag von Fr. 1000 für Stipendien an Armenerzieher aus=
gesetzt gewesen. Es wurde aber dieser Kredit nie benutt,
und ich glaube, die Gründe dafür liegen ganz nahe. Ich
glaube, es war überhaupt kein sehr praktisches Borgehen,
diese Fr. 1000 ins Budget einzusehen. Wir haben nicht so
viele Armenanstalten und unser Territorium ist nicht so
groß, daß es einen eigenen Stand von Armenerziehern
gäbe, für den sich gewisse Leute ertra ausdilden würden.
Unsere Armenerzieher rekrutieren sich meist aus der Zahl
der Lehrer. Nun weiß ein Lehrer nicht von vornherein, daß
er später an diese oder jene Anstalt als Armenerzieher
berufen werden wird, und er hat daher keine Beranlassung,
sich speziell für diesen Zweig auszubilden, so wenig als
sich jemand veranlaßt sieht, sich speziell für die Stelle
eines Regierungsrates, eines Bundesrates oder eines Oberrichters auszubilden. Wird ein Lehrer an eine Armenerziehungsanstalt gewählt, so hat er dort am besten Ge-

legenheit, fich im Fach ber Armenerziehung auszubilden. Die Lehrer find durch ihren Studiengang bereits zu einem guten Teil zu Erziehern herangebilbet; wenn fie an eine Armenerziehungsanftalt gewählt werden, fo werden fie da die Kunst des Erziehens anwenden, und soweit fie ihnen fehlt, werden fie fich dieselbe am besten in der Unftalt felbst erwerben. Der beste Fonds für eine folche Weiterbildung ift schließlich immer der, daß der betreffende Mann den Beruf in sich fühlt, Hingabe und Liebe zur Sache hat. Das ist ein viel größerer Stimulus als ein Stipendium, um irgend eine Anftalt besuchen zu können. Ein weiterer Grund, weshalb fich fein Stand von Armenerziehern herausbildet ist auch der, daß die Lehrer an diefen Armenanstalten gewöhnlich nicht fehr lange bleiben. Die betreffenden Lehrer konnen fich nicht verheiraten. Sie treten unverheiratet ein; später aber heiraten fie und find dann gezwungen, jurudzutreten. Infolgedeffen hat man leider einen fehr häufigen Wechfel, und aus diefem Grund kann fich auch kein Stand von Armenlehrern heranbilden, sondern es rekrutieren sich diese Lehrer von Fall zu Fall aus der Zahl der Lehrer überhaupt. Deshalb halte ich es für durchaus richtig, daß diefe Fr. 1000 gestrichen werden. Will man etwas in dieser Richtung thun, so wird es viel richtiger sein, wenn man es Lehrern und Borftehern, welche bereits an Anstalten wirken, möglich macht, hie und da eine andere Unstalt besuchen zu können, um zu feben, wie es dort zugeht; benn es ift gut, wenn man fieht, wie es anderwärts geht und nicht glaubt, man habe das beste im eigenen Land.

Aus diefen Gründen pflichte ich dem Antrag des herrn Schwab bei und nehme an, auch die Regierung sei damit einverstanden. Ich glaube, es sei dieses Bor= gehen auch nach anderer Richtung zu begrüßen, nämlich daß man überhaupt die Beiträge aus dem Alfoholzehntel etwas mehr konzentrieren wurde. Wird der Alfoholzehntel für alle möglichen Zwecke verwendet und nach allen mög= lichen Richtungen der Windrose verteilt, so spürt man ichließlich von seinen wohlthätigen Wirkungen fehr wenig. Es ift beshalb von Seite ber Finanzdirektion im Regierungsrat icon mehrmals barauf aufmerksam gemacht worden, man follte den Alkoholzehntel nicht zu fehr verteilen. Der Berr Finanzdirektor braucht hiefur jeweilen den Ausdruck, der Alkoholzehntel werde auf diese Weise "verstöcklet", und es ift etwas daran. Wenn man nun hier eine kleine Konzentration vornimmt, so möchte dies ein Borbild fein, auch in andern Richtungen auf eine etwas größere Konzentration in der Verteilung des Al= toholzehntels zu tommen. — Aus diefen Grunden wird dem Untrag des herrn Schwab beigepflichtet.

M. Daucourt. A propos de la lettre b

M. Daucourt. A propos de la lettre b du chapitre relatif à l'instruction publique, j'aurais une modification à proposer. Il s'agit du poste de 9000 fr. affecté à l'entretien d'enfants pauvres au moyen des soupes scolaires. Je trouve cette somme bien exiguë. — Vous savez que dans son message à l'Assemblée fédérale, le Conseil fédéral indique en première ligne parmi les œuvres qui doivent bénéficier du 10 % des recettes de l'alcool dont la répartition se fait entre les cantons, celle de l'entretien des enfants pauvres au moyen d'une nourriture suffisante. Il est évident que c'est bien là l'emploi qu'en compte faire le canton de Berne. Bien peu de communes croiraient pouvoir, proportionnellement aux besoins, organiser des soupes scolaires avec le crédit

accordé à la Direction de l'instruction publique à cet effet. Il faudrait l'élever. C'est un moyen plus efficace qu'on ne pense de combattre les effets de l'alcoolisme. Dans les contrées industrielles, à Bienne surtout et dans le Jura également, il se passe des faits excessivement affligeants: on y rencontre quantité de mères de famille qui travaillent à la fabrique toute la journée; c'est tout au plus si on leur accorde une demi-heure, une heure, vers midi, pour leur permettre d'aller préparer leur repas. Et quel repas? Les 3/4 du temps, il se compose de fromage, de pain et de goutte, — autrement dit d'eau-de-vie. Ceux qui ont l'occasion de visiter les petits ménages ouvriers ont pu le constater maintes fois. Ces repas se font naturellement au détriment de la santé, et tout à l'heure, quand M. le Dr Schwab parlait avec raison de la nécessité de secourir les enfants épileptiques, faibles d'esprit, etc. dans des établissements spéciaux, il aurait pu ajouter qu'une des causes de ces maladies toujours plus fréquentes n'est autre que l'insuffisance d'aliments sains distribués à l'enfance dans bien des familles.

C'est pourquoi il me semble qu'il serait nécessaire d'augmenter le poste dont nous parlons. A quel chiffre convient-il de s'arrêter? C'est là la difficulté. Est-ce que 14,000 fr. serait trop? Je ne le crois pas. Sur quel poste ensuite faudra-t-il prendre les 3 ou 4000 fr. dont nous avons besoin pour atteindre cette somme? Voilà aussi mon embarras. Au fond, ce qui serait le plus logique, ce serait — sauf meilleur informé — de les prendre sur le budget de l'assistance publique, car enfin il s'agit d'une assistance toute spéciale et c'est sous cette forme même que l'assistance est le plus nécessaire.

D'autre part, on ferait bien de consacrer un millier de francs à l'acquisition d'un manuel de tempérance — il vient d'en paraître un excellent à Genève, au prix de 1 fr. 50 — dont on enverrait gratuitement un exemplaire à tous les instituteurs du canton, qui pourraient y puiser des renseignements pratiques et faire de temps en temps des conférences sur les dangers de l'alcoolisme.

Je propose donc, au lieu de 9000 fr., un crédit d'au moins 13,000 fr. Dans ces conditions, la Direction de l'instruction publique pourrait veiller à ce que les communes reçussent des subsides, sinon suffisants, du moins plus convenables.

M. Gobat, Directeur de l'instruction publique. Je ne demande pas mieux naturellement que d'avoir une augmentation du crédit destiné à secourir les enfants pauvres pendant l'hiver. Ces secours, organisés dans presque tout le canton, ont produit jusqu'ici de bons effets, non seulement sur la santé des enfants, mais aussi sur la fréquentation scolaire qui s'est améliorée dans un grand nombre de localités. — J'aurais voulu moi-même augmenter le crédit de 2000 fr., afin d'être à même de donner des subsides à différentes œuvres du genre de celle dont nous parlons. Je me suis adressé pour cela au Conseil-exécutif, qui a refusé. J'ai compris ce refus, parce que, d'une part, le chiffre total du budget ne pouvait guère être augmenté et que, d'autre part, il aurait fallu réduire celui de la Direction à laquelle nous aurions dû prendre la somme que nous réclamions, — soit à celle de la police, soit à celle de l'intérieur, soit à une autre. Naturellement, chacun de mes collègues défend son budget et prétend que lui aussi n'a pas assez pour satisfaire aux besoins urgents de son dicastère. J'abandonne, bien entendu, au Grand Conseil, le soin de statuer sur la proposition de M. Daucourt, et serais, pour mon compte,

très heureux s'il l'acceptait.

M. Daucourt a ajouté qu'il y aurait lieu d'instituer un crédit spécial pour permettre d'envoyer gratuitement aux maîtres d'école du canton de Berne un manuel de tempérance qui aurait pour but de les mettre à même de donner aux enfants un enseignement qui les rendît attentifs aux conséquences funestes de l'alcoolisme. Je dirai à M. Daucourt que j'ai prévenu son désir. Il y a déjà quelques mois, 500 exemplaires de ce manuel ont été distribués gratuitement aux écoles normales du Jura, et la même mesure sera prise en faveur de la partie allemande du canton aussitôt qu'il y aura une traduction de ce manuel.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtsschaftskommission. Ich muß nochmals darauf aufmerksam machen, daß der Antrag des Herrn Daucourt, der eine Mehrausgabe von Fr. 4000 zur Folge hat, nicht zulässigt, ohne daß Herr Daucourt zugleich sagt, wo diese Fr. 4000 weggenommen werden sollen. Die Gesamtsumme von Fr. 110,000 ist eine gegebene und wenn man am einen Orte zusehen will, so muß man gleichzeitig an einem andern Orte wegnehmen.

M. Daucourt. Je crois avoir dit et il me semble que c'est là une question d'assistance publique. Les parents sont assistés par le fait dans la personne de leurs enfants. Ce qu'il y a de plus logique donc, ce serait d'enlever ces 3 ou 4 mille francs que nous demandons, à l'instruction publique, et de les reporter au budget de l'assistance publique. Si vous croyez que le chiffre de 2000 fr. proposé par M. Gobat soit suffisant, je m'y rallierai; pour ma part, je crois cependant que celui que j'indique n'est pas trop élevé et que la Direction de l'instruction publique comprendra de plus en plus la nécessité et les bienfaits de ces soupes scolaires qui ne sont pas encore assez bien organisées dans notre canton.

Präsident. Wenn ich den Antrag des Herrn Daucourt richtig verstanden habe, so schließt er sich der Auffassung des Herrn Gobat an, d. h. er begnügt sich bei der Erziehungsdirektion mit einer Erhöhung um Fr. 2000. Außerdem beantragt er, diese Fr. 2000 bei

der Armendirektion abzustreichen.

Was den Antrag des Herrn Schwab betrifft, so hätte er die Folge, daß hier der Armendirektion statt Fr. 42,000 Fr. 43,000 und der Direktion des Innern statt Fr. 23,000 Fr. 22,000 zugeschieden würden. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so hätte dies sodann die weitere Folge, daß unter VIII^a E 2, Beiträge an Vereine und Anstalten, der Ansak von Fr. 5000 auf Fr. 7000 erhöht würde, dagegen würde unter VIII^a E 3, der Posten von Fr. 1000 für Ausbildung von Armenlehrern gestrichen und serner würde unter IX N 1, Bekämpsung des Alstoholismus im allgemeinen, der Ansak von Fr. 4000 auf Fr. 3000 reduziert.

v. Steiger, Direktor bes Innern. Ich will nur erklären, daß ich mit der vorgeschlagenen Aenderung, soweit es die Direktion des Innern betrifft, einverstanden bin.

Abstimmung.

1. Der Antrag Schwab ist von keiner Seite bestritten und wird deshalb als angenommen erklärt.

2. Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Daucourt) 87 Stimmen Für den Antrag Daucourt 26 "

XXX. Militärftener.

Angenommen.

XXXI. Direkte Stenern.

Scheurer, Finanzbirektor, Berichterstatter bes Regierungsrats. Sie werden bemerkt haben, daß in Bezug auf die direkten Steuern das diesmalige Budget, in der Form namentlich, anders aussieht als disher. Bisher hatte man zwei Rubriken: Direkte Steuern im alten Kanton und direkte Steuern im Jura. Es war diese Trennung nötig wegen der verschiedenartigen Gesetzgebung in beiden Kantonsteilen. Infolge der neuen Bersassung und des vor einiger Zeit angenommenen Abänderungsgesetzs zum Bermögenssteuergesetz hat wieder ein Schritt in Bezug auf die Unisikation der beiden Landesteile stattgefunden, indem vom 1. Januar an das Bermögenssteuergesetz des alten Kantons auch auf den Jura Anwendung sindet. Es wird also die Bermögenssteuer von den Grundsteuerkapitalien im Jura in gleicher Weise bezogen werden wie im alten Kanton; anderseits können die unterpfändlichen Schulden vom Grundsteuerkapital in Abzug gebracht werden.

Eine fernere Folge der Berfaffungsrevision ist die, daß die besondere jurassische Grundsteuerverwaltung dashinfällt und nur noch eine einheitliche Steuerverwaltung existiert. Es hat dies eine wesentliche Vereinfachung zur Folge, indem bisher der Jura eine größere Zahl besondere Beamte hatte; neben dem Grundsteuerdirektor und einem Angestellten des Direktionsbureaus gab es eine Reihe von Grundsteuereinnehmern und Grundsteueraufsehern, welche Stellungen nun dahinfallen, indem in Zufunst das Steuerwesen des Jura in gleicher Weise beforgt wird, wie im alten Kanton. Es wird von der Centralsteuerverwaltung besorgt, und der Bezug der Steuern und die Führung der Steuerregister erfolgt durch die

Gemeinden und besondere Steuerregifterführer.

Infolge dieser Beränderungen konnte man im Budget die bisherigen zwei Rubriken in eine verschmelzen. Nur in der Beziehung besteht noch eine Besonderheit der beiden Kantonsteile, daß der Steuersuß nicht der gleiche, sondern im alten Kanton wegen der besondern Armensteuer höher ift, als im Jura. Es ift das eine Folge der Uebergangs-

bestimmungen der Verfassung, namentlich der Artikel 108 und 109. Laut 108 fallt mit dem Infrafttreten eines neuen Armengesetes die Steuerabrechnung amischen dem alten und neuen Rantonsteil für die Bergangenheit und Butunft dahin. Die befondere Steuerberechnung hört also nicht mit dem Infrafttreten der neuen Berfaffung, sondern eines neuen, einheitlichen Armengesetzes auf, und auf jenen Zeitpunkt fallen dann auch laut Artikel 109 die befondern Steuern dahin, welche bis jest in einzelnen Teilen des Jura noch bezogen worden find, nämlich die Einregistrierungsgebühren, und an deren Plat tritt die Subvention zu Armenzwecken aus der allgemeinen Staats-taffe. Es muß daher in dieser Beziehung noch ein besonderer Steueransatz für beide Kantonsteile in's Budget aufgenommen werden. Es ift aber zu hoffen, daß in gang furzer Zeit auch diese lette Scheidewand dahinfallen wird durch die Ginführung eines neuen Armengefetes, das uns auch im Armenwesen die lange und sehnlich angestrebte Unifitation bringen wird.

In Bezug auf die Anfäße dieser Rubriken will ich weitere Bemerkungen nicht anbringen. Es sind eben Budgetansäße, die approximative sind und sich an die bisherigen Erfahrungen und Einnahmen anschließen. Eine wesentliche Reduktion erfahren die Tayations=, Bezugs= und Verwaltungskosten, da die bisherige Zweispurigkeit dahinfällt und die ganze Verwaltung in einem Central=

bureau vereinigt ift.

Schmib (Andreas), Berichterstatter ber Staatswirtschaftskommission. Wie Ihnen soeben gesagt worden ist, ist hier infolge ber neuen Berfassung ein anderer Modus eingesührt. Bisher wurden die Steuern des alten und den neuen Kantonsteils getrennt. Insolge der neuen Berfassung haben wir nun im ganzen Kanton das gleiche Steuerwesen, und deshalb sind die bisherigen zwei Aubriken vereinigt worden. Ob die von der Finanzbirektion ausgestellten Berechnungen als vollständig richtig sich erweisen werden, konnte die Staatswirtschaftskommission nicht beurteilen. Ob z. B. die Kapitalsteuer im Jura die Summe von Fr. 190,000 erreichen wird, wird die Zukunst lehren. Auch wird sich zeigen, ob die Einkommenssteuer III. Klasse, die die jest im Jura Fr. 27,000 ausmachte, nun auf 50,000 oder noch mehr Franken steigen wird. Die Hauptsache ist, daß der gesamte Steuerertrag um Fr. 100,000 größer ist, als letztes Jahr. Das letztjährige Budget schloß mit einem Gesamtsteuerbetrag von Fr. 3,811,380, während das Budget des nächsten Jahres mit einem Nettosteuerertrag von Fr. 3,905,000 abschließt. — Die Staatswirtschaftsstommission empsiehlt Ihnen die Borlage der Regierung zur Annahme.

Angenommen.

XXXII. Unvorhergesehenes.

Angenommen.

Präsibent. Es sind nun sämtliche Abschnitte des Budgets durchberaten, und wenn ich richtig gerechnet habe, so schließt dasselbe nun mit einem Desizit von Fr. 520,915, gegenüber einem Desizit von Fr. 212,715, wie es in den gedruckten Anträgen der Staatswirtschaftstommission vorgesehen ist. Es wird sich nun fragen, ob Sie auf einzelne Abschnitte zurückzukommen wünschen, was nach Artikel 83 des Reglements zulässig ist. Allein ich erlaube mir, schon jetzt zu bemerken, daß wenn ein Antrag auf Zurücksommen gestellt wird, man sich einer Diskussion darüber zu enthalten hat; es ist einfach darüber abzustimmen, ob man zurücksommen will ober nicht.

Jenni. Ich erlaube mir, Ihnen zu beantragen, auf die Rubrik XIII, Landwirtschaft, B 4, Schweineund Ziegenzucht zurückzukommen. Es handelt sich darum, auch für die weiblichen Ziegen etwas auszusetzen.

Abstimmung.

Für Zurückkommen 88 Stimmen. Dagegen 14 "

Fenni. Es handelt sich um eine Forderung, die unter Umständen das Budget nicht alterieren wird, aber in volkswirtschaftlicher Beziehung doch von bedeutender Tragweite ist. Ich möchte auch auf die Prämierung weiblicher Ziegen etwas verwenden. Wenn man glaubt, es werde auch für das nächste Jahr für die Prämierung von Ebern und Ziegenböcken ein Betrag von Fr. 3000 genügen, wie dies aus der Rechnung pro 1892 geschlossen werden könnte, so könnte das Budget mit seinem Ansat von Fr. 5000 vollständig das gleiche bleiben. Glaubt aber der Herr Direktor der Landwirtschaft, der Kredit von Fr. 5000 werde für die Prämierung von Ebern und Ziegenböcken vollständig aufgebraucht, so würde ich dann beantragen, für die weiblichen Ziegen eine bescheidene Erhöhung aufzunehmen. Ich habe gestern geglaubt, es werde dieser Punkt von anderer Seite, die der Sache

näher fteht, aufgegriffen werben.

Wir stehen vor der merkwürdigen Thatsache, daß man in Bezug auf die Prämierung Landwirtschaftlicher Nutstiere bei uns und in allen Ländern immer nur die größern Nutstiere prämiert und somit den größern Grundbesitzer gegenüber dem kleinern bevorzugt hat. Eine einzige Ausnahme macht seit Jahrzehnten England, und es hat die gebrachten Opfer in reichem Maße zurückerhalten. Wir stehen vor der Thatsache, daß die andern europäischen Staaten ihre Zuchttiere von England beziehen müssen, um ihre Kassen zu verbessern. Nach und nach kommt man auch bei uns dazu, die kleinen Nutstiere zu berücksichtigen. Vor 2 Jahren wurde ein Betrag zur Prämierung von Ziegenböcken ausgesetzt und zwar entgegen der Ansicht des schweizerischen Landwirtschaftsbepartements. Es ist jedoch sehr wohl möglich, daß auch die Bundesversammlung dazu kommen wird, den Ziegen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Ich glaube aber, der Kanton Bern, der, wie kein anderer Kanton, an der Hedung der Zucht dieser kleinen Nutztiere beteiligt ist, solle vorangehen. Wir besitzen im Kanton Bern eine Ziegenrassen. Welche sich vorzüglich zur Zucht eignet und infolge der günstigen Bedingungen, in welchen die Tiere auswachsen und die unsere Kantur im Oberland reichlich bietet, das richtige Material bildet, um eine

rationelle Bucht burchzuführen. Ich erinnere g. B. an an die Saanen= und Oberhasliziegen, welche bereits nach dem Ausland exportiert werden, da man die vorzüglichen Eigenschaften dieser Tiere entdeckt hat, die denn auch infolgedeffen bereits im Preis gestiegen find. Ich erinnere an die Simmenthaler= und Schwarzenburgerziegen, welche ebenfalls die Grundlage einer rationellen Bucht bilden konnen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob die 90,000 Stuck Ziegen, welche der Kanton Bern befitt, an Qualiat, in Bezug auf Fleich= und Milchertrag, gering= wertig find, und ich glaube, man solle in gleicher Weise, wie beim Rindvieh, wo wir die Folgen auf der Hand haben, auch die Ziegenzucht etwas besser gestalten. Durch bie Prämierung ber weiblichen Ziegen würden wir bas Intereffe weden, die Tiere würden fofort beffer gehalten und die Raffen vervollkommnet werden. Es wurden Then aufgeftellt und die Raffeneigentumlichkeiten wurden feftgeftellt werden, und fo wurde man nach und nach zur Raffenreinheit gelangen. Die hauptsache aber ift, daß wir verhindern, daß das beste Zuchtmaterial, das die Grundlage für die spätere Bucht bilden muß, auß= geführt wird. Man würde also da in gleicher Weise vorsorgen, wie beim Großvieh. Nicht nur die zunächft Interessieren, sondern auch die weitern landwirtschaft= lichen Kreife und auch die Prämierungskommiffion find einstimmig der Unficht, wenn man Erfolg haben wolle und das vom Staate verwendete Gelb wirklich Rugen bringen folle, so muffe man auch die weiblichen Tiere prämieren. Ich schlage deshalb vor, auch für die weiblichen Ziegen etwas zu thun und nicht abzuwarten, bis es ber Bundesversammlung beliebt, auch hiefür etwas auszuseten.

Ich mache noch auf einen andern Punkt aufmerksam. Sie wissen, daß die Ziegen einem häusigen Bestywechsel unterworsen sind. Durch diesen Bestywechsel erwächst der Viehentschädigungskasse seitens der ärmern Bevölkerung ein erheblicher Zuschuß. Nun wissen Sie, daß der Viehentschädigungskasse ein bedeutender Fonds entnommen wird, um den größern Biehbesitzern für Rindvieh und Pferde Prämien zu verabsolgen. Ich glaube, daß sei nicht richtig, sondern es sei am Platz, daß man den armen Leuten, wenn auch nicht alles, so doch einen bescheidenen Teil ihrer Beiträge wieder zukommen läßt. Man hört so viel schimpsen, der Staat mache alles nur für die Großbauern; hier haben wir ein Mittel, dem Kleinen zu helsen, und ich glaube, wir sollen diese Gelegenheit benuzen und auch die untern Schichten der Bevölkerung zusriedenstellen. Wenn die gebrachten Opfer anch bescheiden sind, so soll doch der Staat kein Mittel beiseite lassen, das geeignet ist, die untern Schichten der Bevölkerung existenzsähig zu erhalten und ihnen zu ermöglichen, ihre Betriebe fortzusetzen. — Je nach der Antwort des Herrn Direktors der Landwirtschaft werde ich also beantragen, hier einen etwas höhern Kredit außzussehen.

Präsident. Ich nehme an, vorläufig gehe der Antrag des Herrn Jenni dahin, statt "Prämierung von Ebern und Ziegenböcken" zu sagen "Prämierung von Ebern und Ziegen."

v. Wattenwyl, Direktor der Landwirtschaft. Wenn ich gegen diesen Antrag Opposition mache, so geschieht es nicht wegen der geringen Summe, die ersorderlich ist; auch

möchte ich nicht der beabsichtigten guten Meinung entgegen= treten, den kleinen Leuten zu helfen, sondern ich mache Opposition, weil ich dafürhalte, daß damit gerade das Gegenteil von dem erreicht würde, was man eigentlich er= reichen will. Wir würden unserm Kanton mehr schaden als nüten. Wie Sie wiffen, zahlt der Bund weder für die Prämierung weiblicher Tiere des Kleinviehs, noch des Rindviehs Beiträge. Diesbezügliche Gesuche hat er abgewiesen. In Bezug auf das Nindvieh haben wir das "Gesetz betreffend Beredlung der Pferde- und Rindviehzucht", wonach vom Kanton aus auch das weibliche Zuchtmaterial prämiert wird. Aber um den Zweck der Prämierung zu erreichen, daß nämlich die prämierten Stücke dem Lande erhalten bleiben, haben wir fehr ftrenge Gesetzesbestimmungen. Für Rühe und Rinder werden Prämien von Fr. 10 bis Fr. 40 ausgerichtet. Run wird man nicht fehr fehlgehen, wenn man annimmt, für die Ziegen würde das Berhältnis etwa einen Zehntel ausmachen, so daß also die Prämie Fr. 1 bis Fr. 4 betragen würde. Nun schreibt das Gesetz in § 14 vor: "Prämierte Tiere dürfen vor Ablauf der hienach bezeichneten Termine ohne Bewilligung nicht außer den Kanton verkauft oder fonst der Zucht entzogen werden," z. B. Kühe und Rinder nicht vor Ablauf eines Jahres. Damit wollte man erreichen und hat dies auch erreicht, daß das gute Zuchtmaterial wenigstens während eines Jahres der Zucht erhalten bleibt. Um dies zu erreichen, mußte man aber auch Strafbestimmungen aufstellen. Das Gesetz fagt: "Widerhandlungen gegen §§ 7 und 14 werden mit Rückerstattung der Prämie und einer Buße vom viersfachen Betrage derselben bestraft." Nebstdem daß man die Prämie zurudgeben muß, hat der Betreffende also noch den vierfachen Betrag als Buße zu bezahlen. Das hält viele ab, und das war die Absicht des Gesetzgebers, prämierte Stücke außer Landes zu verkaufen. Tropdem kommt es häufig bor, daß gerade für Stierkalber von den fremden Sandlern die Buße gerne bezahlt wird, um ein prämiertes Stück zu erhalten. Es ist also auch bei hohen Bußen nicht ausgeschlossen, daß prämierte Zuchttiere bem Kanton entfremdet werden.

Wie würde es nun gehen mit dem Kleinvieh? Da haben wir keine Strafbeftimmungen, und es fteht dem Betreffenden, deffen Biege prämiert wurde, kein Sindernis im Wege, dieselbe sosort zu veräußern, und zwar wird er aller= dings einen etwas beffern Preis erzielen. Aber was wird die Folge sein? Die Sändler werden unsern Prämierungen auf Schritt und Tritt folgen und durch Beröffentlichung der Prämierungslisten erst recht auf das gute Zuchtmaterial aufmerksam gemacht werden. Sobald die Prämierungs= kommission weitergegangen ist, werden die Händler die prä-mierten Tiere zusammenkausen. Sie werden allerdings einen etwas höheren Preis bezahlen; aber der beabsichtigte Zweck, gutes Zuchtmaterial dem Kanton zu erhalten, wird hinfällig werden. Was die Ziegenbocke betrifft, so wurde vom Regie= rungsrat ein Regulativ für die Prämierung entworfen, weil ber Bund Beiträge giebt und man dieselben nicht einfach ignorieren wollte. Da hat man nun die Bestimmung, daß der betreffende Eigentümer, wenn er das Tier nicht ein Jahr lang zur Bucht behält, die fantonale Prämie zurückerstatten und auf die eidgenöffische Prämie verzichten muß. Die kantonale Prämie wird am Tage der Anerkennung, die eidgenössische Prämie dagegen erst im folgenden Jahre auß= bezahlt. Darin hat man noch einige Garantie, indem die Leute die eidgenöffische Prämie nicht gern fahrenlaffen und dadurch gezwungen werden, das Tier wenigstens ein Jahr

lang der Zucht zu erhalten. Bei den weiblichen Tieren dagegen giebt der Bund keinen Beitrag, so daß der Be= treffende im nächsten Jahre nichts zu erwarten hat und also volle Freiheit hat, das Tier sofort zu verkaufen. Man würde also eher das Gegenteil dessen erreichen, was man beabsichtigt. Gegenwärtig ist die Sache daher noch verfrüht. Aus der Presse werden Sie vernommen haben, daß Ver= treter der ökonomischen Gesellschaft beauftragt wurden, auch in der Bundesversammlung die Sache zu vertreten und zu versuchen, für die Kleinviehzucht etwas zu erhalten. Wir wollen hoffen, daß die Bundesversammlung so weit gehen wird, daß auch für das weibliche Klein= und Rindvieh Beiträge verabfolgt werden. Dann wird es fich fragen, welche Stellung foll der Kanton einnehmen; aber gegen= wärtig hätte die Sache keinen großen Wert. Auch würde es fich nicht nur um eine Prämienerhöhung handeln, fonbern auch um eine Erhöhung der Schaukosten. Gegenwärtig haben wir nur wenige Schaukreise. Wenn man aber auch die weiblichen Tiere prämieren will, so wird man Wünschen, die schon jest laut geworden sind, die Kreise zu vermehren, Rechnung tragen muffen. Auch wird man die Kommission,

die gegenwärtig aus drei Mitgliedern besteht, vergrößern und ihr einen Sekretär beigeben müssen. Ich sinde also, die Sache sei im gegenwärtigen Moment versrüht. Ich wiederhole nochmals, daß ich der Anregung nicht feindlich gegenüberstehe, sondern sie begrüße, indem ich ebenfalls finde, daß man dem Kleinvieh volle Auf-merksamkeit schenken soll. Dasselbe hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, und das Ausland ist auf unsere guten Rassen, die wir neben den schlechten besitzen, aufmerksam geworden. Ich bin vollständig einverstanden, daß man schon aus national ökonomischen Gründen zur Hebung der Kleinviehzucht schreiten muß. Aber dies muß so ge= schehen, daß fie allseitig gehoben wird. Allein bei den gegen= wärtigen Geselesvorschriften habe ich die Neberzeugung, daß wir mit einer Pramierung das Gegenteil beffen erreichen, was wir wollen. Wir prämieren für das Ausland und das wollen wir nicht. Deshalb möchte ich Sie ersuchen, formell auf den Antrag des Herrn Jenni nicht einzutreten, aber die Landwirtschaftsdirettion zu beauftragen, die Sache zu prüsen. Wenn man noch ein Jahr zuwartet, so wird der Schaden tein großer sein. Inzwischen werden wir sehen, welchen Standpunkt die Bundesversammlung einnimmt; je nach dem Resultat werden wir dann vorgehen können. Unser Gesetz wird dann abgeändert und die Kleinviehzucht einbezogen werden muffen. Dann haben wir die Mittel an der Hand, um dafür forgen zu konnen, daß das gute Bucht= material im Lande bleibt und die Leute nach Verfluß eines Jahres die prämierten Tiere etwas teurer verkaufen können. Dadurch helfen wir dem Kleinviehbesitzer und der inlän= dischen Zucht. Gegenwärtig aber ift die Anregung verfrüht, weil wir keine gesetzlichen Mittel an der hand haben, um gegen Unfug und Digbräuche einschreiten zu können.

Etter (Jesikosen). Ich bin mit dem Antrag des Herrn Jenni, daß auch die weiblichen Ziegen prämiert werden, durchaus einverstanden. Hingegen glaube ich auch, derselbe sei etwas verfüht, indem unter dem gegenwärtigen Gesetze die prämierten Tiere schon am gleichen Tage verfaust werden können. Dabei hat Herr Jenni noch etwas vergessen. Wenn die weiblichen Ziegen prämiert werden sollen, so ist es am Ort, daß auch die Mutterschweine prämiert werden; das ist noch viel wichtiger. Ich stelle deshalb eventuell, sür den Fall, daß der Antrag des Herrn

Jenni angenommen werden follte, den Antrag, daß auch die Mutterschweine prämiert werden.

Jenni. Ich verdanke die Auskunft des Herrn v. Wattenwyl. Sie war sehr klar, und mit Rücksicht auf dieselbe will ich nicht auf meinem Antrag beharren. Ich habe mir die Sache so vorgestellt, daß gesetzliche Bestimmungen getroffen werden müssen, und es wäre das noch jetzt möglich. Wenn man heute einen kleinen Kredit ausgenommen hätte, so hätte die Regierung schon im Januar uns gesetzliche Bestimmungen über die Prämierung von Ziegen vorlegen konnen, und dann hätten die betreffenden Besitzer schon nächsten Herbst einen kleinen Beitrag erhalten. Gleichwohl ziehe ich meinen Antrag zurück, stelle aber den andern Antrag: Die Regierung ist eingeladen, gesetzliche Bestimmungen in Bezug auf die Prämierung von Ziegen aufzustellen.

Präfident. Damit fällt auch der eventuelle Antrag des Herrn Etter dahin.

Weber (Graswyl). Die Angelegenheit ist wichtiger, als sie auf den ersten Blick scheint, und die von Herrn Jenni angeführten Gründe, sowie diesenigen des Herrn Etter sür Prämierung der Mutterschweine, sind durchaus zutressend. Allein auch der Standpunkt, den die Landwirtschaftsdirektion eingenommen hat, ist durchaus richtig. Wir können nicht beschließen, das Budget zu erhöhen, wenn wir nicht wissen, wie die Sache geregelt werden soll, und der Kanton vielleicht nur geschädigt würde. Ich glaube, es wäre möglich, daß die Regierung so rechtzeitig eine Vorlage ausarbeiten könnte, daß wir schon nächsten Serbst gestützt darauf Prämierungen vornehmen könnten. Gleichzeitig möchte ich bei diesem Anlasse beantragen, daß die Angelegenheit der Viehentschädigungskasse einmal geregelt werde. Der Herr Finanzdirektor sagte bei der letzten Budgetberatung, daß sie ihrem Zwecke entsremdet worden sei. Da nurk Kemedur geschassen werden. Die Kasse wird von kleinen und großen Landwirten gespeist, und es soll nicht der ganze Prämiensat sür die Prämierung von Rindvieh daraus entnommen werden, ohne daß man dasür einen Grund hat. Ich möchte die Regierung dringend ersuchen, einmal in dieser Angelegenheit Klarheit zu schassen, einmal in dieser Angelegenheit Klarheit zu schassen.

Präsident. Der Antrag des Herrn Jenni ift eine Motion im gewöhnlichen Sinne des Wortes, und ich bin bereit, dieselbe als solche zu behandeln. Wenn kein Gegenantrag gestellt wird, so nehme ich an, Sie seien mit dersselben einverstanden und haben sie erheblich erklärt.

Weber (Graswyl). Ich habe in dem Sinne gesprochen, daß meine Anxegung betreffend die Viehentschädigungskaffe ebenfalls als Motion behandelt wird.

Präsident. Diese Motion würde also ungefähr lauten: Der Regierungsrat wird eingeladen, die Frage der Biehentschädigungskasse möglichst bald zu regulieren.

Weber (Graswyl). Einverstanden!

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. In Bezug auf den von Herrn Weber berührten Punkt nur eine kurze Mitteilung. Herr Weber bemerkt, die Finanzdirektion habe vor einiger Zeit erklärt, daß sich die Biehentschädigungskasse nicht mehr auf gesetze

lichem Boben befinde. Das ift richtig. Die Finanzdirektion ift aber in der Sache nicht müßig geblieben, sondern sie hatte in dem Geseksentwurf über Bereinsachung des Staatshaushaltes und Herstellung des Gleichgewichts auch Borschriften aufgestellt, welche dieses ungesetzliche Berhältnis reglieren sollten, und ich glaube, die bezüglichen Borschriften hätten wohl ziemlich allgemein Zustimmung gesunden. Namentlich war auch die Direktion des Innern damit einverstanden. Da aber der Regierungsrat beschlossen hat, auf den Geseksentwurf nicht einzutreten, indem die verschiedenen Materien desselben getrennt vorgelegt werden sollen, so kam die Borlage damals nicht vor den Großen Rat, sondern nur ein Stück derselben, das Gesek betreffend Abänderung des Bermögenssteuergeses. Es besteht aber kein Hindernis, die in jener Vorlage enthaltenen Bestimmungen über die Viehentschädigungskasse als besondere Vorlage an den Großen Rat gelangen zu lassen, so daß der Wunsch des Herrn Weber, der durchaus berechtigt ist, in nächster Zeit seine Erfüllung sinden wird.

Präsident. Wenn gegen die Motion des Herrn Weber nicht Einspruch erhoben wird, so ist dieselbe ebenfalls erheblich erklärt.

Weitere Anträge auf Zurücktommen werden nicht gestellt.

Präsident. Bevor wir zur Gesamtabstimmung übergehen, möchte ich mir noch folgende Bemerkung erlauben. Sie haben gestern beim Abschnitt "Erziehung" den Beitrag der landwirtschaftlichen Schule an die chemische Kontrollstation von Fr. 3100 auf Fr. 6000 erhöht. Streng genommen hätten Sie nun die Erhöhung auch in den Ausgaben sigurieren lassen sollen, weil man der Ansicht ist, daß diese Krediterhöhung, wenigstens ein Teil derselben, zu Besoldungserhöhungen verwendet werden soll. Wenn Sie dies nicht thaten, so nehme ich dessenungeachtet an, Ihr Beschluß sei in diesem Sinne ergangen, so daß die Regierung als ermächtigt angesehen werden muß, über die Mehreinnahme zu versügen. Ich denke, Sie werden damit einiggehen; ich wollte die Sache aber noch andringen, damit darüber kein Zweisel bestehen kannt.

Es folgt nun die

Schlußabstimmung.

Für Annahme des Budgets Mehrheit.

Nachkreditbegehren für die Armendirektion.

Der Regierungsrat sucht um Bewilligung folgender Nachkredite pro 1893 nach: VIII^a A 2, Besolbungen der Angestellten Fr. 290. — VIII^a D 2, Spenden an Irre und Aranke "8,000. — VIII^b A 1, Beiträge an die Gemeinden "4,710. — VIII^b A 2, Unterstützung auswärtiger Notarmer "3,900. —

Zusammen Fr. 16,900. —

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Dieser Nachkredit rührt in der Hauptsache her von einer Vermehrung der Spenden an Irre und Kranke, der Beiträge an die Gemeinden und der Unterstützung auswärtiger Notarmer. Eine Vermehrung der Spenden an Irre und Kranke mußte stattsinden, indem von den Gemeinden eine größere Zahl armer irrsinniger Leute in auswärtigen Krankenanstalten versorgt werden mußte, da in der Waldau nicht Platz genug ist. Was die Unterstützung auswärtiger Notarmer betrifft, so handelt es sich da um eine Vermehrung der Ausgaben, die sich nun alle Jahre einstellt, indem diese Unterstützungen immer größere Summen verlangen, aus Gründen, die ja allgemein bekannt sind. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, es möchte dieser Nachkredit bewilligt werden.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Erziehungsdirektion.

Der Regierungsrat sucht pro 1893 um Bewilligung eines Nachkredits von Fr. 3400 auf Rubrik VI B m, unorganische Chemie, nach.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Das Laboratorium für unorganische Chemie hat im Lause des Jahres neue Lokale im neuen Chemiegebäude bezogen. Der Umzug verursachte Extrakosten und hatte serner zur Folge, daß neue Einrichtungen getroffen werden mußten und eine neue Möblierung nötig war. Infolgedessen ist ein Nachkredit von Fr. 3400 ersorderlich, bessen Bewilligung der Regierungsrat beantragt.

Bewilligt.

Abtretung der Pfrunddomäne Klumenstein an die dortige Kirchgemeinde.

Der Regierungsrat stellt den Antrag, es sei dem mit der Kirchgemeinde Blumenstein abgeschlossenen Abtretungsvertrage, wonach derselben das dortige Pfrundgut, gegen Nebernahme der Unterhaltungspflicht des Kirchenchors und der Pfrundgebäude, zum Eigentum abgetreten wird, die Genehmigung zu erteilen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Es liegt noch ein gleichartiges Geschäft vor, wie Sie in dieser Session bereits deren zwei behandelt

haben, nämlich ein Vertrag betreffend Abtretung der Pfrunddomane Blumenstein an die dortige Kirchgemeinde. Bereits genehmigt wurden in dieser Seffion die Abtretungen der Pfrundgüter von Sigriswyl und Bolligen. Nun ift mittlerweile von Herrn Haldimann ein Anzug eingereicht worden, der bezweckt, daß der Abschluß weiterer solcher Abtretungs= verträge fistiert werde. Ich nehme an, es könne sich dieser Antrag nicht beziehen auf Geschäfte, welche bereits soweit vorbereitet sind, daß sie nur noch der Genehmigung des Großen Rates bedürfen. Nach Untersuchung der von Herrn Halbimann angeregten Frage wird es sich fragen, ob noch weitere solche Berträge präpariert werden sollen. Der heute vorliegende Bertrag dagegen gründet sich auf einen Be-schluß des Großen Rates, den dieser vor nicht sehr langer Zeit, als ihm das erfte berartige Geschäft vorgelegt wurde, gefaßt hat und der dahin ging, es follen, soweit die Bemeinden einverstanden seien, nach dem Thous jenes Bertrages weitere folche Abtretungen abgeschlossen werden. Es müßte deshalb der Große Rat einen ausdrücklichen Beschluß fassen, durch welchen der frühere Beschluß aufgehoben würde.

Der vorliegende Bertrag nun ist ganz gleich gehalten, wie alle andern folchen Berträge, sodaß es nicht nötig ist, in dieser Beziehung näher darauf einzutreten. Was die materielle Seite anbetrifft, so werden der Kirchgemeinde Objekte abgetreten im Schatzungswerte von Fr. 37,800. Darunter befindet sich als Ertragsobjekt namentlich die Pfrundmatte im Schatzungswerte von Fr. 12,170. Die andern Summen verteilen fich auf Kirchenchor, Pfarrhaus, Ofenhaus und Scheune, welche Objette einen Bertragswert nicht besitzen. Eine Leistung von Seite des Staates an die Kirchgemeinde oder der Kirchgemeinde an den Staat braucht nicht gemacht zu werden. Der Bertrag wurde von der Kirchgemeinde bereits genehmigt, allerdings mit einem Anhang, nämlich "mit dem innigsten Wunsche, es möchte der h. Staat die durch Nachlässigteit des verstorbenen Herrn Pfarrer Bula zurückgebliebenen Reparaturen an Gebäuden auf seine Kosten ausführen lassen." Nach der Genehmigung gelangte vom gegenwärtigen Pfarrer, Herrn Wildholz, eine Eingabe an die Regierung, worin er ausstührte, daß eine Bestimmung des Vertrages nicht zwecknäßig sei. Es besindet sich nämlich auf der Pfrunddomäne ein Ofenhaus mit Wohnung, das auch Küherhaus genannt wird. In diesem Ofenhaus befindet sich eine kleine schlechte Wohnung, welche gegenwärtig seer ist, aber früher periodisch von dem Küher bewohnt wurde. In dem gleichen Haus befinden sich auch bie Wascheinrichtungen und das Glättezimmer des Pfarrhauses. In Bezug auf dieses Osenhaus wurde vereinbart, daß es gemeinschaftlich solle benutzt werden können, d. h. daß der Pfarrer es als Waschhaus und Glättelokal und die Gemeinde als Bächterwohnung folle benutzen dürfen. Dieses Berhältnis hat nun der Pfarrer in einer nachträglichen Eingabe als ein unzweckmäßiges und zu allerlei Konfliften Anlaß gebendes dargestellt, das für alle Zukunft für die Bewohner des Pfarrhauses ein höchst unbequemes und nachteiliges sein müßte. Der Regierungsrat mußte sich überzeugen, daß an dieser Kritik der betreffenden Vertrags-bestimmung viel richtiges ist und daß es viel besser ware, wenn dieses Berhältnis in der Weise beseitigt werden konnte, daß das betreffende Gebäude einzig dem Pfarrer zur Berfügung steht und die Gemeinde darauf verzichtet, dasselbe zu Wohnzwecken, zu welchen es sich nur schlecht eignet, zu benützen. Man ist deshalb nachträglich in neue Unter-handlungen eingetreten und die Gemeinde hat sich nicht geweigert, auf eine Abänderung des Bertrages einzugehen. Die Kirchgemeinde verzichtete auf die Benühung des Gebäudes. Als Gegenwert hat sie aber verlangt, daß dasjenige, was sie vorher nur als innigsten Wunsch aussprach, ihr positiv zugesichert werde, nämlich daß die dringenden Reparaturen am Pfarrhaus auf Kosten des Staates ausgesührt werden. Diese Kosten sind auf annähernd Fr. 2000 devisiert, und der Regierungsrat hat gesunden, mit Rücksicht auf die Konzession, welche die Gemeinde machte, sei es durchaus am Plaß, daß der Staat dieses Opser übernehme, um so mehr als er, wenn er Gigentümer bleiben würde, die gleichen Kosten auch aufbringen müßte. Es wird deshalb vom Großen Kate der abgeschlossen Abetretungsvertrag zur Annahme empfohlen unter dem Borbehalt, daß eine nachträgliche Vereindarung in rechtsgülltiger Form zu stande komme und dem Vertrag nachgetragen werde, worin die soeben auseinandergesetzt Uebereinkunst zwischen Staat und Kirchgemeinde verbalisiert wird.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Die Staatswirtschaftskommission stimmt dem Antrage des Regierungsrates dei. Es wird ein Pfrundgut abgetreten im Schazungswerte von Fr. 37,800. Nach dem Nachtrag, der gemacht wurde, um dem Pfarrer die ausschließliche Benutzung des Osenhauses zu sichern, muß nachträglich für Reparaturen am Pfarrhaus ein Betrag von Fr. 2000 ausgegeben werden. Dabei hat die Staatswirtschaftskommission darauf ausmerksam zu machen, daß nicht nur der Vorbehalt betreffend die Benützung des Osenhauses gemacht werden muß, sondern man muß dieses Gebäude auch ausnehmen vom Recht der Gemeinde, es zu veräußern. Es ist nämlich im Vertrag eine Bestimmung enthalten, daß die Gemeinde berechtigt sei, die und die Objekte zu verlausen, und wenn ich nicht irre, siguriert darunter auch das Osenhaus. Das sollte ausgenommen werden.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich bin einverstanden.

Der Abtretungsvertrag wird im Sinne der gefallenen Bemerkungen stillschweigend genehmigt.

Es ift eingelangt folgender

Anjug.

Der Regierungsrat wird eingeladen, bei den Militärbehörden dahin zu wirken, daß bei den Felddienstübungen des Militärs die Landeskulturen mehr geschont werden, als bisher.

Lüthi, Großrat.

Wird auf den Kanzleitisch gelegt.

Expropriationsrechtserteilung an die Gemeinde Ja Chaux-de-Jouds.

Der Regierungsrat unterbreitet dem Großen Rate folgendes

Expropriations defret.

Der Große Kat bes Kantons Bern beschließt: der Gemeinde La Chaux-de-Fonds wird behufs Erwerbung des zur Erstellung einer durch die Combe de la Ferrière führenden Kanalanlage benötigten Terrains das Cypropriationsrecht unter folgenden Vorbehalten erteilt:

1. Die Gemeinde La Chaux-de-Fonds hat sich genau an die Bestimmungen des bernischen Expropriationsgesetzes

zu halten.

2. Vor Inangriffnahme der Arbeiten ist das genaue Ausführungsprojekt, welches den Aussetzungen der bernischen Baudirektion betreffend Ermäßigung dreier Krümmungen, Ausgleichung der Gefälle, Erweiterung des Prosils, Abpssafterung des Kanals, Ausmauerung des Tunnels und Erstellung von Uebersahrten Rechnung tragen soll, dem Regierungsrate des Kantons Bern zur Genehmigung vorzulegen, und sind die Bauten überhaupt unter Beobachtung der Bemerkungen der kantonalen Baubehörden auszusführen.

3. Die Gemeinde La Chaux-de-Fonds ist verpslichtet, die ausgeführten Bauten zu unterhalten und wenn nötig später auch durch die Combe de Biaufond bis zum

Doubs fortzuseten.

4. Das Unternehmen foll vor Ablauf von zwei Jahren, vom Momente der Expropriationsrechtserteilung an gerechnet, vollendet sein.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Schon vor längerer Zeit, vielleicht schon vor 100 Jahren, sind die Abwasser von La Chaux-de-Fonds nordwärts durch eine kleine Kinne, die von einem Bächlein, das so klein ist, daß es im topographischen Atlas nicht eine gezeichnet ist, gebildet wurde, nach der sogenannten Combe de Valavron gestossen. Nachdem sich Chaux-de-Fonds nach und nach außerordentlich vergrößert hat, haben diese Abwasser große Inkondenienzen derursacht. Während sie früher versickerten noch bedor sie ins Gebiet des Kantons Bern gelangten, singen sie später auf der Grenze und darüber hinaus an, Schlammablagerungen zu bilden; bei Regenund Schneewasser konnte die Bachrinne nicht mehr alles sassen und es traten Uederschwemmungen der weiter unten liegenden Combe de la Ferrière ein.

Nun haben zwischen Bern und Neuenburg Unterhandlungen stattgesunden, wie dem Uebelstand abzuhelsen sei. Chaux-de-Fonds glaubte, es sei sei sein natürliches Recht, seine Abwasser und Kloakenabgänge in diesen Bach sich ergießen zu lassen. Bern dagegen stellte sich auf den Boden, wenn man künstlich solche Kloakenabgänge in Bachbette leite und daraus Uebelstände entstehen, so müsse derzienige, der die Anlage machte, dafür sorgen, daß die Uebelstände gehoben werden. Es mußte deshald Bern das Ansinnen Neuenburgs, an eine richtige Kanalanlage beizutragen, ablehnen. Neuenburg sieht nun schließlich ein, daß es die Sache aussühren muß; aber es verlangt von Bern sür den auf bernischem Gebiet gelegenen Teil, nämlich die Combe de la Ferrière, das Epropriationsrecht. Bon der Combe de la Ferrière aus ergießt sich der zu schaffende Kanal in die Combe de Biausond und von dort aus in den Doubs. Die Arbeiten werden, wenn fie ausgeführt find, einen rationellen Zustand herbeiführen.

Es hat nun auch Bern ein großes Interesse, sanitarisch und land= und forstwirtschaftlich, daß das Abwasser von Chaux-de-Fonds richtig abgeleitet wird, damit die Aussstauungen und anderseits die Neberschwemmungen in Zeiten von Regengüssen und Schneeschmelzen unterbleiben. Wir beantragen Ihnen deshalb die Erteilung des Expropriationsrechts, jedoch unter solgenden Vorbehalten, die sich nach Durchsicht der Planvorlage als nötig erwiesen haben. (Redner verliest die Eingangs abgedruckten Vorbehalte.)

Benehmigt.

Gesetzesentwurf

über die

öffentlich=rechtlichen Folgen (Ehrenfolgen) des Ronturfes und der fruchtlofen Pfändung.

Erfte Beratung.

(Siehe die Nrn. 36 und 44 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1893.)

Eintretensfrage.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Nachdem am 23. April des laufenden Jahres ein erster Gesessentwurf über diesen Gegenstaud vom Bolk verworsen worden war, hat der Regierungsrat zwar nicht im Zweisel sein Gesetz über diese Materie zu stande kommen werden, daß ein Gesetz über diese Materie zu stande kommen müsse; aber er hat sich im größten Zweisel darüber besunden, wie nun diese neue Vorlage zu gestalten sei.

Bekanntlich find der verworfenen Borlage zwei Oppo-fitionen entgegengetreten. Bon der Arbeiterseite wurden milbere Bestimmungen befürwortet und eine Fraktion der konservativen Partei tendierte auf strengere Bestimmungen hin, ohne daß man aber aus ihren Aeußerungen klar hätte entnehmen können, was fie eigentlich wollte. Der Regierungs= rat hat sich das Abstimmungsresultat etwas näher angesehen und gefunden, daß z. B. in Bern fast gleichviel Stimmen für und gegen das Gesetz gefallen sind und zwar in sehr schwach besuchter Abstimmung. Es haben aus der Stadt und dem Amt Bern nicht einmal 4000 Wähler an der Abstimmung teilgenommen. Den Grund hiefür mußte der Regierungsrat darin suchen, daß ein Teil der fortschrittlich gefinnten Wähler die Vorlage als zu wenig fortschrittlich erachtet hat, sich deshalb nicht dafür erwärmen konnte und daher der Abstimmung fernblieb, während ein anderer Teil, die Arbeiter, sehr geschlossen dagegen stimmte. In andern Alemtern hat sich ein gegenteiliger Zug geltend gemacht, ein Zug nach etwelcher Berschärfung des Gesetzes, aber doch nicht in einer Weise, daß er für den Regierungsrat hätte leitend und maßgebend sein konnen. Es ist keine Bewegung in die Leute gekommen; sie gingen nicht zur Urne; von 112,000 Stimmberechtigten haben keine 40,000 gestimmt. In der Gegend, in welcher das Blatt sich befindet, das für die betreffende Fraktion der konservativen Partei die Opposition sührte, sind allerdings die verwersenden Stimmen stark überwiegend: im Amt Wangen und etwas weniger stark im Amt Aarwangen. Wenn man aber von diesen Aemtern absieht und andere landwirtschaftliche Aemter betrachtet, die — um mit einem gewissen Mitgliede des Rates zu reden — nicht so ganz vom Kadikalismus durchseucht sind, so sindet man dort keine starke Strömung gegen das Gesey. Es zeigt sich, daß z. B. die Aemter Fraubrunnen und Laupen es angenommen haben, während die Aemter Thun, Schwarzendurg, Sestigen zc. mehr Stimmen sür das Gesey, das doch von dem betreffenden Blatte empsohlen war. Also war dort offendar diese Losung nicht leitend gewesen. Auch seit der Verwersung haben sich in der Presse Stimmen eben so sehr für Milderung als sür Verschärfung vernehmen lassen.

Der Regierungsrat hat also keine leitenden Momente gefunden, um einen andern Entwurf aufzustellen. Er hat fich bei erneuter Beratung des Entwurfs, der von der Justizdirektion unverändert vorgelegt wurde, überzeugt, daß derselbe wirklich streng ist und bei einiger Ausklärung gewiß auch von denen angenommen worden ware, die ein strenges Gesetz verlangen. Der Entwurf hat Fristen, wie sie nur wenige andere Kantone kennen. Sie können gerade gegenwärtig die Bewegung im Kanton Aargau beobachten und daraus Schlüsse ziehen. Kürzlich hat auch im Kanton Solothurn eine Abstimmung stattgefunden, und es ist ein Gesetz zu stande gekommen. Diese beiden Kantone stehen dem Kanton Bern in dieser Materie am nächsten. Sie haben vorher ganz strenge, heute nicht mehr haltbare Be-stimmungen gehabt — teine zeitliche Begrenzung der Einstellung, keinen Unterschied zwischen Verschulden und Richt-verschulden, keine Rehabilitation — und sie haben sich gegenüber ähnlichen Vorlagen gleich verhalten, wie das Vernervolk im ersten Moment. Solothurn hat zweimal ein Gesetz verworfen, das die Ginftellung auf drei Jahre fixieren wollte, und es hat nun ein Gesetz angenommen, das die Einstellung auf vier Jahre festsetz und im übrigen die gleichen Bestimmungen enthält, wie das bernische Gesetz (Rehabilitation auf Ansuchen des Schuldners, wenn er beweist, daß er ohne Berschuldung in Konkurs kam oder fruchtlos ausgepfändet wurde, und Einstellung von Gesetzes wegen). Aargan berät gegenwärtig ein Gesetz. Während der Regierungsrat eine Einstellung von 6 Jahren — gegen= über Konfursiten von Gesetzes wegen, gegenüber fruchtlos Ausgepfändeten auf Begehren des Gläubigers — vorschlug, hat der Große Rat beschlossen, bei Konkursiten zwar 6 Jahre Einstellung anzunehmen und daneben bei Nichtver= schilden die Rehabilitation, dagegen gegenüber fruchtlos Ausgepfändeten nur eine Einstellung von einem Jahre eintreten zu lassen, und zwar von Gesetzes wegen, und dabei ebenfalls die Rehabilitation vorzusehen, wenn der Nachweis des Nichtverschuldens geleistet werde. Wir sind namentlich deshalb nicht zu einer längern Frist gelangt, weil wir uns immer auf bem Boden bewegt haben, es fei kein genügender Grund vorhanden, Konkursiten und fruchtlos Ausgepfändete anders zu behandeln. Die Gründe, welche zum Bermögenszerfall führen, seien in der Regel die gleichen; beim Kaufmann, der im Handelsregister stehe, sei ein Ver-mögenszerfall oft noch viel leichter erklärlich, weil er den Zufällen des Lebens in höherem Maße ausgesetzt fei, als

ber kleinere Schuldner, der seine Verhältnisse leichter übersehen kann und besser im stande ist, sich gegen unvorhergesehene Vorgänge zu schützen. Deshalb konnten wir also nicht über die Frist von 6 Jahren hinauskommen, sondern wollten die Frist niedriger halten, als mit Rücksicht auf die Konkursiten allein vielleicht hätte vorgeschlagen werden können.

Nun gebe ich zu, daß es, wenn man dem Gefetz Opposition machen will, wohlfeil ift, zu fagen: Siehe Bolk, man bringt dir das gleiche Gesetz. Und ich gebe zu, daß die Konnnission in ihrem Bestreben, das Gesetz in einzelnen Punkten zu ändern, von richtigen praktischen Gesichtspunkten geleitet sein mag. Ich kann auch erklären, daß der Regierungsrat sich nunmehr anf den Boden der Kommission stellt und ihre Abanderungsantrage nicht bekämpfen wird. Ich benke daher, es sollte möglich sein Gesetz zu stande zu bringen. Wie gesagt, wäre das Gesetz schon vorher streng genug gewesen. Es stellt sich in allen Fragen, wo andere Kantone schwantten und sich fragten, ob sie sich der strengeren oder der milderen Auffaffung anschließen sollen, auf den strengeren Boden; es ftellt die Vermutung des Verschuldens auf, läßt von Gesetzes wegen die Einstellung eintreten, legt dem Schuldner die Einleitung des Rehabilitationsversahrens auf, sieht eine Publikation von Amtes wegen, nicht bloß auf Antrag des Gläubigers, vor — alles Dinge, in Bezug auf die die andern Kantone sich meist der milberen Anschauung angeschlossen haben. Das Gesetz ist also in allen diesen Richtungen streng, und nun kommen noch die Verschärfungen der Kommission hinzu. Wenn einer eine strasbare Handlung begangen hat und nach den §§ 47—50 des Einführungsgeses verurteilt wird, so werden zu der gerichtlichen Einstellung die in diesem Gesetze vorgesehenen 6 Jahre Einstellung hinzugerechnet. Eine Rehabilitation soll frühestens zwei Jahre nach der Einstellung eintreten dürfen; és soll einer also schlechthin während zwei Jahren von der bürgerlichen Ehrenfähigkeit ausgeschlossen sein, ohne Rücksicht darauf, ob ein Verschulden vorliegt oder nicht. Endlich sollen alle Revisionsbegehren noch einer Nachprüfung durch das Obergericht unterstellt werden. Ich glaube, das ist alles, was an Verschärfungen irgendwie gesordert werden kann, und es sollte der Vorlage auch von Seite derjenigen, welche eine strengere Ansicht haben, zugestimmt werden können. Ich beantrage deshalb Eintreten auf die Borlage.

Hirter, Berichterstatter der Kommission. Die Kommission hat sich in der gleichen Lage befunden, wie die Regierung. Sie mußte sich fragen, welches die Gründe der Verwersung der letzten Vorlage gewesen seien, und wir verhehlten uns nicht, daß es nicht nur die Opposition war, welche das Gesetz zu Falle drachte, sondern die Gleichgültigkeit derzenigen, welche nicht zur Urne gingen und die dem Gesetz hätten zur Annahme verhelsen können. Man mußte sich nun fragen, ob man das Gesetz unverändert nochmals vorlegen wolle, und da herrschte die Meinung, man solle eine wesentliche Aenderung andringen, um die Einrede sernzuhalten, daß man dem Volk das gleiche Gesetz nochmals unterdreite. Es wurden sür eine solche Aenderung verschledene Vorschläge gemacht. Ein Vorschlag ging dahin, der Schuldner müsse unter allen Umständen einen gewissen Prozentsatz bezahlen, bevor er rehabilitiert werden könne. Gegen diese Forderung mußte man Stellung nehmen. Woher soll der Schuldner das Geld nehmen? Wenn er alles giebt, was er hat, so werden 30 %, wie vorgeschlagen

wurde, von ihm nicht zu finden sein. Es müßten also aute Freunde oder Verwandte für ihn einstehen oder er müßte ein großes Frauengut gerettet haben, um diese 30 % bezahlen zu können. Ein anderer Antrag ging dahin, es sollen unter allen Umftänden gerichtliche Verhandlungen erfolgen. Man hat aber, nach den Erfahrungen, welche Basel machte, sich belehren lassen, daß die Gerichte so überlaftet würden, daß das Verfahren in Bezug auf rasche Erledigung zu wünschen übrig laffen würde und die Gerichte für andere Geschäfte zu wenig Zeit hätten. Immerhin sei die Möglichkeit da, daß der Schuldner nach Verfluß von zwei Jahren sich um die Rehabilitation bewerben könne und dann wurde die Verhandlung stattfinden können. Der Schuldner sei ja beffer im Fall, seine Unschuld nachzuweisen, als es vor Gericht geschehen könnte. Es wurde eingewendet, der arme Schuldner werde gar nicht zur Rehabilitation ge= langen können; die schriftliche Eingabe werde ihm im Wege stehen. Ich glaube, das sei nicht richtig. Es wird gerade dem, der in kleinen Verhältnissen lebt, leichter sein, sein Nicht= verschulden nachzuweisen, als demjenigen, der ein Geschäft geführt hat. Auch diese Anträge wurden von der Kommission nicht gutgeheißen. Dagegen hat die Kommission vor allem an der gleichartigen Behandlung des fruchtlos Ausgepfän-beten und des Konkursiten festhalten zu sollen geglaubt. Der letztere ist überhaupt in jeder Beziehung viel strenger gehalten; er unterliegt der wechselrechtlichen Betreibung und muß überhaupt Verpflichtungen erfüllen, die der andere nicht zu erfüllen hat. Schließlich foll das Gesetz aber doch dem Gefühl Rechnung tragen, daß derjenige, der seine Sache nicht besorgen konnte, während einer gewissen Zeit auch an der öffentlichen Verwaltung nicht teilnehmen soll. Dagegen bringt das Gesetz, sofern nicht ein Strasurteil vorliegt, wenigstens die Besserungen, daß die Einstellung nicht eine immerwährende sein, sondern nach sechs Jahren aufgehoben werden soll und daß nach zwei Jahren die Rehabilitation verlangt werden kann.

Was die von uns beantragten Verschärfungen anbe= langt, so sagen wir hauptsächlich, es solle vor allem aus eine absolute Einstellung anf die Dauer von zwei Jahren erfolgen. Man hat geglaubt, den Stimmen Rechnung tragen zu follen, welche eine Verschärfung verlangten. Ich glaube, die Kommiffion fei diesem Berlangen in reichlichem Maße entgegengekommen, und es war lediglich diese An-schauung, die der Kommission vorgehalten wurde, das Bolk verlange ein strengeres Gesetz, welche die Kommission bewog, weiter zu gehen als der frühere Entwurf. — Ich empfehle

Ihnen, auf die Borlage einzutreten.

Präsident. Gegenüber dem Antrage der Regierung und der Kommission, auf die Vorlage einzutreten, hat Herr Steck einen andern Antrag eingereicht, folgendermaßen lautend:

"Es sei der Gesetzesentwurf über die öffentlich=rechtlichen Folgen des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung an die Kommission und die Regierung zuruckzuweisen zur Ab-anderung nach folgenden Grundsagen:

a) über die Ehrenfolgen, sowohl bei Konkurs wie bei fruchtloser Pfändung, ist von Amtes wegen durch Richterspruch zu entscheiden;

b) der Richter urteilt, nach Anhörung des Schuldners und allfälliger Gläubiger, nach freiem Ermeffen; sein Urteil ist von Amtes wegen der oberen Instanz zur endgültigen Entscheidung vorzulegen;

c) der Richter setzt eventuell auch die Dauer der Chren=

folgen fest, welche jedoch nicht über sechs Jahre betragen darf."

Ich erteile Herrn Steck zur Begründung dieses Antrages das Wort.

Steck. Ich erblicke in dieser Frage der Chrenfolgen für insolvente Schuldner eine Kulturfrage. Zu allen Zeiten hat der Kulturftand eines Volkes nach der Behandlung bemeffen werden konnen, die diefes Bolk feinen gablungs= unfähigen Mitbürgern angedeihen ließ. Wir sehen denn auch, daß diese Behandlung mit der Entwicklung der Kultur sich wesentlich änderte. In den ältesten Zeiten wurde der insolvente Schuldner Stlave; er hat seine ganze Persön= lichkeit verloren. Später, als man dies zu unmenschlich fand, wurde der Schuldner eingesperrt; wir hatten die Beriode der Schuldhaft, welche noch sehr weit in die Reuzeit hinein sich erstreckte. Wir haben in der Schweiz die Schuldhaft überall abgeschafft. Dagegen ift man noch auf der Stufe, daß man sagt: der zahlungsunfähige Schuldner muß wenigstens die bürgerlichen Rechte und Ehren verlieren. Auf dieser Stufe befinden wir uns schon ziemlich lang, und ich glaube, auch diese gehe ihrem Ende entgegen, indem man, gestützt auf die heutigen Verkehrsverhältnisse, mehr und mehr zur Einsicht kommt, daß der Insolvente in den meiften Fällen nicht ein Schuldiger, fondern ein Unglücklicher ift, der in dem immer härter werdenden Rampfe ums Dasein unterliegen mußte. Wir seben benn auch, daß in andern Ländern diese Frage der Chrenfolgen bereits vielsach ganz aus der Welt geschafft wurde. In der Schweiz selbst haben wir in den verschiedenen Kantonen ganz verschiedene Zustände. Ich habe mir darüber von kompetenter Seite eine Uebersicht geben Lassen. Daraus geht hervor, daß folgende Kantone nur bei Konkurs, nicht auch bei fruchtloser Pfändung Ehrenfolgen kennen: Genf, Glarus, Waadt und Zürich. Zürich allerdings hat, um diese Milde etwas aufzuheben, bei Anlaß des Einführungsgesetzes zum Betreibungs- und Konkursgesetz ein neues Vergehen eingeführt, das man vorher nicht kannte, nämlich das Vergehen des leichtsinnigen Schuldenmachens. Auf Antrag eines Geschädigten kann ein Schuldner wegen leichtfinnigen Schuldenmachens beftraft werden und damit auch die Ehrenfolgen erleiden. Auch in unserm Einführungsgesetz finden Sie das Bergehen des leichtsinnigen Schulbenmachens; aber wir sind dabei nicht stehen geblieben, sondern wollen noch weitere Folgen anknüpfen; ich komme später auf diese Strafbestimmungen noch zurück.

Außer den genannten Kantonen knüpfen alle andern Ehrenfolgen sowohl an den Konkurs als die fruchtlose Pfändung, und ich glaube, es ift das kein unrichtiger Standpunkt; ich möchte nicht vorschlagen, das Beispiel Genfs 2c., so fortschrittlich es ift, nachzuahmen. Ich glaube, es läßt sich sehr gut rechtsertigen, daß man sagt: so gut wie der Konkursit, soll auch der fruchtloß Ausgepfändete Ehrenfolgen erleiden; denn die Thatsache, daß einer im Handelsregister steht, kann nicht entschedend sein. Zudem paßt für Bern manches noch nicht, was für andere Kantone passen mag. Ich billige es daher, daß man Konkursiten und fruchtlos Ausgepsändete gleich behandelt. Aber es kommt sehr darauf an, in welcher Weise die Ehrenfolgen eintreten, und darum weiche ich sowohl vom Antrag der

Regierung als der Kommission ab.

Ich fahre fort in der Nebersicht über die Zustände in den verschiedenen Kantonen. In folgenden Kantonen kann nur der Richter, nach gehörigem Verfahren und Schuld=

beweis, den Chrenverluft aussprechen (auch diese Kautone find fortschrittlicher als wir es nach dem vorliegenden Gesetz waren): Genf, Waadt, Teffin, Thurgau, Bafelstadt, Jug, Schwyz, Unterwalben (nur bezüglich der fruchtlos Ausgepfändeten, während bei Konkursiten Ehrenfolgen ohne weiteres eintreten), Obwalden, Freiburg, St. Gallen, Appenzell J.=Rh. In den beiden letztgenannten Kantonen ist das Eigentümliche, daß der Nichtschuldbeweis verlangt wird, wie auch in unserer Vorlage verlangt wird, daß der Schuldner seine Nichtschuld beweise. In folgenden Kantonen tritt mit der Thatsache des Konkurses oder der fruchtlosen Pfan= dung, wie es bei uns vorgeschlagen wird, der Ehrenverluft von selber ein und ist es Sache der Schuldner, das nötige zu thun, um eine Rehabilitation zu erlangen: Glarus (wobei aber zu bedenken ist, daß es nur bei Konkurs Ehrenfolgen kennt), Luzern, Uri, Baselland, Graubünden, Unterwalden (nur bei Konkurs). Endlich giebt es Kantone, in welchen der Antrag des Schuldners mit Nichtschuld-beweis zur Vermeidung von Ehrenfolgen nötig ift, also Kantone, die ungesähr das System haben, das uns vor-geschlagen wird: Glarus (aber nur bei Konkurs), Uri (nur Berluft des Stimmrechts), Bafelland (Rehabilitation durch das Obergericht). Es sind also nur diese drei Kantone, welche das Shitem haben, das man uns vorschlägt. Davon fällt eigentlich Glarus noch weg, so daß nur Uri und Baselland unsere Vorbilder sind. Natürlich giebt es noch eine Reihe von Kantonen, die in der gleichen Lage find, wie wir, d. h. die Frage noch nicht entschieden haben: Schaffhausen, Wallis, Reuenburg und Appenzell A.=Rh. Eine beschränkte Dauer der Ehrenfolgen kennen sast alle Kantone: drei Jahre die Kantone Waadt, Tessin, Thurgau, Aargau (bei fruchtloser Pfändung nur ein Jahr), St. Gallen; vier Jahre die Kantone Appenzell J.-Rh., Baselstadt, Zug, Glarus, Baselland, Solothurn. Alle diese Kantone kennen also die bloß zeitweise Einstellung in einem Maße, das lange nicht so weit geht, als uns vorgeschlagen wird.

Der Zweck dieser llebersicht ist der, Ihnen zu zeigen, wo der Kanton Bern mit dem Shstem, das ihm vorgeschlagen wird, hinzustehen kommt. Er käme so ziemlich in die letzte Keihe; die meisten andern Kantone, besonders alle freisinnigen, wären ihm weit voraus; sie kennen eine mildere, gerechtere Behandlung des Schuldners, die besser unsern Berhältnissen entspricht. Bern käme, wie gesagt, so

ziemlich an ben Schwanz.

Geftügt darauf stelle ich Ihnen den vom Herrn Präsisenten verlesenen Antrag, der eine Abänderung dieses Gesetzesentwurses wünscht in dem Sinne: 1. über die Ehrensolgen dei Konkurs und fruchtloser Psändung ist von Amtes wegen durch Richterspruch zu entscheden, 2. der Richter urteilt, nach Anhörung des Schuldners und allfälliger Gländiger, nach freiem Ermessen; sein Urteil ist von Amtes wegen der obern Instanz zur endgültigen Entscheidung vorzulegen. Ich glaube mit diesem letztern Antrag die schuldseiger Frage zu umgehen: Soll der Schuldner die Richtschuld beweisen oder soll ihm die Schuld beweisen werden? Ich sage: der Richter soll nach freiem Ersen essen unteilen. Schuldner und Gläubiger werden andringen, was sie zu ihren Gunsten geltend machen können. Auch der amtliche Bericht des Konkursbeamten wird sich aussprechen und der Richter wird nach freiem Ermessenschen und der Richter wird nach freiem Ermesselgen entscheiden und eventuell sagen, auf wie lange die Ehrenssolgen eintreten sollen. Immerhin würde damit eine große Macht in die Hand eines untern Richters gelegt, der gleichsam die Ehre des Schuldners in der Hand hätte. Deshalb,

glaube ich, ift es gut, wenn man sagt, daß alle Urteile von der obern Instanz geprüst werden sollen. Ich sage nicht, welches diese obere Instanz ist; auch bei der untern Instanz brauche ich nur den Ausdruck Richter. Ich denke, daß vielleicht der Appellations und Kassationshof, vielleicht auch ein Teil des letztern, die obere Instanz bilden könnte.

Regierung, Kommission und meine Wenigkeit sind alfo einig, daß Konkurfiten und fruchtlos Ausgepfändete gleich behandelt werden sollen. Ferner geben Regierung und Kommission zu, daß die Ehrenfolgen unverschuldete Konstursiten und Ausgepfändete nicht tressen sollen. Die Koms mission schlägt nun allerdings vor, für die ersten zwei Jahre solle dies keine Geltung haben, für zwei Jahre solle jeder der Chrenrechte verlustig gehen. Soweit wären wir also immerhin einig, daß angenommen wird, bei Richt-verschulden dürfen die Ehrenfolgen erlassen werden; aber nun wollen die Vorschläge der Kommiffion dem Schuldner die Sache möglichst schwer machen. Man giebt zu, daß der unschuldig in Konkurs Gefallene oder Ausgepfändete sich von den Ehrenfolgen solle befreien konnen und meint, damit habe man schon eine große Milderung eintreten laffen. Indessen will man dem Schuldner das so schwer als mög= lich machen, und deshalb verlangt man von ihm, daß er vorgehe, daß er eine Eingabe an den Gerichtspräsidenten mache, daß er ein ganzes Verfahren provoziere zc. Die Hauptfolge dieses Vorgehens ift nach meiner Erfahrung die, daß es unter den Schuldnern große Ungleichheit schaffen würde. Sie konnen fest überzeugt sein, daß alle sogenannten armen Teufel, welche zahlungsunfähig werden, weil fie den Bäcker oder die Kartoffeln nicht bezahlen können, sich nicht dazu verstehen werden, eine Eingabe zu machen; sie werden sich in den meisten Fällen nicht zu helsen wissen und ein= fach das Unglück hinnehmen, wie manches andere Unrecht auch; sie werden auch nicht die Mittel haben, um z. B. zu einem Anwalt zu gehen. Es wird also biese Wohlthat nur ben wohlstwierten Konkursiten — es giebt solche — zu-kommen. Diese werden sich zu helsen wissen und auch die Mittel haben, nm einen Unwalt zu gewinnen; aber für das arme Bolk, für das diese Bestimmungen vornehmlich fein sollten — denn es liefert hauptsächlich diejenigen, welche leider unter ihre Sache kommen — ist diese Beftimmung wertlos; die wenigsten armen Schuldner werden diefes Verfahren einschlagen.

Sie sehen also, daß hier saktisch eine Ungleichheit gesichaffen wird. Der Banquier, der infolge von Schwindelgeschäften falliert, wird die besten Advokaten anstellen; der arme Teusel aber wird sein Stimmrecht verlieren und ein minderer Bürger werden und noch mehr das Bewußtsein haben, das er schon jett in sich trägt, daß er minderen Rechts sei. Gleichheit kann man nur dadurch herstellen, daß von Umtes wegen geurteilt wird, ob Chrenfolgen eins

treten follen.

Nun hat man freilich gesagt, das gebe den Gerichten sehr viel Arbeit, die sie nicht bewältigen können. Allein, wie ich gezeigt habe, haben die meisten Kantone dieses Shstem; sie können es machen, sollte es der große Kanton Bern nicht auch machen können? Und dann noch eins! Wenn die Gegner meines Antrages sagen, das gebe zu viel Arbeit, so sehen sie voraus, daß bei ihrem Shstem, wo der Schuldner selber auftreten muß, die meisten dies nicht thun werden. Es wird als volge voraussagte. Die Gegner meines Antrages sehen also selber voraus, es werde die von mir signalisierte Ungleichheit wirklich eintreten. Wäre dies nicht vorauszusehen,

so wäre die Arbeit für die Gerichte ja ganz die gleiche. Ich mache übrigens darauf aufmerkfam, daß sich da fehr leicht helfen läßt. Es braucht ja in der untern Inftanz nicht gerade der Gerichtspräsident zu sein, der urteilt, nicht einmal der Vize-Gerichtspräsident, sondern man könnte ein bestimmtes Mitglied des Amtsgerichts bezeichnen, das diese Fälle behandeln würde. In oberer Instanz ist das Versfahren überhaupt kein zeitraubendes, weil die obere Instanz nur in Ausnahmsfällen ein weiteres Beweisverfahren anordnen wird und keine Barteivorträge ftattfinden. Aber wenn es auch der Fall wäre, sollte Bern scheuen, was andere Kantone nicht scheuen? Ich glaube, das wäre denn doch ein Armutszeugnis. Wir müßten uns dann sagen: Wir müssen es möglichst einschränken, daß die Leute ihr Recht suchen, weil es sonst zu viel koftet! Diese Argumentation follten wir nicht anwenden, sondern Einrichtungen treffen, nach welchen das ganze Bolk gleich behandelt wird. Das ift nur der Fall, wenn wir dafür sorgen, daß von Umtes wegen über die Ehrenfolgen entschieden wird. Das ist die Hauptabweichung, welche in meinem Antrag liegt, gegenüber bem Shitem, das von ber Kommiffion und der Regierung

Ihnen vorgeschlagen wird. Nun könnte man fragen, warum ich das nicht bei den einzelnen Artikeln anbringe. Der Antrag ist eben grund-sätlich doch von solcher Tragweite, daß er die Umarbeitung einer Anzahl Paragraphen verlangt, und deshalb fand ich, es sei das beste, die Vorlage zur Umarbeitung in dem von mir angedeuteten Sinne zurudzutweisen. Gefchieht dies, so bringen wir dem Volk nicht wieder das gleiche, das von ihm verworfen worden ift, sondern wir bringen ihm ein etwas fortschrittlicheres Gesetz, aber doch in so gemäßigter Weise, das niemand unzusrreden sein kann. Wir halten die gefunde Mitte ein; wir stellen uns nicht an die Seite der fortschrittlichsten Kantone, die über das hinausgehen, was wir dem Bernervolk an Fortschrittsgesinnung zumuten können, sondern wir stellen uns in die Mitte; was ich beantrage, dürfen wir wohl verantworten und wird vielleicht auch im Bolke am meisten Anklang finden. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir im Einführungsgesetz bereits Strafbestimmungen haben, welche über die Bestimmungen des Strafgesethuches hinausgehen. Das lettere enthält Beftimmungen gegen betrügerische und leichtfinnige Geltstager. Das Einführungsgesetz enthält Strafbestimmungen wegen betrügerischen Konkurses und Pfändungsbetrug, wegen leichtfinnigen Konkurses, sowie, in Bezug auf frucht= los Ausgepfändete, wegen leichtfinnigen Schuldenmachens. Der § 52 des Einführungsgesetzes sagt: "Ein der Betreibung auf Pfändung unterworfener Schuldner, welcher durch liederlichen und arbeitsscheuen Lebenswandel eine Insolvenz herbeigeführt hat, wird wegen leichtsinnigen Schuldenmachens mit Gefängnis bis zu 60 Tagen bestraft." Da haben wir ein Delikt, an das man Chrenfolgen knupfen kann, und ich glaube, das follte genügen. Wenn leichtfinniges Schulden= machen bestraft wird, so brauchen wir nicht noch Ehren-folgen für fruchtlos Ausgepfändete. Entweder ist kein Leichtfinn da, dann ift die fruchtlose Auspfändung auch nicht verschuldet, oder es ift Leichtsinn zu konstatieren, und bann fallen die Betreffenden unter das Ginführungsgefet.

Ich empfehle Ihnen die Annahme meines Antrages. Ich glaube, es würde damit eine Vorlage geschaffen, deren allseitige Annahme durch das Volk man wohl voraussetzen fönnte.

Bräfident. Ich möchte mir nur erlauben, zu ersuchen,

bei der Diskuffion über die Eintretensfrage fich nicht fozu= fagen über jeden einzelnen Bunkt zu verbreiten, weil dies unsere Verhandlungen unnötig in die Länge zieht.

Dürrenmatt. Der Herr Berichterstatter des Regie-rungsrates hat in seinem Rapport ein Blatt erwähnt, das dem verworfenen Gesetz Opposition gemacht hat und er hat von einer Tendenz gesprochen, die gesagt habe, sie wolle nichts von dem Geset, aber nicht gesagt habe, was fie wolle. Der Herr Justizdirektor würde sich sicher über meine Unaufmerksamkeit beklagen, wenn ich auf diese Liebens= würdigkeiten gar keine Antwort gabe; er würde benken, ob er mir denn so gleichgültig geworden sei. (Heiterkeit.) Das ift nicht der Fall. (Heiterkeit.)

Was die Tendenz betrifft, die nur gegen das Gesetz aufgetreten sein soll, ohne zu sagen, was sie wolle, so ist die Rechtsertigung ganz leicht. Der Redaktor der "Buchsiseitung" — ich nehme an, der Herr Justizdirektor habe diese im Auge gehabt, als er von einem Blatte sprach, das Opposition gemacht habe — hat, ich glaube das behaupten zu dürfen, am meiften zur Berwerfung des erften Ent= wurses beigetragen. Tropdem ist er natürlich gestlissentlich von der Kommiffion ferngehalten worden, damit er nicht sagen konne, was er wolle. Man soll sich deshalb nicht beschweren, daß man nichts gesagt hat, indem man einem nicht Gelegenheit gab, ein Wort zu sagen. Immerhin habe ich, was ich wolle, im Großen Rate und in der Zeitung gefagt. Die Hauptforderung ist eine sehr einfache. Die Hauptforderung, welche auf dem Lande, so viel ich das Volk tenne, an ein Chrenfolgengesetz gestellt wird, ist die, daß ohne eine Leiftung von Seite des Schuldners eine Rehabilitation nicht ftattfinden foll. Diefe Forderung ift fehr häufig und bestimmt geltend gemacht worden. Sehr bestimmt ist wiederholt getadelt worden, daß dem Gerichts= präsidenten eine so große Kompetenz eingeräumt werde, über die politische Existenz seiner Wähler abzusprechen und abzuurteilen. Diesen zwei Reklamationen trägt der neue Entwurf nicht Rechnung; die Regierung änderte natürlich gar nichts, und bie Kommission hat ihre Verbefferungen auf gang untergeordnete Bunkte beschränkt.

Warum nimmt die Regierung feine Notiz von der Ver-werfung vom 23. April d. J.? Wenn man die Aus-einandersetzungen des Herrn Justizdirektors hört, so müßte man fast gar zum Schluß kommen, die 18,000 Bürger, welche das Gesetz angenommen haben, seien eigentlich qualitativ viel mehr wert als die 20,000, welche es verworfen haben. Ohne eine solche Wertschätzung der Wähler ist es mir unbegreislich, wie man über eine Mehrheit von 2000 Stimmen in so geringschätziger Weise urteilen kann. Schließlich heißt es doch einmal: Die Mehrheit ist König, und es besteht keine Vorschrift, ob sie 20,000 ober 2000 Stimmen betragen foll; es sind fogar wichtigere Erlasse mit noch geringerer Mehrheit angenommen worden, darunter fogar die alte Staatsverfassung von 1846. Aber das erste die alte Staatsverfassung von 1846. Projekt eines Ehrenfolgengesetzes ift nicht nur von der immerhin entschiedenen Mehrheit des Golfes verworfen worden, sondern von der großen Mehrheit der Amtsbezirke; 21 Amtsbezirke haben den Entwurf verworfen und nur 9 haben ihn angenommen, und es ist durchaus nicht der Fall, daß die verwerfenden Bezirke etwa nur folche find, die, um mich nach der Manier gewisser Saatsmänner auszudrücken, von der Bolkspartei durchseucht sind. (Heiterkeit.) Wir haben da 3. B. die Aemter Aarwangen, Bern, Burgborf, Delsberg, Erlach, Signau (bem kein Mensch seine urchige Freisinnigkeit streitig machen wird) (Heiterkeit) und Thun — alles Aemter, welche auch in den Augen des Herrn

Lienhard etwas gelten follten.

Ich glaube, die Repartition der Verwerfungsziffer auf die Amtsbezirke weist darauf hin, daß man namentlich bei der Landbevölkerung von dieser laxen Stimmrechtspraxis nichts wissen will. Man macht Vergleichungen mit andern Kantonen. Ja, aber wir haben ein Gesetz zu machen für den großen Kanton Vern und nicht für den Kanton Solothurn oder Aargau. Und wenn man vergleichen will, so soll man lieber vergleichen, was das Vernervolk zu verschiedenen Zeiten in der gleichen Sache kundgegeben hat. Das Vernervolk hat bereits ein solches laxes Gesetz verworsen, das 1877 vom Bund aus oktropiert werden sollte. Es hat serner die srühern laxen Fallitengesetze wieder rückgängig gemacht, resp. seine Vertreter, zur Zeit, wo man das Reserendum noch nicht hatte. Herr Lienhard hat die bezügliche Vorwärts- und Rückwärtsbewegung zu Ende der Vierziger= und ansangs der Fünfzigerjahre in diesem Saale

selber wahrheitsgetreu gezeichnet.

Auf alle Wünsche, die in dem soliden, währschaften Bernercharakter beruhen, hat man nun in der Regierung und der Kommission keine Rücksicht genommen, und wir befinden uns nun zur Stunde in einer Zwangslage, von der ich übrigens die Genugthuung habe, daß ich sie schon vor 4 Jahren, am 7. Nov. 1889, in diesem Saale getenn= zeichnet habe, als es sich darum handelte, das eidg. Kon= turs- und Betreibungsgesetz mit der Wucht der elementaren Parteigewalt in der Schweiz durchzuseten, wo die Apostel für das Betreibungs= und Konkursgesetz aus dem Bundes= rathaus nach allen Richtungen der Windrose sich in der ganzen Eidgenossenschaft herum in Bewegung setzten und wo man dem Großen Rate des Kantons Bern auch noch ein empfehlendes Votum abbettelte, hätte ich bald gesagt. Damals haben 152 Mitglieder bes Großen Rates bas Betreibungs= und Konkursgesetz empfohlen, und nur 22 Mit-glieder wollten es nicht empfehlen. Es ist vielleicht mancher der 152 seither anderer Meinung geworden, der sich über-zeugen konnte, daß das eidgenössische Betreibungsgesetz unfern bernischen Bedürfnissen nicht auf den Leib geschnitten ist. Damals sagte ich Ihnen, was für politische Absichten man mit diesem Gesetze erreichen wolle, nämlich die Frage des Stimmrechts der Falliten nach der alten Liebhaberei, die anno 1877 mit Verwerfung bestraft wurde, zu reglieren. Es wurde damals gesagt, insolge der eidgenössischen Gesetzgebung werde die bernische Geltstagsgesetzgebung hinfällig, so daß es schließlich denjenigen, die dieses Geltstagsftimmrecht immer wieder anstreben, gleichgültig sein könne, ob das Bernervolk ein Ehrenfolgengeset annehme oder verwerfe; die Falliten werden ihr Stimmrecht von selber behalten, weil das eidgenössische Gesetz keine Bestimmung über die Ehrenfolgen enthalte.

In dieser Zwangslage besinden wir uns jetzt, und es ist sicher in vielen Kreisen die große heimliche Freude, daß wenn wir es zu keinem kantonalen Gesetz bringen, die praktische Folge die ist, daß die Gelkstager, wie man sie früher nannte, von selber ihr Stimmrecht fortgenießen. Ginzig mit Rücksicht auf diese Zwangslage, die sür mich keine unerwartete ist, die wir aber am 17. November 1889 nicht abweisen konnten, kann ich mich dazu entschließen, wie es eigentlich Pflicht wäre, einem Entwurf, der den kundgegebenen Willen des Volkes so wenig respektiert, nicht Opposition zu machen. Es ist wahr, es muß etwas gehen, damit man aus der Zwangslage herauskommt, damit die

Unordnung anfhört, in der wir uns gegenwärtig befinden. Wir stehen im zweiten Jahre der Aussührung des eidgenössischen Betreibungs= und Konkursgesetzes. Die disher fruchtlos Ausgepfändeten sahren an vielen Orten sort, ihr Stimmrecht auszuüben. Diesem Zustand muß Halt gedoten werden. Wenn das nicht wäre, würde ich einen Rückweisungsantrag gestellt haben, aber nicht im Sinne des Herrn Steck, sondern im Sinne der Ausstellung strengerer Bestimmungen. Mit Rücksicht auf die Notlage, in der wir uns besinden, kann ich mich dazu nicht entschließen, sondern möchte vielmehr die von Herrn Steck beantragte Rückweisung bekämpsen. Vielleicht bietet sich Gelegenheit, bei den einzelnen Artikeln noch etwas zu verbessern; aber Abhülse muß gesschaffen werden.

Abstimmung.

§ 1.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Zum § 1 habe ich nichts zu bemerken, da er bereits früher ausführlich erörtert wurde.

Hirter, Berichterstatter der Kommission. Was die Dauer der Einstellung anbelangt, so beantragt die Kommission, nicht weiter zu gehen, als der frühere Entwurf. Wir dürsen nicht vergessen, daß die 6 Jahre Einstellung den Betreffenden schwerer treffen, als es dis jetzt der Fall war; denn es ist damit von vornherein der Beweis geleistet, daß er nicht im stande war, den Beweis zu erbringen, daß er unschuldig in diese Lage gekommen.

Angenommen.

§ 2, neu.

Angenommen.

§ 2 (nun § 3).

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Hier kommt die Frage: Wollen Sie die Rehabilitation vom ersten Tage an ermöglichen oder wollen Sie während der ersten zwei Jahre eine absolute Einstellung vorsehen? Die Kommission schlägt das letztere vor, und der Regierungsrat hat sich damit einverstanden erklärt, um das Zustandekommen des Gesetzes zu ermöglichen.

Hirter, Berichterstatter der Kommission. Die Kommission glaubte benjenigen, welche dasürhielten, die Berwerfung des Gesetzes sei hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß es zu wenig streng gewesen sei, in der Weise eine Konzession machen zu sollen, daß eine Rehabilitation vor Ablauf von zwei Jahren nicht zulässig ist. Es ist das doch eine ziemlich starke Belastung des Schuldners, die wirklich als Verschärfung des Gesetzes betrachtet werden nuß, und nicht so leicht auszusassen sit, wie es Herrn Dürrenmatt beliebte, es zu thun.

Dürrenmatt. Ich schlage vor, statt "zwei Jahre" zu sagen "drei Jahre". Ich hatte ursprünglich im Sinn, in § 1 acht Jahre zu beantragen, aber um auch meinerfeits entgegenzukommen, habe ich darauf verzichtet. Hier hingegen möchte ich doch verlangen, daß auf drei Jahre gegangen wird. Wenn man die Hälfte schenkt, so ist das immerhin noch genug. Es ist auch mit Rücksicht auf den Uebergang zum neuen Gesetze passender, weil schon während bald zwei Jahren fruchtloß Ausgepfändete herumlausen, die den Ehrenfolgen unter Umständen vollständig entgehen würden.

Gugger. Ich beantrage, den Zusatz der Kommission zu streichen. Wenn ein Schuldner unverschuldet in Konturs kommt, sein Vermögen verliert, so begreise ich nicht, warum er zwei Jahre lang unter den Folgen des Gesetzes leiden soll. Wenn er unschuldig ist, so ist er von Ansang an unschuldig, und es sollen ihm daher auch die Ehrenfolgen von Ansang an erlassen werden.

Lenz. Ich möchte Sie ersuchen, den Antrag der Kommission anzunehmen. Es sind in der Kommission alle Ansichten, welche im Kate geäußert worden sind, vertreten gewesen. Der Standpunkt des Herrn Steet wurde mit aller Entschiedenheit geltend gemacht und ebenso auch der Standpunkt des Herrn Dürrenmatt. Was Ihnen vorliegt, ist das Produkt reislicher Erwägung. Wir haben uns gesagt: Es muß einnal den Mißständen abgeholsen werden, und da einige möglichst mild, andere möglichst streng sein nöchten, so wird es am besten sein, wenn man sich auf einen Mittelantrag einigt. So sind von seite derzenigen, welche die mildere Aussassung hatten, schließlich diese zwei Jahre zugegeben worden, und von der andern Seite ist man schließlich ebensalls auf diese Zahl herabgegangen. Man war auf dem Punkt, daß man sich nicht hätte verständigen können. Endlich aber einigte man sich, um überhaupt ein Gesez zu stande zu bringen. Ich glaube, der Große Kat sollte diesem Umstand Rechnung tragen; er kann überzeugt sein, daß in der Kommission alles wohl erwogen wurde.

Abstimmung.

1. Eventuell. Für den Antrag der Kom= mission (gegenüber dem Antrag Dürrenmatt) Mehrheit. 2. Definitiv. Für Festhalten an diesem Beschluß (gegenüber dem Streichungsantrag Gugger)

§ 3 (nun § 4).

Hirter, Berichterstatter der Kommission. Ich möchte nur etwas erwidern auf die von Herrn Steck bei der Eintretensfrage vorgebrachten Bedenken. Er sagte, es werde hier eine Ungerechtigkeit geschaffen, indem der besser Situierte eher im Falle sei, sein Recht vor Gericht zu vertreten. Ich glaube, ein schriftliches Gesuch wird jeder machen können, oder sonst wird er sennand sinden, der es für ihn besorgt. Und wie ich schon gesagt habe: demjenigen, der in einfachen Verhältnissen lebte, wird es viel leichter werden, nachzuweisen, daß ihn kein Verschulden trisst. Ich glaube, wir halten nur diesenigen Fälle vom Gericht sern, wo die Betressenden wissensiert zu werden.

Steck. Ich möchte boch womöglich, daß hier der Grundsat hineingebracht würde, daß der Entscheid über Schuld oder Nichtschuld von Amtes wegen erfolgen solle. Herr Hicker ist im Freum, wenn er glaubt, daß die arme Bevölkerung in der Lage sei, ein schriftliches Gesuch mit allen Belegen einzureichen; so viel ich unter Arbeitern lebte, habe ich überall gesunden, daß eine große Hülflosigkeit herrscht. Die Leute wissen sich nicht zu helsen; sie kennen die Gesetze nicht und haben oft auch den Mut nicht, Schritte zu thun. Es scheint mir, Sie kennen die armen Schichten der Bevölkerung gar nicht. Sie dürsen überzeugt sein, daß zweisellos eine Ungleichheit entstehen würde. Wenn der Schuldner sich selber helsen muß, so werden sicher durchschnittlich die armen Schuldner ehrlos werden, während die wohlhabenderen Schuldner ihre Ehren nicht verlieren werden.

Präsident. Dieser Antrag hätte bei § 1 gestellt werden sollen, weil schon dort gesagt ist, wie der Ehrenverlust eintrete. Zu § 3 paßt dieser Antrag absolut nicht. Dagegen steht es Herrn Steck srei, nach Durchberatung des Gesetz zu beantragen, auf den § 1 zurückzukommen.

Angenommen.

§ 4 (nun § 5).

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Hier schlägt die Kommission vor, es solle in sedem Falle der Entscheid des Gerichtspräsidenten über ein Rehabilitationsgesuch dem Appellations= und Kassationshof zur Bestätigung oder Abänderung eingeschielt werden. Ich habe mich mit diesem Antrage ganz gut besreunden können und ebenso auch der Regierungsrat. Es ist mitunter das Bedenken ausgetaucht, wenn nur der Gerichtspräsident zu entscheiden habe, so könne da Kameraderie mitspielen; der Einsluß, den eine Persönlichseit gehabt habe und der noch nachwirke, die Berwandtschaft u. s. w. könne dazu sühren, daß nicht immer ganz unparteiisch entschieden werde; es sei daher gut, wenn eine Rachprüsung durch eine höhere Behörde stattsinde. Wegen der Arbeitslast, welche daraus erwächst, braucht man, wie ich glaube, nicht große Bebenken zu haben; denn es werden don allen Schuldnern

nicht 20%, vielleicht nicht 10%, von diesem Rechte Gebrauch machen, und es wird deshalb die Jahl der Fälle keine übermäßig große sein, und da in erster Linie die Gesuche vom Gerichtspräsidenten behandelt werden, so sind die Akten im großen ganzen schon vollständig; auch werden sie selten sehr lang sein und können leicht kompletiert werden, so daß für den obern Gerichtshos das Versahren kein beschwerliches sein wird.

Nach Untrag der Kommission angenommen.

§ 5 (nun § 6).

Angenommen.

§ 6 (nun § 7).

Angenommen.

§ 7 (nun § 8).

Hirter, Berichterstatter der Kommission. Ich möchte nur einem Bedenken entgegentreten, das gegen die Publiskation erhoben wurde. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine große Zahl Schuldner auch publiziert werden, obschon sie nicht fruchtlos ausgepfändet wurden. Das sind die jenigen, dei welchen man noch etwas fand und wo infolgedessen die Steigerung publiziert wird. Mit Rücksicht hierauf glaube ich, man dürse die andern auch publizieren.

Grieb. Ich erlaube mir, den Antrag zu stellen, nach den Worten: "Die Einstellungen sind" einzusschalten: "durch den Betreibungsbeamten". Man wird mir zwar sagen, das sei selbstverständlich, und ich din überzeugt, daß sowohl die Regierung als die Kommission der Ansicht sind, dies habe der Betreibungsbeamte zu besorgen und zwar unentgeltlich, es sei die Publikation nicht etwa dem Gläubiger in Rechnung zu bringen. Sollte die Meinung eine andere sein, so wäre das eine Unbilligkeit, welche zur Folge hätte, daß der hitzige Gläubiger die Publikation verlangt, während derzenige, der nichts opfern will, davon Umgang nimmt. Es würde also der eine Ausgepfändete publiziert, der andere nicht. Das will aber der Große Rat nicht, sondern er will, daß alle gleich behandelt werden. Ich glaube nun, es sei vorsichtig, den von mir beantragten Zusatz zu machen. Im ganzen übergen Entwurf sagt man überall, wer zu funktionieren habe; es wird daher gut sein, wenn man es auch hier thut und sagt, die Publikation solle von Amtes wegen ersolgen und ohne daß dem Gläubiger Kosten erwachsen. Man wird darauf ausmerksam infolge von Borgängen, welche sich noch unter unsern

alten Betreibungsgesetze abspielten, das nur Geltstager kannte. Auf einen Erlaß hin verlangten alle Gerichtsschreiber vom Gläubiger vorerst einen Borschuß von Fr. 30. Das hatte die Unbilligkeit zur Folge, daß in manchen Fällen der Geltstag nicht erkannt wurde, weil niemand Fr. 30 vorschießen wollte. Damit nicht wieder etwas Analoges eintritt, halte ich es für zwecknäßig, den von mir beantragten Zusatz aufzunehmen.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich bin mit dem Antrag des Herrn Grieb vollständig einverstanden; es ist auch dieser Paragraph so zu verstehen. Dem Gläubiger kann man die Kosten nicht auserlegen, da sie im Tarise des Bundesrates nicht dorgeschen sind. Die Einstellung erfolgt im öffentlichen Interesse und deshalb soll der Staat die Kosten bezahlen; vom Schuldner sind sie natürlich nicht erhältlich. Die Kosten werden übrigens auch nicht bedeutend sein. Es werden jährlich vielleicht 1500 Namen zu publizieren sein, von denen jeder nur eine Zeile in Anspruch nehmen wird. Die llebernahme der Kosten wird also für den Staat nicht sehr belastend ausfallen.

Hirter, Berichterstatter der Kommission. Ich erkläre mich mit dem Antrag des Herrn Grieb einverstanden. Es lag nicht im Willen der Kommission, es der Willfür der Gläubiger anheimzustellen, ob ein Schuldner publiziert werden solle oder nicht.

Präsident. Die von Herrn Grieb beantragte Einsschaltung ist schon im alten Entwurf gestanden; sie ist hier wahrscheinlich nur aus Versehen ausgelassen worden.

Dürrenmatt. Es scheint mir, es sollte hier auch gesagt sein, wie man es mit denjenigen halten will, welche seit Inkrasttreten des eidgenössischen Gesetzes dis heute fruchtlos ausgepfändet wurden. Ich denke, daß diese ebenfalls publiziert werden sollen. (Lenz: § 8!) — Ja, aber dort ist nichts von den fruchtlos Ausgepfändeten gesagt.

Präsident. Diese Frage fällt unter den § 8; bort ist sie berührt, wahrscheinlich nicht in dem Sinne, wie Herr Dürrenmatt es auffaßt.

Nach Antrag des herrn Grieb angenommen.

§ 8 (nun § 9).

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Es ist richtig, daß in diesem Paragraph nur von den frühern Geltstagern und von denen gesprochen wird, welche nach dem eidgenössischen Gesetz in Konkurstamen. Eine Kückwirkung des Gesetzs auf die fruchtlos Ausgepfändeten wollte man nicht. Man hat sich nämlich gesagt, es würde sich ganz eigentümlich machen, wenn der Kanton Bern plöglich alle diesenigen, welche seit Inkrastetreten des eidgenössischen Gesetzs fruchtlos ausgepfändet worden sind, nun auf einmal miteinander publizieren wollte, wenn plöglich zwei, drei Bataillone fruchtlos Ausgepfäns

deter im Amtsblatt erscheinen würden. Nicht die Rücksicht auf die Schuldner allein hat uns geleitet, sondern auch die Rücksicht auf den eigenen Kanton; wir find es der Ehre Berns nach außen schuldig, nicht auf einmal diese lange Reihe von Namen zu publizieren. Im Kanton Solothurn hatte man, als das Bundesgesetz in Kraft trat, infolge einer eigen= tümlichen Einrichtung noch etwa 200 nicht publizierte Konturse. Als dann diese 200 Konkurse miteinander publiziert wurden, hat alle Welt auf Solothurn geschimpft und im Kanton Solothurn selbst ist, wie man begreislich sinden wird, eine große Aufregung entstanden. Das wollte man verhüten. Es steht ja dem Gläubiger frei, gegen einen solchen ausgepfändeten Schuldner nochmals die Betreibung einzuleiten, was zwei oder drei Franken tostet. Damit erreicht er, daß der Betreffende unter das Geset fällt und publiziert wird oder bezahlt, was wohl in der Hälfe der Fälle geschehen wird. Es ift also nicht etwa ein Zustand geschaffen, der dahin führen würde, daß man die betreffenden Schuldner nicht mehr treffen könnte. Auch fie fallen unter das Gesetz, sobald man das einfache Verfahren nochmals durchführt, was etwa 30 Tage in Anspruch nimmt.

Hirter, Berichterstatter ber Kommission. Die Kommission unterstützt diese Bestimmung ebenfalls. Man glaubt, es sei Pslicht, denjenigen, welche seit Inkrafttreten des Bundesgesesses fruchtlos ausgepfändet wurden, noch eine Frist einzuräumen, um ihre Gläubiger besriedigen zu können. Thun sie dies nicht, so werden sie infolge einer neuen Betreibung publiziert werden, wie die andern fruchtlos Ausgepfändeten auch. Wie gesagt, man muß denjenigen, welche vielleicht im Vertrauen darauf, daß sie nicht publiziert werden, ihre Gläubiger nicht bezahlten, Gelegenheit geben, dies nun noch zu thun.

Dürrenmatt. Das ist doch eine Art und Weise, einen Schuldner zu behandeln, welche dem Grundsatz der Gerechtigkeit nicht entspricht. Das Gesetz kommt in diesem Jahre nicht mehr zur Abstimmung. Es werden also alle Schuldner, welche in den Jahren 1892 und 1893 fruchtlos ausgepfändet wurden, nach einem andern Grundsatz dehandelt als diesenigen, welche erst später fruchtlos ausgepfändet werden. Die Rücksicht auf das Amtsblatt kann nicht bestimmend sein. Man hat es auch während vielen Jahren erlaubt, daß alljährlich aus der Gemeinde Biel 2—300 Bürger publiziert wurden, welche mit den Gemeindesteuern im Rückstand waren, und man hat nicht bemerkt, daß Biel deswegen im Kanton Bern, im öffentlichen Leben und der öffentlichen Meinung, weniger Einssluß habe. Ich möchte mit Rücksicht auf den Grundsatz, daß alle Schuldner gleich gehalten werden sollen, wünschen, daß hier beigefügt würde: "sowie auch die fruchtlos Ausgepfändeten".

Abstimmung.

		Entwur								65	Stimmen
Für	den	Antrag	Dü	rren	ma	tt	٠	٠	٠	25	"

Auf die Frage des Präfidenten, ob man auf einzelne Paragraphen zurückzukommen wünsche, meldet sich niemand zum Wort.

Es folgt nun noch die

Schlußabstimmung.

Für Annahme des Gesetzes Mehrheit.

Das Präsidium teilt mit, daß das Bureau in der Primarich ulgesetzt mmission Herrn Ritschard ersetzt habe als Präsident durch Herrn Andreas Schmid, als Mitglied durch Herrn Borter, serner Herrn Mägli durch Herrn Roth.

Es ift eingelangt folgende

Motion.

Les députés soussignés ont l'honneur de proposer au Grand Conseil la nomination d'une commission, qui de concert avec la Direction de l'intérieur serait chargée d'examiner l'opportunité de la création d'une Chambre cantonale de l'industrie et du commerce, éventuellement avec sous-sections, comme elle existe dans d'autres cantons et dans la plupart des pays voisins.

Reymond,
Moser, Tanner, Blösch, Scherz, Droz,
Gugger, Hirter, Müller-Jäggi, Siegerist,
Bratschi, Schweizer, Will, Béguelin, Feller,
Comment, Mouche, Choulat, Benz, Robert,
Péteut, Henzelin, Hennemann, Choquard,
Boinay, Choffat, Gouvernon, Andr. Schmid,
Charmillot, Siebenmann, Rosselet, Comte,
Meyer, Coullery.

(Die unterzeichneten Großräte beehren sich, dem Großen Rate zu beantragen, es sei eine Kommission zu bestellen, die, in Verbindnug mit der Direktion des Innern, die Frage zu prüsen hätte, ob nicht die Errichtung einer kantonalen Industrie= und Handelskammer, eventuell mit Unterabteilungen, nach dem Vorbilde anderer Kantone und der meisten benachbarten Länder, angezeigt wäre.)

Wird auf den Kanzleitisch gelegt.

Zur Erledigung der noch auf der Traktandenliste stehenden Geschäfte wird die Abhaltung einer Nachmittags= sitzung (um 3 Uhr) beschlossen.

Schluß ber Sitzung um 123/4 Uhr.

Präsibent. Sie haben heute Vormittag die erste Beratung des Ehrenfolgengesetzs beendigt. Nun sagt der Artikel 29 der Versassung, es stehe dem Großen Kate zu, zu bestimmen, in welcher Form ein Gesetz vor der zweiten Veratung dem Volke bekannt gegeben werden soll. Ich schlage vor, dies in der üblichen Weise — Publikation im Amtsblatt — zu thun.

Einverstanden.

Der Redaktor: Kud. Schwarz. Es ift eingelangt folgender

Anjug:

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Großen Kate Bericht und Antrag einzubringen, ob nicht der Artikel 7 des Gesetzes über die Einkommenssteuer, vom 18. März 1865, einer Revision zu unterwersen sei, damit die Gemeindesteuer auch am Wohnort der Steuerpslichtigen ganz oder teilweise bezogen werden kann.

Gurtner, Großrat.

Wird auf den Kanzleitisch gelegt.

Siebente Sitzung.

Heeitug den 1. Dezember 1893,

nachmittags 3 Uhr.

Borfigender: Prafident Byg.

Das Protokoll der Vormittagssitzung wird abgelesen und genehmigt.

Tagesordnung:

Defret

betreffend

die Feststellung des Repräsentations: verhältniffes der Grofrats: Wahlkreife.

(Siehe Nr. 39 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1893.)

Eintretensfrage.

Marti, Regierungspräsident, Berichterstatter des Regierungsrats. Die alte Verfassung hat in Bezug auf die Wahlen in den Großen Kat bestimmt: "Die in einem Wahlkreise wohnhaften Stimmfähigen bilden eine Wahlbersammlung." Ferner hat der § 9 der Versassung gesagt: "Die Wahlbersammlungen erwählen durch geheime Abstimmung auf je 2000 Seelen Bedölkerung ihres Kreises ein Mitglied in den Großen Kat." Die neue Versassung sagt: "Für die Wahlen in den Großen Kat wird das Staatsgediet in möglichst gleichmäßige Wahlkreise eingeteilt. Auf je zweitausend fünshundert Seelen der Wohnbedölkerung wird ein Mitglied des Großen Rates gewählt." Der Unterschied ist Ihnen bekannt. Es tendiert dieser neue Versassungsartikel auf eine Reduktion der Mitglieder des Großen Kates, und zwar ist diese Keduktion berart, daß die Zahl

der Mitglieder des Großen Rates auf 212 reduziert wird. Was nun die Einteilung in möglichst gleiche Wahlkreise betrifft, so konnen wir uns damit heute nicht befaffen; denn diese Wahlfreise find im Gesetz über die öffentlichen Wahlen und Abstimmungen enthalten. Wir können alfo ohne Gesetsabänderung, die dem Bolke unterbreitet werden muß, eine Abänderung der Wahlkreise nicht vornehmen. Num ist allerdings eine Abänderung dieses Gesets vom 31. Ottober 1869 über die Boltsabstimmungen und öffent= lichen Wahlen im Wurfe. Es ist dieser Gegenstand hängig bei einer Großratskommission, und es lag also nicht mehr in der Hand der Regierung, in dieser Beziehung neue An-regungen zu machen, sondern sie mußte sich darauf beschränken, das Repräsentationsverhältnis der Wahlfreise neu festzuftellen. Dies ist der Zweck des vorliegenden Dekretsentwurfs. Nach dieser neuen Feststellung würde wählen:

Mitglieder des Großen Rates. das Oberland in 13 Wahlfreisen 36 Mittelland " 10 38 Emmenthal " 10 29 der Oberargan " 10 35 das Seeland 34 11 der Jura

Es handelt sich also rein nur um eine mathematische Operation, und wir schlagen Ihnen vor, die nächsten Ex-neuerungswahlen gestützt auf dieses reduzierte Repräsen-tationsverhältnis vorzunehmen. Ich glaube, es ist nicht nötig, dem Gesagten noch weiteres beizusügen.

Dr. Brunner, Berichterstatter ber Kommission. 3ch möchte nur auf einige wenige Punkte noch etwas näher eintreten. Was die Borlage anbetrifft, so hat der Herr Regierungspräsident bereits den Artikel 19 der neuen Berfassung angerusen, wonach nicht mehr auf 2000, sondern auf 2500 Seelen ein Mitglied des Großen Kates zu wählen ist. Ferner heißt es in Artikel 110 ausdrücklich "Der Artikel 19, betreffend die Repräsentationsziffer für die Wahl der Mitglieder des Großen Kates ist erstmals bei der ordentlichen Gesamterneuerung auf 1. Brachmonat 1894 anwendbar." Es ist also absolut nötig, für die nächste Erneuerungswahl die Repräsentationsziffer festzustellen und zwar so, wie der Artikel 19 der Verfassung dies vorschreibt. Dieser Punkt ist also absolut liquid.

Etwas weniger liquid ist die Ausführung des Artikels 18 der Berfassung: "Für die Wahlen in den Großen Rat wird das Staatgebiet in möglichst gleichmäßige Wahlfreise eingeteilt." Es ift diese Frage zu entscheiden, wenn ein bezügliches Gesetz vorgelegt wird. Ein solches hat bereits vorgelegen; aber Sie haben es zurückgelegt und gesagt, wir wollen zuerft die Verfassungsfrage erledigen. Nun bringt die neue Berfaffung ungefähr den gleichen Wortlaut wie die frühere; aber ich glaube nicht, daß uns dies genieren foll, wenn wir das Gesetz beraten, die Frage der Begrenzung der Wahlkreise vollkommen frei zu behandeln. Es wird dabei eine sehr wichtige Frage zu entscheiden sein: Wollen wir die bisherige Wahlart beibehalten, oder wollen wir das sogenannte Proportionalspstem in irgend einer Form annehmen? Wenn ja, fo mußte man viel größere Wahlfreise machen als wir jett haben. Bleiben wir bei der bisherigen Wahlart, so wird es sich fragen, ob man im großen ganzen mit der bisherigen Einteilung zufrieden ist, so daß es genügt, hie und da, an einzelnen Orten, Remedux eintreten zu lassen. Das ist also eine Frage, die wir bei Anlaß der Gesetzesberatung behandeln muffen. Und noch eine andere Frage werden wir bei Unlaß der Gesetzesberatung behandeln müffen, die in der Berfassung nicht entschieden wurde. Das ift die Frage der obligatorischen Stimmgebung.

Nun hat die Kommission für dieses Gesetz seit Intraftreten der neuen Berfaffung darüber nicht mehr beraten. Wir fagten uns, wir wollen vorerft das Repräsentations= verhältnis auf Grundlage der gegenwärtigen Gesetzgebung erledigen und dann an die Beratung des Gefetes geben. Das wird in nächster Zeit geschehen, und die Kommission ist einverstanden, daß dieses Geset in der Januarsession zur erften Beratung kommen foll.

Das ift es, was ich Ihnen mitteilen wollte. Die vor= liegende Feststellung des Nepräsentationsverhältnisses ist nur eine provisorische auf Grundlage der gegenwärtigen Wahltreiseinteilung. Wird diese geändert, so muß natürlich auch dieses Detret abgeändert werden.

Präfident. Dieses Dekret wird gefordert von der Berfassung und ift bereits so erörtert worden, daß wir uns füglich über die Eintretensfrage hinwegsetzen konnen. Ich erlaube mir daher, sofort über dasselbe die allgemeine Umfrage zu eröffnen.

Jenni. Ich möchte nur anfragen, weshalb der Wahl= freis Wohlen unter "Seeland" eingereiht ift. Er umfaßt die Gemeinden Bremgarten, Kirchlindach und Wohlen und gehört geographisch nicht zum Seeland, fondern zum Mittelland.

Marti, Regierungspräfibent, Berichterstatter bes Regierungsrats. Rach dem Gesetz von 1869 gehört eben der Wahlfreis Wohlen zum Seeland, und wir konnen ohne Abanderung des Gefetzes hieran nichts andern.

Jenni. Ich bin befriedigt.

Das Dekret wird in globo stillschweigend angenommen

Defret

betreffend

die Cinteilung des Staatsgebietes in Abstimmungstreise.

(Siehe Nr. 45 der Beilagen jum Tagblatt des Großen Rates von 1893.)

Prafident. Auch hier, glaube ich, konnen wir die Eintretensfrage übergehen, weil es nötig ift, dieses Defret zu behandeln.

Marti, Regierungspräsident, Berichterstatter des Regierungsrats. In dieser Beziehung ist der Unterschied zwischen der alten und neuen Versassung der, daß nach ber neuen Berfaffung die Wahltreise auf Grund der Ginwohnergemeinden abgegrenzt werden follen, während nach der frühern Verfaffung das Stimmrecht in den Kirchge= meinden ausgeübt wurde. Es heißt in der alten Verfassung in § 5: "Die in einem Kirchgemeindebezirke wohnhaften Stimmfähigen bilden eine politische Versammlung." Run fagt die neue Verfassung dagegen: "Die Stimmgebung der Bürger findet in der Regel in den Einwohnergemeinden statt. Sie ist durch das Gesetz möglichst zu erleichtern." Es ist da also ein Unterschied, der sofort seine praktische Aussührung darin finden mußte, daß wir die politischen Wahlkreise nicht mehr kirchgemeindeweise, sondern einswohnergemeindeweise formieren. In der Regel ist jede Einwohnergemeinde eine politische Bersammlung, während – Ausnahmen vorbehalten — jede Kirchgemeinde eine solche war. Es find natürlich Ausnahmen zugelaffen in zwei Richtungen. Erftens in der Richtung, daß einzelne Einwohnergemeinden in verschiedene Abstimmungstreise ein= geteilt werden konnen, wenn die geographischen oder andere Berhältnisse es erfordern. Zweitens in der Richtung, daß Einwohnergemeinden, die für sich zu klein sind oder sehr nahe nebeneinander liegen, in einen Abstimmungstreis verschmolzen werden können. Deshalb wird in Artikel 1 vieses Dekretsentwurfs, der die neue Verfassung aussühren soll, gesagt: "Jede Einwohnergemeinde, mit Ausnahme der in den Artikeln 2 und 3 verzeichneten, bildet einen eigenen Abstimmungskreis (politische Versammlung)." In Artitel 2 find dann die Gemeinden, welche vermoge ihrer besondern Verhältnisse in verschiedene Abstimmungskreise eingeteilt werden, aufgeführt, und in Artikel 3 werden verschiedene Einwohnergemeinden zu einem Abstimmungskreis verschmolzen. Es hat dies nicht den Sinn, wie ich auf verschiedene Anfragen hin ausdrücklich bemerke, daß nicht gleichwohl an verschiedenen Orten Urnen aufgestellt werden konnen. Das Aufstellen von Urnen kann der Regierungs= rat jederzeit bewilligen; das ist nicht das gleiche wie das Abteilen einer Gemeinde in verschiedene politische Ber-fammlungen, welch letteres erfordert, daß in der gleichen Einwohnergemeinde verschiedene Stimmregifter geführt werben müffen und besondere Wahlprotokolle nötig sind. Es sollen also einzelne Ortschaften nicht glauben, es werde ihnen das Stimmen erschwert. Die Aufstellung von Urnen, die dann an den Sit der politischen Bersammlung gebracht und erft dort eröffnet werden, kann der Regierungsrat jederzeit

In Art. 2 sind, wie gesagt, die Ausnahmen bezüglich derjenigen Ginwohnergemeinden aufgezählt, die in verschiedene politische Versammlungen abgeteilt werden. dies natürlich große Gemeinden, und darunter befindet sich vor allem die Einwohnergemeinde Bern, die in die politischen Bersammlungen obere Gemeinde, mittlere Gemeinde, untere Gemeinde und Lorraine = Breitenrain abgeteilt wird. Einwohnergemeinde Schlofingl wird getrennt in die Abftimmungetreise Schlogingl und Oberhünigen. Ebenso wird die Einwohnergemeinde Saanen getrennt in die Abstimmungekreife Ablandschen, das fehr weit abliegt, Saanen und Gftaad. Die Regierung glaubte, Saanen und Gftaad sollten beisammen bleiben; in der Kommission wünschte aber ein Bertreter von Saanen, man möchte die beiden Ortschaften auseinanderhalten und die Regierung hat sich damit einverstanden erklärt. Endlich wird die Einwohner= gemeinde Sumiswald getrennt in die Abstimmungsfreise Sumiswald und Wasen. Es sind dies alles Wünsche, die von seite der betreffenden Landesteile gestellt worden sind. In Art. 3 finden Sie verschiedene Gemeinden zu einem

Abstimmungskreis vereinigt. Es giebt Einwohnergemeinden, die nur 20—50 stimmsähige Bürger haben, oder die so nahe bei einander sind, daß es nicht der Mühe wert wäre, gesonderte Stimmregister zu sühren und verschiedene Wahleprotokolle zu machen, und deshalb hat der Regierungsrat solche Einwohnergemeinden, wo es gewünscht wurde, verschmolzen. Immerhin ist er dabei in mäßigen Grenzen geblieden, so daß im ganzen nur 25 solche Fälle von Berschmelzungen vorliegen, die in Art. 3 ausgezählt sind. Wir haben an die Regierungsstatthalter zu Handen der betreffenden Einwohnergemeinden ein Cirkular erlassen, sie möchten ihre Wünsche äußern, und man ist diesen Wünschen in thunslicher Weise entgegengekommen. Dabei ist ein Drucksehler zu berichtigen. Unter Kummer 8 soll es heißen: "Die Gemeinden Brüttelen und Gäserz, Amtsbezirk Erlach, mit Sit in Brüttelen".

Ich glaube, das vorliegende Dekret könne in dieser Fassung angenommen werden. Sollten sich Uebelstände zeigen oder einzelne Ortschaften Aenderungen wünschen, so kann der Große Rat ja jederzeit das Dekret modisizieren. Im großen ganzen glaube ich, dasselbe entspreche den thatsächlichen Berhältnissen und Wünschen der betreffenden Landesteile. Ich beantrage, das Dekret in globo zu behandeln und so anzunehmen, wie es von der Regierung und der Kommission vorgeschlagen wird.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Ich möchte vorerst einige Worte über den Titel andringen. Er spricht nicht mehr von "politischen Bersammlungen", da in der neuen Versassung dieser Ausdruck vermieden wurde. In Wahrheit handelt es sich ja nicht mehr um Versammlungen, sondern man stimmt an den Urnen, und das ist seine Versammlung mehr. In der Versassung ist sein spezieller Ausdruck gewählt, sondern es heißt einsach: "Die Stimmgebung der Bürger sindet in der Regel in den Einwohnergemeinden statt." Bei Wahlen kann man allerdings von Wahlkreisen reden; dagegen kann man nicht von Abstimmungskreisen sprechen, da diese in die Einwohnergemeinden verlegt sind, während Wahlkreise ein größeres Territorium umfassen. Dies ist der Grund, weshalb man sagte: "Einteilung des Staatsgedietes in Abstimmungskreise". Es beschlägt das natürlich auch die Wahlen, man konnte aber nicht wohl einen andern Ausdruck wählen; man konnte nicht sagen: "Abstimmungs- und Wahlkreise", denn- die Wahlen ja auch Abstimmungen; jedensalls paßt der Ausdruck "Abstimmungskreise" sür die gegenwärtigen Verhältnisse bessen als die frühere Vezeichnung "politische Versammlung".

Was nun die Bestimmungen des Defrets betrifft, so habe ich dem von Herrn Marti Gesagten nichts beizusügen; nur din ich ersucht worden, auf einen Punkt noch speziell ausmerksam zu machen, der auch in der Kommission zur Sprache kam und über den man sich klar werden muß. Man darf nicht glauben, daß wenn eine Gemeinde keinen besonderen Abstimmungskreis bilde, sie nicht an verschiedenen Orten Urnen aufstellen könne. Jeder Abstimmungskreis kann drei Urnen aufstellen. Mehr geht nicht, weil die Jahl der Mitglieder des Bureaus gesetzlich beschränkt ist. Doch kann mit drei verschiedenen Urnen den Wünschen nach Erleichterung der Abstimmung ganz gut Rechnung getragen werden.

Bon den einzelnen Artikeln hat bloß der Art. 2 in Bezug auf die Gemeinde Saanen zu einer kleinen Erörte= rung Anlaß gegeben. Der Regierungsrat hat vorgeschlagen, die Gemeinde Saanen in zwei Abstimmungskreise zu teilen, Abländschen und Saanen. Es wurde nun vom Bertreter von Saanen gewünscht, man möchte auch Gstaad zu einem besondern Abstimmungskreis machen, und schließlich hat die Kommission diesem Wunsche einstimmig Rechnung getragen. Man hat natürlich zwischen Gestaad und Saanen die Grenzlinie ziehen müssen. Dieselbe ist geographisch sehr interessant; allein ohne Karte würden Sie nichts davon verstehen und deshalb will ich sie nicht verlesen. In Art. 3 hat sich ein Drucksehler eingeschlichen, indem unter Nr. 8 das Wort "Ins", das zweimal vorsommt, zu streichen und durch "Brüttelen" zu ersehen ist.

M. Stockmar, Directeur de la police. A l'art. 3, chiffre 17, je propose d'ajouter à la liste des communes celle de Montmelon. J'avais déjà signalé la nécessité de cette réunion, mais j'ai voulu entendre les intéressés et je suis assuré aujourd'hui qu'en séparant la commune de Montmelon de celle de St-Ursanne pour en faire une circonscription spéciale, on rendrait un très mauvais service à ses électeurs. La commune de Montmelon se compose en effet de 4 hameaux: Montmelon-le-Haut, Montmelon-le-Bas, Outre-Mont, Ravine. Outre-Mont et Ravine sont séparés de Montmelon par une assez grande distance, mais leurs habitants passent en revanche par St-Ursanne. Jusqu'ici, on a toujours voté à St-Ursanne.

Marti, Regierungspräsident, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich bin einverstanden.

M. Folletête. A propos de cette discussion in globo du décret, j'aurais une observation générale à faire à l'art. 1er. Cet article est l'exécution de l'art. 5 de la nouvelle Constitution cantonale, laquelle a modifié le principe électoral antérieur en remplaçant le vote paroissial par le vote à la commune, à raison des facilités qu'il procurerait aux électeurs.

J'admets ce principe, tel qu'il est sorti des délibérations de l'Assemblée constituante, mais je ne voudrais pas l'étendre au delà des limites raisonnables. Il peut y avoir des communes qui ont intérêt de conserver la votation au centre paroissial. C'est pourquoi je voudrais les mettre en situation de conserver l'état actuel. J'explique ma pensée. La Constitution a voulu faciliter, simplifier les forma-lités et l'obligation du vote, faire disparaître enfin toutes les difficultés qui, jusqu'alors, avaient plus ou moins entravé la liberté des citoyens. C'est pour cela qu'on a remplacé le vote au chef-lieu de la paroisse par le vote à la commune. Toutefois, il ne faudrait pas, Messieurs, que l'intention de l'Assemblée constituante fût mal comprise, c'est-à-dire que par l'adoption du vote à la commune on ouvrît une autre porte à toutes sortes d'inconvénients, et qu'au lieu d'alléger autant que possible, plus que cela n'a été le cas jusqu'à présent, les formalités du vote, on produisît l'effet contraire, en consacrant dans certains cas une situation plus gênante. Le principe renfermé dans l'art. 1er me paraît trop absolu.

« Art. 1er. Toute commune municipale, à l'exception de celles qui sont désignées dans les deux articles suivants, forme une circonscription politique. »

Je voudrais y apporter ce correctif:

Tagblatt bes Großen Rates. — Bulletin du Grand Conseil. —

« Néanmoins, il est loisible aux communes municipales de conserver le centre de votation au cheflieu paroissial. »

Il me semble que le gouvernement et la commission peuvent parfaitement adopter ma proposition, qui se base sur l'art. 5 de la Constitution. Cet article, après avoir posé le principe du vote à la commune, ajoute que l'exercice du droit de suffrage sera facilité par la loi autant que possible. Or la proposition faite tout à l'heure par M. Stockmar en ce qui concerne la conservation des rapports actuels entre Montmelon et St-Ursanne, est précisément la justification de celle que je fais maintenant pour me rendre l'interprête d'un vœu qui a été exprimé par les populations intéressées. Vous voyez, Messieurs, que distraire une commune municipale de son centre normal topographique pour l'ériger en chef-lieu de votation, c'est souvent lui rendre un mauvais service.

Dans le Jura, nous avons encore d'autres exemples du genre de celui de St-Ursanne. Les députés du district des Franches-Montagnes, auquel j'appartiens, m'en ont fait remarquer un semblable à propos du fractionnement de l'assemblée électorale de Saignelégier, chef-lieu paroissial, en trois bureaux électoraux dans chaque commune de cette grande paroisse. Des inconvénients plus ou moins considérables peuvent en résulter. Il faut conclure de tout cela que, loin de faciliter l'accès du scrutin, on le rendrait plus difficile.

Messieurs, en général, dans nos communes du Jura catholique, et spécialement dans le district que je représente, les votations se font tout naturellement au chef-lieu paroissial. Ainsi, par exemple, les habitants de l'un des quatre petits hameaux qui composent la commune de Montmelon arrivent le dimanche au service divin; ils auront toute facilité de voter à l'issue de ce service, avant de retourner chez eux. C'est ce qui arrive dans la pratique. Pareille chose se présente à Saignelégier, pour les habitants des communes du Bémont et de Muriaux composées de plusieurs hameaux. C'est pourquoi je voudrais consacrer le principe contenu à l'art. 5 de la Constitution en insérant à l'art. 1er de la loi électorale une clause par laquelle les communes municipales qui le demanderaient pourraient user de la faculté de conserver comme centre de votation le chef-lieu paroissial. Cette adjonction n'est pas, il me paraît, en contradiction avec le principe posé dans la Constitution. Et en définitive, quels sont les meilleurs juges, sinon les électeurs eux-mêmes? Si donc les électeurs demandent la faveur de voter au chef-lieu paroissial, comme ils l'ont fait jusqu'à présent, pourquoi la leur refuser?

Marti, Regierungspräsident, Berichterstatter des Regierungsrats. Der Zweck der Proposition des Hern Folletête geht einsach dahin, die neue Bersassung wieder in die alte zu verwandeln und die Stimmgedung wieder in den Kirchgemeinden stattsinden zu lassen. Das geht nun schon sormell nicht. Herr Folletête glaubt vielleicht, wenn die stimmfähigen Bürger zuerst in die Kirche gehen, so seien sie dann für das Stimmen besser inspiriert, als wenn sie daheim in der Einwohnergemeinde abstimmen. Allein die Kirchgemeinde als Abstimmungskreis aufrecht zu erhalten, geht nicht, weil die neue Versassung sagt, daß in der Regel

in den Einwohnergemeinden abgestimmt werden solle. Ausnahmen können gestattet werden, und wenn Herr Folletête
wünscht, es möchten diese oder jene Gemeinden verschmolzen
werden, mit Sit an einem Orte, der eine Kirche hat, so
wird man nichts dagegen haben. Aber allgemein zu sagen:
wenn es den Gemeinden konveniert, können sie den Abstimmungssit wieder an den Sit der Kirchgemeinde verlegen, das geht nicht an; wir dürsen die Versassung nicht
in dieser Weise alterieren. Ich glaube, durch das vorliegende Dekret sei das Abstimmen nach allen Richtungen
erleichtert. Ich halte dasür, man habe allen Wünschen
in Bezug auf Jusammenlegung oder Trennung von Gemeinden Rechnung getragen und deshalb soll sich auch
herr Folletête damit begnügen und nicht eine Konnplikation
in die Sache hineinbringen, die durchaus versassundsrig
ist. Ich beantrage deshalb, den Antrag des Herrn Folletête abzulehnen.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Wenn Sie den Antrag des Herrn Folletête annehmen, so stellen Sie den Art. 5 der Bersassung auf den Kops. Herr Folletête will, daß die Einwohnergemeinden das Abstimmungslokal an den Sit der Kirchgemeinde sollen verlegen dürsen. Das geht nicht und hat auch gar keinen Wert. Die Hauptsache ist, daß man sich nahe beim Stimmlokal besindet, und das ist der Fall, wenn man in den Einwohnergemeinden stimmt. Mit Ausnahme von Bern sind ja überall die Kirchgemeinden größer als die Einwohnergemeinden. Ist man mit den in Art. 2 und 3 vorgesehenen Ausnahmen nicht einverstanden, so fann man ja Abänderungen beantragen.

M. Folletête. Si j'ai bien compris le Directeur de la police et le rapporteur de la commission, ces Messieurs, tout en combattant en principe ma proposition, semblent vouloir lui laisser une porte ouverte en ajoutant un numéro aux 25 de l'art. 3.

Dans cette hypothèse, je serais obligé de vous présenter une série d'observations. L'une est relative par exemple à la commune de Peuchapatte qui fait partie de la paroisse du Noirmont. Je regrette que M. Elsässer, qui habite le Noirmont, ne soit pas venu vous dire lui-même ce dont il m'a fait part hier. Je demandais à mon collègue si au vu des dispositions de cet art. 3, la commune de Peuchapatte pourrait être facilement érigée en centre de votation, ou bien s'il ne serait pas plus pratique de continuer le vote au Noirmont. Sa réponse ne fut pas douteuse: la commune de Peuchapatte est trop petite pour qu'on y puisse voter; tous les habitants sont unis par les liens de parenté ou en étroites relations d'intérêts, de sorte qu'il serait pour ainsi dire im-possible d'y constituer un bureau de surveillance. Je ne vois pas cette commune énumérée aux exceptions de l'art. 3. Elle offre absolument le même intérêt que celle de Montmelon dont M. Stockmar vous a décrit la situation spéciale. Je veux en dire autant des petites communes de Montfavergier, paroisse de St-Brais, de la Chaux, paroisse des Breuleux, des Enfers, paroisse de Montfaucon, du Bémont et de Muriaux, paroisse de Saignelégier.

Je demanderais donc formellement que l'on introduisît une exception en faveur des communes que je viens d'énumérer et que le chiffre 12 devînt le chiffre 13.

Il me semble qu'il serait convenable d'entendre ces communes, et de les mettre en situation de faire entendre leurs vœux, dans une affaire si importante. La Constitution a raison de faciliter le vote autant que possible, mais ici je suis convaincu qu'au lieu de le faciliter, on imposerait aux électeurs une gêne et une contrainte, en les troublant sans motifs dans leurs habitudes et leurs traditions constantes. C'est dans l'intention de prévenir des désagréments qui certainement se présenteraient dans plusieurs cas que j'ai fait ma proposition, afin de corriger ce qu'il y a de trop absolu dans la rédaction de l'art. 1er. Si ma proposition n'est pas adoptée, il faudra alors augmenter le nombre des exceptions prévues à l'art. 3 et faire une rubrique spéciale pour les communes des Franches-Montagnes.

M. Voisin. Il est regrettable que M. Folletête n'ait pu assister aux séances de la commission où nous avons discuté tout cela. Si M. Folletête était plus au courant de ce qui se passe dans son district, il devrait savoir que le gouvernement s'est donné la peine d'envoyer au mois de septembre une circulaire invitant les intéressés à faire connaître les exceptions dont il y aurait lieu de tenir compte. Le principe est tranché par la Constitution et le décret. Ce que demande M. Folletête sera tout naturellement accordé. Par conséquent je vous propose d'admettre l'article tel quel.

Präsident. Ich möchte Herrn Folletête anfragen, ob mit Rücksicht auf den zweiten Antrag der erste, auf Artikel 1 bezügliche Antrag fallen gelassen wird?

M. Folletête. Je laisserai volontiers de côté mon observation, ayant trait à l'art. 1er du décret, demandant de consacrer une exception au chiffre 12 et répondrai simplement à M. Voisin que je suis parfaitement au courant de ce qui se passe dans le district des Franches-Montagnes. Si j'avais assisté aux délibérations de la commission, je n'aurais pas manqué d'y présenter mes observations, mais M. Voisin sait que je n'en faisais pas partie. J'ai la conviction cependant qu'on peut encore tenir compte de la situation spéciale de nos communes.

Präsident. Es besteht somit nur noch der Antrag des Herrn Folletête zu Artikel 3, nach Ziffer 11 eine neue Ziffer einzuschalten, welche die Bereinigung einiger freibergischen Einwohnergemeinden ausspricht.

Marti, Regierungspräsident, Berichterstatter des Regierungsrats. Die Regierung ist ihrerseits gerne bereit, alle diese Wünsche zu berücksichtigen, soweit sie berechtigt sind. Man hat, wie Herr Boisin gesagt hat, an alle Bezirke geschrieben und angesragt, was für Wünsche man habe. Nun kommen heute einige weitere Desiderien, und auch heute ist die Regierung bereit, diese Wünsche zu berücksichtigen, nur kann sie sich heute über die Berechtigung derselben nicht schlüssig machen; es wäre daher vielleicht gut, wenn diese Wünsche an die Regierung gewiesen würden, um dieselben zu prüsen. In der nächsten Session könnte dann das Dekret desinitiv bereinigt werden. Wir sind ja nicht so pressert, sondern wir können das Dekret ganz gut in dem Sinne an die Regierung zurückweisen,

daß sie die weiter geäußerten Wünsche prüfe. Ich bin der Ansicht, daß man in dieser Beziehung den Wünschen der Bevölkerung entgegenkommen soll.

Hegierungspräsidenten lebhaft unterstützen. Wir wären nämlich in der Gemeinde Bern auch im Fall, noch einen speziellen Wunsch anzubringen. Die Frage wurde erst in letzter Zeit durch ein Gesuch des betreffenden Quartiers angeregt. Würde das Dekret an die Regierung zurückgewiesen, so könnte dieses Gesuch des betreffenden Quartiers—Lostrennung des Kirchenseldes— dann bei der Regierung geltend gemacht werden.

Dr. Brunner. Ich möchte dem Rüchweisungsantrag nicht entgegentreten, nur möchte ich den bestimmten Wunsch aussprechen, daß man vor der nächsten Großratssitzung, schon im Dezember, seine Wünsche vorbringt, damit es dann im Januar nicht gleich geht, wie heute und man nicht über Verhältnisse reden muß, die man nicht versteht, weil man sie nicht kennt.

Marti, Regierungspräsident, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich möchte mich nur dahin ergänzen, daß die Regierung sich nicht wird veranlaßt sinden, eine neue Enquête zu veranstalten, sondern ich nehme an, diesenigen Mitglieder des Großen Kates, welche Wünsche auf dem Herzen haben, werden dafür sorgen, daß diese Wünsche von maßgebender Seite mitgeteilt werden. Wenn dies nicht geschieht, so würde man annehmen, daß man mit dem, was vorgeschlagen ist, einverstanden sei.

Dürrenmatt. Der vom Herrn Regierungspräsibenten vorgeschlagene Ausweg ist sicher der praktischte und absolut nötig. Wer nicht gerade Gelegenheit hatte, bei den Gemeindebehörden von der Anfrage der Regierung Kenntnis zu erhalten, war bis in die letzten Tage nicht orientiert, daß eine Neuumschreibung der Abstimmungskreife vorgenommen werden solle. Eine solche Reuumschreibung geht aber nicht nur die Gemeindebehörden, sondern die Gemeindebürger an, und wenn die Ordnungsmotion angenommen wird, so könnte es nichts schaden, wenn man im Amtsblatt publizieren würde, es sollen allfällige Wünsche der Bürger und der Gemeindebehörden bis zu dem und dem Zeitpunkt angebracht werden.

Marti, Regierungspräfident, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich bin mit dieser Anregung einverstanden.

M. Folletête. Il va sans dire que je suis parfaitement d'accord avec le renvoi. Cela laissera aux communes le temps nécessaire pour se prononcer. Un mot seulement. En traçant la situation telle que je l'ai fait, j'ai cru être l'écho d'un sentiment général. Si je me suis trompé, j'aimerais en tout cas être contrôlé par mes commettants, et si les communes dont j'ai parlé disent qu'elles préfèrent voter chez elles plutôt qu'au centre paroissial, alors c'est bien. Si, au contraire, j'ai dit vrai, j'aimerais que l'on prît l'engagement formel de ne pas laisser traîner cette affaire en longueur, « auf die lange Bank » comme on dit en allemand, et de faire en sorte qu'elle soit vidée à la prochaine session du Grand Conseil.

Die Ordnungsmotion, das Dekret in dem in der Distussion angedeuteten Sinne an die Regierung zurückzuweisen, wird stillschweigend angenommen.

Präsibent. Auf der Traktandenliste siguriert auch das Dekret betrefsend Gewerbegerichte. Als Präsident der Kommission erlaube ich mir, den Antrag zu stellen, es sei die Behandlung auf die Januarsession zu verschieben. Das Dekret enthält 63 Artikel, und ich vermute, daß Sie nicht morgen mit der Beratung desselben noch beginnen wollen. Ich halte dafür, es sei im Januar noch früh genug, die Beratung vorzunehmen.

Einverstanden.

Auzüge des Herrn Großrat Jenni betreffend 1. Sistierung der Amortisationspsticht bei der Hypothekarkasse; 2. Revision der geseklichen Bestimmungen über das Hypothekarwesen.

(Siehe diese Anzüge Seite 296 hievor.)

Jenni. Da ich meine Anträge schon seinerzeit, als ich dieselben einbrachte, begründete, so kann ich mich kurz fassen, um so mehr, als Sie Gelegenheit hatten, in den gedruckten Großratsverhandlungen sich zu orientieren. Ich werde mich auf diesenigen Punkte beschränken, welche bei der slüchtigen ersten Begründung außer Acht gelassen wurden.

Was den ersten Anzug betrifft — Erlaß der Amortissationspflicht — so verzichte ich auf denselben, indem durch Reduktion des Zinsfußes und freiwilliges Entgegenkommen der Hypothekarkasse gegenüber den Gesuchstellern um Entsebung von der Amortisationspflicht meinem Gedanken bereits in vollem Maße Rechnung getragen worden ist.

bereits in vollem Maße Rechnung getragen worden ift.
Ich komme nun zum zweiten Anzug betreffend Zinsenachlaß. Es ist das der Kern meiner Vorschläge. Es hat Ihnen im Mai nicht beliebt, auf die Behandlung dieses Gegenstandes einzutreten, obschon derselbe mit dem Verhandlungsgegenstande, der auf der Tagesordnung war — Maßnahmen betreffend die landwirtschaftliche Notlage — in innigstem Zusammenhange stand. Man konnte annehmen, die Sache sei vielleicht etwas übereilt und unter dem Druck der momentanen Verhältnisse in den Ratssaal gebracht worden, und dei nüchterner Ueberlegung werden diese Vorschläge vielleicht wieder zurückgezogen werden. Diese Vorzchläge vielleicht wieder zurückgezogen werden. Diese Vorzchlägezogen und das heurige Jahr hat uns gezeigt, daß die Gesetzgebung in Bezug anf das Hypothekarwesen ganz entschieden Mängel hat. Es ist nicht außer Ucht zu lassen, daß ein Notzahr, wie das heurige, hervorgerusen durch außerordentlich abnorme Witterungsverhältnisse, viel drückender auf unsere landwirtschaftlichen Verhältnisse wirkt unter dem Einfluß

ber gegenwärtigen Gesetzgebung, als es früher, zur Zeit der Naturallasten, der Fall war. Unter der gegenwärtigen Gefetgebung ift der Grundbefit auf den Geldmarkt gegangen, und wir steuern einer Berschuldung des Grundbesitzes entgegen, die schon für die nächste Zukunft das Schlimmste befürchten läßt. Wir wissen, daß der Jahresertrag des landwirtschaftlichen Grundbesitzes ein ziemlich stadiler ist. Wir nennen das die jogenannte Grundrente. Auf Grundlage dieser Grundrente follten die Abgaben vom bäuerlichen Grundbefit an das Kapital erfolgen, wenn der Bauernstand nicht verarmen foll. Auf dieser Grundlage des Jahresertrages follten auch alle Käufe fußen und befonders follte man darauf auch bei Erbteilungen sehen. Damit hätte man es in der Hand, der zunehmenden Verschuldung vorzubeugen. So lange der Verkehrswert zu Grunde gelegt wird, der bekanntlich vom Geldmarkt diktiert und beein= flußt wird und erfahrungsgemäß weit über die kapitalisierte Jahresrente emporsteigt, muß mit Naturnotwen= digkeit der Grundbesitz immer mehr verschulden. Der Ber= tehrswert des landwirtschaftlichen Grundbesitzes steht in bestimmter Wechselbeziehung zum jeweiligen Zinsfuß. Steigt ber Zinsfuß, so fällt ber Berkehrswert; fällt ber Zinsfuß, so nimmt der Berkehrswert zu, ohne daß aber der Ertrag der Güter steigt. Diese Schwankungen, die mit dem eigent= lichen Ertrag des landwirtschaftlichen Grundbefiges in keinem Zusammenhang stehen, wirken auf die landwirtschaftlichen Berhältniffe höchft nachteilig. Der Ertrag des landwirt= schaftlichen Grundbesitzes hat mit dem Zinsfuß, der vom internationalen Geldmarkt biktiert wird, nichts gemein. Um so mehr sollte die jährliche Quote, welche der Grundbesits dem Kapital zu entrichten hat, mit dem Jahresertrag übereinstimmen, wenn der Grundbesits dabei soll prosperieren können. Ich habe Gelegenheit gehabt, seit Jahren an Beftrebungen teilzunehmen, welche die Förderung und Sebung der Landwirtschaft bezwecken. Alle Faktoren, welche zur Anwendung kamen, tendierten auf eine Steigerung des Ertrages der Güter, und es ist dieses Ziel auch in weitzgehendem Maße erreicht worden. Allein tropdem in dieser Beziehung viel gegangen ift, indem die Kandwirtschaft bedeutend rationeller betrieben wird als früher, haben sich die Verhältnisse nicht nur nicht gebessert, sondern wir haben die Erschittinge nicht int nicht gebestelt, sondern die hie Grundbesitzverschuldung zunimmt. Der Tribut des Grundbesitzes an das Kapital ist im Vergleich zum Jahresertrag viel zu hoch. Diese Erscheinung ist nicht bloß eine lokale, sondern sie zeigt sich im allen Staaten, in Staaten, welche ganz andere lande wirtschaftliche Betriebe haben und auch gesetzgeberisch anders organisiert find. Man hat in andern Staaten, welche fich um die Landwirtschaft bekümmern, in der letzen Zeit große Anstrengungen gemacht, dieser Erscheinung nachzusorschen und durch gesetzgeberische Resormen der Verschuldung vor= Ich erinnere an die Reformbestrebungen, wie zubeugen. fie gegenwärtig in Deutschland und Desterreich gemacht werden. Ich glaube, auch wir werden dazu kommen müssen, an folche gesetzgeberische Reformen zu denken.

Ich will Sie damit nicht länger aufhalten. Ich will Ihnen keine Theorien vortragen. Es sind das übrigens auch keine Theorien mehr, sondern bestehende Thatsachen, und ich glaubte, die Sache nach allgemeinen Gesichtspunkten beleuchten zu sollen, um Ihnen die Notwendigkeit zu beweisen, daß auch bei uns in dieser Beziehung etwas gehen

Ich komme nun zur Sache. Mein Antrag bringt allerbings keine gründliche Reform; er wird die krankhaften

Buftande in unfern landwirtschaftlichen Verhältnissen kaum beseitigen können. Eine Aufnahme meines Borschlages in die Gesetzgebung würde aber doch ganz positive Vorteile haben und geeignet sein, in fritischen Zeiten Tausende von erschütterten Eriftenzen vor dem Ruin zu bewahren. Es mag die Sypothekargesetzgebung später aussallen, wie fie will, so müssen diese Grundsätze, die ich vorschlage, auch dort aufgenommen werden, wenn überhaupt die Gesetzgebung im Sypothekarwesen von gutem Einfluß auf den bäuerlichen Grundbesitz sein soll. Deshalb habe ich mir erlaubt, ohne der Gesetzgebung vorzugreifen, bereits heute diese Borschläge zu bringen. Wir mussen nicht vergessen, daß in Zeiten außerordentlicher Unglücksfälle jede Hülfe eine vermehrte Bedeutung hat. Hier hundert Franken an-gebracht, haben weit mehr Bedeutung als in normalen Jahren der doppelte Betrag. In solchen Momenten kommt galyen ver voppette Bettug. In jougen Abnienten tommt das Fahrzeug, das sich in normalen Zeiten mühsam durchz zuarbeiten vermochte, schließlich zum Scheitern. Es giebt Tausende von Existenzen, die nur noch eine Scheinexistenz führen, und die Kraft, die ihnen zur Ausnahme des Kampfes gegeben ift, beruht lediglich in der Hoffnung auf eine bessere Bukunft. Kommt ein Mißjahr, fo find diese Existenzen ruiniert. Die große Bedeutung meines Antrages liegt nun darin, daß in solchen fritischen Momenten der Gläubiger mit dem Schuldner solidarisch erklärt wird, daß man den ökonomisch Stärkeren anhält, dem Schwächern, der das Opfer der Verhältnisse werden soll, die außer seinem Einfluß liegen, die Hand zu bieten und ihn vor dem Ruin zu retten. Ich darf wohl fragen, ob es eine gerechtere und billigere Forderung geben kann. Ich glaube nein! Und wenn wir weiter denken, so mussen wir sagen, daß die Erhaltung des Bauernstandes im wohlberstandenen Interesse der Kapitalisten selbst liegt. Es ist nur ein Gebot der Billigkeit und solidarischen Gerechtigkeit, daß in die Gesetzgebung eine Bestimmung niedergelegt wird, wonach in solchen außergewöhnlichen Zeiten der Gläubiger angehalten ift, dem Schuldner einen Zinsnachlaß zu ge= währen.

Was man hier will, ift eigentlich nichts neues. Diese Forderung ist in den ältesten Satungen enthalten. Sie ist auch nichts neues in Bezug auf die moderne Gesetzgebung. Es ist bekannt, daß der Art. 308 des schweizerischen Obligationenrechts bereits Borsorge getroffen hat, indem er dem Pächter Rechtsschutz gewährt. Wir verlangen das gleiche sür den Hypothekarschuldner. Der Pächter besindet sich, wie ich früher schon nachgewiesen habe, durchgehends in bessern Berhältnissen, als der kleine bänerliche Grundbesitzer. Dem Pächter gewährt man Rechtsschutz, während der Hypothekarschuldner allen Launen des Geldmarktes und der Natur preisgegeben ist. Ich mache darauf ausmerksam, daß unter den alten Gesetzgebungen, zu den Zeiten, wo die Abgaben an den Staat und die Feudalherren in Naturalien gemacht werden mußten, diese Abgaben sich nach dem Jahresertrag gerichtet haben, und ich habe schon erwähnt, daß deshalb in der heutigen Zeit, wo sich die Abgabe nach dem internationalen Geldmarkt regelt, ein solches Unglücksiahr, wie das heurige, viel verheerender aus die Landwirtschaft wirken muß, als früher. Früher, als sich die Kreditverhältnisse noch von Nachdar zu Nachdar geregelt haben, war es Brauch, daß die Gläubiger sür die Schuldenbauern eingestanden sind; man hat sich in solchen Zeiten solldarisch erklärt. Gegenwärtig ist die Sache anders. Die Grundbessitzer sind Schuldner der großen Geldinstitute geworden, und diese tragen keine Rücks

sichten. Der Grundbesitz wird als Rapital behandelt, und infolgedeffen kommt der Jahresertrag nicht in Berücksich= Ich halfe dafür, dieser Ungerechtigkeit folle von Gesetzes wegen abgeholfen werden und es sollen wieder ähnliche Bestimmungen ins Gesetz aufgenommen werden,

wie man sie schon früher hatte.

Ich will Sie nicht länger aufhalten und mache nur noch auf die Unzukömmlichkeit aufmerkfam, welche entsteht, wenn man den Artikel 308 des Obligationenrechts auf die Pächter anwendet und nicht analog auch auf die Hypothekar= schuldner. Ich erlaube mir, an Hand eines Beispiels aus dem Leben die Sache klarzulegen. Ein Landwirt besitzt ein Gut von 40 Jucharten mit einem Schatzungswert von 60,000 Fr. Dasselbe ist hypothekarisch mit 40,000 Fr. belaftet = 3/8 des Schatzungswertes. Der Landwirt ftirbt und hinterläßt eine Familie mit 6 unerzogenen Kindern. Die Gemeindebehörden, welche sich der Sache annehmen muffen, finden, die Familie konne das But nicht felbft bewirtschaften, es musse verpachtet werden. Es wird verpachtet zu einem Pachtzins von 2000 Fr. nebst Abgabe von etwas Milch und Pflanzland an die Familie. geftaltet sich nun das Auskommen für die Familie? muß an den Gläubiger 1600 Fr. Zins bezahlen und nimmt einen Zins von 2000 Fr. ein. Ferner ift ihr aus der Berfteigerung bes Inventars, nach Abzug der laufenden Schulden, ein Kapital von 5000 Fr. verblieben, von dem sie à 4 % 200 Fr. Zins erhält. Sie nimmt also an Zinsen ein Fr. 2200 und hat an den Gläubiger zu bezahlen Fr. 1600; es verbleiben ihr also zum Leben noch Fr. 600. Es ist das allerdings ein sehr bescheidenes Eristenz= minimum. Aber unter der Boraussetzung, daß die Familie keinen Hauszins bezahlen muß, keine Milch zu kaufen braucht und das nötige Pflanzland und Holz erhält, geht es. Nun kommt ein Rotjahr, und ein Schiedsgericht be-ftimmt, daß dem Pächter ein Nachlaß von einem Viertel = Fr. 500 gewährt werben folle. Da bleiben der Familte also nur Fr. 100 zum Leben. Es ift das ein Fall, der gegenwärtig wirklich vorgekommen ist — ich kann Ihnen ben Ort nennen — und es liegt aus dem ganzen Lande herum eine Reihe solcher Fälle vor. Glücklicherweise hatte diese Familie das Geld nicht einem Kreditinstitut zu verzinfen, sondern fie hat einen ländlichen Gläubiger, ber hülfreiche Sand geboten hat. Dieses Beispiel mag genügen, um die Sache flarzulegen.

Neber die Erurerung des Zinsfußes brauche ich nicht viele Worte zu verlieren. Schon die romische Gesetgebung hat ein Zinsfußmaximum sestgesetzt, und auch der praktische Amerikaner, der für seine Landwirtschaft sehr Vorsorge trifft, hat in Bezug auf die Verschuldung Bestimmungen aufgestellt und auch den Zinsfuß geregelt. Man wird sagen, es habe das für den Kanton Vern nicht die gleiche Bebeutung, wie für andere Orte, weil bei uns ein Staats= institut bestehe, bas Einfluß auf ben ländlichen Geldmarkt habe und die Tendenz verfolge, den Zinsfuß so billig als möglich zu stellen. Allerdings hat die Hypothekarkasse einen Einsluß. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß sie nur 2/8 der Schatzung giebt und daher gerade diejenigen Schuldner, welche mehr haben müssen, übervorteilt werden. Aus diesem Grunde ift es gut, wenn man hier einen bestimmten Zinsfuß festsetzt. Es kommt häufig vor, daß ein Schuldner aus perfonlichen Rudfichten bem Glaubiger das Geld nicht wohl fünden darf, sondern dasselbe zu einem hohen Zinsfuß bei demselben belaffen muß.

Ich glaube damit meinen Antrag begründet zu haben. Ich erlaube mir nur noch, auf die soziale Bedeutung auf-Tagblatt bes Großen Rates. — Bulletin du Grand Conceil. — 1893.

merksam zu machen. Ich habe erwähnt, daß es sich nicht um ein Universalmittel handelt, wohl aber um eine Reform, welche immerhin für den landwirtschaftlichen Grundbesitz von guten Folgen sein wird.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich muß darauf verzichten, auf die durch die zweite Motion des Herrn Jenni angeregten Fragen in ber Einläglichkeit einzutreten, welche die Wichtigkeit diefer Fragen eigentlich erfordern würde. Wollte man auf die Fragen selbst, auf ihre materielle Bedeutung und ihre Konsequenzen eintreten, so würden wir heute nicht fertig werden. Unter diesen Umständen muß man entweder die weitere Diskuffion verschieben ober die Sache in fürzerer Weise zur Erledigung zu bringen suchen. Ich glaube, das letztere sei möglich und sogar durchaus angezeigt. Der Herr Motionssteller beantragt, es sei eine gesetz-

geberische Vorlage einzubringen über die Sohe des Binsfußes im allgemeinen und ferner "über die Pflicht des Gläubigers zum Nachlasse eines verhältnismäßigen Anteils am Kapitalzinse für den Fall, daß der gewöhnliche Jahresertrag der Unterpfänder, sofern diese in landwirtschaftlichen Grundstücken bestehen, infolge außerordentlicher und unvor-hergesehener Unglücksfälle oder allgemeiner Notstände einen

beträchtlichen Abbruch erleidet."

Was den ersten Punkt anbetrifft, so hat herr Jenni foeben von der romifchen Gesetzgebung gesprochen; es ift aber nicht nötig, bis zu den alten Römern zurückzugehen, sondern wir brauchen bloß zurückzugehen in der bernischen Gesetzgebung. Das gute alte Civilgesetzbuch vom Jahre 1828, von Professor Snell, hat ein Zinsmaximum enthalten, und erst vor nicht sehr vielen Jahren ist dasselbe von der neueren, liberalen Zeitströmung als etwas nicht mehr in die jetige Zeit Gehörendes bezeichnet und aufgehoben worden. Ein Zinsmaximum wäre also nur die Wiederherstellung bessen, was unsere "gnädigen Herren und Obern", welche man immer und zu oft als Popanz uns vorsührt, bereits im Jahre 1828 gemacht hatten. Ob ein solches Zinsmaximum am Plate ift, oder ob man das Manchestertum, das « laisser faire, laisser aller » auch auf diesem Gebiet, den Grundsaß: "Das Geld ist eine Ware", weiter gelten lassen will, ist eine Frage, über die inan materiell verschiedener Ansicht sein kann, die aber zu sehr weitgehenden Erörterungen führen wird.

Die andere Frage, ob man den Grundsat in die Geseth= gebung einführen wolle, daß der Schuldner eines grundpfändlich versicherten Kapitals berechtigt sei, dem Glänbiger gegenüber das gleiche Begehren zu stellen, wie dies nach dem Obligationenrecht dem Pächter gestattet ist, ist ebenfalls von solchen Konsequenzen, daß sie auch nicht so turzer Hand abgethan werden kann. Es ist da sehr genan zu prüfen, ob mit einer folden, scheinbar zu gunften bes bebrängteren Bauernstandes aufgenommenen Bestimmung demselben wirklich ein Dienst geleistet würde, oder ob diese Bestimmung nicht ein zweischneidiges Schwert ware, das die Schärfe der Schneide gerade gegen biejenigen kehren

mürde, welche geschützt werden sollten.

Ich glaube nun, es ist nicht möglich, am Schlusse einer Session auf diese beiden Fragen einzutreten. Uebrigens greifen beide Fragen fehr tief in die Shpothetargefetzgebung ein. Burde man die beiden Fragen bejahen, fo würde unsere Hypothekargesetzgebung, die ausgebildete im alten Kanton und die furchtbar im argen liegende im neuen Kanton, gründlich geändert. Nun haben wir aber schon früher den Beschluß gefaßt, es sei die Civilgesetzgebung des

Rantons Bern einer Revision zu unterwerfen, namentlich damit der ganze Kanton zu einer einheitlichen Civilgesetz= gebung gelange. Man hat auch beschlossen, es sei speziell bie Spothekarordnung einer Revision zu unterwerfen, um im ganzen Kanton eine Einheit herbeizuführen und die unqualifizierbaren Zustände, wie sie namentlich im Jura existieren, speziell im katholischen Teil, aufzuheben. Darüber hinaus hat in neuerer Zeit die Idee einer einheitlichen eidgenössischen Civilgesetzgebung und Hypothekarordnung so weit Boden gewonnen, daß die eidgenöffischen Behörden bereits Anstalten getroffen haben, um die nötigen Bor-arbeiten besorgen zu lassen. Ich glaube nun, die angeregten Fragen würden vorläusig am besten in der Weise erledigt, daß man sagen würde: Der Anzug soll nicht einsach ungeprüft unter den Tisch gewischt, sondern in der Weise erheblich erklärt werden, daß die darin angeregten Fragen bei Anlaß der bereits beschlossenen Revision der Hypothekar= gesetzgebung näher geprüft werden sollen. In diesem Sinne würden die angeregten Fragen zur nähern Prüfung den zuständigen Organen überwiesen werden. Ich kann beifügen, daß, so viel mir bekannt, die betreffende Umtestelle — die Justizdirektion — sobald ihre sonstigen Arbeiten es erlauben, sich ernsthaft mit der Revision der Hypothekarordnung be-fassen wird. Ich kann ferner beifügen, daß namentlich die von Herrn Jenni in zweiter Linie angeregte Frage, betreffend Bergunstigungen zu gunften der Spoothekarschuldner, unter-bessen vielleicht in anderer Weise einen Schritt vorwarts machen wird. Diese Idee ift nicht im Kanton Bern erfunden, sondern aus einem andern Kanton importiert worden, wo man seit einem Jahre davon spricht, und wo die Sache so weit vorgerückt ist, daß der gesetzgebenden Behörde ein positiver Gesetzesvorschlag vorliegt. Man wird also in nicht ferner Zeit ersahren, welchen Weg diese schwierige Frage dort machen wird, und man wird, wenn die Frage bejaht wird, vielleicht auch erfahren, welche Folgen daraus erwachsen. Es handelt fich um ein Experiment, und ich glaube, es ift beffer, wir laffen dasselbe zuerst an einem andern Ort vollziehen. Der Kanton Bern und seine Bevölkerung, nament-lich die landwirtschaftliche, ist nicht sehr zu Experimenten disponiert. Wenn wir also die Sache in der Weise aufschieben, daß wir fie den zuständigen Organen zur weitern Prüfung übergeben, so hat dies den Vorteil, daß man unterdeffen weitere Beobachtungen machen und über den Berlauf der gleichen Frage in andern Ländern, resp. Kan-tonen, Ersahrungen sammeln kann. Es wird deshalb vom Regierungsrat beantragt, es sei der Anzug des Herrn Jenni in diesem von mir auseinandergesetzten Sinne erheblich zu erflären.

Präsident. Ich nehme an, Herr Jenni sei damit einverstanden. — Die Motion ist im Sinne der Ause einandersetzungen des Herrn Finanzdirektors erheblich erklärt. Sie mir gestatten, mit einem Wort des Herrn Regierungsrat Eggli zu gedenken. Derselbe hat eine außerordentlich schwere Krankheit durchgemacht und besindet sich gegenwärtig in der Genesung, konnte aber an unsern Sitzungen noch nicht teilnehmen. Ich glaube, es wird ihn freuen, wenn ich im Namen des Großen Rates den Wunsch ausspreche, es möchte die Genesung eine dauernde sein und ihm gestatten, in der nächsten Session wieder in unserer Mitte zu erscheinen.

Damit schließe ich die Session, und da ich im alten Jahre nicht mehr das Bergnügen haben werde, Sie hier zu erblicken, so werden Sie gestatten, daß ich Ihnen allen ein gutes neues Jahr wünsche. Die Session ist geschlossen;

ich wünsche Ihnen eine gute Beimreife.

Es folgt nun noch der Namensaufruf. Derselbe verzeigt 163 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 104, wodon mit Entschuldigung: die Herren Bourquin, Burger, Choquard, Friedli, Häberli (Narberg), Harl (Abelboden), Heh, Horn, Kohli, Eehmann, Marchand, Mérat, Moser (Herzogenbuchsee), Rosselt, Schmid (Karl, Burgdorf), Schweizer, Jürcher, Jyro; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Béguelin, Belrichard, Bigler, Bircher, Bläuer, Blöch, Boillat, Boinah, Boh, Brand (Tadannes), Bühler, Bühlmann, Burrus, Cattin, Charmillot, Chodat, Choulat, Comment, Coullery, Cuenin, Droz, Dubach, Elsäßer, v. Erlach (Münsingen), Fahrnh, Feller, Fueter, Schnell, Glaus, Goudernon, v. Grünigen, Guenat, Gyger, Gygar (Bütifosen), Haberli (Münchenbuchsee), Hader, Haser, Keisendah), Henemann, Hiltbrunner, Hoser (Dberönz), Hosselter, Houriet, Hunziker, Husselter, Koser (Biel), Meyer (Lausen), Morgenthaler (Ursenbach), Moser (Biel), Meyer (Lausen), Morgenthaler (Ursenbach), Moser (Biel), Moser (Lausen), Peteut, Käh, Kenser, Keymond, Kobert, Kolli, Küegsegger, Sahli, Dr. Schent, Scherz, Schindler, Stänpski (Bern), Steinhauer, Sterchi, Stoller, Streit, Tanner, Tieche (Biel), Trachsel, Tschannen, Tschiemer, v. Wattenwhl (Uttigen), Wermeille, Wüthrich, Zaugg, Ziegler.

Schluß ber Sitzung und ber Seffion um 51/4 Uhr.

Präfibent. Wir find am Schluffe ber gegenwärtigen Session angelangt. Bevor ich dieselbe offiziell schließe, mögen

Der Rebaktor: And. Schwarz.

